DER SPIEGEL

15. SEPTEMBER 1969 · NR. 38
23. JAHRGANG · DM 1,50
INCL. MEHRWERTSTEUER
C 6380 C

Afghanistan Afghani 40,— · Ägypten Pi 33,— · Äthiopien A. $ 2,— · Argentinien Pesos 220,— · Australien A. $ 0,45
Belgien FB 23,— · Bolivien $ bs 7,— · Brasilien Cr. $ N 2,50 · Chile Esc. 5,— · Columbien Pes. 9,50
Dänemark dkr. 4,10 · Finnland Fmk 2,10 · Frankreich FF 2,40 · Ghana NC 1,— · Griechenland Dr. 17,—
Großbritannien sh 4/0 · Guatemala Q —,50 · Hongkong $ 3,— · Irak fils 275 · Iran Rials 50,—
Island ikr. 50,— · Israel I. £ 2,20 · Italien Lire 300,— · Japan Yen 180,— · Jugoslawien Dinar 6,—
Kanada $ —,75 · Libanon Pi 155,— · Libanon Luftp. Pi 225,— · Liberia $ —,75 · Luxemburg lfr. 23,—
Malta sh 3/6 · Mexiko MN 12,50 · Niederlande hfl. 1,80 · Nigeria sh 5/0 · Norwegen nkr. 3,50
Ostafrika sh. 5/50 · Österreich ö. S. 13,— · Paraguay G 70,— · Peru Sol. 24,— · Portugal Esc. 16,—
Schweden (inkl. moms) skr. 2,60 · Schweiz sfr. 2,— · Spanien Ptas 35,— · Südafrika Rd. —,35 · Südwest-Afrika Rd. —,35
Türkei T. £ 5,50 · Uruguay Pesos 125,— · U.S.A. $ —,75 · Venezuela Bol. 4,50
Printed in Western Germany



Willy Brandt

Ich bin ein Bit-Typ



IN DIESEM HEFT

Letzter Akt — Seiten 29, 34, 39, 54, 108, 111



Wilde Streiks haben die Wahltaktik der Parteien durcheinandergebracht (Seite 29). Die CDU/CSU ist durch den Wahlkampf Willy Brandts verunsichert (Seite 34), und der SPD-Chef will unter Kiesingers Richtlinien nicht noch einmal Außenminister sein (SPIEGEL-Gespräch Seite 39). Brandt geht es heute nicht mehr darum, „etwas werden zu wollen", sondern „etwas Gescheites tun zu können" (Seite 54). Die NPD kommt nur in den Bundestag, wenn sie in Nordrhein-Westfalen mehr als 2,5 Prozent erreicht (Seite 108). NPD-Chef Thadden fürchtet, CDU und CSU wollten ihn „rechts überholen" (Seite 111).

Stahltüren für Hitlers Palast — Seite 67

Aus Angst vor einem Bürgerkrieg im Dritten Reich befahl Hitler seinem Leibarchitekten Albert Speer, den neuen „Führerpalast" mit Türen und Fensterläden aus schußfestem Stahl zu sichern. In seinen „Erinnerungen", aus denen der SPIEGEL ein bisher unveröffentlichtes Kapitel druckt, schildert Speer weitere Einzelheiten über geplante Kolossalbauten für die Reichshauptstadt.



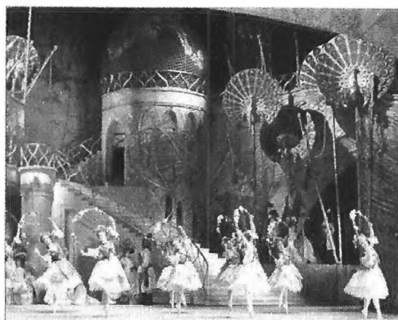
Hitlerskizze für eine Staatsbücherei, 1925

Richter schützen Kraftfahrer — Seiten 118, 120

Karlsruher Bundesrichter wiesen in einer Reihe von Entscheidungen Versicherungsgesellschaften zurecht: Ihre Praxis, den Schadenausgleich häufig auf die haftpflichtversicherten Kraftfahrer abzuwälzen, wurde erschwert. Der ehemalige Bundesrichter Dr. Heinrich Jagusch untersucht in einem Beitrag für den SPIEGEL ein anderes Verkehrsproblem: den Kampf um die Parklücke.

Berliner Opern-Pomp — Seite 185

Seit acht Jahren herrscht in der Deutschen Oper Berlin der Generalintendant Gustav Rudolf Sellner und verbraucht den höchsten Theater-Etat Deutschlands (1969: 26 Millionen Mark). Bedenkenlos vergeudet er seine Subventionen für pompöse Ausstattungsopern, die ihm oft mißraten. Sorglos bekundet er seine Unkenntnis als Regisseur.



Deutsche Oper Berlin

Die Zukunft schon verloren? — Seite 82

Während Amerika den Mond eroberte, verloren Deutschlands Hochschulen, einst Mekka der Naturwissenschaftler, ihren Rang. Das westdeutsche Ausbildungssystem für Naturwissenschaftler genügt nicht den Erfordernissen der Gegenwart, viel weniger noch denen der Zukunft: die neue Folge der Hochschul-Serie.

INHALT

4 Punkte, mit denen der größte Luftfrachtdienst der Welt Sie groß ins Weltgeschäft bringen kann.

1. Pan Am kann Ihre Waren praktisch überall hinbringen, wo Sie wollen. Nach allen Kontinenten. Ohne Linienwechsel. Wir sind auf 119 Märkten in 81 Ländern vertreten, und Pan Am hat Nur-Fracht-Jets, die Europa mit den USA, mit Lateinamerika und dem Fernen Osten verbinden. Und wir sind die einzigen, die Ihnen Direktverbindungen zwischen Deutschland und 9 wichtigen US-Märkten bieten: New York, Detroit, Boston, Chicago, Baltimore, Washington, Philadelphia, San Francisco, Los Angeles.

2. Mit so vielen Flügen nach so vielen Märkten können wir Ihnen praktisch jederzeit so viel Frachtraum anbieten, wie Sie brauchen. Ohne Warteliste. (Schließlich ist Schnelligkeit einer der wichtigsten Vorteile der Luftfracht.)

3. Wenn Ihre Ware mit Pan Am fliegt, bleibt sie den ganzen Weg über in Pan Am's Händen. Keine Gemeinschaftsdienste mit anderen Fluggesellschaften. Sie wissen also ganz genau, wer von Start bis Ziel die Verantwortung trägt.

4. Pan Am ist mehr als eine Fluggesellschaft: Pan Am kann für Sie ein Geschäftspartner sein. Unser Weltweiter Marktdienst informiert Sie über Absatzchancen und -bedingungen auf entfernten Märkten. Wir stellen Verbindungen her, arrangieren Geschäftsreisen und unternehmen alles, was wir können, um Sie groß ins Weltgeschäft zu bringen.

Sprechen Sie doch mal mit Ihrem Pan Am IATA-Frachtagenten oder rufen Sie uns an. Am besten gleich jetzt.

Pan Am ist eine gute Idee



Der größte Luftfrachtdienst der Welt

9-2701

Datum: 15. September 1969 Betr.: Wahl Spezial 8/9

Zum erstenmal, seit es ihn gibt, trägt der SPIEGEL in zwei aufeinanderfolgenden Heften das gleiche Titelbild, allerdings: Es sieht jemand anderes heraus. Gewissermassen wie in einem Wechselrahmen ist der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Kurt Georg Kiesinger, Titelkopf der vergangenen Woche, in diesem Heft durch den Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, ausgetauscht worden – ohne dass sich solcherart das Wahlergebnis präjudizieren liesse. Aber auch das Instrumentarium, mit dem die Redaktion ihre Themen sondiert, den Wahlkämpfer Kiesinger, den Wahlkämpfer Brandt, ist in beiden Heften gleich: Titelgeschichte, SPIEGEL-Gespräch, Porträt.

Porträtist ist in beiden Fällen Hermann Schreiber, „professioneller Mitflieger", wie er sich nennt. Er hat den Bundeskanzler Kiesinger auf wohl fast allen dessen Auslandsreisen begleitet, nach Japan, nach





Schreiber mit Brandt (oben), mit Kiesinger



Hoffmann, Böhme, Schiller

Afghanistan unter anderem, mehrmals in die Vereinigten Staaten, und er hat mitgezählt: Dies war sein fünfzehnter Bericht über Kiesinger für den SPIEGEL. Klar, dass sich dabei das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden etwas verkühlt hat; immerhin gratulierte beim letzten gemeinsamen Rückflug aus Washington der Schwabe Kiesinger dem Schwaben Schreiber zum Vierzigsten, zum erreichten Schwabenalter (versteht sich: auf lateinisch). Auch die jüngsten Nuancen für das Brandt-Porträt sind im Flug entstanden: Schreiber flog mit Brandt Anfang dieses Monats über Sonntag–Montag nach Rom und wieder zurück und schrieb seinen fünften Brandt-Report.

Nicht zu zählen ist und nicht gezählt wird, wie oft sich die Bonner Redaktionsvertretung des SPIEGEL (Leiter: Erich Böhme) und das Redaktionsressort Deutschland I in der Hamburger Zentrale (Leiter: Alexander von Hoffmann) mit den Protagonisten dieser Wahlkampfwochen treffen mussten – es sind jene beiden Ressorts, denen die „Wahl Spezial"-Hefte des SPIEGEL die meiste Arbeit gemacht haben. Dieser SPIEGEL trägt das Signet Wahl Spezial Nr. 9. Es wird noch einen zehnten geben und einen elften – mit der Auflösung.



Vaillant Bedienungs-Komfort:

Nicht Sie bedienen Ihre Zentralheizung – Ihre Zentralheizung bedient Sie!

Vaillant — Gas-Zentralheizung
Brennstoff-Bestellung: Erledigt der Vaillant Combi-Geyser für Sie.
Brennstoff-Lieferung: Erledigt Ihr Gaswerk für Sie.
Brennstoff-Lagerung: Erledigt Ihre Gasleitung für Sie.
Brennstoff-Verbrauch: Regelt der Vaillant Combi-Geyser für Sie.
Zimmertemperatur: Regelt der Thermostat für Sie.
Warmwasserversorgung: Übernimmt ebenfalls der Vaillant Combi-Geyser für Sie.

Wenn Sie nun bitte 1 qm Wandfläche zur Verfügung stellen würden. Von dieser Stelle aus schickt der Vaillant Combi-Geyser Wärme in alle Räume — Warmwasser in alle Hähne. Vollautomatisch. Absolut sicher (durch thermo-elektrische Zündsicherung). Bitte bedienen Sie sich der Vaillant Gas-Zentralheizung.
Baut Ihnen jeder Heizungs-Installateur ein.
Bitte Informationsmaterial anfordern bei Joh. Vaillant KG, 5630 Remscheid



Warmes Wasser
Warme Wohnung
Vaillant Geyser



Wärme in allen Räumen!

Aus der Sicht des Fachmannes:

Gas-Zentralheizung und Sie haben „den Dreh raus"

Ob Mieter oder Vermieter – wer erst einmal die Bequemlichkeiten einer Gas-Zentralheizung genossen hat, bedauert, daß er die Vorzüge dieses Heiz-Systems nicht schon früher kennengelernt hat. Lesen Sie dazu den Erfahrungsbericht von Heizungs-Installateur Artur Holz, Berlin, Wilhelmshöher Straße:



Bei einem Interessenten für eine Zentralheizung bezieht sich meine Beratung meist zunächst auf den Vergleich der Brennstoffarten für Heizungen, nämlich Koks, Öl, Gas und Strom. Dieser Vergleich überzeugt regelmäßig, da die Beheizung mit Gas ideal ist. Zur Modernisierung bestehender Heiz-Systeme in Alt- wie Neubauten – sowohl für Einfamilienhäuser als auch für Etagenheizungen – bietet sich die Vaillant Gas-Zentralheizung mit Warmwasserversorgung besonders an.

Anhand von Bildern ausgeführter Anlagen kann sich jeder Kunde schon vor der Ausführung vorstellen, wie gut ein Vaillant Heiz-Geyser in seine Wohnung hineinpaßt und wie unauffällig die dünnen Rohre über der Scheuerleiste verlegt werden.

Die großen Vorteile sind: keine Brennstofflagerung – keine Asche – einfachste Bedienung mit einem Thermostaten – Thermostaten mit Uhr machen die Heizung vollautomatisch – günstiger Tarif bei Gasag, Berlin.

Vor jedem Kostenanschlag wird der Wärmebedarf der Wohnung nach den „Regeln für die Berechnung des Wärmebedarfes von Gebäuden DIN 4701" berechnet.

Besonders bei Altbauten oder bei Neubauten ist, auch noch nachträglich, die Installation einer Vaillant Gas-Zentralheizung gut möglich, denn

- die Löcher für die Rohre werden nicht gestemmt, sondern gebohrt. Sie sind kaum größer als die Rohre und kleine Plastikrosetten geben einen guten Übergang vom Rohr zur Wand.
- Bei flachen Türschwellen werden die Rohre etwas nach unten eingelassen und mit verzinktem Stahlblech verkleidet.
- Ausdehnungsgefäße und Umwälzpumpe sind unsichtbar im Gerät untergebracht.

Und wenn die Vaillant Gas-Zentralheizung erst einmal benutzt ist, bedauern viele meiner Kunden, daß sie die Vorzüge dieser Heizung nicht schon früher kennengelernt haben.



KINDER, KIRCHE, KIESINGER

(Nr. 36/1969, Titel „Wie wählen die Frauen?")

Wenn in vier Bundestagswahlen der Vertrauensüberhang weiblicher, dabei meist politisch unmündiger Wähler den Wahlsieg der CDU/CSU entschied, dann ist dieses Phänomen einzig und allein in dem Buchstaben C = Christlich zu suchen. Einen sicheren Tip, wenn nicht diese, dann bestimmt die nächste Wahl zu gewinnen, möchte ich somit der SPD geben, nämlich die SPD in GSPD umzutaufen, was heißen soll „Göttliche Sozialdemokratische Partei Deutschlands". Alles Weibliche würde ihr zufliegen. Die Wahl wäre entschieden! So einfach ist das!

Bremen WALTER SCHMIDT



Die Welt

Was nützt es, wenn man liest, daß fast ein Drittel der wahlberechtigten Frauen über 60 Jahre ist, wenn die Stimmen dieser Frauen mitentscheidend sind für die Einstellung, daß die *Frauen* politisch unmündig und kleine Dummchen seien. Die wenigen Aufgeschlossenen werden damit auch pauschal abgestempelt und überrollt. Viele unserer männlichen Mitbürger sind meiner Meinung, aber nicht ganz unschuldig an dieser Misere. Denn bei vielen politischen Gesprächen wird die Meinung von Frauen belächelt und oftmals gar nicht ernst genommen (mit dem Hintergedanken: „Die verstehen ja doch nichts davon"). An dieser Situation wird sich vorerst auch nichts ändern, solange deutsche Familien (und dabei sogar oft noch die Mütter) auf dem Standpunkt stehen, daß Mädchen nicht eine so gute Schulbildung brauchten wie Jungen.

Rehau (Bayern) MARGIT GROSSKLAUS

Für die CDU/CSU, die natürlich weiß, daß die Intelligenz üblicherweise links steht — die Probe aufs Exempel ist Ihre Feststellung, daß 55 Prozent aller CSU-Wähler Volksschüler ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind —, ist es daher sozusagen lebenswichtig, daß der Bildungsstand der deutschen Frau sich nicht hebt. Den Erfolg christdemokratischer Bildungspolitik sehen Sie deutlich am Bildungsgefälle zwischen dem „roten" Hessen und dem „schwarzen" Bayern.

Schwelm (Nrdrh.-Westf.) EDITH REUSSE

Alte Frauen sichern sich einen Platz im Paradies mit CDU/CSU, die jungen Frauen sind zu stark mit Oswalt Kolle beschäftigt, um politisch emanzipiert zu sein.

Cinisello Balsamo (Italien) ANNA NURNBERG GRILLI

1919 wählten sie zum erstenmal, 1969 ist das politische Verständnis der meisten weiblichen Wähler dergestalt, daß man unbeschadet mit Enkelkindern, Kochlöffeln und Staubtüchern um ihre Stimme buhlen kann.

Berlin KARIN PATOK

Es ist schockierend, daß die Manager des Wahlkampfes zu ihrer Taktik offenbar die gleichen Grunderkenntnisse benutzen müssen wie etwa die Waschmittelwerbung, um bei den Frauen Erfolg zu haben.

Diedersfeld (Bad.-Württ.) OTTO HAFEN

Wo mag Herr Barzel nur „das wache Gespür und den wachen Sinn für politische Fragen bei den deutschen Frauen" entdeckt haben? Seine Behauptung mutet geradezu verwegen an.

Stuttgart CATHRIN SEIFERT

Sie haben mich freundlicherweise im SPIEGEL zitiert. Leider ist aus dem Text Ihres Berichtes der Zusammenhang nicht ersichtlich, in den diese Äußerungen unbedingt gehören. Die klare, im SPIEGEL auch nicht andeutungsweise mehr enthaltene Fragestellung Ihres Mitarbeiters lautete nämlich: „Glauben Sie, daß Wählerinnen ihre Wahlentscheidung mehr vom Verstand oder mehr vom Gefühl bestimmen lassen?" Dieser Kontext ist von Bedeutung, weil ohne ihn meine

„offizielle“ Antwort nur halb, die „private“ überhaupt nicht zu verstehen ist.

München DIETER KIEHL
Pressesprecher der CSU

Dieter Kiehl zum SPIEGEL: „Die Tatsache, daß mehr Frauen als Männer CSU wählen, ist ein Beweis für die Vernunft, mit der sie wählen.“ – Red.

In Wahrheit ist es nicht für uns Frauen, sondern für die Männer weitaus bequemer, wenn wir möglichst dämlich bleiben. Das wissen die Männer auch genau, sie wollen's nur nicht zugeben. Es ist ja viel angenehmer, alle Schuld an einer 20jährigen CDU-Herrschaft einseitig auf uns Frauen abzuwälzen.

Porz-Urbach (Nrdrh.-Westf.)
CHRISTA VESKIMÄGI

Ihr letztes Titelbild ist ja einmalig danebengegangen. So wählen Frauen



SPIEGEL 36/1969

doch gerade nicht — mit verbundenen Augen!

Pinneberg (Schl.-Holst.) DR. VATH

Mir war auf den ersten Blick völlig klar, was Sie dem Leser klarmachen wollten: alle Frauen wählen „blind“.

Bochum HEINZ WARNER

Dein Titelbild erinnert mich an unser altes Kinderspiel. Es hieß „Blindekuh“. Trotzdem versuche ich optimistisch zu bleiben. Die Frauen haben noch drei Wochen Zeit zum Nachdenken. Vielleicht wird es dann weniger blinde Kühe geben, als die erschreckend hohe Zahl der statistisch errechneten CDU-Wählerinnen befürchten läßt.

Karlsruhe MARIA NAGEL-MATTERSTOCK

5 ODER 200 JAHRE

(Nr. 35/1969, Titel „Wucher mit dem Quadratmeter“)

„Grund und Boden“ war und ist der einzige beständige Besitz, an dem die schleichende Inflation nicht nagen konnte und kann. Ich hätte es lieber gesehen, wenn Sie die Zusammenhänge der großen Bodenspekulationen aufgedeckt hätten, als daß Sie sich mit infantilem Eifer in der Errechnung der 26 781 Prozent ergehen.

Heppenheim ERNST STOELDT

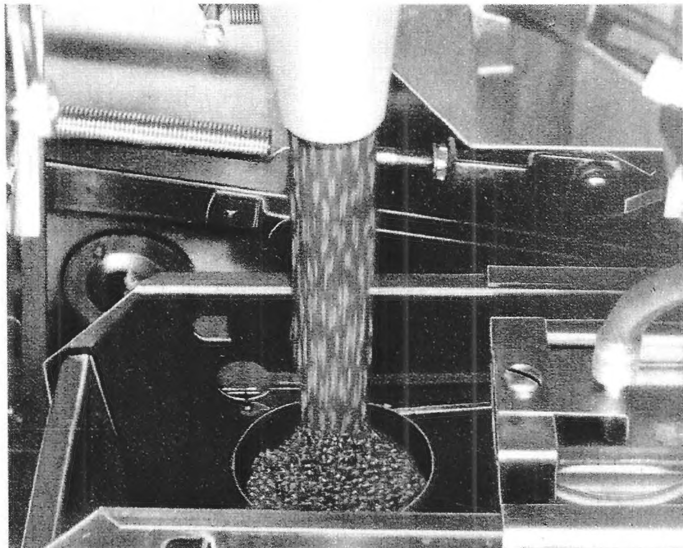
Er kocht
den besten Kaffee —
ist das ein



Ge-heimnis?

Es klingt zwar unglaublich, aber — der neue Frischfilterautomat COFFEE-MAT von der NOVA schafft es! Und es ist kein Geheimnis, daß dadurch echter Kaffeegenuß durch Automaten möglich wird. Frischgemahlener Bohnenkaffee, gefiltert und gebrüht in 16 sec.





Sie setzen die Tasse an, aaah — das ist Kaffee, wie Sie ihn für sich, Ihre Mitarbeiter und Ihre Gäste immer gewünscht haben. Wieder einmal bewährt sich die NOVA mit dem COFFEE-MAT als Pionier auf dem Automatenmarkt. Der COFFEE-MAT kommt aus der erfolgreichsten Spezialfabrik für Frischfilterautomaten der U.S.A. Funktionssicher, servicefreundlich und betreut von dem bekannt schnellen Kundendienst der NOVA, ist der COFFEE-MAT ab morgen auch Ihre rationelle und preisgünstige »Kaffeeköchin«. Füllen Sie noch heute den Coupon aus.
Die »duftende« Überraschung wird Sie überzeugen!

NOVA APPARATE

Kommanditgesellschaft **NOVA APPARATE** GmbH & Co., 2 Hamburg 39, Semperstr. 24, Tel. 27 12 21/26, Fernschreiber 021 4122, Telegramme Novatrade.

. . . der Zeit voraus!

Der neue COFFEE-MAT von der NOVA interessiert mich/uns.
Bitte übersenden Sie mir/uns weitere Informationen mit der »duftenden« Überraschung.
Name:
Ort:
Straße:

3

Der Verfasser macht sich nicht die geringste Mühe, die Probleme von allen Seiten zu beleuchten, da er von vornherein zu einem bestimmten Ergebnis kommen will. Die Behauptung, der Zentralverband lehne ein Städtebauförderungsgesetz ab, ist unrichtig. Wir haben nur verfassungsrechtliche Bedenken gegen bestimmte Bestimmungen geltend gemacht und auf die Unmöglichkeit hingewiesen, ein Gesetz ohne Finanzierungsbestimmungen zu verabschieden. Diese Bedenken wurden von zahlreichen Wirtschaftsverbänden und zum Teil auch vom Bundesrat geteilt. Es ist unrichtig, daß, wie der SPIEGEL behauptet, der Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Haus- und Grundeigentümer, Dr. V. E. Preusker, erst dann „ja zur Stadterneuerung" gesagt habe, als feststand, daß der V. Bundestag das Städtebauförderungsgesetz nicht mehr verabschieden würde. Wenn der SPIEGEL sich nur die Mühe gemacht hätte, nachzuprüfen, wann der von ihm angeführte Ausspruch Preuskers getan wurde, hätte er die Unhaltbarkeit einer solchen Unterstellung selbst erkannt. Der Ausspruch stammt von Oktober 1968, einem Zeitpunkt also, als das Städtebauförderungsgesetz dem Bundestag noch gar nicht vorlag. Aber Dr. Preusker hat dieses „Ja zur Stadterneuerung" namens der Organisation des privaten Haus- und Grundeigentums schon viel früher ausgesprochen. Im Jahre 1961 zum Beispiel hat er auf dem Zentralverbandstag in Würzburg wörtlich erklärt: „Die Stadterneuerung wird vom deutschen Haus- und Grundbesitz auch in seinem ureigensten Interesse als eine durchaus notwendige Angelegenheit empfunden. Wir, die wir in einer Zeit des großen Umbruchs leben, müssen uns dieser Aufgabe stellen, und wir wollen dies auch tun. Wir wünschen nur, daß diejenigen, die seit altersher die Initiative im Bau unserer Städte und Dörfer besessen und die durch Jahrhunderte Opfer getragen haben, auch in Zukunft weiter Träger unserer Gemeinwesen bleiben."

Düsseldorf — Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundeigentümer e. V.

Der Werkbund muß dankbar dafür sein, daß der SPIEGEL mit seiner weithin vernehmbaren Stimme mit dieser sorgsamen Dokumentation auf die katastrophalen Folgen einer Bodenordnung hingewiesen hat, die den uneingeschränkten Wucher mit dem Besitz an Grund und Boden zuläßt.

Berlin — VON HARTMANN, Generalsekretär des Deutschen Werkbunds e. V.

Ein unerfahrener Leser Ihrer Titelgeschichte „Wucher mit dem Quadrat-

Wir schaffen das moderne Deutschland.

Jedes Jahr gehen fast 400 000 Lehrlinge in den Beruf. Wir werden ihnen reelle Aufstiegschancen durch Weiterbildung bieten.

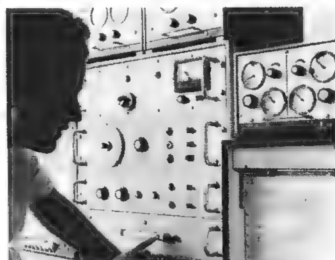




Die Satellitentechnik bestimmt in Zukunft immer mehr den technischen Standard einer Nation. Hier müssen wir Schritt halten.



Helmut Schmidt hat gezeigt, wie man mit Energie und Tatkraft Probleme löst.



Wir sorgen dafür, daß unsere jungen Wissenschaftler unter modernsten Bedingungen arbeiten können und nicht mehr abzuwandern brauchen.



12 Milliarden DM für Wissenschaft und Forschung bis 1972. Damit unsere Industrie konkurrenzfähig bleibt.

Mit intensiver Förderung von Wissenschaft und Forschung.

Damit wir Schritt halten mit dem technischen Fortschritt in dieser Welt.

Wir werden ein Deutschland schaffen, das auch in Zukunft führend als Industrienation ist. Nur dann sind die Arbeitsplätze sicher. Nur dann kann der Lebensstandard weiter steigen.

Wir werden ein Deutschland schaffen mit einem vorbildlichen Schulsystem, in dem jedes Kind entsprechend seinen Neigungen und Fähigkeiten individuell gefördert wird. Über seine Ausbildung wird nur noch seine Eignung entscheiden. Und nicht mehr die Brieftasche der Eltern.

Wissenschaft und Forschung werden wir bis 1972 mit 12 Milliarden DM fördern. Damit unsere Industrie konkurrenzfähig bleibt. Damit Tausende junger, deutscher Wissenschaftler nicht ins Ausland abwandern. So wie es bisher geschehen ist.

Damit wir wieder mehr Patente an andere Länder verkaufen. Und nicht wie bisher jährlich 400 Millionen DM mehr an Lizenzgebühren ans Ausland bezahlen, als wir selbst bekommen.

Wenn Ihnen Ihre eigene Zukunft, die Zukunft Ihrer Kinder und die unseres ganzen Volkes am Herzen liegt, wählen Sie die SPD. Wir haben die Kraft und die bewährten Männer, das moderne Deutschland zu schaffen.

SPD

Wir haben die richtigen Männer.

meter“ kann sich (viel zuviel) empören über den Wucher, oder aber kann er auch denken „soviel Geld möchte ich auch verdienen“ und stürzt sich ins Immobiliengeschäft.

So etwas habe ich so auch einmal geglaubt und kam dabei zu einem fabelhaften Bungalow in Spanien mit angeblich hoher Wertsteigerung und guter Rentabilität. Sie können ihn 30 Prozent unter Selbstkosten gerne haben, und Sie müssen ihn einfach kaufen bei der Chance, daß genau über diesen 500-Quadratmeter-Boden in fünf oder 200 Jahren eine Autobahn führen könnte oder eine Fabrik gebaut werden könnte oder ein Atomkraftwerk. Dann sind Sie steinreich, nicht nur im wörtlichen Sinn wie jetzt. Bis es soweit ist, müssen Sie allerdings auf einige nette Dinge verzichten und ihn bezahlen, genauso wie die Millionen von Haus- und Wohnungsbesitzern in Deutschland das 30 Jahre zumeist auch tun müssen.

Frankfurt — ERWIN SPÄTH

KEINE HAUSBESUCHE

(Nr. 29 und 30/1969, SPIEGEL-Serie, Mediziner I und II)

Zum Problem der Reformunwilligkeit ist zu bedenken, daß ein gewisser Teil der Mediziner unter anderem den Beruf des Arztes wählt, um später das hohe soziale Prestige zu genießen. Solange Opportunismus und Geltungsbedürfnis die Haltung der Mediziner beeinflussen, wird es noch an den Medizinischen Fakultäten ruhig bleiben.

Berlin — MICHAEL ROTH

Sie werfen den Professoren vor, die ihnen verbliebenen Möglichkeiten zur Reform des medizinischen Lehr- und Prüfungswesens nicht genutzt zu haben. So hätten sie zum Beispiel schriftliche und damit objektive Prüfungen nicht eingeführt. Dazu muß ich Ihnen sagen, daß der Prüfungsausschuß für die naturwissenschaftliche und medizinische Vorprüfung in Hamburg für die Fächer Physiologie seit 1962 und Physiologische Chemie seit 1968 eine schriftliche Prüfung eingeführt hatte. Ein studentischer Fachschaftsvertreter bestand in den Jahren 1963 und 1964 das Physikum endgültig nicht, weil er durch die Prüfungen und die Wiederholungsprüfungen durchgefallen war. Daraufhin klagte er vor den Verwaltungsgerichten. Er unterlag zwar in der ersten und zweiten Instanz vor den Hamburger Verwaltungsgerichten, das Bundesverwaltungsgericht erklärte jedoch durch Urteil vom 13. Juni 1969 die schriftliche Prüfung für rechtswidrig, weil sie dem in der Bestallungsordnung für

Ärzte niedergelegten Grundsatz widersprach, die Prüfungen mündlich zu absolvieren. Zusammenfassend kann ich feststellen, daß also nicht die Professoren es versäumten, eine Möglichkeit zur Reform zu nutzen, sondern daß entweder eine echte Reformmöglichkeit nicht bestanden hat oder Versuche dazu von den Gerichten endgültig zerschlagen wurden.

Hamburg DIETER W. SCHMIDT
Referent der Öffentlichkeitsarbeit der Gesundheitsbehörde Hamburg

Die veraltete Studienordnung, die nicht existierende formelle Facharztausbildung und Facharztprüfung, die Hierarchie der Ordinarien und Chefärzte deutscher Krankenanstalten, die eine Team-Arbeit verschiedener gleichberechtigter Spezialisten unmöglich macht, alles das ist verantwortlich, daß die deutsche Medizin ihren Weltruf seit Jahrzehnten verloren hat.

Ceshire (England)
DR. MED. GERHARD T. MACK

Dieser Bericht läßt eine ähnliche Verelendung der ärztlichen Betreuung für die BRD befürchten, wie sie in den USA bereits eingetreten ist. Die meisten Ärzte in den USA machen keine Hausbesuche mehr. Sogar in akuten Notlagen, zum Beispiel bei einer Herzattacke, kann man hier keinen Arzt rufen — denn es kommt keiner.

Eatontown (USA) DIETER R. LOHRMANN

Mit großem Interesse habe ich Ihrem Bericht entnommen, daß jeder Schritt auf der Visite einem deutschen Medizin-Ordinarius „einen Hunderter einbringt“, daß Professor Linders Lehrstuhl gar „sieben Millionen Mark im Jahr wert ist“. Mir ist trotz dieser von Ihnen mit solcher offenkundigen Sorgfalt zusammengetragenen Zahlen das eigentlich Verwerfliche daran doch nicht ganz klargeworden, oder sollten Sie ernstlich der Meinung sein, daß nur im Bereich der Medizin fachliche Spitzenleistungen nicht auch ihr besonderes Entgelt finden dürften?

Bremen DR. MED. DIETER SEVERIN

Eine falsche Behauptung mit einem falschen Beispiel hat Ihr Redakteur in dem eingangs zitierten Artikel aufgestellt, indem er dem Heidelberger Ordinarius für Chirurgie, Professor Dr. Fritz Linder, unterstellt, er habe behauptet, der Lehrstuhl in Heidelberg sei sieben Millionen Mark wert. Daraus leitet der Autor dann ab, Linder würde eine derartige Summe in jedem Jahr verdienen. Diese an und für sich schon haarsträubende Behauptung ist um so ungeheuerlicher, als gerade Fritz Linder ein Mann ist, der bereits

Welche Chancen gibt der Staat seinen Bürgern als Soldat?

Verbesserte Laufbahnen - verbesserte Besoldung

Soziale Sicherung auf Lebenszeit
Das bietet die Bundeswehr ihren Soldaten auf Zeit in der Unteroffizier-Laufbahn mit mindestens 12jähriger Verpflichtung: soziale Sicherung auf Lebenszeit!

Denn Sie können nicht nur während der Dienstzeit mittlere Reife und Abitur machen. Sondern die Bundeswehr vermittelt durch ihre Fachschulen Voraussetzungen für die verschiedensten Beamtenlaufbahnen. Von den Stadt- bis zu den höchsten Bundesbehörden werden für diese Soldaten Stellen vorbehalten. Fachliche und örtliche Wünsche können weitgehend berücksichtigt werden. Neben diesem Rechtsanspruch auf eine Stellung im öffentlichen Dienst wird für die ersten 10 Jahre ein Einkommen garantiert, das den letzten Bezügen als Soldat entspricht.

Gehalt bereits bei zweijähriger Verpflichtung
Soldaten auf Zeit bekommen schon bei Verpflichtung für zwei Jahre anstelle von Sold ein Gehalt.

Mehr Geld für alle
Alle Dienstgrade der Bundeswehr bekommen mehr Geld. Spürbare Gehaltsverbesserungen und Stellen-Anhebungen.

Vom Feldwebel zum Hauptmann
Der Feldwebel mit mittlerer Reife kann Offizier im militärfachlichen Dienst werden.

Verpflichtungsprämie wird erhöht
Bei einer Erstverpflichtung auf vier Jahre von 2.000,- DM auf 4.000,- DM und bei einer Erstverpflichtung auf acht Jahre von 4.000,- DM auf 6.000,- DM.

Neuer Weg zum Unteroffizier
Bewerber mit Volksschulabschluß und abgeschlossener Berufsausbildung oder mittlerer Reife können nach der Eignungsprüfung vom ersten Tage an zum Unteroffizier ausgebildet werden.

Ruhegehalt für Strahlflugzeugführer
Strahlflugzeugführer können bis 40 fliegen und dann mit Ruhegehalt ausscheiden.

Einkommen für Sanitätsoffiziere erheblich gestiegen
Jeder Berufssanitätsoffizier erhält jetzt monatlich mehrere hundert Mark mehr.

Außerdem können jetzt junge Menschen (17-25) mit Reifezeugnis als Anwärter die Laufbahn eines Berufssanitätsoffiziers einschlagen. Ausbildungsgeld wird in der Höhe der Dienstbezüge gewährt. Während des Studiums gelten sie als beurlaubt.

Wesentliche Verbesserungen auch für Wehrpflichtige
Der Wehrsold ist gestiegen, der Verdienstausfall noch besser ausgeglichen, das Entlassungsgeld verdoppelt.

„Wir haben mit diesen laufbahnrechtlichen Bestimmungen neue Wege von erheblicher personalpolitischer und gesellschaftspolitischer Tragweite beschritten. Wir tragen damit der Entwicklung der Streitkräfte und der Gesellschaft Rechnung." (Der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Gerhard Schröder, am 17. Juni 1969 in Bad Godesberg)



Bitte informieren Sie mich über die Laufbahn der Offiziere ☐ Unteroffiziere ☐
in Heer ☐ Luftwaffe ☐ Marine ☐ Sanitätsdienst ☐
Wehrtechnik (Beamtenlaufbahn) ☐ Bundeswehr allgemein ☐
(Gewünschtes bitte ankreuzen)

Name: Vorname: Geburtsdatum:

Ort: ( ) Straße:

Beruf: Werbeträger: BaW30E369/94/01/0875

Schulbildung: Abitur ☐ Oberstufe ☐ Mittlere Reife ☐ Fachschule ☐
Volksschule ☐ Bitte in Blockschrift ausfüllen, auf Postkarte kleben und senden an **Bundeswehramt, 5300 Bonn 7, Postfach 7120.**

1962 bei Antritt seines Heidelberger Lehrstuhls in einem bis dahin in der deutschen Universitätschirurgie noch nicht dagewesenen Maße Verantwortung, Aufgabe und finanzielle Einkünfte an seine Mitarbeiter delegiert hat.

München

PROFESSOR DR. W. CH. HECKER
Direktor der Kinderchirurgischen Abteilung, Universitäts-Kinderklinik

Der in Ihrem Artikel zitierten „Wertschätzung" des „millionenschweren" chirurgischen Lehrstuhlinhabers in Heidelberg habe ich einfach deshalb nicht widersprochen, weil mir diese Behauptung ebenso wie ihre Urheber („Honorar - Kommission der Assistenten der Berliner Medizinischen Fakultät") völlig unbekannt sind. Tatsächlich handelt es sich bei den astronomischen Zahlenangaben um eine groteske Fehleinschätzung. Der Ordnung halber habe ich den Vorsteher des Heidelberger Finanzamtes orientiert. Er hat schallend gelacht, wird aber selbstverständlich alle ihm eventuell übersandten Angaben der Berliner Gruppe mit Interesse überprüfen.


Linder

Heidelberg

PROFESSOR DR. DR. H. C. FRITZ LINDER

Der Stadtrat Hof bemüht sich seit Jahren, Medizinalassistenten in ausreichender Zahl für sein gut ausgestattetes Krankenhaus zu bekommen. Leitende Ärzte und Referat setzen unentwegt ihre Verbindung zu Universitäten und Fachverbänden ein. Der Erfolg ist gleich Null. Wenn allerdings das stimmt, was ich befürchte, daß die Herren MA lieber für ein Butterbrot oder gar umsonst arbeiten, wenn sie nur nahe genug an Schwabing dran sind, dann braucht man keine Klage zu führen.

Hof (Bayern)

ERICH ROHLEDER
Stadtrat

Wir kommen immer mehr dazu, „Medizinische Diplomingenieure", sprich Fachärzte auszubilden, wobei wir weniger Wert auf den Arzt als auf die Technik legen. Die von Ihnen geschilderte Chefarzt- und Autoritätensituation verhindert einfach das ärztliche Gespräch, welches in unserer technisierten Zeit oft wichtiger ist als das Medikament oder der technische Apparat. Der Mensch besteht aus Körper, Leib und Seele. Das kirchliche Mittelalter verpönte den Körper, jetzt stehen Geist und Seele im Hintergrund oder

Wenn es um Verpackungs-Ideen geht, können Sie die Kosten für Reisen in ferne Länder sparen.



(Über neue Verpackungen sind wir informiert.)

Unsere Fachleute haben eine Menge Erfahrung. Sie sind spezialisiert auch auf die Lösung schwieriger Verpakkungsprobleme.
Aber das genügt uns nicht. Sie beobachten die Entwicklung der Verpackungstechnik in aller Welt. Sie prüfen Material und Form der Verpackungen und informieren sich über neue Maschinen. Denn wir wollen wissen, was wir für unsere Kunden noch besser machen können. Damit sie noch erfolgreicher sind als andere.
Wir studieren aber auch die Gewohnheiten der Verbraucher. Weil wir die Anforderungen kennen wollen, die an die Packungen unserer Kunden gestellt werden. Damit wir Verpackungen entwickeln, die sich überall bewähren, die überall verkaufen helfen. Verpackungen, mit denen Sie Erfolg haben.

Auch für Ihre Verpackungsprobleme finden wir die richtige Lösung. Weil wir nicht nur Walsroder Folien herstellen und verkaufen. Weil wir eben mehr tun und Ihre Probleme zu den unsrigen machen. Dafür haben wir unsere Fachleute.

Wolff Walsrode

WALSRODER folien

INFORMATION A 1

Wir bitten um: Übersendung der Broschüre „Wolff Walsrode in eigener Sache" ☐
Unverbindlichen Beratungsbesuch ☐
Wolff Walsrode AG · 303 Walsrode · Postfach

man versucht sie technisch wissenschaftlich zu erfassen.

Braunschweig

DR. MED. WOLFGANG SCHERPE

GELD UND WÜRDEN

(Nr. 33/1969, SPIEGEL-Serie, Psychologie)

Die Außenseiterrolle und das damit verbundene instinktive Mißtrauen des Laien vor dem Psychologen und seinen Praktiken ist durchaus begründet, da die akademische Psychologie in der BRD durchgängig Pseudowissenschaft der Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft ist. Und gerade die vom SPIEGEL so lobenswert hervorgehobene psychologische Praxis der Erziehungsberatung, Betriebspsychologie und Schulpsychologie erschöpft sich in Anpassung des einzelnen an die Mittelwerte stereotypen Verhaltens, in der Ausschöpfung von Begabungsreserven und der Leistungsselektion von Bewerbern. Emanzipation des einzelnen und Veränderung der sie verhindernden gesellschaftlichen Strukturen sind dieser Wissenschaft fremde Ziele; die Noblesse der IQ als Leiter zum Erfolg aufgestellt zu haben, ihr zweifelhaftes Verdienst. Die Grundfrage: wie wird aus der Unterdrückung in der Gesellschaft Unterdrückung im Individuum (Brückner) und wie lassen sich Prinzipien der Befreiung von solch irrationaler Herrschaft bestimmen, hat sich diese auf funktionale Verwertung des Menschen gerichtete Psychologie noch nicht gestellt.

Bochum (Nrdrh.-Westf.)

ADAM ZUREK
HEINRICH EPPE
GERHARD BRINKS
EVA NEULAND

Welcher Staat der Erde kann sich für jedes Schulkind, welches wenig Lust zum Lernen und Denken hat, einen Psychologen leisten, der seelische Verspannungen aufspüren soll? Wenn nun noch die Krankenkassen die Kosten für die von den Psychologen geforderten langwierigen und im Grund nutzlosen psychotherapeutischen Behandlungen tragen sollen, werden die Lasten für die pflichtversicherten Krankenkassenmitglieder unerträglich werden. Was soll der Unsinn von nicht verarbeiteten Kindheitskonflikten, über die sich die Psychologen geeinigt haben? Zum Menschsein gehören Konflikte, mit denen der Mensch fertig werden muß. Für Millionäre mögen diese Psychologen ganz nützlich sein, jedoch nun auch der Allgemeinheit den Unterhalt dieser Pseudowissenschaftler aufzwingen zu wollen, läßt für die Zukunft der arbeitenden Menschen bangen. Daß sich Studenten um dieses Studium drängen, sagt nichts über die Güte der Psychologie aus. Was von Psychologen zu halten ist, hat mir eine

-G+1 b



Wie Ihre Fußboden-Idee hinterher aussieht, wissen Sie bei uns vorher.



Darum:

Unter guten Fußböden-Ideen verstehen wir: Gutes Design – die richtungsfreien Mipolam PVC-Beläge sind ein Beispiel.

Gute Bodenbeläge – wir haben es uns bis heute verkniffen, auch nur einen mittelmäßigen Belag zu machen.

Gute Beratung – es ist richtig, daß unsere technischen Berater Ihnen manchmal einen anderen Belag als Mipolam empfehlen, wenn das für Ihren Zweck die bessere Lösung ist.

Gute Ausführung Ihrer Mipolam Fußboden-Ideen. Und darin sind wir besonders kleinlich:

Mipolam wird von Mipolam Fachverlegern verlegt. Auf unseren Schulungen haben wir ihnen die letzten Feinheiten in allen Verlegetechniken gezeigt. Sicher ist sicher.

Dynamit Nobel Aktiengesellschaft
Verkauf Bodenbeläge, 521 Troisdorf Bez. Köln

Mipolam®

homogener PVC-Belag
PVC-Verbundbelag
Teppichboden
Profile



Hier sagt man Ihnen, wo Sie in Ihrer Nähe Mipolam Fachverleger finden.

6 Frankfurt/Main, Darmstädter Landstr. 92, ☎ 0611/618092
2 Hamburg 22, Pfenningsbusch 30, ☎ 0411/291262
3 Hannover, Escherstr. 22, ☎ 0511/17075
5 Köln, Volksgartenstr. 20, ☎ 0221/312747
8 München 12, Zschokkestr. 36, ☎ 0811/567396
673 Neustadt, Hohenzollernstr. 19, ☎ 06321/80546
85 Nürnberg, Marientorgraben 3, ☎ 0911/203838
45 Osnabrück, Große Straße 66, ☎ 0541/27851
7 Stuttgart, Rotebühlplatz 19, ☎ 0711/224778
56 Wuppertal, Emil-Rittershaus-Str. 16, ☎ 02121/552985

Aussage des Psychologen Alexander Mitscherlich deutlich gemacht. Sagte doch dieser Herr am Volkstrauertag vor zwei Jahren im Westdeutschen Rundfunk von unseren Gefallenen: Sie haben den Krieg Hitlers nicht unmöglich gemacht, sie haben mit ihrem Leben dafür gezahlt! Mir stellt sich die Frage, sind Psychologen bösartig? Oder ist bei Herrn Mitscherlich der Deutschenhaß, der auch in seinen Schriften spürbar ist, so stark entwickelt, daß er selbst vor einer Ehrverletzung unserer Kriegstoten nicht zurückschreckt? Nun ist es ja seit Kriegsende so, jeder, der deutsche Menschen schmäht, tut sich einen Dienst damit, denn er kommt meist zu Amt, Geld und Würden.

Osnabrück ANNE ROTHE

Jede nur denkbare Gemeinschaft fordert vom einzelnen Triebverzicht (Mitscherlich, Krankheit als Konflikt).

Berlin WALTER KRASSOWSKY
cand. med.

Der Verfasser beginnt mit der Story eines achtjährigen Mädchens, seine Leiden unter Schulkameraden und Lehrern und seine ständig absinkende Leistungsfähigkeit. Am Ende beklagt er, welche Berufe, die es nötig hätten, keinerlei einschlägige Vorbildung erhalten. An die Lehrer denkt er nicht. Aber hat es sich ihm nicht aufgedrängt, daß Lehrer gleich hinter Ärzten mit deren Auftrag zu heilen weitgehender tiefenpsychologischer Einsichten bedürfen, denn in ihren Händen liegt die Prophylaxe, die psychische Hygiene. Welche pädagogische Hochschule hat solch Lehrfach? Hier liegt der dickste Hund im Pfeffer.

Berlin PAUL KALTENBORN

Einem kritischen Bericht sollten Fakten und nicht ungeprüfte Informationen aus dritter Hand zugrunde liegen. Sie schreiben in dem obengenannten Artikel: einer der 24 in Deutschland Medizinische Psychologie, Psychotherapie und -analyse lehrenden Wissenschaftler ist der Münchener Arzt, Kinderpsychoanalytiker und Privatdozent Gerd Biermann. Er habe keine Betten, keinen eigenen Etat, keine Planstellen für Assistenten und mithin keine Möglichkeit, Nachwuchs auf seinem Spezialgebiet auszubilden. Zudem wurde voriges Jahr „seine Beratungsstelle" auch noch aus der Poliklinik ausgegliedert — in eine benachbarte Altbau-Villa in den dritten Stock (ohne Lift). Richtig ist, daß die für die Psychodiagnostik und -therapie vorher in der Kinderpoliklinik zur Verfügung stehenden vier Räume verstreut lagen, daß sie in ein angekauftes Nebenhaus verlegt wurden, um die

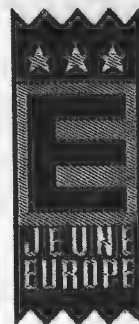
JEUNE EUROPE-SICHERHEIT!

Nur ein Sportwagen gibt Ihnen das gleiche Gefühl lässiger Perfektion!

Der Effekt ist verblüffend. Sie schlüpfen hinein und entdecken im Spiegel einen ganz neuen Mann. In einem Anzug, der phantastisch gut sitzt. Denn er ist umwerfend geschnitten (in der körpernahen aber bequemen Schnittform der internationalen Herrenmode aus Paris und aus London!). JEUNE EUROPE — der große europäische Lichtblick im Konfektionsangebot. Achten Sie auf das große „E" am goldenen Kettchen. Jeder JEUNE EUROPE trägt dieses Symbol für männlich korrekte Kleidung am Revers. Das Symbol für außergewöhnliche Herrenmode zu ganz gewöhnlichen Preisen. JEUNE EUROPE-Modelle im Wollsiegel-Country Look von 190,— bis 250,— DM!



JEUNE EUROPE macht Männer kleidungssicher!



Bezugsquellennachweis
JEUNE EUROPE-KLEIDERWERKE
Willi Schildt, Fürth

psychosomatische Beratungsstelle für Kinder mit der für Erwachsene vereinigen und die Kooperation mit der Beratungsstelle für Hör- und Sprachbehinderte im gleichen Haus verbessern zu können. Zudem konnte für alle, so auch für die von Dr. Biermann betreute Arbeitsgruppe erheblich mehr Raum gewonnen werden. Die Psychotherapie ist auch ein Teil der Kinderheilkunde. Darum wurde bereits vor Jahren von meinem Vorgänger im Amt diese Beratungsstelle im Rahmen der Kinderpoliklinik der Universität, der sie weiterhin zugehört, eingerichtet. Durch die Zusammenarbeit mit der Klinik und der Ambulanz stehen in dem gegebenen begrenzten Umfang sowohl Betten wie zwei Planstellen für die psychosomatische Arbeit und auch finanzielle Mittel zur Verfügung. Dr. Biermann lehrt im Rahmen der sogenannten Hauptvorlesung für Kinderheilkunde wie in mehreren eigenen Kollegs. Sicher wäre eine Verbesserung in Betten- und Personalstellen auch hier erwünscht. Ihre Darstellung war jedoch falsch.

München

PROFESSOR DR. MED. HEINZ SPIESS
Kinderpoliklinik der Universität

Eine Groteske, die Ihnen noch zu berichten wäre: In dieser Lage, bei zwei-, dreijährigen Wartezeiten der oft Schwerkranken, oft Lebensgefährdeten berichteten zum Beispiel die Amtsärzte des Bereichs Oberbayern mit 100prozentiger Übereinstimmung auf eine Regierungsumfrage, daß in ihrem jeweiligen Bezirk keinerlei Bedarf an Psychotherapie bestünde (es gibt in der Provinz ziemlich null Prozent Versorgung auf diesem Gebiet). Noch viel toller: Kollegen, die vollausgebildet sind, seit Jahren arbeiten, Mitglieder des Berufsverbandes, in der Fachliteratur international bekannt, wird die Schließung der Praxis mit Polizeigewalt angedroht — so zuletzt am 24. Dezember 1968 (!) durch die Regierung von Oberbayern ... Also etwa die berühmten Kollegen Zulliger (Mitbegründer der Kinderpsychoanalyse), Anna Freud oder Slavson (einer der Schöpfer der Gruppentherapie) würden in Bayern sogar Berufsverbot erhalten. Sie haben nicht zu schwarz gemalt.

München

RICHARD MARX
Diplompsychologe

WEGE ZUM RUHM

(Nr. 35/1969, Fernsehen)

Und wenn Sie platzen: Das „deutsche Trauerspiel" ist nicht, daß ich als Leiter der Fernsehspiel-Redaktion nicht wußte, daß der gleiche Stoff mittlerweile im ZDF-Archiv verstaubt, son-

dern daß sich eine deutsche Pressekritik so einfach aus den Fingern saugt, was objektiv nicht wahr ist.

Ich wußte sehr wohl, daß der Film „Wege zum Ruhm“ existiert, aber ich finde diese Kubrick-Filmfassung einfach lächerlich vor Kitsch und Einfalt. Darum entschied ich mich für das menschliche Kammerspiel — ja, sehr richtig, fern von der Front und der Wirklichkeit, auf sauber gepflegter (sprich: stilisierter) Studiobühne.

Mainz ULRICH KÜHN
Zweites Deutsches Fernsehen

SPIEGEL-Leser Kühn irrt. Erst während der Produktion bemerkte das ZDF-Justitiariat die Identität der vom Autor Krischke als Original-Fernsehspiel angebotenen „Offensive“ mit dem Stoff des Kubrick-Films. Die Rechte zur TV-Bearbeitung mußten nachträglich angekauft werden. – Red.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Verantwortlicher Redakteur für Bonn, Titelgeschichte, Staatsbesuche: Dr. Alexander von Hoffmann; für SPIEGEL-Gespräch: Günter Gaus; für Streik, Michels-Interview: Leo Brawand; für Manager, Gewerkschaften: Klaus Kröger; für Polizei, Zeitgeschichte, Presse, Verbände, Parteien, Prozesse, Recht: Dr. Wolfgang Malanowski; für Schulen: Manfred Eichel; für Werbung: Dieter P. Grimm; für Bundeswehr: Horst Günter Tolmein; für Hochschul-Serie: Klaus Franke; für China, Naher Osten, USA, Vietnam, Norwegen, Indonesien, Afrika, Kambodscha, Staatsstreiche, Grönland, Frankreich: Siegfried Kogelfranz; für Tschechoslowakei, Jugoslawien: Fritjof Meyer; für Kuba-Serie: Dr. Gerd Rockel; für Sport: Walter Gloede; für Oper, Film, Kunst, Fernsehen, Schallplatten, Theater: Felix Schmidt; für Forschung, Medizin, Gesellschaft, Kosmetik: Rolf S. Müller; für Bücher, Lyrik, Verlage: Rolf Becker; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe: Heike von der Osten; für Panorama: Ariane Barth; für Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Gisela Schröder-Ernst; für SPIEGEL-Verlag Hausmitteilung: Walter Busse (sämtlich Hamburg 11, Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße). Nachrichtendienste: UPI, AFP, Newsweek, New York Times

Dokumentation: Jürgen Bergeder, Armin Dirks, Dr. Renate Dunkel, Elke Eichhorn, Dr. Herbert Enger, Wolfgang Fischer, Almuth Fölsing, Dr. Iris Hamel, German Hausknecht, Hartmut Heidler, Werner Heine, Hans-Joachim Heinze, Wolfgang Henkel, Jürgen Holm, Leonore Lohse, Elke Martin, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Klaus Müller, Friedhelm von Notz, Uwe Paulsen, Dorothea Peters, Uwe Reisner, Karl-Otto du Roveray, Hedwig Sander, Karl-Heinz Schaper, Werner Siegert, Robert Spiering, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Alfred Wüste; Leitung: Heinz Klatte. Stellvertreter: Walther von Schultzendorff. Bildbeschaffung: Frank Böhm, Helmut Wolff, Ingrid Ziegler

Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 27a vom 1. Juli 1968 • Verantwortlich für Anzeigen: Alfred E. Wissmann, Hamburg 11, Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße • Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg und Darmstadt

Verlagsgeschäftsstellen: 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Tel. (0311) 1 38 51, Telex 183 867 • 4 Düsseldorf, Immermannstraße 15, Tel. (0211) 36 05 53, Telex 8 582 737 • 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. (0611) 72 28 90, Telex 413 009 • 8 München 8, Maria-Theresia-Straße 11, Tel. (0811) 44 44 56, Telex 524 601 • 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 11, Tel. (0711) 29 58 65/66, Telex 722 673

Rudolf Augstein: Wahlen (XV)

WÄHLEN WIR EINE OPPOSITION!

Wahlkämpfe, soviel ist altbekannt, stärken selten die Urteilsfähigkeit der Wähler. Das Paradoxon heutiger Massendemokratie will es, daß die Mittel, Herrschaft aufrechtzuerhalten, vielfach identisch sind mit Unmündigmachen und Unmündighalten, ja, was die Regierenden angeht, sogar mit Unmündigsein. Die Demokratie ruiniert ständig, wovon sie leben will: die Urteilsfähigkeit der Stimm-Bürger (jenes Gesetz, das allen Parteien bei Zuchthausstrafe geldliche Aufwendungen für den Wahlkampf verbieten würde, wäre Wohltat).

Soviel ist altbekannt, und dennoch braucht man Demokratie, weil nur sie die Diktatur eines einzelnen oder einer Gruppe verhindert. Ganz sicher, daß er am 29. September als künftiger Kanzler aufwachen wird, kann Kurt Georg Kiesinger nicht sein.

Will man die Demokratie nicht, muß man im Rahmen eines revolutionären Konzepts Gewalt üben: eine in Westdeutschland ganz irreale Vorstellung. Auch die Ersatz-Strategie, politische Veranstaltungen nach Plan zu stören und gelegentlich lahmzulegen, ja, sogar der Streik außerhalb von Tarifvereinbarungen mündet nach aller Erfahrung nicht in irgendeine Art Revolution, allen Mißhelligkeiten zum Trotz.

So kommt es denn darauf an, Demokratie trotz des ihr eklatant innewohnenden Widerspruchs durchzuhalten. Zu ihrem natürlichen, sozusagen gottgegebenen Handikap darf man nicht auch noch das künstliche hinzufügen, daß es gar keine Alternative zwischen einer Mehrheitsregierung und einer Minderheitsopposition gibt (die FDP mit ihrem Streben, die absolute Mehrheit einer Fraktion zu verhindern, damit sie selbst einer der beiden großen Fraktionen, je nach Wahlergebnis, zur Herrschaft verhelfen kann, ist staatsbürgerlich gesehen nur ein Kuriosum, wiewohl in einer Periode des Übergangs ein nützliches und wichtiges).

So wundersam es viele Deutsche oder gar die meisten Deutschen anrühren mag, eine Regierung zu haben, in der alle guten Kräfte an einem Strang ziehen, und so sehr die SPD diesen undemokratischen Grundzug deutscher Seele gefördert hat: Es bleibt ein Unding, daß eben jene Männer (und Frauen) einander vor der Wahl Unfähigkeit vorwerfen, von denen alle Welt annimmt, daß sie am Tag nach der Wahl wieder zusammen auf die Regierungsbank klettern werden.

Es mag sein, daß viele Wähler, meinetwegen die meisten, das wahrlich niedrige Kleinkaliber nicht zur Kenntnis nehmen, das loszupulvern nun auch noch Steuergelder aufgewendet werden. Hauptsache, die Aufeinander-los-Prügelnden arbeiten später wieder einträchtig zusammen, mögen viele meinen. Die Mehrzahl der Wähler mag tatsächlich einen Fortgang der Großen Koalition wünschen. Aber die Mehrzahl der Bevölkerung ist am Ausgang der Wahlen nicht sonderlich interessiert, und ganz sicher auch nicht qualifiziert, die zu treffende Entscheidung auch nur in Umrissen zu kennen.

Wer nachdenkt, hält eine Neuauflage des Gespanns Strauß/Schiller unter einem Kanzler Kiesinger nach dem Streit der letzten Monate für „schwer denkbar, jedenfalls kaum erfolgversprechend“ (Kurt Steves in der „Welt“). Wer denken kann, fragt sich, „wie bei solcher Gegnerschaft eine Große Koalition überhaupt möglich sei“ (Roswin Finkenzeller in der „FAZ“).

Daß dieser Wahlkampf eine „an Qualität ärmliche Auseinandersetzung“ ist (so der „Guardian“ in London), hat seinen Grund nicht, wie der „Guardian“ vermutet, darin, „daß die Protagonisten nur zu deutlich die Wahrscheinlichkeit erkennen, daß die Zusammensetzung der nächsten Regierung genauso aussieht wie die jetzige“. Wir hatten im Adenauer-Erhard-Kiesinger-Staat durchweg nur an Qualität ärmliche Wahlkämpfe, sie waren das Gütezeichen dieser florierenden Exportgemeinschaft Bundesrepublik („Gewiß, im Wahlkampf sind alle Mittel erlaubt“, schrieb, durch Mitleid wissend, noch diesen Juli die „FAZ“).

Nein, die Große Koalition muß nicht aufhören, weil der Wahlkampf so ärmlich ist, sondern weil die bisher verkleidete Natur dieses Koalitions-Bündnisses sich im Wahlkampf deutlich gemacht hat. Die Politiker verhalten sich eben nicht so, als wollten sie die Koalition fortsetzen, sondern so, als wäre sie schon begraben. Das Konzept der CDU, die SPD zwecks Kalmierung der Arbeiterschaft mit in die Regierung zu nehmen und ihr am Schluß der Legislatur gleichwohl Unzuverlässigkeit und Geschäftsunfähigkeit vorzuwerfen, erlaubt, wenn die CDU/CSU damit durchkommt, keine Fortsetzung.

Die Koalition kann nicht fortgesetzt werden, weil sämtliche SPD-Minister Kiesinger verachten und Strauß hassen. Wenn ein vergleichsweise junger Springinsfeld wie Horst Ehmke, kaum ein halbes Jahr Minister, Kurt Georg Kiesinger testiert, er sei „mehr ein Kanzler-Darsteller als ein Kanzler“, dann ist wohl der Unterpegel von Achtung und Selbstachtung erreicht.

Denn die SPD-Minister verachten nicht nur Kiesinger, weil er Kiesinger ist, sondern auch, und vielleicht mehr noch, sich selbst, weil sie unter ihm Minister sind und weiter sein wollen. Die SPD hat dem Verleumdungsfeldzug der Gegenseite nichts entgegenzusetzen, weil sie sich nicht zu dem Entschluß durchringen kann, entweder Kanzler-Partei zu werden oder nicht länger in der Regierung zu sein („Schluß mit der Phrasendrescherei“, ruft Herbert Wehner jenen Parteifreunden zu, die Franz Josef Strauß „als Popanz aufbauen“. Man könne sich seine Partner nicht aussuchen; tatsächlich, wenn man keinesfalls in die Opposition will, kann man das nicht).

Wären die SPD-Minister und noch mehr ihr Fraktionsvorsitzender nicht von ihrer eigenen Wirksamkeit zugleich berauscht wie angeknackst, so wüßten sie, daß sie jetzt allesamt erklären müßten, eine Koalition unter Kiesinger und Strauß — der eine ist ohne den anderen nicht zu haben — komme nicht mehr in Frage. Von Georg Leber, dem Verkehrsminister, berichtet die „Neue Revue“ schlicht und wohl wahrheitsgemäß, er habe „nichts gegen die Fortsetzung der Großen Koalition nach der Wahl“.

Dem Kanzler, dieser Kraftnatur, ist Schiller, der ihm aus der Misere geholfen hat, „politisch zu schmalbrüstig“. Über den Außenminister schreibt der „Bayernkurier“, die Bundesrepublik könne sich einen zweiten Außenminister Brandt nicht leisten. Schiller ist ein gefallsüchtiger Blender, ein Monomane, der uns in der ganzen Welt lächerlich macht, so das CDU-Inserat. „Leber kann es nicht lassen, den Lkw zum Prügelknaben zu machen“ (so die Mittelständler Müller-Hermann und Gewandt auf Steuerzahler-Kosten in einer Wahlfibel).

Früher wollte die SPD „Sozialismus, Planwirtschaft, Enteignung“. Heute will sie Gefährdung der Arbeitsplätze. „Wir Deutsche sollen die Zeche bezahlen — für andere“ und „Hände weg von unserer D-Mark“ (Inserat der Strauß-CSU). Kiesinger erreicht und übertrifft alle früheren und jetzigen christlichen Kämpfer, indem er allenthalben verkündet, eine Koalition aus SPD und FDP würde „binnen weniger Jahre alles zerstören, was aufgebaut worden ist“.

Volksverdummung ist für solche Art, den Wähler aufzuklären, ein zu gelindes Wort. „Die Union“, schreibt Karl-Hermann Flach in der „Frankfurter Rundschau“, „verwechselt den Wahlkampf nicht mit Koalitionsverhandlungen. Sie weiß, daß ihre Gegner sich nachher um so eifriger um sie scharen werden, wenn sie sie vorher so richtig zusammengeschlagen hat.“

Auf die FDP trifft das nicht zu, sie wird zu ihrem Leidwesen kaum zusammengeschlagen. Außerdem sitzt sie nicht in der Regierung, außerdem hat sie die Rechtfertigung, sie müsse, wenn das Wahlergebnis eine Koalition mit der SPD nicht ermöglicht, dann eben durch Zusammengehen mit der CDU der Großen Koalition ein Ende setzen.

CDU und CSU kümmern sich offenbar nicht um die Ratschläge der De-

moskopen, populäre Politiker der Gegenseite nicht anzugreifen. Nähme man die Ratschläge ernst, wie das die SPD ursprünglich wohl im Sinn hatte, so wäre es gründlich aus mit Parlament und Demokratie, dann bliebe tatsächlich nur noch, Rainer Barzel und Lauritz Lauritzen anzugreifen. Es scheint, als wüßten CDU und CSU besser als die Führer der SPD, wann es sich empfiehlt, auf Demoskopen zu hören und wann nicht.

Der Wahlkampf zwingt dazu, Wehners gesamtes Konzept in Frage zu stellen. Ginge es nach ihm, so wäre die Große Koalition schon 1961 eingeführt worden. Noch im Mai dieses Jahres schrieb er: „Schon die aus der Wahl von 1961 hervorgegangene Bundesregierung hatte es versäumt, dem bis dahin folgenschwersten Ereignis — der Trennung der Einwohnerschaft Berlins durch Stacheldrahtverhaue, Mauer und Schießbefehl — Rechnung zu tragen und den Bemühungen der deutschen Politik die nach diesem Ereignis lebensnotwendige Richtung zu geben."

Große Koalition also schon 1961 und notfalls bis 1973, wenn nicht darüber hinaus. Helmut Schmidt ist sich „sehr darüber im Zweifel", ob er für die Fortsetzung der Großen Koalition ist. Aber er zweifelt nicht daran, daß die SPD an der Regierung beteiligt bleiben muß, er zweifelt in Wahrheit nur am Wahlergebnis.

Schmidt, man weiß es, findet nur lobende Worte für die beiden Tarifpartner Barzel und Schmidt. Aber dieser Tarifstreit spielt zwischen zwei zu ungleichen Partnern, wenn der Senior stets darauf hinweisen kann, daß der Junior offenbar selber das Gefühl hat, er sei noch nicht recht geschäftsfähig. Würde er sonst bereit sein, die Prügel des Meisters hinzunehmen und trotzdem als Geselle weiterzumachen?

Einmal angenommen, es gelänge der SPD, den Abstand zur Christen-Union von bislang acht Prozent auf, sagen wir, vier Prozent herunterzuschrauben, so wäre ihre Position nach den Wahlen unter einem CDU-Kanzler ungleich schlechter als 1966. Damals mußte die CDU/CSU froh sein, das „entscheidende Elixier für ihre Regeneration" (so die „Zeit") mit dem Etikett „Große Koalition" in die Hand zu bekommen. Daß sie sich regeneriert habe, mag man füglich bezweifeln. Aber selbstbewußt und frech ist sie geworden.

Wieder mit der Kanzlerschaft bedacht, könnte sie die SPD täglich kündigen und durch eine bis dahin nur zu bereite FDP ersetzen, anläßlich des doch wahrscheinlichen Kanzlerwechsels zum Beispiel. Daß beide, Christen-Union und SPD, auf Dauer von der Großen Koalition profitieren könnten, ist eine Fehlansicht. Wohl aber hat sich erwiesen, daß beide als Träger des demokratischen Systems durch sie geschwächt werden.

Es ist nicht anders, die SPD wird zur Kanzlerschaft durchbrechen oder in die Opposition zurück müssen. Daß ihre Führer das bis heute nicht erkannt zu haben scheinen, jedenfalls nicht auszusprechen wagen, ist vielleicht ihr größtes Handikap.

Wenn es stimmt, wie Herbert Wehner schreibt, daß die SPD das Rückgrat der Republik ist, dann muß sie sich den normalen Spielregeln republikanischer Konkurrenz unterwerfen. Wenn es stimmt, wofür einiges spricht, daß nur sie, mit Hilfe Schillers und der Gewerkschaften, Wirtschaftskrisen heilen und die Arbeiterschaft bei der Stange halten kann, dann muß sie sich dem demokratischen Schicksal überantworten, muß die anderen entweder besiegen oder sie abwirtschaften lassen, ohne die üblichen Flausen, solches könne man im Interesse der arbeitenden Bevölkerung nicht zulassen etc. pp. Die arbeitende Bevölkerung hat gelegentlich ihre eigenen Ansichten, wie ihr zu helfen sei, und auch damit muß die SPD sich abfinden.

Ob die Große Koalition ein Fehler war, kann sich letztlich erst am 28. September herausstellen. Daß ihre Fortsetzung ein Fehler wäre, steht jetzt schon fest. Gelangt die SPD nach dem 28. September zur Kanzlerschaft, so war die Koalition mit der CDU eine gelungene List Herbert Wehners, der sie gar nicht so listig gemeint hatte. Gelangt die SPD nicht zur Kanzlerschaft, ist es Zeit, allen Listen abzusagen und das Experiment einzustellen.

Mag es wichtig sein, eine neue Regierung zu wählen, so ist doch diesmal noch wichtiger, eine Opposition zu wählen. Dazu dient es erstens, wenn man die SPD stärkt, indem man sie wählt, und zweitens, wenn man sie schwächt und FDP wählt. CDU und CSU in die Opposition zu verweisen, mit der Chance, daß sie demokratischen Parteien doch noch ähnlich werden, ist das lohnende Ziel aller Wahlanstrengung.

Matthias Walden, sonst ein eher blinder Verteidiger als „rechts" verschriener Positionen, hält die beiden Unionsparteien für kreislaufgeschädigt: „Sie sind wie jene korpulenten, sommersonne-braunen Manager, denen alles zuzufallen scheint, bis sie plötzlich der Infarkt erwischt" (siehe der letzte „Monat"). Was empfiehlt Walden? Sie, die niemals schwimmen mußten, ins tiefe Wasser der Opposition zu werfen. Ja, das wäre eine Idee.

Conrad Ahlers hingegen schreibt: „Nichts wäre schlechter für die SPD, nichts wäre schlechter für die Bundesrepublik, als wenn die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach dem 28. September 1969 wieder die Rolle der Opposition übernehmen müßte."

Umgekehrt ist es richtig: Nichts wäre schlechter für die SPD, nichts schlechter für die Bundesrepublik, als wenn Sozialdemokraten, die man nicht zur Bewältigung einer echten oder scheinbaren Krise, sondern nur als Füllsel bräuchte, sich bereit fänden, unter Kiesinger weiter zu dienen.

KABINETTS-JUSTIZ. Optimistisch beschäftigte sich Kanzler Kurt Georg Kiesinger bereits vor der Wahl mit der Besetzung eines neuen Kabinetts: Im kleinsten CDU/CSU-Kreis saß er über seine christlichen Minister zu Gericht — wog ihre Leistungen und Fehlschläge, ihre Gefolgstreue und ihre Querschüsse, seine Sympathien und Antipathien gegeneinander ab. Das Urteil: Postminister Werner Dollinger (CSU), Verteidigungsminister Gerhard Schröder (CDU), Schatzminister Kurt Schmücker (CDU) und Innenminister Ernst Benda (CDU) sollen geschaßt werden. Bruno Heck, der als Familienminister zurücktrat, um den CDU-Wahlkampf zu managen, und Richard Stücklen, unter Erhard Postminister und heute Vorsitzender der CSU-Landesgruppe in Bonn, sollen wieder Minister werden. Alle weiteren Umbesetzungen will die CDU-Spitze vom Ausgang der Wahl abhängig machen.

WAHL-MORAL. Eine Sex-Offensive überrollte den Bundestag. „Ein erzkatholisches Sittenquartett unter dem Dach des Familienministeriums maßt sich an, den Verkauf des Berliner Herrenmagazins Daily Girl zu verbieten", so klagte der Verlag allen deutschen Parlamentariern und legte jedem Brief genügend Anschauungsmaterial bei. Statt den Bittstellern Hilfe zu gewähren, erbat die katholische CSU-Abgeordnete Edeltraud Kuchtner, 51, selber Hilfe vom CSU-Landesgruppenvorsitzenden Richard Stücklen gegen die Daily Girls: Sie sei empört, fühle sich persönlich beleidigt und wolle wissen, was sie tun solle. Pikiert reagierte auch ein Kollege. Katholik Hermann Diebäcker, 59, von der CDU beschied das Magazin: „Sie wagen es, mir in meiner Eigenschaft als Bundestagsabgeordneter Ihr Schmutzblatt zu übersenden, und verlangen indirekt, daß man sich unter dem Siegel der Berlin-Hilfe für Ihr Machwerk einsetzt. Ich lasse zur Zeit prüfen, ob die Zusendung dieses Blattes an mich eine persönliche Beleidigung darstellt." Die evangelische CDU-Abgeordnete Christa Schroeder, 56, ließ den Verlag wissen, „daß ich sehr erfreut bin, daß das Familienministerium und die Bundesprüfstelle energisch gegen solche Magazine durchgreifen". Andere CDU-MdB reagierten ganz anders: Damit die Unions-Christen wegen ihres sittenstrengen Familienministeriums, das von der katholischen Frauenführerin Aenne Brauksiepe verwaltet wird, im Wahlkampf nicht als Sex-Muffel verschrien werden, machten sie sich bei der Bundesprüfstelle dafür stark, daß der Antrag auf Dauerindizierung von Daily Girl aufgehoben wird — und so geschah es, denn die Eingaben der Parteichristen, die alle unbedingt anonym bleiben wollen, waren „zahlreich" — so ein Prüfstellen-Beisitzer.





Die CDU malte Ludwig Erhard einen linken Scheitel und ein mieses Gesicht

zum Nutzen für das CDU-MdB Walther Leisler Kiep. Vor vier Jahren, als Kiep im Wahlkreis 135 (Oberlahn, Obertaunus, Usingen) zum erstenmal für die CDU kandidierte, kam Kanzler Erhard persönlich angereist, warb für den Kandidaten, und Kiep gewann die Wahl. Damit er auch diesmal siegt, fertigte sein fünfzehnköpfiges Wahlteam einen 60 mal 82 Zentimeter großen Wahlprospekt mit einem Photo vom damaligen Kanzler-Kiep-Einzug in Weilburg (linkes Bild): Im Kreis Kieps Kopf, vom Kreis angeschnitten Ludwig Erhard, umfunktioniert zu „einer Art Frankenstein" („Nassauische Landeszeitung"). Wer der Dicke mit dem dummen Gesicht wirklich ist, machte eine „Aktion sauberer Wahlkampf" alsbald durch 30 000 Flugblätter publik (rechtes Bild). „Dieser Mann ist das Vertrauen seiner Wähler nicht mehr wert", so der Flugblatt-Text auf der Rückseite, denn Kiep habe bewiesen, daß er „seine Freunde nur so lange kennt und ausnutzt, wie sie ihm nützlich sein können". Kieps Equipe erstattete Anzeige gegen Unbekannt. Am vergangenen Montag machten sich die anonymen Verfasser bei der Limburger Polizei bekannt: die Jungsozialisten des Oberlahnkreises. Sie korrigierten ihren Verstoß gegen das hessische Pressegesetz, stempelten ihre Urheberschaft auf die Flugblätter und verteilten sie vorzugsweise dort, wo Kiep gerade wahlreden wollte. Selbst die Mutter des SPD-Bundestagskandidaten Dietrich Sperling half mit. Landauf, landab mußte Kiep nun verkünden, daß ohne sein Wissen ein „übereifriger Graphiker" aus seinem Team den Exkanzler unkenntlich gemacht habe, daß er Ludwig Erhard aber besonders schätze und vergebens bei der CDU-Zentrale um seinen Wahlwerber von 1965 auch für 1969 nachgesucht habe. Am vergangenen Donnerstag schickte die CDU einen Unterhändler zu den Flugblatt-Verfassern. Manfred Langner, Kreisvorsitzender der Jungen Union, bot dem Juso-Vorsitzenden im Oberlahnkreis, Dieter Mihm, und seinem Stellvertreter Lothar Hofmann im Auftrag des hessischen CDU-MdL Ernst Loew einen Tauschhandel an: Die CDU wolle einen Jungsozialisten, der CDU-Plakate beschädigt habe, nicht anzeigen, wenn die Kiep-Flugblätter nicht mehr verteilt werden. Die Jusos lehnten ab.

„Quatschkopf"

Während der letzten Legislaturperiode erteilte der Bundestagspräsident im Parlament, der „vornehmsten Stätte der geistigen und politischen Auseinandersetzung" (Helmut Schmidt), acht Ordnungsrufe für diese Zwischenrufe:

„Ein nihilistischer Pöbelhaufen ist das" (SPD-MdB Herbert Wehner über die CDU);

„Ich will Ihnen sagen, was Sie sind: Sie sind ein Verleumder" (SPD-MdB Helmut Schmidt zu Verteidigungsminister von Hassel);

„Sie sind ein Quatschkopf, weiter gar nichts" (SPD-MdB Wehner zum CDU-MdB Manfred Luda);

„Ein ausgesprochener Drecksack sind Sie" (SPD-MdB Hans Hermsdorf zum CSU-MdB Linus Memmel);

„Sie Dreckschleuder" (SPD-MdB Wehner zum CSU-MdB Memmel);

„Darin liegt die Infamie, die Sie betreiben" (FDP-MdB Wolfram Dorn zum CDU-MdB Bert Even);

„Ein völlig abwegiges Beispiel, ein demagogisches Beispiel" (CDU-MdB Even zum CDU-MdB Wuermeling);

„Ich bin bereit, den Ausdruck Falschmünzer zu gebrauchen, und zwar in bezug auf Herrn Dorn" (SPD-MdB Helmut Schmidt).

RECHTE HILFE. Schleswig-Holsteins CDU hat in einem Landtags-Sonderausschuß „die NPD zum Zünglein an der Waage gemacht" — so der Kieler SPD-Oppositionsführer Joachim Steffen. In den üblichen Kieler Dreizehner-Ausschüssen wären nach dem d'Hondt'schen System weder FDP noch NPD vertreten gewesen. Die Christdemokraten pflegten bisher ihren FDP-Koalitionspartner dennoch ausschußfähig zu machen, indem sie ihm freiwillig einen Sitz abtraten. Weil die FDP in Fragen einer geplanten Gebietsreform mehr zur SPD tendierte, fand die CDU am alten Brauch keinen Gefallen mehr, weil sonst sechs Sozialdemokraten und ein Liberaler die sechs Christdemokraten hätten überstimmen können. Deshalb drückte die CDU einen besonderen Siebzehner-Ausschuß für die Gebietsreform durch: Acht Sitze bekam die CDU, sieben die SPD und je einer fiel an FDP und NPD. Mit der rechtsradikalen Hilfe, die ihr gewährt wird, könnte die CDU einen Sieg über SPD und FDP davontragen, wenn die Ausschußsitzungen nicht von der SPD boykottiert würden.

BBC friert U-Bahn-Tunnel ein. Ihre Erdbeeren auch.

600-9

Die Kältetechniker der BBC sind einfallsreiche Leute. Es genügt ihnen nicht, daß die Tiefkühltruhe von BBC heute schon in vielen modernen Haushalten so selbstverständlich wie der Kühlschrank ist.

Sie entwickeln Frostertunnel, in denen Hähnchen und Fertiggerichte gleich en gros eingefroren werden. Sie rüsten die größte Fern-Kältezentrale Europas aus, die für die Klimatisierung des gesamten neuen Flughafenzentrums Frankfurt sorgt. Dabei muß das kalte Wasser bis zu 1000 Meter weit zu den einzelnen Klimageräten transportiert werden.

Was kann man mit Kälte sonst noch machen? Die Kältetechniker von BBC machen es vor. Sie bringen selbst im Hochsommer das Erdreich zum Gefrieren, wenn sich dadurch Tunnelbauten schneller und billiger vorantreiben lassen. Zu diesem Zweck wurde von BBC ein transportables Bodengefriergerät entwickelt und gebaut. Ideen muß man haben!

Gut möglich, daß ein Einfall von BBC-Ingenieuren geeignet ist, auch Ihr spezielles elektrotechnisches Problem zu lösen. Es muß ja nicht immer Kälte sein.

BBC
BROWN BOVERI

BROWN, BOVERI & CIE · AKTIENGESELLSCHAFT · MANNHEIM

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

WILDE STREIKS

Unbekannte Wesen

Das Unbegreifliche geschah. Deutsche Arbeiter streikten ohne Genehmigung.

78 500 Stahlkocher, Metallarbeiter und Bergleute legten spontan ihre Arbeit nieder. Auf eigene Faust verlangten sie den Anteil an der „sozialen Symmetrie", der ihnen versprochen worden, dann aber wie von ungefähr in die Taschen der Unternehmer geflossen war (siehe Seite 30).

Konsterniert entdeckten Industrie-Bosse und Gewerkschaftsfunktionäre, Parteiführer und Wahlvolk, daß ihre scheinbar heile — von Erhard formierte, von Schiller konzertierte — Welt des Wohlstands und des Wohlverhaltens so heil nicht ist.

Alle hatten geglaubt, die westdeutsche Volkswirtschaft sei immun gegen die „englische Krankheit" wilder Streiks. Und trafen deutsche Bürger bei ihren Urlaubsreisen nach Frankreich und Italien auf streikende Eisenbahner und bummelnde Postboten, so taten sie das als welschen Schlendrian ab.

Lange hatten eine milde Lohndrift und die dynamische Altersrente den Interessengegensatz zwischen den wenigen Besitzenden und den vielen abhängigen Stundenlöhnern verschleiert. Aber auf dem Höhepunkt des Wirtschaftsbooms verließen selbstbewußte Arbeiter ihre angestammte Laube im Strebergarten Europas. Sie erzwangen ihren Anteil an der neuen Prosperität — und das in den letzten Wochen eines Wahlkampfs, in dem die großen gesellschaftspolitischen Probleme der Nation mit Fleiß schon ausgeklammert schienen.

Zwei Tage brauchten die Wahlkämpfer, um sich mit der neuen Lage vertraut zu machen. Zuviel stand für sie auf dem Spiel. Ihre wirren Mutmaßungen über den deutschen Arbeiter, das unbekannte Wesen:

- ▷ Der Ad-hoc-Streik reaktiviere das politische Bewußtsein der Arbeiterklassen, treibe sie zur Wahlurne und nütze so der SPD;
- ▷ komme es zu einem langen und harten Arbeitskampf, dann werde der Mittelstand, der schon halben Herzens bereit war, ins Lager einer verbürgerlichten SPD abzuschwenken, verschreckt zur christdemokratischen Law-and-order-Partei zurückfinden;
- ▷ gelinge es, die Streikenden beizeiten zu befrieden, dann nütze der Ausstand weder der einen noch der anderen Partei, er habe lediglich „konfirmierende Wirkung" (Polit-Professor Wildenmann).

Einig waren sich die Parteistrategen nur in zwei Schlußfolgerungen, wie der wilde Streik wahltaktisch umzumünzen sei: In keinem Falle dürfe die unruhige Arbeiterschaft angeklagt werden; in jedem Falle aber sei die Störung des Arbeitsfriedens dem Wahlgegner anzulasten.

Als erster fand der Freidemokrat Scheel Worte: „Die Streikenden fordern zu Recht einen Anteil an der Gewinnentwicklung. Die wilden Streiks sind ein konjunkturpolitischer Offenbarungseid der Großen Koalition."

CDU-Wahlkampfleiter Bruno Heck war auf der Suche nach Schuldigen nicht pingelig: „Es hat sich erwiesen, daß Schillers ‚Zielprojektion' illusorisch und die ‚Konzertierte Aktion' nicht funktionsfähig sind." Schiller revanchierte sich: „Die Streiks sind allein eine Folge des Booms, der nach Kiesingers Nein zur Aufwertung zwangsläufig ausgebrochen ist."

Ihre Kabinettsitzung am vorigen Mittwoch in Bonns „Palais Schaumschlägerburg" (SPD-Chef Brandt) funktionierten die zerstrittenen Partner der Großen Koalition zum offenen Podiumsgespräch um. Schiller nutzte die Chance zum letzten Disput: „Ich habe doch recht behalten, Herr Bundeskanzler, jetzt bricht die Anpassungsinflation aus."

Kiesinger ließ den Professor zu Ende dozieren, dann fertigte er ihn ab. Schillers Analyse der wilden Streiks sei unhaltbar: „Das ist alles doch nur eine Folge Ihres Preisgeredes."

SPD-Minister Georg Leber, einst Chef der Bauarbeitergewerkschaft, mischte sich ein: „Herr Bundeskanzler, ich glaube, wir sind hier in einer Kabinettsitzung, sonst wäre ich nicht gekommen. Und wenn Sie meinen, bei den Beamten, die wir hier mitgebracht haben, noch Stimmen zu gewinnen — die sind schon alle vergeben."

Herbert Wehner sekundierte laut: „Wenn Kollege Leber das nicht so humorvoll gesagt hätte, dann wäre ich schon längst aus diesem Lokal verschwunden."

Franz Josef Strauß schwieg, wie immer in Kontroversen, deren Ausgang noch offen ist. Erst tags darauf in der Wahlarena gab der CSU-Chef Laut. Er nahm die wilden Streiks zum Vorwand, um nun Anschluß an die — bisher von ihm bestrittenen — Vorhersagen über die Preisentwicklung zu finden: Es werde im Herbst wegen der „erzwungenen Lohnerhöhungen" noch zu einer Teuerungswelle kommen.

Strauß verschwieg, daß es zum Ausstand der Unterbezahlten nicht zuletzt deshalb gekommen war, weil die CDU/CSU Schiller daran gehindert hatte, mit einer Mark-Aufwertung die hektische Auslandsnachfrage zu dros-



Streikende Bergarbeiter (in Dortmund)
Heißer Sommer

seln und die Unternehmergewinne zu beschneiden.

Bundesbankchef Karl Blessing, oberster Währungshüter, zog letzte Woche auf dem Höhepunkt der wilden Streiks die Bilanz der paralysierten Bonner Wirtschaftspolitik: „Wir haben nie eine Konjunktur gehabt, die so überhitzt war.“

Am Donnerstag setzte die Bundesbank den Diskontsatz auf sechs Prozent herauf. Damit steht der bundesdeutsche Leitzins um ein Prozent höher als im heißen Sommer 1966, fünf Monate vor dem Sturz Erhards.

ARBEITSKAMPF

Wilde Woche

Deutschland ist zu reich, seine Industrie ist zu mächtig“, so schrieb der gaullistische „France-Soir“ noch vor wenigen Monaten, „weil die Deutschen geduldig darauf warten, daß ihnen der Arbeitgeber eine kleine Lohnerhöhung gewährt. Und sie streiken niemals.“

In der vergangenen Woche war Deutschland noch immer reich, aber die Industrie nicht mehr so mächtig. Denn die Arbeiter mochten sich nicht länger mit kleinem Lohn bescheiden. Sie streikten, wie noch nie in der Bundesrepublik gestreikt wurde.

„Vom Hochofenfeuer ist die Glut ins Land getragen worden“, stellte Herbert Zigan, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes in Düsseldorf, fest. Zwischen Förde und Saar, Donau, Rhein und Weser wurde der Streikfunke gezündet.

Kolonnen von Ausständischen formierten sich schon am vorletzten Dienstag in Dortmund bei der Hoesch AG (Transparent: „Hoesch — ein Name für Stahl, aber billige Löhne“), dann sprang der wilde Streik auf die Fabriken von Mannesmann, Rheinstahl und Neunkircher Eisenwerke über. Gegen Wochenende folgten die Beschäftigten der Klöckner-Werke in Bremen und Osnabrück. Den Streikenden schlossen sich weiter an: die Eisenwerker der Oberpfälzischen Hüttenindustrie, die Kumpel der Saarbergwerke, ein Teil der Bergarbeiter an der Ruhr und die Belegschaft der Kieler Howaldtswerke.

In mehr als 40 Betrieben legten über 78 000 Stahlwerker und Kumpel spontan, ohne Urabstimmung und Genehmigung der Gewerkschaftsvorstände, für Stunden oder Tage alle Räder still. Binnen einer Woche streikten in der Bundesrepublik doppelt so viele Arbeiter wie im ganzen Jahr 1968. In der eisenschaffenden Industrie, dem Zentrum des Ausstandes, waren im vergangenen Jahr nur wenige Tage durch Streik verlorengegangen.

Rhythmische Chöre: „Ausbeuter, Ausbeuter“ und „Deutscher Arbeiter, erwache“ drangen von Straßen und Plätzen in die kultivierten Direktionsetagen der Industrie. Rufe: „Wir lassen uns von euch nicht verschaukeln“ schreckten die längst saturierten Gewerkschaftsführer aus ihrer behaglichen Routine.

Otto Brenners IG Metall, seit über zwei Jahrzehnten die kampfstärkste Arbeitnehmerorganisation, hat in der vergangenen Woche ihre größte Schlappe erlitten. Zehntausende organisierter Eisenwerker, Former und Gießer nahmen ihre Interessen wahr, ohne die Frankfurter Zentrale zu bemühen. Obwohl über 90 Prozent der Beschäftigten dieser Branche organisiert sind, handelten die Arbeiter vorsätzlich gegen das Reglement, nur nach geheimer Urabstimmung im Betrieb und nach Zustimmung des Gewerkschaftsvorstandes Kampfmaßnahmen zu beginnen. Sie verzichteten damit auf die ihnen sonst zustehende Unterstützung aus der Streikkasse.

Der Einsatz freilich hat sich gelohnt. Auf eigene Faust erstritten sie binnen weniger Tage Lohnerhöhungen von elf Prozent, rückwirkend vom 1. September an. Das ist mehr, als die IG Metall noch jüngst für die Beschäftigten der metallverarbeitenden Industrie in langen Tarifgesprächen herausholen konnte, und mehr, als bei den Verhandlungen in der eisenschaffenden Industrie ohne wilde Streiks zu erwarten gewesen wäre.

Das Staunen über den Vierten Stand war in den Metropolen der Industrie ebenso groß wie in Bonn, und nicht nur Bundeskanzler Kiesinger suchte die Anstifter außerhalb der Arbeiterschaft, vornehmlich in Ost-Berlin. Aber weder DKP noch Apo, die sich mit klassenkämpferischen Parolen einzuschalten versuchten, konnten an dem Ausstand Urheberrechte anmelden. Westdeutschlands wilde Streiker blieben selbst an den heißesten Tagen systemtreu: Sie verbrannten rote Fahnen, rissen Apo-Jünglingen die Mikrophone aus der Hand und jagten DDR-Fernseh-Teams davon.

Das für Eisen und Stahl zuständige Vorstandsmitglied der IG Metall, Willi Michels, erfuhr von den wilden Streiks stets erst über Telephon. Bundespräsident Gustav Heinemann weilte gerade bei Michels zu Besuch, als die Nachricht eintraf, bei Klöckner in Bremen werde gestreikt. Michels bat den Gast um Entschuldigung: „Gustav, sei mir nicht böse, ich muß nach Bremen.“

Dort hatten sich die 6000 Arbeiter der Klöckner-Hütte erhoben und zunächst 50 Pfennig, später 72 Pfennig Lohn-Zuschlag verlangt. Arbeitsdirektor und Brenner-Freund Friedrich Düßmann sah sich von Belegschaft und Betriebsrat attackiert. Ein Pappschild am Werkstor verkündete: „Wir kämpfen hier um höheren Lohn, schickt den Düßmann in Pension.“

Streikposten blockierten die Werkszugänge, und selbst die Mitglieder des Direktoriums konnten jeweils erst passieren, nachdem sie sich einer umständlichen Ausweis-Prozedur unterworfen hatten. Nahezu eine Woche lang amtierten die Klöckner-Direktoren im Bremer Parkhotel.

Als Michels samt seinen IG-Metall-Vertretern anrückte, wurden sie von den Streikern mit dem Vorwurf empfangen: „Ihr habt drei Jahre lang geschlafen, jetzt wollt ihr uns die Schau stehlen.“

An allen Streikplätzen hörten die Gewerkschaftsfunktionäre plötzlich ungewohnte Töne. Vor dem DGB-Haus in Saarbrücken riefen 4000 Knappen im Chor: „Schloofköpp, Schloofköpp.“



Streik-Parolen im Ruhrgebiet, in Bremen und Saarbrücken

Max Schneider, der Betriebsratsvorsitzende des Saar-Bergwerks Camphausen und Mitglied des Hauptvorstands, wurde von den Kumpel als „Arbeiterverräter“ und „Bonze“ beschimpft. Schneider war verzweifelt: „Um mein Image aufzupolieren, müßte ich schon jemanden abschlachten oder sonst was tun.“

In Dortmund versuchte der IG-Bergbau-Bezirksleiter Neumann vor dem Haus des DGB drei Stunden lang, die Kumpel von der Zeche Minister Stein zur Arbeit anzuhalten. Die 3000 brüllten immer wieder: „Neumann raus, Neumann raus.“ Schließlich packte der Funktionär sein Megaphon ein und verschwand.

Anstelle der hauptamtlichen Arbeitnehmervertreter wählten die Streikenden Sprecher aus ihrer Mitte und schickten sie in die Vorstandsetagen. So sah sich Saarbergwerk-Generaldirektor Dr. Hubertus Rolshoven plötzlich dem Elektrohauer Artur Mayfarth, 42, als Abgesandtem der 20 000 Saar-Kumpel gegenüber. Ihn hatten die Demonstranten gewählt, die morgens vor das Hauptverwaltungsgebäude nahe dem Saarbrücker Bahnhof gezogen waren.

Rolshoven versuchte Mayfarth und dessen Anhang mit dem Argument zu beeindrucken: „Die Leute müssen die Arbeit wiederaufnehmen, sonst haben wir langsam keine Freunde mehr in der Bundesrepublik. Denken Sie an die riesigen zugesagten Mittel Bonns zur Umstrukturierung an der Saar. Das ist jetzt in Gefahr.“

Aber der Mann im Blauen Anton fühlte sich tausendfach gestärkt. Mayfarth: „Ich und nur ich habe das Vertrauen der Leute da unten, und ich will ihnen sagen können, ihr habt eine spürbare Lohnerhöhung gekriegt.“

Ähnlich bildeten die Kumpel der Dortmunder Zechen ein 18köpfiges Streikkomitee. Zum Wortführer erkoren sie den Schlosser Fred Olschewski, 40, der von einem VW-Bus herunter zu den Streikenden sprach.

Von Anfang an war die Position der wilden Streikführer besser als die der hauptamtlichen Funktionäre, denen langfristige Tarifabkommen die Hände banden. Bezirksleiter Erwin Essl beispielsweise von der IG Metall Bayern beschwor die Arbeiter der Maximilianshütte in Sulzbach-Rosenberg: „Wir sind an unseren Tarifvertrag gebunden, wir stehen in der Friedenspflicht.“

Friedrich Flicks bayrische Stahlkocher wählten 15 Männer als ihre Führer. Vorstandsmitglied Professor Knüppel beschied die Delegation, sofortige Lohnverhandlungen seien nicht möglich, weil seine drei Vorstandskollegen auf Reisen seien. Daraufhin stellte die Belegschaft die Arbeit ein, und kurz darauf war der Vorstand vollzählig im Münchner Hotel Continental zur Stelle.

Allgemein war den Streikenden in Nord, Süd und West das Gefühl, von ihrer Gewerkschaft verlassen, von Bonn vergessen und von den Unternehmern übertölpelt worden zu sein. Zu spät hatten Otto Brenners Vertrauensleute in den Betrieben das Unbehagen registriert, Alarmmeldungen einiger Arbeitsdirektoren waren nicht ernstgenommen worden.

Das Unbehagen wuchs, als für jeden Eisenwerker sichtbar wurde, daß die Geschäfte wieder auf Hochtouren laufen. Niemals zuvor, auch nicht während des Korea-Krieges, haben Deutschlands Stahlkonzerne mehr produziert und besser verdient als heute. Ihre Gewinne steigen seit Monaten schneller als die Umsätze. Und die Rohstahl-Erzeugung wird 1969 auf die neue Rekordhöhe von 46 Millionen Tonnen klettern, fast vier Millionen Tonnen mehr als 1968.

Seit dem Frühjahr brauchen die vier Kontore der westdeutschen Stahlindustrie ihre Produkte nicht mehr zu verkaufen, sie verteilen den Stahl nach Kontingenten. Selbst chronisch schwindsüchtige Unternehmen wie die bundeseigene Salzgitter AG melden im Absatz nur Erfolge.

Für Betonstahl, der Mangelware wie zu Schwarzmarktzeiten ist, können die Händler beispielsweise Preisaufschläge bis zu 100 Prozent verlangen. Für den offiziellen „Listenpreis“ von 450 Mark ist keine Tonne zu haben, die Baufirmen müssen 900 Mark berappen.

Noch drei Jahre zuvor, im Herbst 1966, standen an der Ruhr Walzstraßen still, von 145 Hochöfen waren weniger als 100 in Betrieb, und jeden Monat setzten die Stahlbosse rund 1000 Arbeiter auf die Straße. Die deutsche Eisen-Branche steckte in der Krise, weil in allen Industrieländern der Welt mehr Stahl erzeugt als verbraucht wurde. Billiger Auslandsstahl drückte auf den deutschen Markt und trieb die Unternehmer in einen so ruinösen Preiskampf, daß Wirtschaftsminister Schiller nach seinem Amtsantritt der Industrie an Ruhr und Saar und in Niedersachsen erlauben mußte, Kartelle mit einheitlichen Preisen zu errichten.

IG-Metall-Chef Otto Brenner hatte für 1966 auf jegliche Lohnforderungen für seine Stahlarbeiter verzichtet und gehofft, so wenigstens die Arbeitsplätze zu sichern. Doch die Erhardsche Wirtschaftskrise verschärfte die Stahlflaute noch; bis 1967 mußten etwa 35 000 Arbeiter und Angestellte aus der angeschlagenen Branche sich nach neuen Jobs umsehen.

Noch im Mai 1968, als wieder Tarifverhandlungen für die eisenschaffende Industrie anstanden, saß der Schock den Gewerkschaftlern in den Gliedern. Obgleich das Ende der Rezession abzusehen war und die Schillerschen Konjunkturspritzen bereits zu wirken begannen, unterschrieben die IG-Metall-Funktionäre einen auf 18 Monate befristeten Vertrag, der den Arbeitern lediglich fünf Prozent mehr Lohn für die zweite Hälfte 1968 und zwei Prozent mehr vom 1. März 1969 an garantierte.

Mit der extrem langen Vertrags-Laufzeit von 18 Monaten manövrierten sich Otto Brenners Unterhändler selbst in die Zwangslage, bis zum 30. November dieses Jahres die sogenannte Friedenspflicht üben zu müssen: Das heißt, sie durften bis zum Ablauf des Vertrages keine neuen Lohnforderungen an die Arbeitgeber stellen oder Kampfmaßnahmen androhen.

Tatenlos mußten die Arbeiter-Vertreter deshalb seit Januar dieses Jahres mit ansehen, wie die Stahlproduzenten sich anschickten, die Früchte des neuen Booms zu sammeln: Hoesch-Generaldirektor Dr. Friedrich Harders versprach seinen Aktionären eine Erhöhung der Dividende von acht auf zehn Prozent, Thyssen-Chef Hans-Günther Sohl stellte sogar zwölf Prozent plus drei Prozent Bonus in Aussicht.

Alle Stahlkonzerne planen überdies mit den Milliarden aus ihren vollen Kassen riesige Investitionen. Die Duisburger Klöckner-Werke AG will 500 Millionen Mark in neue Anlagen stecken, Hoesch in Dortmund sogar 1,5 Milliarden Mark.

Der neue Röhrengigant Mannesmann-Thyssen richtet sich auf den größten Ost-Exportauftrag in der deutschen Wirtschaftsgeschichte ein — die Lieferung von Erdgas-Rohren an die Sowjet-Union im Wert von 1,5 Milliarden Mark.

Die gigantische Stahl-Konjunktur hat selbst den lange Jahre notleidenden Steinkohlenbergbau wieder zu einer gewinnträchtigen Industrie werden lassen. Die Eisenhütten verfeuern so viel Koks, daß die laufende Produktion der Kokereien längst nicht mehr ausreicht und die Halden abgeräumt worden sind. 1967 lagerten auf den Zechenplätzen 5,5 Millionen Tonnen unverkäuflicher Koks, heute halten die Gruben 60 000 Tonnen auf Vorrat, nicht einmal eine Tagesproduktion.

Auch die Steinkohlenhalden werden von Monat zu Monat flacher. Bis Ende 1966 mußten 20 Millionen Tonnen Steinkohle auf Halden gekippt werden, derzeit lagern nur noch acht Millionen Tonnen bei den Zechen. Keine Grube behauptet mehr, sie müßte ihre Produkte zu Verlustpreisen abgeben.

An ihre Anteilseigner sandten die Konzerne frohe Botschaften frei Haus. In Aktionärsbriefen priesen sie ausschweifend die günstige Auftragslage sowie die fetten Gewinne. Betreten lasen die durch ihre Friedenspflicht gehandikapten Gewerkschafts-Funktionäre und die Betriebsräte in den Unternehmen mit (siehe SPIEGEL-Interview Seite 33).

Jahrelange Versäumnisse der Tarifpartner und alte Betriebs-Ungerechtigkeiten sorgten in vielen Betrieben dafür, daß der Streikfunke schnell



Die Löhne steigen, wenn Scheiben klirren und Tomaten fliegen

angefacht wurde und das „Buschfeuer" („Die Welt") sich ausbreitete.

Beim Hoesch-Konzern hatten drei Jahre nicht ausgereicht, in den drei Hütten-Betrieben ein einheitliches Lohnsystem einzuführen (SPIEGEL 37/1969). Auch Klöckner zahlt seinen Hüttenwerkern in Bremen und Osnabrück für gleiche Arbeit ungleichen Lohn. In Kiel entzündete sich der Streik an dem Lohnunterschied zwischen Werftarbeitern der Howaldtswerke an der Förde und ihren Kollegen an der Elbe. Die Hamburger Schiffsbauer von Howaldt erhalten für die gleiche Arbeit 38 Pfennig mehr.

Am Dienstag vergangener Woche traten deshalb von den 7246 Howaldt-Arbeitern 2000 in den Ausstand. SPD-Landesvorsitzender Steffen: „Durch den Streik wird der Öffentlichkeit ein Zustand ins Bewußtsein gebracht, der gelinde gesagt als Schweinerei bezeichnet werden kann."

Am Mittwoch streikten fast 7000, und auf dem Werftgelände Dietrichsdorf in Kiel rührte sich keine Hand, als vor geladenen Ehrengästen ein 108 Meter langes Frachtschiff für die Stockholmer Reederei Bergnings og Dykeri vom Stapel gelassen werden sollte. Howaldt-Arbeiter hatten die Taufkanzel mit Lohnparolen geschmückt. Erst am Abend konnte eine Gruppe Ingenieure und Meister das Schiff zu Wasser bringen.

Howaldt-Vorstand Dr. Henke mokierte sich, offenbar sei der Betriebsrat von den Arbeitern überspielt worden. In der Tat hatten sowohl die Betriebsräte wie die IG Metall jahrelang wegen der 38-Pfennig-Differenz nur „gewarnt". In einer Resolution der Werftarbeiter hieß es dann auch ausdrücklich: „Der Streik richtet sich in erster Linie gegen die Haltung unseres Betriebsrats, der sich bisher um das Lohngefälle nicht genügend gekümmert hat."

An der Saar fühlten sich die Bergarbeiter gegenüber den Kumpels an der Ruhr unterbezahlt. Traditionsgemäß gelten an der Saar die Tariflöhne zugleich als Höchstlöhne. Dagegen werden den Ruhr-Bergleuten auf den Tariflohn eine Reihe von Zuschlägen gezahlt. Ergebnis: Ein Saar-Hauer verdient pro Schicht durchschnittlich 29,60 Mark, sein Kollege an der Ruhr dagegen 43,61 Mark.

Vor der Zeche Camphausen machte am Montag vergangener Woche der Lohnstreifen eines Ruhr-Hauers die Runde, auf dem 1300 Mark Monatslohn verzeichnet waren. Vor der Zeche beschlossen die Kumpel: „Wir wollen den gleichen Lohn wie der Ruhr-Bergmann, sonst fahren wir nicht ein."

Dem wilden Streik folgte schnell der Lohn. Für die Hoesch-Hüttenwerker war es am Mittwoch vorletzter Woche fast so stimmungsvoll „wie in den größten Tagen von Borussia Dortmund" („Süddeutsche Zeitung"). Triumphierend verlas Betriebsratsvorsitzender Albert Pfeiffer den Streikern vor der Hoesch-Hauptverwaltung die Erfolgsmeldung: 30 Pfennig mehr Stundenlohn vom 1. September an, keine Anrechnung bei den Tarifverhandlungen und volle Bezahlung der Streikstunden. Die Arbeiter sangen: „So ein Tag, so wunderschön wie heute" und zogen zurück in die Hütten.

Bei Mannesmann und Rheinstahl begannen die Räder wieder zu laufen, nachdem der Vorstand für den September einen 50-Mark-Abschlag auf das künftige Verhandlungsergebnis der Tarifpartner sowie 30 Pfennig mehr Stundenlohn zugestanden hatte.

Auch die Saar-Bergwerke beeilten sich, die Forderungen der Kumpels zu erfüllen. Künftig verdient jeder Bergmann pro Monat im Schnitt 75 Mark mehr. Außerdem erhalten alle Kumpel eine einmalige Abfindung von 310 Mark, mit der das Lohngefälle, das bis zum 1. September zwischen Saar- und Ruhrbergbau bestand, ausgeglichen werden soll.

An der Ruhr holte Bergarbeiter-Führer Walter Arendt in einem vorgezogenen Tarifgespräch 3,50 Mark Zulage je Kumpel und Schicht heraus. Ferner steht allen Bergarbeitern jährlich eine Treueprämie von 312 Mark zu, die steuerfrei für die Vermögensbildung verwendet wird. Der Mindesturlaub wird 1970 auf 20 Tage erhöht, die Arbeitskleidung auf Werkskosten gewaschen. Das Durchschnittseinkommen eines Vollhauers unter Tage steigt von 944 auf 1019 Mark.



Die Zeit

Europas Arbeiter: „Streik! — Mensch, kennst du das denn nicht?"

Arendt: „Es war die schnellste Verhandlung, die es jemals im Bergbau gab. Es ist bedauerlich, daß nur dann sofort reagiert wird, wenn Fensterscheiben klirren und Tomaten geworfen werden." Die Lohnrunde kostet die Zechen jährlich 525 Millionen Mark.

Nach der wilden Woche gaben vorsorglich einige Unternehmer, bei denen nicht gestreikt wurde, freiwillig einen Lohnzuschlag. VW-Generaldirektor Kurt Lotz teilte dem Betriebsrat dieser Tage mit, daß er das Auslaufen des Tarifvertrages zum 31. Dezember nicht abwarten, sondern schon jetzt die Löhne erhöhen will. Die Bayerischen Motorenwerke gewährten ihren Arbeitern eine Zulage von 40 Pfennig je Stunde.

Am Freitag letzter Woche, frühmorgens kurz nach fünf Uhr, einigten sich auch der Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie und die IG Metall in einer eilends einberufenen Tarifrunde, die Löhne vorzeitig um elf Prozent zu erhöhen und rückwirkend vom 1. September an zu zahlen. Nach der jetzt vorgenommenen Tarifanhebung erzielen die Eisen- und Stahlwerker einen Brutto-Monatsverdienst von durchschnittlich 1137 Mark (bisher 1025 Mark).

Die Unternehmer-Verbände erklärten, der ungesteuerte Ausstand habe die Unsinnigkeit der gewerkschaftlichen Mitbestimmung sichtbar gemacht. Denn gerade in den Unternehmen, in denen Gewerkschaftler die Aufsichtsräte paritätisch besetzt hielten und zudem ein Arbeitsdirektor für die Personalgeschäfte verantwortlich sei, habe sich der wilde Streik entzündet. Diese Tatsache beweist freilich eher, daß die paritätische Mitbestimmung den Gewerkschaften nicht jenes Machtmonopol beschert, das die Arbeitgeber sonst als Schreckensbild hinstellen.

Zum Wochenende kam das Tarifgefüge in der Bundesrepublik weiter ins Rutschen. Die Gewerkschaften Druck und Papier, Eisenbahn, Leder, Post, Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr sowie Handel, Banken und Versicherungen meldeten für insgesamt 2,3 Millionen Beschäftigte vorzeitig Forderungen nach höheren Löhnen und Gehältern an.

In Bonn brachten Wirtschaftsminister Karl Schiller und sein Parlamentarischer Staatssekretär Klaus Dieter Arndt die Streiks auf den ökonomischen Nenner. Arndt meinte, die Arbeitskämpfe seien der „Startschuß für die Anpassungsinflation". Die Lohnerhöhungen würden den Unternehmern als „Alibi für höhere Preise" dienen. Schiller ist überzeugt, daß die Streiks nicht aufgeflammt wären, wenn Kanzler und CDU/CSU ihm nicht die Möglichkeit genommen hätten, die Konjunktur rechtzeitig durch eine Mark-Aufwertung zu bremsen.

Der Minister hat einen Ordner angelegt, in dem er Briefkopien von Maschinenfabriken, Gießereien, Gußstahlwerken und anderen Eisen- und Stahlunternehmen sammelt. Darin hätten die Firmen ihren Kunden zum 1. Oktober dieses Jahres Preiserhöhungen von jeweils „acht, neun und zehn Prozent" (Schiller) angekündigt. Zum 1. Januar 1970 seien noch einmal drei, vier oder fünf Prozent fällig.

Wenn erst die Wahl vorüber sei, so Schiller, würden die Unternehmer der bislang „verbandsmäßig zurückgestauten Inflation" die Zügel schießen lassen. Schiller: „Dann gehen die erst richtig ran und nehmen, was der Markt hergibt."

Letzte Woche bereits kündigte Heinz P. Kemper, Aufsichtsratsvorsitzender der neuen Ruhrkohle-Einheitsgesellschaft, dem Minister an, der Konzern werde die Kohlenpreise am 1. Oktober um zehn Prozent erhöhen.

„ES GIBT NOCH ARBEITER IN DEUTSCHLAND"

SPIEGEL-Interview mit dem IG Metall-Vorstandsmitglied Willi Michels

SPIEGEL: Herr Michels, der Streik der Hoesch-Hüttenarbeiter in der vorletzten Woche hat eine Kettenreaktion ausgelöst. Sie sind davon überrascht worden ...

MICHELS: Ja, das ist richtig.

SPIEGEL: ... obwohl Sie verantwortliches Vorstandsmitglied der IG Metall für die Belange der eisenschaffenden Industrie sind und überdies Aufsichtsratsmitglied der bestreikten Hoesch AG. Konnten Sie diese Entwicklung nicht voraussehen?

MICHELS: Der Betriebsrat von Hoesch hatte mich verständigt, daß Verhandlungen mit dem Vorstand schon seit einigen Tagen stattfänden. 15 Pfennig mehr je Stunde waren vom Vorstand zugesagt. Der Betriebsrat hatte 20 Pfennig verlangt. Man konnte davon ausgehen, im Vergleich zu anderen Stahlunternehmen, daß damit bei Hoesch eine bestimmte Unruhe hätte beseitigt werden können. Die vom Betriebsrat geforderten 20 Pfennig, zur rechten Zeit gegeben, hätten alles in Ordnung gebracht.

SPIEGEL: Verschiedentlich ist behauptet worden, daß einen Tag vor Streikbeginn ein fertiger Streikplan existiert habe. Sind Sie bei Hoesch und anderswo von Betriebsgruppen der DKP überspielt worden?

MICHELS: Das Unbehagen in der Stahlindustrie war allgemein vorhanden, nicht nur bei der Hoesch AG. Ich würde es ablehnen, daß diese Unruhe durch die DKP ausgelöst wurde.

SPIEGEL: Dieses Unbehagen der Stahlarbeiter hatte doch objektive Gründe. Bereits vor Monaten wurde von Hoesch eine Dividendenerhöhung von acht auf zehn Prozent angekündigt, andere Stahlunternehmen sicherten ihren Aktionären noch höhere Gewinnausschüttungen zu. Überdies ...

MICHELS: Als ich den Aktionärsbrief von Hoesch gesehen habe, da habe ich gesagt: Wie kann man nur so einen Blödsinn machen! Das war psychologisch ganz verkehrt.

SPIEGEL: Überdies hat es in den letzten zwei Jahren bei einzelnen Stahlsorten Preissteigerungen von mehreren hundert Mark je Tonne gegeben. Für die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten waren also die hohen Unternehmensgewinne lange vorhersehbar. Jetzt wird Ihnen daraus der Vorwurf gemacht, Sie hätten die Interessen der Arbeiter vernachlässigt und zu spät reagiert.

MICHELS: Das ist völlig falsch. Von 1965 bis Anfang 1969 gab es in der Stahlindustrie keine gute Ertragslage. Erst 1968 brachte wieder eine Mengenkonjunktur. Und seit Beginn 1969 konnten für Stahlerzeugnisse gute Preise erzielt werden. Damit eröffneten sich Möglichkeiten für Tarifforderungen. Als vor 15 Monaten der Tarifvertrag Eisen und Stahl abgeschlossen wurde, galt an der Ruhr aufgrund vieler Strukturschwierigkeiten als erstes: Sicherheit der Arbeitsplätze. Sie wissen, daß wir von Dezember 1966 bis Dezember 1967 rund 60 000 Beschäftigte aus der Stahlindustrie verloren haben, weil Arbeitsplätze wegfielen oder Produktions-Kapazitäten nicht ausgelastet waren.

SPIEGEL: Es war aber doch damals schon abzusehen, daß die Rezession zu Ende ging, die Schillerschen Eventualhaushalte waren beschlossen, und trotzdem hat die IG Metall einen Tarifvertrag mit der Laufzeit von 18 Monaten abgeschlossen.

MICHELS: Wenn wir heute 15 Monate zurückdenken, da war das Stabi-



Gewerkschaftler **Michels**
„Keiner hat das vorausgesehen"

litätsgesetz in all seinen Auswirkungen nicht abzusehen. Kein Experte hat vorausgesehen, daß so eine Entwicklung auf die Stahlindustrie zukommt.

SPIEGEL: Aber als der Boom da war, haben Sie da nicht zu vorsichtig taktiert, möglicherweise um vor der Bundestagswahl keine Forderungen zu stellen, die für die SPD schädlich werden konnten?

MICHELS: Das möchte ich zurückweisen. Wir mußten davon ausgehen, daß wir einen Tarifvertrag haben, und die daraus resultierende Friedenspflicht müssen wir verdammt ernst nehmen. Wir hatten nur die Möglichkeit, mit dem Arbeitgeberverband ins Gespräch zu kommen. Und unsere Bezirksleiter wiesen die Arbeitgeberseite schon im Mai — da hatten wir bereits Verhandlungen über tarifliche Absicherung von Sonderzahlungen — ausdrücklich auf die günstige Wirkung vorgezogener Tarifverhandlungen hin. Am 18. August dieses Jahres haben die Arbeitsdirektoren im Vorstand des Arbeitgeberverbandes an den Vorsitzenden Brandi geschrieben, ihm die Unruhe geschildert und erneut vorzeitige Verhandlungen gefordert.

SPIEGEL: Mit welchem Ergebnis?

MICHELS: Der Arbeitgeberverband hat erklärt — und ich muß sagen, im Mai war auch der Druck noch nicht so stark: Meine Herren, Tarifverträge beinhalten Friedenspflicht, und wir sind der Auffassung, daß ein Vorziehen der Verhandlungen für uns nicht ansteht. Auf den Brief der Arbeitsdirektoren hat der Unternehmerverband überhaupt nicht geantwortet.

SPIEGEL: Nach Paragraph 11 der IG-Metall-Satzung muß jeder Streik vom Vorstand genehmigt werden. Das ist in keinem Fall geschehen. Haben sich nun die Kollegen der IG Metall, die gestreikt haben, eines gewerkschaftsschädigenden Verhaltens schuldig gemacht?

MICHELS: In allen Gesprächen haben wir die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß die Organisation ihnen keine Streikunterstützung geben kann. Wir haben auf unsere Friedenspflicht hingewiesen und gesagt, daß die Arbeit wiederaufgenommen werden muß. Übrigens möchte ich darum bitten, nicht von wilden Streiks zu sprechen.

SPIEGEL: Sondern?

MICHELS: Nach meiner Meinung sind das spontane Arbeitsniederlegungen.

SPIEGEL: Diese spontanen Arbeitsniederlegungen, wie Sie es nennen, sind ausgerechnet in Unternehmen passiert, die der Montan-Mitbestimmung unterliegen.

MICHELS: Otto Brenner hat wiederholt darauf hingewiesen, daß Mitbestimmung keine Streikversicherung ist. Außerdem hat die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Montan-Industrie in den letzten Jahren viele Konfliktstoffe beseitigt, besonders während der Rezession. Die Ruhr hätte gebrannt, wenn nicht die Träger der Mitbestimmung durch Vereinbarungen vieles aufgefangen hätten.

SPIEGEL: Meinen Sie, daß ohne die Mitbestimmung auch in diesem September die Ruhr gebrannt hätte?

MICHELS: Noch weit mehr.

SPIEGEL: Herr Michels, Sie sind selbst alter Metallarbeiter. Glauben Sie, daß das gewerkschaftliche Bewußtsein Ihrer Mitglieder durch die Aktionen gestärkt worden ist?

MICHELS: Ob wir gestärkt aus diesen Auseinandersetzungen hervorgehen werden, kann ich heute noch nicht beantworten. Aber eines will ich sagen: Ich habe es wirklich miterlebt in diesen Tagen und Nächten — das Bewußtsein, daß es noch Arbeiter gibt in Deutschland, wird stärker.



Wahlkämpfer **Brandt***
„Die Fürstin wird uns wählen"

BRANDT

Signale nach links

(siehe Titelbild)

Wenn der nur nicht so verdammt seriös geworden wäre.
Kurt Georg Kiesinger über Willy Brandt.

Bonns Christdemokraten sind ratlos. In fünf Bundestagswahlkämpfen siegte die rheinische Staatspartei nach einer Faust-Regel Konrad Adenauers: den Gegner in die Schurkenrolle drängen und ihn dann prügeln. Im sechsten Wahlgang spielen die Sozialdemokraten nicht mehr mit.

Der Spielverderber heißt Willy Brandt.

Im dunkelblauen Panama-Tuch, die Stimme gesenkt, den Gestus beherrscht, doziert der Vizekanzler auf Marktplätzen und in Stadthallen hohe Staatskunst, so als widme er sich dem Exklusivzirkel der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Gelassen beschied der Staatsmann seine Zuhörer in Offenburg: „Wir Deutschen sollten ehrgeizig sein. Unser Ehrgeiz sollte es sein, Toleranz zu üben und den anderen zu respektieren."

Brandt läßt alle Rempeleien der CDU/CSU (Kiesinger: „Man kann Herrn Brandt die deutsche Außenpolitik nicht mehr anvertrauen") an sich abgleiten. In einem Rundschreiben bat er die Bundestags-Kandidaten seiner Partei: „Nicht den Weg der Polemik beschreiten, auch wenn der Gegner etwas anderes tut. Es sieht besser aus."

* Bei einer Wahlrede in Westerburg/Westerwald.

Die Gentleman-Taktik des Willy Brandt („Der Wahlkampf ist kein totaler Krieg") könnte sich für die SPD auszahlen. Nach 39 Jahren — 1930 stürzte der letzte sozialdemokratische Reichskanzler der Weimarer Republik, Hermann Müller — hat die SPD wieder eine reelle Chance, die Macht im Staat zu übernehmen. Mit Hilfe des bündniswilligen Freidemokraten des Walter Scheel kann Willy Brandt hoffen, erster sozialdemokratischer Kanzler der Bundesrepublik zu werden.

Die Demoskopen signalisierten den Sozialdemokraten die Chance, mehr als 40 Prozent der deutschen Wahlbürger zu gewinnen. Die Schere, die sich 1965 in Popularitätsumfragen vier Wochen vor dem Wahltag zwischen siegender CDU/CSU und unterliegender SPD geöffnet hatte, blieb vierzehn Tage vor dem 28. September 1969 noch immer geschlossen.

Und nicht nur von Prognosen, sondern auch von bereits ausgezählten Wahlergebnissen fühlen sich die Genossen in ihrem Optimismus bestärkt. Kanzler Kiesingers Partei- und Duzfreund Theopont Diez, 61, unterlag bei der Oberbürgermeister-Wahl im baden-württembergischen Maggi-Städtchen Singen am Hohentwiel vorletztes Wochenende nach 20jähriger Herrschaft dem SPD-Gegenkandidaten Friedhelm Moehrle, 35, mit 31 zu 61 Prozent — obwohl Kiesinger drei Tage vor der Wahl persönlich zu Hilfe gekommen war.

Eine alte sozialdemokratische Rechnung konnte aufgehen. Danach wollte Brandts Vize Herbert Wehner, der Cheftaktiker der Partei, durch das Bündnis mit der CDU/CSU seine Sozialdemokraten zur Führungsmacht im Staate aufbauen.

Die Teilhabe an der Staatsmacht sollte die Sozialdemokraten vom Ruch der Erfolglosigkeit und des ewigen Nein-Sagens befreien. Vom Umzug aus der Parteibaracke in die Chefzimmer der Bonner Ministerien erhofften sie sich Regierungs-Reputation. Nach drei Jahren Großer Koalition präsentiert sich nun nicht mehr ein unerfahrenes Schattenkabinett, sondern eine Riege selbstbewußter Ressortchefs.

Für sein taktisches Konzept hat Wehner in Willy Brandt den richtigen Mann. Brandts Attitüde der Überlegenheit (Parteigenosse Schiller: „Brandt überzieht seine staatsmännische Rolle ein bißchen") ist ein Gemisch aus Naturell („Polemik liegt mir nicht") und Kalkül (Demoskopen rieten dem Vizekanzler von Angriffen auf den Chef ab).

Gleichwohl bestreitet der Außenminister den Unionschristen, die sich in der Außenpolitik auf den letzten Willen Konrad Adenauers berufen, die Legitimation des Testamentsvollstreckers. Brandt: „Ich bin doch mit Adenauer in seinen letzten Jahren mehr zusammengekommen als Kiesinger. Adenauer sagte mir in einem unserer letzten Gespräche: ‚Wir müssen mit den Russen reden. Wir müssen die Sowjets anders behandeln, als meine Nachfolger das tun. Herr Brandt, die machen das doch alles ganz falsch.'"

Während Kiesinger und seine Mannschaft den AA-Chef im Wahlkampf verlästerten, reiste Brandt mit Diplomaten-Gepäck demonstrativ nach Rom und Brüssel. In seiner Außenminister-Villa auf dem Bonner Venusberg empfing er die Spitzen von Hochfinanz und Großindustrie, um sich ihnen als sozialdemokratischer Staatsmann zu präsentieren. Vor Karl Klasen, dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, und Bosch-Chef Hans L. Merkle, einem Kiesinger-Berater, vor Persil-Fabrikant Konrad Henkel und Flick-Teilhaber Otto A. Friedrich trug Brandt länger als eine Stunde seine Ost-Politik vor.

Auf Wahltournee versäumte er es nicht, bei Fürstenbergs in Donaueschingen hereinzuschauen. Erbprinz Joachim („Joki") zu Fürstenberg, Chef des durchlauchtigen Hauses, war vorzeitig aus dem Urlaub heimgekehrt, um den Sozialdemokraten am Flugzeug zu empfangen. Willy Brandt: „Die Fürstin wird uns wählen, beim Fürsten weiß man's nicht genau."

Vier Jahre vor der Einladung aufs Schloß hatte sich Brandt noch von den Deutschen verstoßen gefühlt. Bei den Bundestagswahlen 1965 hatten ihn die Wähler sitzenlassen, und statt seine Sozialdemokraten an der CDU vorbeizuführen, war er mit acht Prozent hinter der Union und noch vor der 40-Prozent-Marke steckengeblieben.

Tief verletzt von der Niederlage und den persönlichen Anfeindungen im Wahlkampf, spielte Brandt damals mit dem Gedanken, Genossen und Landsleuten den Rücken zu kehren. Erst der Zuspruch des Parteiverwesers Wehner befreite ihn von dem Alp, seine Vergangenheit als Emigrant belaste als Anlaß zu ständiger Hetze die SPD.

Im Gegenteil, so beschwor ihn Wehner, die geschlagene Partei identifiziere sich mit Brandts persönlichem Schicksal; gerade in der Krise komme es auf sein Integrationstalent an. Nur mit Brandt an der Spitze könnten die Sozialdemokraten zu Solidarität und Selbstvertrauen zurückfinden.

Wehner behielt recht. Im Frühjahr 1966 bestätigten die moralisch wiederaufgerüsteten Genossen auf dem Dortmunder Parteitag Brandt in einer fast einstimmigen Vertrauenskundgebung als Parteiführer.

Noch im gleichen Jahr entwarf wiederum Stratege Wehner den Plan, wie die Partei die verlorene Wahl von 1965 im nachhinein doch noch gewinnen könne: Nach der von Erhard verschuldeten Staatskrise peitschte er seine Sozialdemokraten in eine Große Koalition mit der desolaten CDU.

Sein Ziel: Die SPD sollte sich dem Volk endlich als regierungsfähig erweisen, durch ein neues Wahlrecht gemeinsam mit der CDU den freidemokratischen Steigbügelhaltern der Union den Garaus machen und bis 1973 den widernatürlichen Bund durchstehen; nach siebenjähriger Bewährung könnte dann ihr allein die Macht im Staat zufallen.

Den Blick unverwandt auf den Sieg gerichtet, gingen die Sozialdemo-

kraten auf den langen Marsch. Es focht sie nicht an, dabei der CDU wieder auf die Beine zu helfen. Auch ließen sie sich nicht davon beirren, daß sie viele ihrer Traditionswähler verprellten, enttäuschte Linksintellektuelle an die Apo und Protestwähler an die NPD verloren.

Die Sozialdemokraten nutzten die Chance, ihren in langen Oppositionsjahren aufgestauten Drang zur Reform von Staat und Gesellschaft in Ergebnisse umzusetzen:

▷ Wirtschaftsminister Karl Schiller steuerte Erhards verwilderte und notleidende Marktwirtschaft planvoll in kontrolliertes Wachstum; er meisterte die schwerste Strukturkrise der Nachkriegszeit an Rhein und Ruhr;

▷ Finanzexperte Alex Möller entwarf das Konzept einer mehrjährigen Finanzplanung, mit der das Bundeskabinett endlich das zerrüttete Staatsbudget ordnen konnte;

▷ die Justizminister Gustav Heinemann und Horst Ehmke setzten das erste Stück der seit 50 Jahren ergebnislos betriebenen Reform des Strafrechts durch;

▷ Fraktionsvorsitzender Helmut Schmidt half die älteste sozialpolitische Hypothek des Bonner Parlaments abtragen: Kranke Arbeiter erhielten den gleichen Lohnanspruch, den kranke Angestellte seit Jahrzehnten haben.

Einmal in der Regierung, konnten sich die Sozialdemokraten auch von einer Bürde befreien, die ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften lange belastet hatte. Die SPD-Fraktion des Bundestages stimmte den seit 14 Jahren leidenschaftlich umstrittenen Notstandsgesetzen zu.

Am Ende, als es auf die Wahl zuging, boten die Christdemokraten und ihr Richtlinienkanzler den sozialdemokratischen Regierungsaktivisten Einhalt. Eifersüchtig und interessenhörig unterbanden sie

▷ Verkehrsminister Georg Lebers Reformplan für Bahn- und Straßentransport;

▷ Wohnungsbauminister Lauritz Lauritzens Städtebaugesetz mit Ansätzen für einen Stopp der Bodenspekulation;

▷ Wirtschaftsminister Schillers Mark-Aufwertung, mit der er die Inflation abwehren und Deutschlands Preise stabil halten wollte.

Prominentestes Opfer der CDU-Obstruktion: Willy Brandt, der laut Golo Mann „beste Außenminister, den es gab, seit es ein deutsches Auswärtiges Amt gibt".

Als Emigrant frei von den Schatten brauner Vergangenheit und als Bürgermeister von West-Berlin erfahren im politischen Ost-West-Geschäft, brachte er mehr Vertrauenskapital ins Bonner Außenamt ein, als seine Vorgänger je erwerben konnten.


Außenminister **Brandt** (l.)*: „Das war schon sehr schön"

Er neutralisierte das weltweite Mißtrauen gegen einen Staat, der sich Hitlers Parteigenossen Kurt Georg Kiesinger als Regierungschef leistet. Brandt selbstbewußt: „Meine Visitenkarte ist nicht die schlechteste, die man draußen in der Welt abgeben kann."

Der polyglotte Brandt, der Englisch, Französisch und die skandinavischen Sprachen beherrscht, unterscheidet sich deutlich von seinen christdemokratischen Vorgängern — von Konrad Adenauer, der auf Kosten eines Ausgleichs mit dem Osten die einseitige Westorientierung betrieb; von Heinrich von Brentano, dessen Außenpolitik sich in starren Rechtsformeln wie dem Alleinvertretungsanspruch und der Hallstein-Doktrin erschöpfte; von Gerhard Schröder, der die Bundesrepublik während des ost-westlichen Tauwetters nicht aus der Isolierung führen konnte.

In weniger als drei Jahren verschaffte der Sozialdemokrat Brandt der Bundesrepublik weltweit Gehör. Er makelte zwischen dem kleineuropäisch orientierten Frankreich de Gaulles und den auf Ausbau der EWG drängenden Staaten, ohne es mit dem einen wie den anderen zu verderben. „Neidlos" erkannte CDU/CSU-Fraktionschef Rainer Barzel Brandts Leistung im Freundeskreis an: „Das war ein ganzes Stück sehr gekonnter Balance-Politik, das war schon sehr schön."

Ebenso emsig widmete sich der Minister der „Entkrampfung" (Brandt) der Bonner Politik gegenüber der DDR und den Ostblockstaaten. Er entsandte einen Botschafter nach Rumänien und nahm die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien wieder auf. Er schickte Wirtschaftsemissäre nach Bukarest, Belgrad, Warschau, Moskau und Ost-Berlin. Das Mißtrauen der Russen suchte er mit einem feierlichen Verzicht auf Anwendung von Gewalt abzubauen.

Mehr und mehr sah sich die CDU ins zweite Glied gedrängt. In der Regierungserklärung von 1966 hatten die Christdemokraten den neuen Ost-Look mit eingesegnet. Nun, unter dem Druck von CSU-Ultras, Vertriebenen-Reaktionären und alten Kalten Kriegern der CDU, trachtete Kiesinger, über seine Richtlinien-Kompetenz die Aktivität des SPD-Mannes zu lähmen.

Den Versuch der SPD, die DDR „gleichberechtigt und nicht-diskriminierend" in den Ost-Dialog einzubeziehen, hintertrieben die CDU-Politiker mit einem Rückfall ins alte Abwertungsvokabular; sie qualifizierten den deutschen Staat jenseits der Elbe als „Gebilde" (Kiesinger) und „sowjetische Besatzungszone" (Barzel) ab.

Brandts Verständigungs-Angebote verhöhnte Kiesinger offen: Die Sowjet-Union narre Bonn nur mit dem „Bändelchen des Gewaltverzichts. Das ist doch alles". Und mit einem Bündel von CDU/CSU-Zusatzfragen blockierte der Kanzler Brandts Absicht, noch vor der Bundestagswahl als Zeichen guten Willens die deutsche Unterschrift unter den Atomwaffen-Sperrvertrag zu setzen. Kiesinger: „Weil er auch hier viel zu früh bereit war zu kapitulieren."

Halben Herzens folgten die Unionschristen Brandt bei der theoretischen Neuformulierung der verhärteten Hallstein-Doktrin: Wurden bisher die diplomatischen Beziehungen zu DDR-Anerkennern automatisch abgebrochen, so sollte Bonn künftig pragmatisch von Fall zu Fall entscheiden.

Als aber Kambodscha die DDR anerkannte, fiel die CDU/CSU in die alte Hallstein-Übung zurück und zwang den Außenminister, den Botschafter in Pnom Penh zurückzurufen. Brandt dachte an Rücktritt, blieb jedoch aus Parteirücksicht im Amt: „Wegen

* Bei der Eröffnung der Nato-Tagung am 24. Juni 1968 in Reykjavik, Island.

Ein Siemens-Farbfernsehgerät BILDMEISTER nimmt es mit der Farbtreue genau.

Sie sehen die Farbe originalgetreu. Jede Nuance, jede Schattierung. Sie sehen immer ein scharfes Bild, jede Kontur, jeden Kontrast. Sie sehen Fernsehen erster Klasse.

Mit einem Gerät, für das höchste elektronische Präzision Bedingung ist. Mit einem Gerät, das zum Stil Ihrer Wohnung paßt, das leicht zu bedienen ist. Mit einem Farbfernsehgerät, das zu den besten der Welt gehört. Mit einem Siemens-BILDMEISTER FC 17.

Wünschen Sie mehr über Siemens-Farbfernsehgeräte zu erfahren, bitte schreiben Sie uns: Siemens-Electrogeräte GmbH, HWA (22), 8000 München 1, Postfach.



Konzertlautsprecher

Senderwahl mit 6 Programmtasten – Tastendruck genügt, sofort kommt das einmal eingestellte Programm.

Elektronische Feinabstimmung

Farbstärkeregler

Farbtonregler

PERMACHROM-Bildröhre für ein farbtreues, scharfes Bild.



Kambodscha kann ich die Koalition nicht sprengen."

Kiesinger stellte seinen Vizekanzler schließlich offen unter Kuratel. Ohne sich mit dem Außenminister abzustimmen, sprach er mit Sowjetbotschafter Zarapkin über Berlin. Nachdem Brandt auf Anfragen des Sowjetmenschen zum deutschen Gewaltverzichts-Angebot eine Antwort diktiert hatte, ließ Kiesinger das Papier durch seinen außenpolitischen Chefberater, Staatssekretär Carstens, anhalten und nach eigenem Gutdünken umschreiben.

Zum Schaden erntete Brandt noch den Spott. Hinter vorgehaltener Hand verbreitete Kiesinger: „Ich habe Herrn Brandt auf dem Pfade der Tugend gehalten. Ich habe praktisch jede Note des AA an die Sowjet-Union entweder gestrichen oder korrigiert. Das waren die Richtlinien der Außenpolitik."

Des selbstgewählten Jochs an der Seite des christdemokratischen Partners überdrüssig, trachtete Willy Brandt nun — vier Jahre früher als von Herbert Wehner geplant — das Richtlinien-Instrument in die eigene Hand zu nehmen.

Frühzeitig hatte der Außenminister entdeckt, daß sich die Freidemokraten des Walter Scheel als verständigere Kompagnons für seine progressive Außenpolitik anbieten. In der Opposition hatte sich die FDP von Erich Mendes Bürgerblock-Mentalität gelöst und auf der Suche nach neuem Profil den ost- und deutschlandpolitischen Vorstellungen der SPD genähert, sie teilweise sogar überboten.

Scheel fordert, die deutsche Unterschrift unter den Atomsperrvertrag sofort und bedingungslos zu leisten. Durch Abschluß eines Generalvertrages will er Ost-Berlin einen gleichberechtigten Platz neben Bonn einräumen und überdies die völkerrechtliche Anerkennung der DDR hinnehmen.

Im Gegensatz zu Willy Brandt blieb Herbert Wehner noch lange mißtrauisch gegenüber dem „wilden Haufen" der FDP. Erst nachdem die Freien Demokraten bei der Bundespräsidentenwahl am 5. März in Berlin über drei Wahlgänge ebenso gutwillig wie diszipliniert dem SPD-Kandidaten Gustav Heinemann zum Sieg verholfen hatten, hielt Taktiker Wehner sich mit offenem Widerstand gegen voreilige Experimente mit einer Links-Koalition zurück.



Koalitionspartner **Brandt, Kiesinger**
Vize unter Kuratel



Koalitionsplaner **Scheel, Brandt**
Treffen in der Wahlnacht

Wie stark Brandt bereits für das neue Bündnis engagiert war, erfuhr der parlamentarische Regie-Assistent der Großen Koalition und stellvertretende SPD-Fraktionsführer Alex Möller in der letzten Sitzungswoche des alten Bundestages.

Möller vertraute seinem Parteiführer an („Du, Willy, damit du es nicht von anderen hörst"), er habe sich mit Helmut Schmidt und den CDU/CSU-Fraktionsführern Barzel und Stücklen für den Tag nach der Bundestagswahl in seiner Bonner Wohnung verabredet. Darauf Brandt: „Damit auch du es nicht von anderen hörst, ich treffe mich schon in der Wahlnacht mit Scheel."

Den konstruktiven Treff hatten Brandt und Scheel bei einem Mittagessen Anfang Juni in Düsseldorf vereinbart. Und Alex Möller, inzwischen auch ins Lager der Mini-Koalitionäre übergewechselt, einigte sich am 30. August in Karlsruhe mit Scheel-Vize Genscher auf eine Signal-Sprache für den Wahlkampf.

Das FDP-Signal: Die Partei sei nach beiden Seiten offen. Das SPD-Signal: Die Partei wolle die nächste Bundesregierung führen. Beide Formeln haben nur einen gemeinsamen Nenner: die kleine Links-Koalition.

Überdies, so erkannten die Verschwörer, müsse das Werk nach der Wahl schnell vollbracht werden. Schon während der Berichterstattung über ihre Kreml-Gespräche baten die freidemokratischen Moskau-Heimkehrer Scheel, Genscher und Mischnick den sozialdemokratischen Bundespräsidenten Heinemann, er möge seinen Genossen in der Bonner SPD-Baracke einen Wink geben: Wenn sie eine Links-Koalition wollten, sei Eile geboten; mit jedem Tag Zuwarten werde die FDP mehr in die Arme der CDU getrieben.

Denn die FDP muß in die Regierung drängen. Eine Neuauflage der Großen Koalition wäre für die Freidemokraten — wegen der Gefahr einer Wahlrechtsänderung — lebensbedrohend.

Auch der SPD muß es pressieren. Als die kleinere der beiden großen Parteien ist sie praktisch auf jede FDP-Stimme angewiesen.

Folgerichtig haben die beiden Wunsch-Partner Vorbereitungen für eine Blitzaktion getroffen. Walter Scheel berief Vorstand und Fraktion seiner Partei für den Dienstag nach der Wahl ein. Ihnen will er das angestrebte Arrangement mit der SPD zur Billigung präsentieren.

Willy Brandt hat seinen Parteivorstand bereits für Montag früh bestellt. Um zaudernde Genossen an einem Rückfall in die Große Koalition zu hindern, errichtete er eine psychologische Sperre. Im Gespräch mit dem SPIEGEL (siehe Seite 39) bekannte er demonstrativ, er wolle nicht ein zweites Mal Außenminister unter Richtlinienkanzler Kiesinger sein.

Bundespräsident Heinemann, der den Auftrag zur Regierungsbildung zu vergeben hat, will dem Handel nicht im Wege stehen. Er ließ allen Parteiführern mitteilen, schon in der Wahlnacht halte er sich für jeden Besucher bereit.

Noch ist freilich nicht entschieden, ob der präsidiale Bereitschaftsdienst auch in Anspruch genommen wird. Selbst wenn die kleine Koalition rechnerisch über eine ausreichende Mehrheit verfügt, kann sie dennoch scheitern.

Eine siegreiche SPD darf sich nicht mit einer dezimierten FDP einlassen, da dem Verlierer dann Richtungskämpfe und Spaltung drohen. SPD-Schmidt: „Wenn die FDP Stimmen verliert, wird es schwierig."

Auch die Liberalen wollen ein gutes Abschneiden der SPD zur Koalitions-Bedingung machen. FDP-Scheel: „Die Sozialdemokraten müssen deutlich über 40 Prozent liegen."

Für den Fall, daß die allzu enthusiastischen Befürworter einer Linkskoalition, nach Helmut Schmidts Urteil „Gefühlsakrobaten", vom hochgespannten Seil ihrer Hoffnungen stürzen, knüpft Parteitaktiker Herbert Wehner bereits das Auffangsnetz.

Insgeheim traf er in den letzten Wochen mehrfach einen alten CSU-Freund, mit dem er schon 1962 für eine Große Koalition konspiriert hatte, den Kiesinger-Intimus Reichsfreiherr von und zu Guttenberg. Von ihm erfuhr Wehner, daß der Kanzler trotz allen Wahlgezänks das Interesse an einer Großen Koalition noch nicht verloren hat.

Gleichwohl strebt die Mehrheit der Christdemokraten das bequemere Bündnis mit der kleinen FDP an. Brandt, der von Wehners Geheimkontakten weiß, vertraut daher auf den „Wirklichkeitssinn" seines Vize: „Herbert wird sich nicht querlegen, wenn er sieht, wie die CDU alles tun wird, um die FDP zu einer Koalition zu verleiten."

„DIE SPD WIRD SICH NICHT BILLIG MACHEN"

SPIEGEL-Gespräch mit Vizekanzler Willy Brandt (SPD)

SPIEGEL: Herr Minister, erwarten Sie Stimmenzuwachs für die SPD?

BRANDT: Ja, es sieht ganz gut aus. Auf meinen Wahlreisen frage ich die Kandidaten immer zuerst, wie es mit der Stammkundschaft steht, und es scheint, daß die Stammwähler überall wieder dabei sind. Aber darüber hinaus höre ich dann auch: Daß wir was dazu kriegen, ist sicher.

SPIEGEL: Glauben Sie nicht, daß linke Stammwähler aus Ärger über die Große Koalition oder die Notstandsgesetze Ihnen weglaufen?

BRANDT: Das glaube ich nicht mehr. Der Ärger ist im wesentlichen durch die wirtschaftliche Entwicklung überspielt worden. Ich denke, daß das so gut wie ausgeglichen ist. Dann kommt in den katholischen Gebieten etwas dazu, bei den Beamten und bei den Frauen. Man kann natürlich nicht nur nach Wahlversammlungen urteilen, aber wir lügen uns nicht in die Tasche, wenn wir feststellen: Es sind viel mehr junge Leute da als vor vier Jahren, und es sind auch mehr Frauen da.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich das?

BRANDT: Das ist nicht weiter verwunderlich. Mehr Frauen sind berufstätig, und mehr Frauen sind an Bildungsfragen ganz anders interessiert. Bildung ist ja zu einem brennenden Problem geworden, und Frauen sind nun mal mit der Erziehung der Kinder mehr beschäftigt als Männer. Vor allem im Arbeitermilieu ist das Gefühl dafür gewachsen, daß man in einer mobilen Gesellschaft lebt und eine bessere Ausbildung braucht.

SPIEGEL: Sie haben doch früher auch Protestwähler gehabt, die einfach deshalb SPD wählten, weil es die Opposition war. Bei der baden-württembergischen Landtagswahl im letzten Jahr hat die SPD solche Wähler an die NPD abgeben müssen. Was meinen Sie, wie viele am 28. September von der SPD zur NPD gehen?

BRANDT: Es wird sich herausstellen, daß die NPD bereits wieder rückläufig ist. Sie wird in Baden-Württemberg nicht die Zahlen halten, die sie bei den Landtagswahlen hatte. Sie wird in Franken weniger bekommen, als sie bei den bayrischen Landtagswahlen im November 1966 hatte.

SPIEGEL: Kommt die NPD in den Bundestag?

BRANDT: Das Schicksal der NPD entscheidet sich, wie überhaupt der gesamte Wahlausgang, an Rhein und Ruhr. Wenn die NPD im Ruhrgebiet unter drei Prozent bleibt, dann kommt sie nicht in den Bundestag. Für die SPD ist die Frage, wo ihr eigenes Ergebnis in Nordrhein-Westfalen zwischen den 43 Prozent der letzten Bundestagswahl und den 49 Prozent der Landtagswahl von 1966 liegen wird. Das wird das Gesamtergebnis beeinflussen.

SPIEGEL: Die SPD befand sich noch vor ein oder anderthalb Jahren in einer sehr viel weniger guten Verfassung als jetzt in diesem Wahlkampf. Was hat den Stimmungsumschwung in der Partei bewirkt?

BRANDT: Was ist die Partei? Die Partei ist einmal die Schicht der Aktiven, dann ist es die Gesamtmitgliedschaft, und häufig meint man ja, wenn man Partei sagt, auch die Anhängerschaft dazu. Die negative Reaktion auf die Große Koalition war verständlicherweise unter den Aktiven stärker als unter den Mitgliedern und unter den Mitgliedern stärker als unter den Anhängern und Wählern. Noch vor der Sommerpause habe ich vor dem Parteirat der SPD gesagt: Jetzt müssen wir uns ein bißchen anstrengen, denn die Zuversicht, was das Wahlergebnis angeht, ist stärker bei den Anhängern als bei den Mitgliedern und stärker bei den Mitgliedern als bei den Funktionären.

SPIEGEL: Hat sich das seitdem geändert?

BRANDT: Ja, heute ist die Zuversicht ziemlich einheitlich. Eine Ursache ist ganz sicher, daß selbst die Kritiker, zum Beispiel die Kollegen im Bundestag, die schwere Bedenken gegen die Große Koalition hatten, heute zugeben, es sei eigentlich ganz gut gegangen. Und die Leute draußen schreiben das, was in diesen letzten zweieinhalb Jahren an Neuem passiert ist, dem SPD-Einfluß in der Regierung zu.

SPIEGEL: Was ist das Neue, das Sie sich zugute halten?

BRANDT: Erstens, ganz dick unterstrichen und mit schönem Ausrufungszeichen, Schillers Wirtschaftspolitik. Das steht ganz oben an. Dann haben die Leute auch begriffen, daß es nicht nur Reformansätze gibt, sondern einige Reformen, die gegen viel Widerstand bereits eingeleitet sind. Der Leber-Plan zum Beispiel. Das ist jetzt erst klargeworden, wie sehr Leber draußen verstanden wird als einer, der sich gegen den Widerstand der Interessenten auf eine große Re-



Brandt beim SPIEGEL-Gespräch in seinem Wahlkampf-Sonderzug*

* Mit Günter Gaus, Rudolf Augstein und Dr. Alexander von Hoffmann; 2. v. r. SPIEGEL-Stenograph Walter Steinbrecher.

CHARLES HOSIE IMPORT HAMBURG 1

Gordon's muß. Alles andere kann.

Gin ist der berühmteste „Weiße" auf der Welt.
Und GORDON'S ist der Welt berühmtester Gin.
GORDON'S aus London.
Reine, kräftige Korn-Destillate sind sein Fundament.
Wacholderbeeren, Lavendel- und Orangenblüten seine kostbaren Zutaten. Und Ingwer. Und Zitronenschalen.
Und ein paar Geheimnisse von GORDON'S, die wir noch nicht einmal unseren ältesten Freunden verraten.
Kein Geheimnis ist der Genuß von GORDON'S. Pur.
Als unersetzlicher Bestandteil vieler Cocktails.
Und als das kraftvolle Herz aller Longdrinks.
Womit Sie mixen, wie „long" Sie mixen -
Sie schmecken immer GORDON'S.

Jeder Mann kauft irgendwann die erste Flasche GORDON'S.



formaufgabe eingestellt hat und schon ein Stück vorangekommen ist damit.

SPIEGEL: Was sonst noch?

BRANDT: Ein ganz anderes Gebiet: die Justiz. Ich brauche nur irgendwo, ohne daß ich die Themen nenne, zu sagen: „Es gab zwei sozialdemokratische Justizminister; der erste war Gustav Heinemann, der ist übrigens inzwischen Bundespräsident geworden, meine Damen und Herren, und ich finde es gut, daß er es geworden ist ...“ Dann kommt großer Beifall. Und dann erwähne ich Ehmke, den zweiten sozialdemokratischen Justizminister. Die Menschen verstehen: Da ist ein Fenster aufgemacht worden. Bei allen Reformen, bei Arbeitnehmerfragen, bei der Lohnfortzahlung, überall da, wo nicht nur Materielles im Spiel ist, gehen die Leute mit.

SPIEGEL: Was für Schlüsse ziehen Sie aus dieser Art Ihrer Partei, wenn Sie an die möglichen Koalitionen nach der Wahl denken — immer vorausgesetzt, daß es keine absolute Mehrheit gibt?

BRANDT: Keine Partei wird die absolute Mehrheit bekommen, das steht für mich fest.

SPIEGEL: Auch dann nicht, wenn NPD, ADF und andere kleine Parteien zwar nicht in den Bundestag kommen, aber zusammen etwa sieben Prozent der Stimmen auf sich ziehen, und dadurch eine der großen Parteien schon mit rund 47 Prozent die Mehrheit der Bundestagssitze erreichen kann?

BRANDT: Auch dann nicht, nach meiner Einschätzung. Keine Partei wird die absolute Mehrheit bekommen. Und auch wenn die NPD ganz knapp drin sein sollte, halte ich es für möglich, daß sowohl SPD mit FDP, CDU mit FDP und SPD mit CDU koalieren können. Ich lasse das Argument nicht gelten, das ich hier und da gehört habe, wenn die NPD im Bundestag sei, dann sei notwendigerweise von den Zahlen her eine bestimmte Kombination auf keinen Fall möglich.

SPIEGEL: Sie rechnen also ganz fest damit, daß eine Koalition der SPD mit der FDP vom Wahlergebnis her in jedem Falle möglich sein wird?

BRANDT: Ja, aber natürlich auch eine Koalition von CDU und FDP. Und die CDU wird — entgegen der Vermutung mancher — alles tun, um die Koalition mit der FDP zustande zu bringen.

SPIEGEL: Worauf stützen Sie diese Annahme?

BRANDT: Ein bißchen hört man ja schon, das andere rechnet man sich aus. Wenn meine Prognose richtig ist, daß die SPD gut aus den Wahlen herauskommt, dann wird diese Haltung bei der CDU noch verstärkt werden. Dann wird man den Oberen dort sagen, da seht ihr ja, das hilft den Brüdern nur, wenn sie in der Regierung sind, und wenn wir das noch vier Jahre weitermachen, wer weiß, was daraus wird. Außerdem ist es halt leichter, den Kuchen der Kabinettsitze mit dem kleinen Partner zu teilen. Natürlich gibt es in der Union auch manche, denen die Liberalen noch mehr zuwider sind als die Sozis.

SPIEGEL: Wird sich denn Ihre Parteispitze mit der gleichen Entschiedenheit für die Koalition mit der FDP einsetzen, wie Sie es von der CDU erwarten?

BRANDT: Erstens haben wir in der Führungsspitze vereinbart, daß vor dem 28. nicht über Koalitionen gesprochen werden wird, sondern daß wir uns anstrengen wollen, die SPD so stark wie möglich zu machen. Zum anderen muß man abwarten, wie die Zahlen aussehen.

SPIEGEL: Welche Mehrheit wäre ausreichend? Sind zehn genug?

BRANDT: Ich sage keine Zahl. Das ist ja heute auch anders als 1966. Damals mußte man damit rechnen, daß die FDP-Fraktion relativ rasch aufgebrochen worden wäre, zum Beispiel durch den Einfluß großer wirtschaftlicher Verbände. Das ist heute unwahrscheinlicher geworden. Die Verbände wissen heute, es läßt sich auch mit einer anderen Konstellation in Deutschland arbeiten als der, an die sie sich gewöhnt hatten.

SPIEGEL: Was wären bei einer solchen Koalition Ihre Essentials, die unbedingt durchgesetzt werden müßten? Wie ist es zum Beispiel mit der Mitbestimmung?

BRANDT: In der Mitbestimmungsfrage geht es ja zunächst darum, das Betriebsverfassungsgesetz und das Personalvertretungsgesetz zu reformieren in Richtung auf eine stärkere Stellung für die Betriebsräte und für die Personalräte. Das hätte ja eigentlich noch in diesem Bundestag passieren müssen.

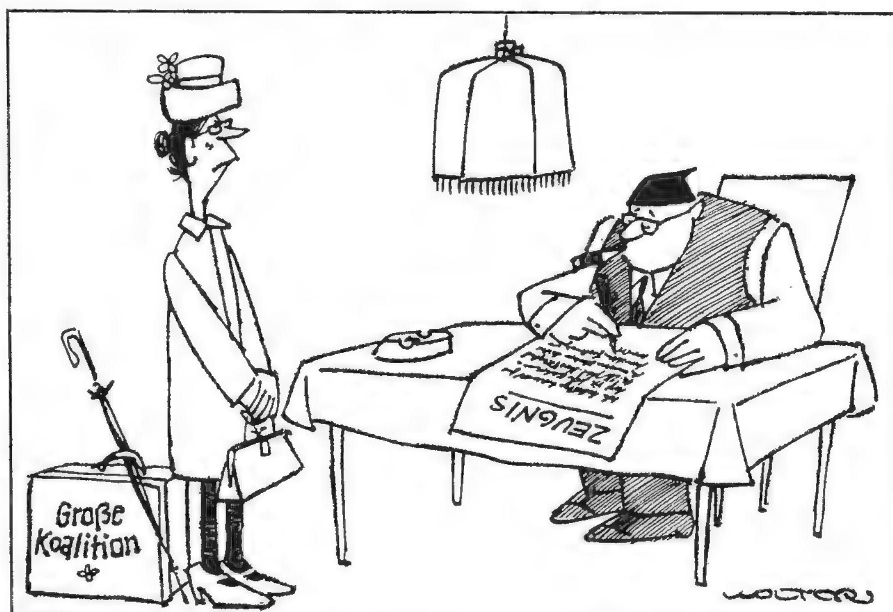
SPIEGEL: Was Sie jetzt gesagt haben, ist aber schon eine Abschwächung der bisher vorgetragenen sozialdemokratischen Forderungen. Die Gewerkschaften ...

BRANDT: Ich war noch nicht zu Ende. Ich habe von dem ersten Schritt gesprochen, dem einfachsten auf diesem Gebiet. Für die qualifizierte Mitbestimmung gibt es klare Beschlüsse unserer Parteitage. Es gibt den sozialdemokratischen Gesetzentwurf für die etwa 400 größten Kapitalgesellschaften. Die Formeln der Mitbestimmung in der Montanindustrie sind dabei übrigens nicht schematisch übernommen worden. Unser Entwurf sieht die demokratische Wahl aller Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat vor. Helmut Schmidt hat, als er diese Vorlage für die SPD-Fraktion einbrachte, sinngemäß gesagt, daß wir uns nicht auf Punkt und Komma festgelegt hätten. Das heißt, es muß nicht ganz genauso gemacht werden, wie es die SPD im jetzigen Bundestag vorgeschlagen hat. Auch die Gewerkschaften werden mit dieser Einstellung einverstanden sein, denn sie waren auch nicht ganz zufrieden mit dem, was die SPD vorgelegt hatte.

SPIEGEL: Wir interpretieren diese Ihre Erläuterung als den Versuch, der FDP zu erkennen zu geben, man könne mit der SPD über die Mitbestimmung reden. Widersprechen Sie dieser Auslegung?

BRANDT: Ich gebe in diesem Fall nicht nur einer Seite einen Fingerzeig, wenn es einer ist, sondern ich unterstreiche, was wir vorher gesagt haben. Es wäre gut, es hätte schon mehr Diskussionen zu diesem Thema gegeben und es wären schon noch mehr Modelle auf dem Tisch. Das Verlangen nach mehr Mitbestimmung entspricht unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Nicht nur die CDU, auch die FDP wird ihr Rechnung tragen müssen.

SPIEGEL: Dies ist also ein Punkt, an dem die Koalition mit der FDP nicht scheitern würde. Was ist der nächste



Kölnische Rundschau

„War sie auch nicht eine der Hübschesten, so konnten sich ihr Fleiß und ihre Leistungen durchaus sehen lassen!“



Jetzt 125 PS im Capri.

Die Capris werden immer aufregender.

Vielleicht haben Sie am Capri zuerst auch mehr die aufregende Linienführung bewundert.

Aber inzwischen haben sogar schnelle Leute Respekt vor diesem gut aussehenden Wagen bekommen. Schließlich ist der Capri ein Auto, das sich in allem, also auch im Temperament, ganz auf seinen Besitzer einstellt. Mit sechs Motoren zur Wahl von 50 bis 108 PS.

Doch es kommt noch stärker. Von jetzt an können Sie den Capri 2300 GT auch mit 125 PS starker V6-Maschine bekommen.

Und nun beginnen sogar die Besitzer weit teurerer Automobile, sich heimlich nach den Beschleunigungszeiten des Capri zu erkundigen. (Die 125-PS-Version beschleunigt in 9,8 Sekunden von 0 auf 100 km/h.)

So schnell wie der schnellste Capri-Motor ist natürlich auch das Fahrwerk des Capri. Er hat einen extrem tiefliegenden Schwerpunkt und ein Breitspurfahrwerk, das sorgfältig abgestimmt ist, damit Sie die PS voll auf die Straße bringen.

Der Capri, das Auto, das Sie sich schon immer gewünscht haben: solide, zuverlässig, wirtschaftlich und für vier Erwachsene.

Ford weist den Weg mit dem Capri.





Frankfurter Rundschau

In Bonner Sicht: Unentschieden

Punkt, an dem sie scheitern könnte? Wie sieht es aus mit der Steuerreform, die die SPD betreiben will? Denken Sie an das, was Strauß in einem SPIEGEL-Gespräch konfiskatorische Steuern genannt hat?

BRANDT: Ich denke schon, daß zu mehr Steuergerechtigkeit ein stärkeres Heranziehen der ererbten Millionen-Vermögen gehört. Das braucht und soll nicht konfiskatorischen Charakter haben. Aber daß man auf dem Gebiet etwas tut, halte ich für vernünftig. Was die SPD vor allem will, ist eine Entlastung breiter Schichten zunächst und konkret durch Verdoppelung des Arbeitnehmer-Freibetrags. Der Steuerausfall, das ist von uns durchgerechnet worden, wäre in einem Finanzprogramm für die kommenden vier Jahre zu verkraften.

SPIEGEL: Beabsichtigen Sie, die Bodenspekulation einzudämmen, etwa durch höhere Besteuerung von Grundstücksverkäufen?

BRANDT: Ungerechtfertigte Spekulationsgewinne sollten steuerlich erfaßt werden. Zur Bekämpfung der Bodenspekulation braucht man ein modernes Bodenrecht. Mein Kollege Lauritzen hatte das Städtebau-Förderungsgesetz noch durch das Kabinett gebracht, aber es ist im Bundestag dann gestoppt worden. Dieses Gesetz, so sagen mir auch die Praktiker in den Gemeinden, wäre ein Instrument, mit dem die Bodenspekulation weit zurückgedrängt werden könnte.

SPIEGEL: Hält die SPD an Karl Schiller als Wirtschaftsminister fest, mit wem immer sie koaliert?

BRANDT: Das ist doch klar, aufgrund dessen, was Schiller geleistet hat. Wir werden ihn nicht der CDU/CSU opfern. Unsere Leute bestimmen wir. Außerdem: Wir werden die Wähler nicht hintergehen. Einen Mann wie Schiller kann man doch nicht spazierengehen lassen.

SPIEGEL: Wenn nun die SPD in einer Koalition mit der FDP das Kanzleramt, das Wirtschaftsministerium übernimmt — könnten Sie sich einen Außenminister Scheel vorstellen?

BRANDT: Solche Fragen zu erörtern, scheint mir ein bißchen früh. Ich habe zu Hause in meinem Schreibtisch, einer alten Seemannskommode, eine Schublade mit Zetteln zur Sache und zu den Personen, von mir und anderen. Am 28. September, wenn ich gewählt haben werde, fange ich an, das richtig zu ordnen, damit es ab 18 Uhr abends verfügbar ist. Aber mal völlig abgehoben davon: Herr Scheel ist nicht nur der angesehene Vorsitzende der gegenwärtigen Oppositionspartei, er hat seinerzeit als Entwicklungsminister eine gute Figur gemacht und gezeigt, daß er deutsche Interessen auch dem Ausland gegenüber gut vertreten kann.

SPIEGEL: Wenn am Wahlabend feststehen sollte, daß es zu einer SPD/FDP-Koalition nicht reicht, stellt sich für Sie die Frage, ob Sie die Große Koalition fortsetzen wollen. Und dann kommt die CDU, und sei es auch nur, um Sie in Verlegenheit zu bringen, mit der Forderung, das Wahlrecht zu ändern. Wären Sie dafür, das Ende einer solchen Koalition vorweg durch eine fest vereinbarte Wahlrechtsänderung zu fixieren, etwa für 1973?

BRANDT: Erstens soll die Union nicht so tun, als ob nur sie in einem solchen Fall Forderungen zu stellen hätte. Zum anderen ist die Einstellung der CDU/CSU zum Mehrheitswahlrecht bei weitem nicht so einheitlich, wie es nach außen immer betont wird. Dort haben verschiedene Leute und Gruppen ganz unterschiedliche Modelle im Auge, für die sie dann pauschal die Formel „mehrheitsbildendes Wahlrecht" verwenden.

SPIEGEL: Wollen Sie damit sagen, daß Sie das Mehrheitswahlrecht nicht für ein wirkliches politische Problem des kommenden Herbstes halten?

BRANDT: Herr Schröder von der CDU hat gesagt, er hält nichts davon, Herr Rollmann aus Hamburg hat auch gesagt, er hält nichts davon, die hessische CDU hält nichts davon. Und wenn die CDU im Ruhrgebiet vor einem echten relativen Mehrheitswahlrecht steht — gewählt ist in jedem Wahlkreis der, der die meisten Stimmen hat —, dann wackeln die auch mit den Ohren. Herr Kiesinger hat zu dieser Frage eine opportunistische Haltung eingenommen.

SPIEGEL: Sie suchen Partner für Ihr Desinteresse am Mehrheitswahlrecht?

BRANDT: Nein, ich sage nur, daß es eine schwierige Frage ist, natürlich auch für die SPD. Das ist eine kontroverse Frage, und es gibt keinen SPD-Vorstand, der ein Engagement auf diesem Gebiet eingehen kann, ohne einen Parteitag einzuberufen.

SPIEGEL: Liegt Ihnen vielleicht auch daran, eine wertvolle Partei wie die FDP zu erhalten?

BRANDT: Nein, ich gehe nicht davon aus, wie schön die Welt sein könnte. Ich muß davon ausgehen: Was ist zu erreichen? Bei der SPD würde es vermutlich eine Mehrheit geben für das Wahlrecht mit Dreier-Wahlkreisen.

SPIEGEL: Das aber verfassungsrechtlich sehr umstritten ist.

BRANDT: Eben. Viele Juristen sagen einem, es sei gar nicht sicher, ob Karlsruhe ein solches Wahlrecht bestehen lassen würde.

SPIEGEL: Gäbe es denn außer der Einführung eines neuen Wahlrechts überhaupt Gemeinsames für eine neue Große Koalition? CDU-Generalsekretär Heck meint, die begrenzten Gemeinsamkeiten zwischen CDU/CSU und SPD seien mit dieser einen Koalition erschöpft, die persönlichen Gemeinsamkeiten sind es wohl auch weitgehend. Kann man sich vorstellen, daß eine neue Große Koalition ein sinnvolles gemeinsames Programm haben könnte?

BRANDT: Ein Programm könnte ich mir schon vorstellen, es ist nur die Frage, ob man sich darauf mit den anderen einigt. Es wäre schon eine Sache, einige der großen inneren Reformen auf breiter Basis durchzubrin-



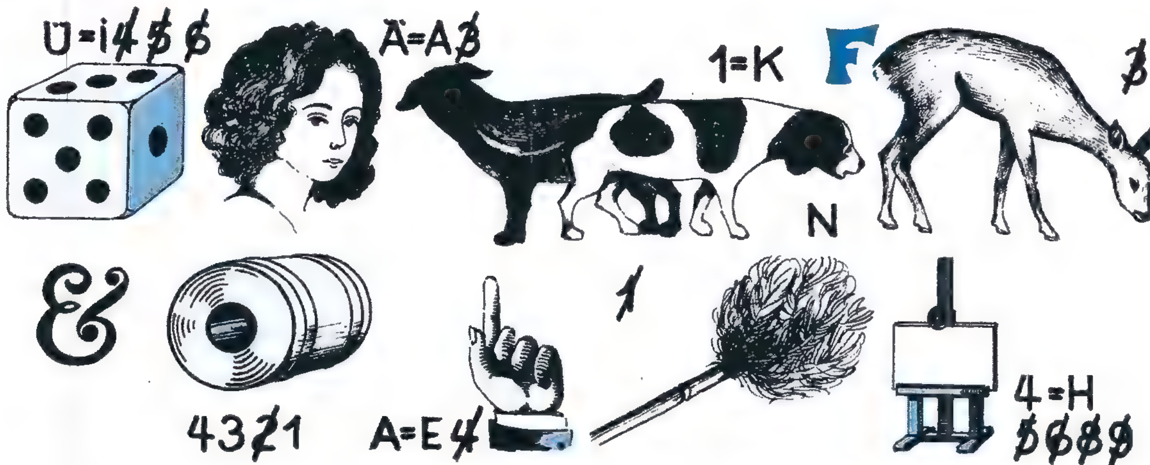
Welt der Arbeit

„Unser Patient ist aber wieder ziemlich bei Kräften, meinst du nicht auch?"

Südwestfalen ist vielen Leuten ein Rätsel!



Dipl.-Kfm. Gerhard Kaiser, 40, ist kaufmännischer Werksleiter unserer Werke Geisweid und Niederschelden. Für ihn ist die schnelle Entwicklung der Südwestfalen-Gruppe zu einem der größten Edelstahlerzeuger kein Rätsel, sondern das Ergebnis konsequent verwirklichter Prinzipien: „Zunächst einmal gehen wir davon aus, daß Edelstähle nicht einfach Erzeugnisse sind, die wir herstellen und dann irgendwo an den Mann zu bringen suchen. Andersherum wird daraus ein Schuh: Wir bemühen uns um das Problem des Kunden, analysieren es und ermitteln dann die Edelstahlqualität, die diesem Problem entspricht und es löst."



Häufig ist es mit dem Ermitteln nicht getan. Wir entwickeln dann neue Edelstähle für spezifische Anwendungen, für vielleicht einen einzigen Kunden. Sicher bringt das nicht unbedingt die vielzitierte Tonnage. Aber wir erreichen so etwas viel Wichtigeres: Zufriedenheit bei unseren Kunden. Keine Frage – das ist eine Sache, die Bemühung verlangt. Edelstähle sind nun einmal erfüllte Kundenwünsche – und dieses Prinzip ist bei uns kein bloßer Anspruch. Wir verdanken ihm alles. Es ist verantwortlich für viel Mehrarbeit, viele Mehrkosten, aufreibende Details und Kopfzerbrechen -- und für unseren Erfolg.

Ein zweites Prinzip (hier besser Rezept!) kommt hinzu, ebensowenig rätselhaft wie das erste.

Unsere Kunden kennen es, weil sie uns kennen. Es ist, beispielsweise, in der Lösung des Rebus enthalten, das wir hier abbilden. Wenn es Ihnen Spaß macht, dieses Rezept zu entziffern – wir belohnen jede richtige Lösung mit einer kleinen Aufmerksamkeit.

SÜDWESTFALEN

Stahlwerke Südwestfalen AG
5930 Hüttental-Geisweid

An die
Stahlwerke Südwestfalen AG, 5930 Hüttental-Geisweid
Abteilung Information

In Ihrem Rebus behaupten Sie: ______

Ich stimme zu ______ Ich stimme nicht zu ______

Name ______ Firma ______

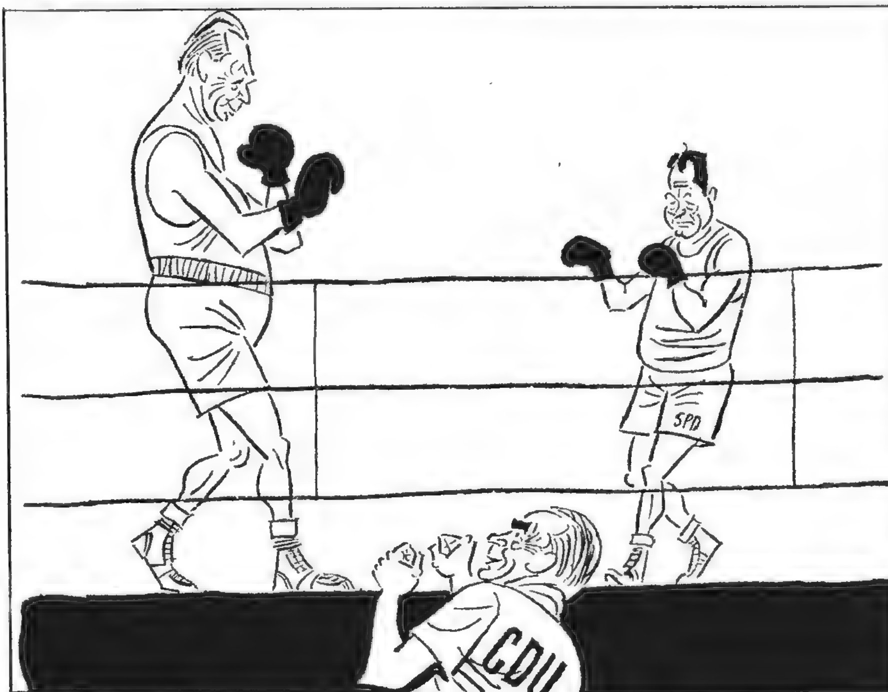
Ort ______ Straße ______



gen — Bildung, Verkehr, Städtebau, Raumordnung, Strukturpolitik.

SPIEGEL: Sie können doch nicht leugnen, daß die SPD in den letzten Monaten als der kleinere Partner der Großen Koalition mit bestimmten Vorhaben schlicht gescheitert ist. Wir nennen nur die Aufwertung oder Kambodscha.

BRANDT: Konkret haben Sie recht. Aber Sie müssen bitte zur Kenntnis nehmen, daß die SPD nicht elf von 20 sondern nur neun von 20 Kabinettssitzen hatte. Sie können davon ausgehen: Die SPD wird sich nicht billig machen. Sie würde gerade nach den Erfahrungen der letzten Monate sehr genau wissen wollen und sehr genau aufgeschrieben haben wollen, was gemacht werden kann.



Stuttgarter Nachrichten

„Mit der Rechten immer seine Linke rauslocken — sie ist sein schwacher Punkt!"

SPIEGEL: Würde die SPD es weniger billig machen mit der CDU als die FDP?

BRANDT: Die SPD wird nicht in der Lage sein, da mit der FDP zu konkurrieren.

SPIEGEL: Zum Kern der Kontroverse zwischen Ihrer Partei und der CDU/CSU könnte die Gesellschaftspolitik werden, das, was Sie unter Demokratisierung der Gesellschaft verstehen.

BRANDT: Heck hat sich ja im Wahlkampf auf diesem Gebiet besonders betätigt ...

SPIEGEL: ... und das Schlagwort gebraucht „Demokratisierung ist Sozialisierung".

BRANDT: Ja, er hält Demokratisierung der Gesellschaft sogar für gefährlich.

SPIEGEL: Was verstehen Sie darunter?

BRANDT: Den permanenten Auftrag des Grundgesetzes, die großen gesellschaftlichen Bereiche mit freiheitlichem, demokratischem Geist zu durchdringen. Das Grundgesetz hat doch 1949 nicht die damalige Situation beschreiben wollen mit dem Satz: Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Damals rauchten beinahe noch die Trümmerhaufen. Das muß doch eine Aufgabe für die Zukunft gewesen sein, die die Verfassungsgeber haben stellen wollen, den demokratischen und sozialen Bundesstaat zu schaffen. Heck ist übrigens ins Schwimmen geraten; denn er sagt neuerdings, die Demokratisierer wollten auch Kirche und Familie demokratisieren, und das sei im Grunde nur eine andere Form der Räteherrschaft. Dies ist nun schlichter Quatsch.

SPIEGEL: Ist es nicht vielleicht so, daß gerade dieser Konflikt zwischen CDU/CSU und SPD ganz banal die alten Polaritäten von rechts und links wiederherstellt? Daß dadurch die SPD wieder mehr eine linke Partei werden könnte, als sie es in den letzten Jahren war und sein wollte?

BRANDT: Links ist ja bei uns zulande vorbelastet im Denken der Menschen. Aber in der Sache ist wohl etwas daran.

SPIEGEL: Ist die SPD noch eine sozialistische Partei?

BRANDT: Diese Definition ist auch schrecklich schwierig geworden, wenn man die verschiedenen Strömungen in der Welt nimmt, die sich alle als sozialistisch bezeichnen. Ich ziehe es vor, die SPD als eine sozialdemokratische Partei zu sehen.

SPIEGEL: Immerhin, die CSU unterschiebt der SPD, daß sie geistiger Vater der Apo sei. Physische Väter der Apo, das darf man sagen, gibt es in der SPD.

BRANDT: Wissen Sie, dagegen will ich nun wirklich nicht opponieren. Aber ich behalte mir vor, wenn es sein muß, auch mal einige andere Väter beim Namen nennen zu lassen. Da könnte man fast im Kabinett anfangen.

SPIEGEL: Kiesingers Sohn Peter ist ganz bestimmt nicht Apo.

BRANDT: Ich kenne Väter und Mütter auch im Bundestag, Generale in der Bundeswehr, Geistliche, Diplomaten, Männer der Wirtschaft, die man alle fragen könnte, ob sie glauben, daß ihre Söhne oder Neffen oder Enkel Tiere im Sinne von Strauß seien. Wenn man die geistigen Quellen dessen sucht, was sich unter den jungen Leuten tut, dann kommt man ja viel weiter zurück als bis zur SPD. Da kommt man in die bürgerliche Revolution hinein, auf dem Wege dorthin in den einmal groß konzipierten Anarchismus. Und dann kommt man noch weiter zurück und landet mit einem Teil bei der Bergpredigt.

SPIEGEL: Was ist Ihre Meinung zu dem Tiervergleich, den Franz Josef Strauß für die Angehörigen der Apo gefunden hat und den er nun immer weiter variiert und verbreitet?

BRANDT: Das war eine völlig unmögliche Formulierung. Und das Schlimme ist, daß Strauß nicht gesagt hat, was man in diesem Lande ja eh viel zu selten sagt: Tut mir leid, das war ein Ausrutscher. Sondern daß er dabei bleibt und nun auch noch ein zweifelhaftes Lob von Thadden dazu bekommen hat, der ja auch sagt, er könnte sich denken, daß NPD und CSU im nächsten Bundestag etwas zusammen machen. Das ist doch schlimm. Wenn man an die bösen Jahre von 1933 bis 1945 zurückdenkt, da hat es doch irgendwo einen Punkt gegeben, an dem Leute beschlossen haben: Bestimmte Menschen sind nicht Menschen, sondern Wanzen, die man knacken darf. Auf diesem Hintergrund ist es so schrecklich, daß jemand sich zu solchen Äußerungen hinreißen läßt.

SPIEGEL: Oder sie gar absichtlich aufrechterhält. Ihr Parteifreund Helmut Schmidt hat den geschäftsführenden Herausgeber des „Bayernkurier", Marcel Hepp, wegen dessen Bemerkungen zu Schmidts Moskau-Reise ein Schwein genannt.

BRANDT: Wollen Sie das im Ernst mit dem Tier-Zitat von Strauß vergleichen?

SPIEGEL: Die „Frankfurter Allgemeine" zum Beispiel hat es getan und beides etwa gleich bewertet.

BRANDT: Da kann ich nicht folgen. Der eine belegt einen einzelnen mit einem — leider — durchaus gebräuchlichen Schimpfwort, der andere diffamiert eine ganze Gruppe als Tiere, für die die Anwendung der menschlichen Gesetze nicht möglich sei.

SPIEGEL: Herr Brandt, wie könnte denn die SPD, wenn sie in Bonn die politische Führung hat, diese Gesellschaft demokratisieren?

MILDE SORTE
aus reiner Lebensfreude



11 Stück DM 1,–
21 Stück DM 1,90
24 Stück DM 2,20
in Österreich 20 Stück ÖS 11,–

Freude am Leben. Das Leben leben. Erleben.
Fröhlichsein. Genießen… die Cigarette mit viel Geschmack:
MILDE SORTE. Die Cigarette mit dem vollen Tabakaroma. MILDE SORTE.
Die vollwürzige, die aromatische aber milde…
„im Rauch nikotinarme" Cigarette.

BRANDT: Demokratisierung ist ja nicht nur ein Problem des Mitbestimmens im formalen Sinne, sondern ganz stark ein Problem des Offenlegens staatlicher Entscheidungsvorgänge.

SPIEGEL: Auch wirtschaftlicher Entscheidungsvorgänge.

BRANDT: Ich denke zunächst mal an den Staat, das andere müßte dazu parallel laufen. Das Instrumentarium, das wir heute haben, um meinungsberechtigte Bürger und Gruppen teilnehmen zu lassen, ist veraltet. Es gibt zwar die Beiräte der Ministerien, viele an der Zahl, aber sie interessieren und engagieren draußen im Land nur ganz wenige Leute. Ich weiß von meinem jetzigen Ressort, wieviel guter Wille und Sachverstand draußen brachliegt, der von einer Regierung, die das will, in Anspruch genommen werden könnte.

SPIEGEL: Wie soll das praktisch aussehen?

BRANDT: Nehmen wir Reformen: Große Reformvorhaben dürfen nicht nur mit einem kleinen Sachverständigen-Beirat eines Ministeriums beraten und dann dekretiert werden, sondern die interessierten Gruppen und Schichten der Gesellschaft müssen an der Vorbereitung teilhaben.

SPIEGEL: Sie wollen sozusagen ein plebiszitäres Element in die Politik einführen?

BRANDT: Ja, ich scheue mich nicht vor dem Ausdruck plebiszitär.

SPIEGEL: Die Art, wie westdeutsche Wahlkämpfe geführt werden, macht einen nicht neugierig auf Plebiszitäres. Da wird an die angeblich doch mündigen Wähler mit den plattesten Parolen appelliert. Die SPD, sagen ihre Gegner, sei Moskaus Partei, Willy Brandt sei ein Verzichtpolitiker ...

BRANDT: ... Das sind Albernheiten. Ich bin ein Politiker, der auf Gewalt verzichtet. Und ich meine, die Bundesrepublik muß auf das Denken an den Krieg als ein Mittel unserer Politik verzichten, auch darauf, nur um die Ecke herum an Atomwaffen heran zu wollen. Die Wähler einschließlich der Vertriebenen und Flüchtlinge kriegen langsam ein besseres Gespür dafür, welche Leute genau wissen, daß sie nicht halten können, was sie versprechen. Insofern habe ich vor dieser Art von Kampagne gar keine Angst.

SPIEGEL: Sie verzichten ja, so heißt es, nicht nur auf angestammten Besitz, sondern sie verzichten angeblich, indem Sie auf eine Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags drängen, auch auf künftige Möglichkeiten, nämlich auf einen europäischen Bundesstaat, der mit Atomwaffen ausgerüstet ist.

BRANDT: Da reden die Leute, ohne die Akten zu kennen. Bei Strauß ist das verständlich, der war immer gerade nicht da im Kabinett, wenn das Thema dran war, und er hat vermutlich hinterher auch nicht die Akten richtig gelesen. Man braucht nur die Protokolle des amerikanischen Senats und des britischen Unterhauses zu kennen. In beiden Ländern ist in Verbindung mit der Unterschrift unter den Vertrag oder mit dem Start dieses Vertrages gesagt worden: Wenn es einmal einen europäischen Bundesstaat oder eine Organisation europäischer Staaten geben sollte, die sich dadurch auszeichnet, daß Außenpolitik und Verteidigungspolitik gemeinsam betrieben werden, dann entsteht nicht das Problem der Vermehrung von Atomwaffen, sondern das Problem der Sukzession auf den oder die Staaten, die Atomwaffenstaaten sind und in eine solche Organisation hineingingen. Das haben die Amerikaner auch den Russen gesagt.

SPIEGEL: Was war deren Reaktion?

BRANDT: Die sind wahrscheinlich nicht begeistert davon, aber nehmen es auch wohl nicht übermäßig ernst. Denn wie andere insoweit vernünftige Leute wissen sie, daß dieses nicht ein Problem der nächsten 14 Tage ist, um es mal vorsichtig zu sagen.

SPIEGEL: Strauß sieht das vereinigte Europa samt Atomwaffen offenbar schon sehr nahe.

BRANDT: Das ist Ausdruck eines illusionären Denkens, eines an den Tatsachen zuwenig orientierten Denkens. Anders kann ich mir das nicht erklären.

SPIEGEL: Sind das gefährliche Illusionen?

BRANDT: Nicht so sehr. Er will da europäischer Minister werden, ich weiß nicht, was für einer.

SPIEGEL: Finanzminister.

BRANDT: Das wäre dann so ähnlich wie 1951. Da hat er mal in Bonn gesagt, er wolle nicht erst Bundeskanzler, er wolle gleich Reichskanzler werden. Das hat er sich inzwischen auch anders überlegt. Meine Freunde und ich sind immer für die Förderung des europäischen Zusammenschlusses gewesen. Wir werden das bleiben. Was jedoch die illusionären Vorstellungen zum Beispiel des Herrn Strauß angeht, selbst von dem Plan einer europäischen Atomstreitmacht ganz abgesehen, so fürchte ich, daß sie mehr ein Problem für die nächste Generation sein werden.

SPIEGEL: Würden Sie nach dem Besuch Pompidous in Bonn sagen, daß Europa in ein freieres Fahrwasser kommen wird?

BRANDT: Ich würde auch heute noch sagen, daß Europa in ein freieres Fahrwasser kommen muß und kann. Nach dem Besuch des französischen Staatspräsidenten ist dies noch immer eine Forderung und keine Gewißheit. Ich glaube, daß die EWG noch kritische Wochen vor sich hat. Die französischen Vorstellungen zur Agrarpolitik sind sehr bestimmt. Die Zurückweisung einer neuen politischen Lösung und vor allem der Straußschen Forderung nach einer europäischen Atommacht war recht deutlich.

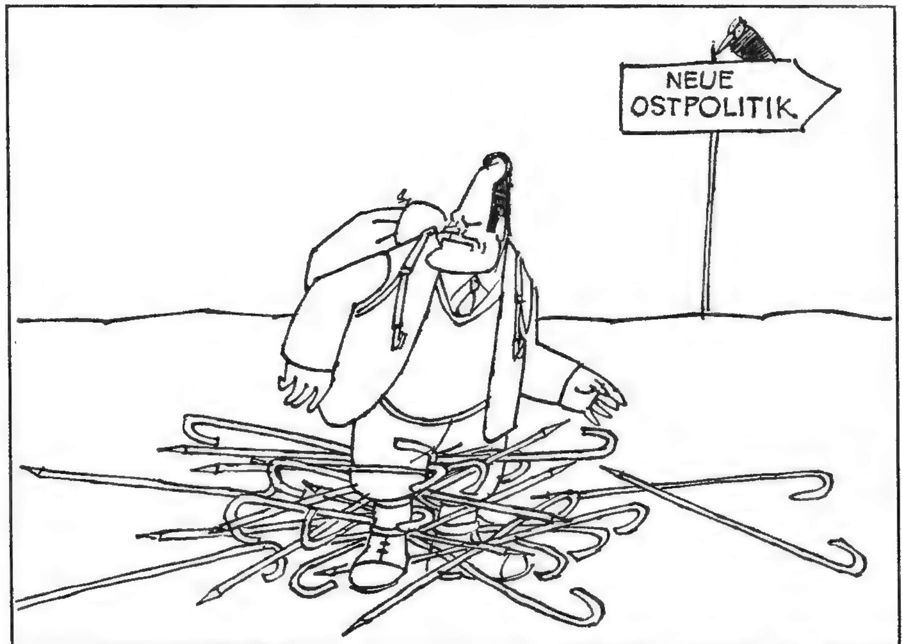
SPIEGEL: Dieses Ergebnis kann doch nicht den Erwartungen des Bundeskanzlers entsprochen haben?

BRANDT: Das glaube ich auch nicht.

SPIEGEL: Halten Sie die Anerkennung der DDR auch für eine nur langfristig zu lösende Frage, oder würden Sie ihr schon in der nächsten Bundesregierung unter sozialdemokratischem Einfluß Chancen einräumen?

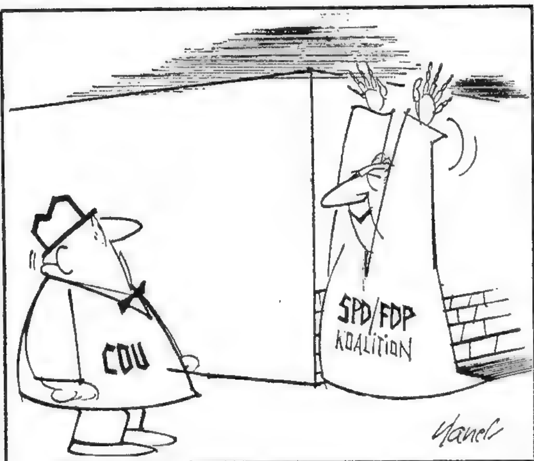
BRANDT: Da muß ich zitieren, was Herbert Wehner im Frühjahr gesagt hat: Dieses Hin- und Herrutschen zwischen den beiden Kamelhöckern, Anerkennung und Nichtanerkennung, bringt uns nicht weiter.

SPIEGEL: Bisher haben wir nur auf einem Dromedar-Höcker gesessen —



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

Wanderstäbe vom Koalitionspartner



Christ und Welt

Das Wahljahrgespenst

Nichtanerkennung —, und das hat uns allerdings nicht weitergebracht.

BRANDT: Es gibt Möglichkeiten diesseits der Anerkennung als Ausland, diesseits der Hinnahme dessen, daß die beiden Teile nicht mehr Teile einer Nation sein sollen. Wäre die DDR 1967 auf das eingegangen, was ihr unter sozialdemokratischem Einfluß nahegebracht worden war, dann würden heute regelmäßige Begegnungen zwischen hohen Beamten oder Regierungsmitgliedern aus Ost-Berlin und Bonn stattfinden, es würde Abmachungen und Verträge gegeben haben, es würde einige ordentliche Kommissionen geben, die sich mit gemeinsam interessierenden Fragen befassen.

SPIEGEL: Die DDR ist nicht darauf eingegangen, und es sieht auch jetzt nicht so aus, als würde sie auf etwas anderes als die volle Anerkennung eingehen.

BRANDT: Wenn die Ost-West-Großwetterlage sich nicht verschlechtert, dann wird das früher oder später auch dazu führen, daß die in Ost-Berlin an ihrer sturen, negativen, feindseligen Haltung nicht länger festhalten können. Das ist meine Einschätzung.

SPIEGEL: Was Sie Sturheit nennen, könnte einfach totales Desinteresse an solchen technischen Kontakten sein. Umgekehrt könnte gerade die Bonner Sturheit der Nichtanerkennung im Interesse der DDR und des gesamten Ostblocks liegen, weil sie fortgesetzten Anlaß für den Vorwurf des kriegslüsternen westdeutschen Revanchismus liefert.

BRANDT: Ich bin nicht dieser Meinung. Wir haben ja nicht nur technische Kontakte, wir haben auch Gespräche über politische Themen angeboten. Was die übrigen Staaten des Warschauer Pakts angeht: Da gibt es einen interessanten Aspekt in dem Budapester Appell der Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. März. In diesem Appell steht plötzlich nicht mehr Anerkennung der DDR, sondern Anerkennung der Existenz der DDR. Und da steht nicht Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, sondern Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen. So etwas kommt ja nicht von ungefähr, darüber muß es lange Diskussionen gegeben haben.

SPIEGEL: Einen riesigen Unterschied macht es nicht.

BRANDT: Jedenfalls für die in Ost-Berlin so viel, daß sie nur sehr lauwarm zugestimmt haben.

SPIEGEL: Halten Sie deshalb, eben weil Sie einen gewissen Meinungswandel im Ostblock zu spüren glauben, die in Budapest vorgeschlagene europäische Sicherheitskonferenz für sinnvoll? Auch dafür wird Ihnen ja von Kiesinger und der CDU/CSU Traumtänzerei vorgeworfen.

BRANDT: Das mit der Traumtänzerei verstehe ich nicht. Herr Kiesinger scheint übersehen zu haben, was in diesem Augenblick deutsche Regierungspolitik ist. Meine Beamten sind jedenfalls im Nato-Rat daran beteiligt, eine konstruktive Position zu erarbeiten. Ich erwarte von einer Konferenz gar nicht viel. Aber ich nehme keine negative Haltung gegen sie ein und bin froh, daß der Westen denjenigen gefolgt ist, die mit mir gesagt haben: Weniger auf das Etikett gucken als auf das, was in der Flasche ist. Mich interessiert weniger, ob 1971 in Helsinki eine Konferenz stattfindet, sondern mich interessiert die Diskussion über das Thema der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit.

SPIEGEL: Welche Vorschläge wird der Bundeskanzler oder der Außenminister oder der Oppositionsführer Brandt in dieser Diskussion vortragen? Sie haben den Gewaltverzicht genannt. Ist auch Disengagement dabei?

BRANDT: Ich sage nach wie vor: gleichwertiger, gleichgewichtiger Abbau der Truppen in Zentraleuropa. Da brauchen wir nicht auf der grünen Wiese anzufangen, es sind gründliche Vorarbeiten da, an denen wir beteiligt waren. Dann gibt es weiter, was häufig unterschätzt wird, den ganzen Katalog der nicht eigentlich politischen Fragen, über die man anders reden sollte als bisher. Auch das Budapester Dokument enthält einen Abschnitt, der sich mit wirtschaftlicher, technischer und sonstiger Zusammenarbeit befaßt. Eine Bundesregierung, die handlungsfähig ist, sollte die bereits vorhandenen Ansätze zu den verschiedenen Themen zusammenfassen zu einem deutschen Konzept für einen europäischen Sicherheitspakt, oder wie immer man dieses Instrument dann nennt.

SPIEGEL: Könnte ein solcher Sicherheitspakt sogar die Auflösung der beiden jetzigen Militärsysteme ermöglichen?

BRANDT: Ja, im Endstadium, aber daß so etwas — sagen wir in den nächsten zehn Jahren — eintritt, ist ganz unwahrscheinlich.

SPIEGEL: So unwahrscheinlich wie der europäische Bundesstaat von Strauß?

BRANDT: Heute gehen fast alle in Ost und West, die an diesen Dingen gearbeitet haben, davon aus — auch wenn es in der Propaganda manchmal anders heißt —, daß ein europäischer Sicherheitspakt die beiden Blocksysteme für eine ziemliche Zeitdauer bestehen läßt und lediglich neutralisiert — zur Sicherheit.

SPIEGEL: Wir diskutieren hier ein Konzept für eine künftige Bundesregierung, deren Kanzler möglicherweise wieder Kiesinger, deren Vizekanzler und Außenminister wieder Brandt heißen wird. Lassen sich nach Ihrer Kabinettserfahrung aus den letzten Monaten neue Konzepte unter Kiesingers Führung überhaupt noch verwirklichen? Führt der Kanzler Kiesinger?

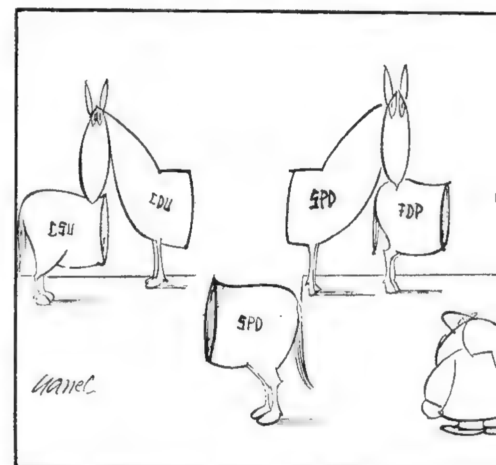
BRANDT: Jeder intelligente und informierte deutsche Bürger kann das, was da anzumerken wäre, aus öffentlich bekannten Tatsachen und Reden selbst ablesen. Dies möchte ich allerdings in allem Freimut hinzufügen: Je länger die Große Koalition dauerte, um so weniger erfolgreich war der Kanzler in seinem Bemühen, seine Parteifreunde bei der beschlossenen Regierungspolitik zu halten. Die CDU/CSU wollte, trotz besserer Einsicht vieler ihrer Leute, ihre schon toten heiligen Kühe nicht beerdigen. Und der Kanzler sah sich nicht in der Lage, die Beerdigung der heiligen Kühe, von denen er wußte, daß sie tot sind, zu erzwingen.

SPIEGEL: Was meinen Sie da im einzelnen?

BRANDT: Warum soll ich das auswalzen?

SPIEGEL: Die CDU/CSU spricht ungehemmt. Karl Schiller wird als der letzte Trottel abgehalftert, Sie selbst sind die besondere Zielscheibe der CDU/CSU geworden. Kiesinger verkündet landauf, landab, Ihnen könne man die Außenpolitik nicht mehr anvertrauen.

BRANDT: Aber da ist draußen im Lande vieles anders geworden, die CDU weiß es nur noch nicht. Diese völlig überdrehten Geschichten kommen nicht mehr an. Ein bißchen weniger wäre mehr gewesen. In großen Anzeigen dem deutschen Volk erklären zu wollen, daß Schiller ein schwatzender Nichtskönner sei — das ist Welten entfernt von dem Bild, das sich das



Christ und Welt

Offenes Rennen

Es lebe der echte Cognac aus Cognac

Stoßt an, auf die neue, sanfte Epoche - La Belle Epoque 1969

Die harte Welle ist passé.
Hier ist die neue, sanfte Epoche -
La Belle Epoque 1969.
Stoßt an auf eine edlere Zukunft.
Mit reichem, warmherzigem Cognac,
gereift, wo nur der Echte reift:

[illegible]gnac, dem g[illegible]
Frankreichs.
Es lebe die Freude [illegible] ten.
Es lebe der echte, d[illegible]e,
der unnachahmliche C[illegible] us Cognac.
Beim Kauf das Etikett [illegible]en.

Nur der Echte, der aus Frankreich, darf sich Cognac nennen.

Dank EWG ist echter Cognac nicht mehr teuer.

deutsche Volk von dem Mann gemacht hat.

SPIEGEL: Wer ist das deutsche Volk?

BRANDT: Gut, da muß man differenzieren. Aber von einem großen Teil der Wähler, an die man sich wendet, wird der Stil der CDU/CSU als nicht richtig empfunden.

SPIEGEL: Sie wollen also keine Kommentare zur Person geben?

BRANDT: Nein. Wir werden uns doch nicht jetzt, ausgerechnet in den letzten Tagen, verrückt machen lassen und auf das Wahlkampfkonzept der CDU eingehen. Wir haben unser eigenes, und das halten wir durch. Wir reden von dem, was gemacht worden ist und was wir uns für die nächsten vier Jahre vorgenommen haben. Wir reden nicht nur von einer Person — dies ist nämlich keine amerikanische Präsidentenwahl —, sondern von einer Reihe von Leuten, die gezeigt haben, daß sie ihre Sache verstehen, daß sie die stärkere Seite des Kabinetts gestellt haben. Das ist auch draußen so verstanden worden.

SPIEGEL: Die Parole der CDU „Auf den Kanzler kommt es an“ ist etwas, das sicher vielen Leuten einleuchtet. Wie soll ein Kanzler beschaffen sein?

BRANDT: Zunächst, finde ich, kommt es auf den Wähler an. Und auf die Politik. Der CDU wird ihre Parole noch leid tun: Das Schicksal von 60 Millionen darf doch nicht auf zwei Augen ruhen. Zur Beschaffenheit eines Kanzlers: Solche Figuren kann man nicht aus der Retorte machen.

SPIEGEL: Können Sie es an lebenden Figuren schildern?

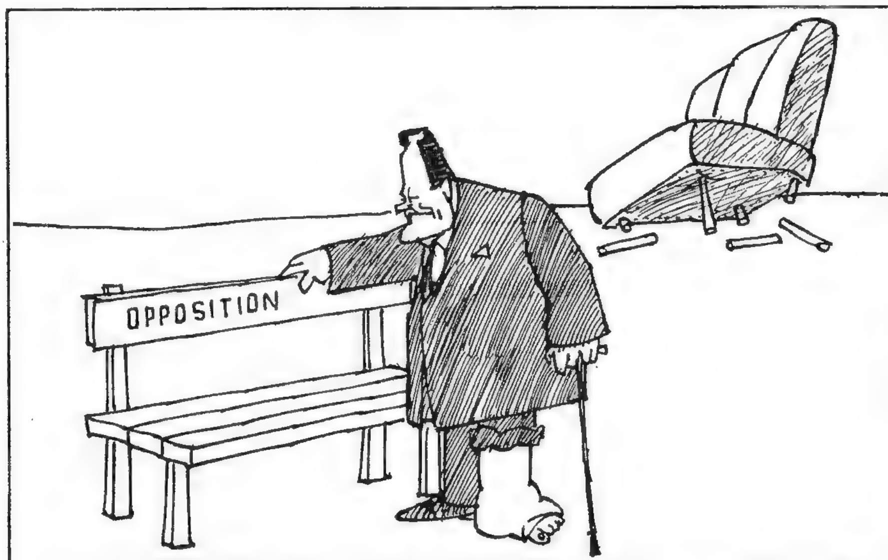
BRANDT: Stellen Sie sich vor, die Konstellation 1949 hätte ergeben, daß Konrad Adenauer nicht zum Kanzler gewählt worden wäre, sondern aus Gemeinheit — was einige seiner Parteifreunde vorhatten — zum Bundespräsidenten, und daß Theodor Heuss nicht zum Präsidenten, sondern zum Kanzler gewählt worden wäre. Mit demselben Grundgesetz wäre eine andere Verfassungswirklichkeit entstanden.

SPIEGEL: Gesetzt, Sie hätten recht — was lehrt uns das?

BRANDT: Der Kanzler wird je nach der politischen Konstellation und nach seinem Naturell die Verfassungswirklichkeit bestimmen. Nicht, indem er die Verfassung bricht, aber indem er sie anwendet. Das läßt sich nicht einfach allemal vorhersagen, unabhängig von den Personen und den Konstellationen.

SPIEGEL: Sie sprechen über den Kanzler, den Kanzler als Verfassungs-Institution, noch immer so verhalten, daß man sich fragen muß: Sind Sie nicht vielleicht viel lieber Außenminister, als daß Sie Kanzler wären?

BRANDT: Die Verfassung schließt nicht aus, daß man beides ist.



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

Rhapsodie in Gips: „So schlecht war sie eigentlich gar nicht — stabiler auf jeden Fall ...“

SPIEGEL: Könnten Sie beides sein?

BRANDT: Das war nur eine Anmerkung. Adenauer hat das eine Weile gemacht, aber heutzutage wäre es zuviel für einen allein. Hier liegt natürlich ein Problem: Jeder außenpolitisch interessierte Kanzler gerät in die Versuchung, dem Außenminister ins Handwerk zu pfuschen. Ganz gut geht es wohl nur, wenn der Regierungschef sich ganz auf die Innenpolitik konzentriert, wie etwa in Holland. Da wird über Außenpolitik gar nicht gesprochen im Kabinett, wenn Luns nicht da ist. Wenn er dann aber mal kommt — so sagen Spaßvögel —, steht in den Überschriften der Zeitungen: „Luns stattet den Niederlanden einen Besuch ab.“ Und dann wird auch im Kabinett über Außenpolitik gesprochen.

SPIEGEL: Kiesingers Hobby ist aber leider gerade die Außenpolitik.

BRANDT: Als Kiesinger Kanzler geworden war, hat er mal gesagt, er wäre eigentlich lieber Außenminister geworden. Das ist auch eine schöne Aufgabe, und ich hätte es gern weitergemacht. Aber das ist so nicht mehr drin, meine Herren. Denn ich kann mir nach dem heutigen Stand der Dinge keine Koalition denken — insofern sind wir dann doch noch mal bei allem Anfang —, bei der für einen Außenminister Brandt Platz ist.

SPIEGEL: In einer Großen Koalition, wenn sie fortgesetzt würde, wäre für einen Außenminister Brandt kein Platz?

BRANDT: Auch eine Große Koalition macht es unwahrscheinlich, daß es einen Außenminister Brandt gibt. Es sei denn, er bekommt eine ganz klare Bestätigung, daß er nach dem Grundgesetz für sein Ressort so verantwortlich ist wie andere Minister für das ihre und daß nicht aus der Richtlinienkompetenz eine Bürokraten-Zuständigkeit des Bundeskanzleramts für den Außenminister wird.

SPIEGEL: Herr Minister, heißt das, daß Sie bei Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU eine größere Ressort-Souveränität des Außenministers Brandt gegenüber dem Kanzler zur Bedingung machen werden?

BRANDT: Ich hatte Ihnen schon gesagt, daß ich keine etwaigen Koalitionsgespräche vorwegnehme. Im übrigen: Ja.

SPIEGEL: Und wenn Sie diesen Punkt in den Koalitionsverhandlungen nicht durchsetzen, dann ist es zwar möglich, daß die Große Koalition fortgesetzt wird, aber nicht mit einem Außenminister Brandt?

BRANDT: So ist es.

SPIEGEL: Sie nehmen aber auch kein anderes Ressort an?

BRANDT: Das kann ich mir schwer vorstellen. Aber ich kann nicht sagen, ich ginge überhaupt nicht ins Kabinett.

SPIEGEL: Als was sonst, wenn nicht als Außenminister?

BRANDT: Es ist immerhin möglich, daß jemand ganz bewußt ohne Ressort in die Regierung geht, nur als Stellvertreter des Bundeskanzlers, und nur die Aufgabe hat ...

SPIEGEL: ... Schwierigkeiten zu machen ...

BRANDT: ... seine Seite am Kabinettstisch zusammenzuhalten.

SPIEGEL: Wie soll das faktisch aussehen, ein Bundeskanzler-Stellvertreter ohne Ressort?

BRANDT: Nach der Verfassung gibt es den Bundesminister ohne Ministerium. Wenn das so abgemacht ist, kriegt er den Brief, den nach dem Grundgesetz ein Bundesminister bekommt, daß er Stellvertreter des Kanzlers ist.

SPIEGEL: Wer würde dann von der SPD als Außenminister gestellt? Helmut Schmidt?

BRANDT: Wer wollte seine Fähigkeiten bestreiten? Sie wissen doch, wir haben die richtigen Männer. Bei uns hängt das nicht nur von zwei Augen ab.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Wir kommen

Mit einer neuen Faser. Nicht heute. Aber bald. Mit einer Faser für Modemacher. Mit einer Faser für die Top-Mode. Unter dem Namen Avitron®

Wir möchten, daß Ihnen alles an Avitron® gefällt. Auch die Schreibweise. (Schließlich hoffen wir, daß Sie sich diese Marke merken.) Deshalb bitten wir Sie um Hilfe: sagen Sie uns, welchen Schriftzug Sie nehmen würden.

avitron ☐
avitron ☐
Avitron ☐
avitron ☐
Avitron ☐
avitron ☐
AVITRON ☐
Avitron ☐

Name

Anschrift

Bitte kreuzen Sie Ihren Favoriten an und schicken Sie uns den ausgeschnittenen Stimmzettel zu.
Wir danken Ihnen herzlich.
Unsere Anschrift:
Phrix-Werke AG,
2 Hamburg 36, Postfach 44

Phrix

„VIELLEICHT MUSS ICH ES JA MACHEN"

SPIEGEL-Reporter Hermann Schreiber über Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt

Willy Brandt ist etwas geworden — aber nicht bloß Außenminister. Er ist überhaupt nicht geblieben, was er war — nämlich immer zweierlei: Opponent und Regierender, Frontstädter und Koexistentialist, Räuber und Gendarm. Er ist Willy Brandt geworden, nichts weiter.

Das heißt: Jenen Willy Brandt, den die Christdemokraten als „bewährten Verlierer" zum Pappkameraden der Konfrontation mit Kiesinger erwählt haben — den gibt es gar nicht mehr.

Der Mann, der sich heute in den Wahlversammlungen seiner Partei unwidersprochen als künftigen Kanzler einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung apostrophieren läßt, ist in der Tat ein anderer als jener Mann, der im September vor vier Jahren zum zweitenmal eine Niederlage der von ihm repräsentierten SPD gegen die CDU Konrad Adenauers und Ludwig Erhards eingestand und daran die Kundmachung knüpfte, er sei kein Anwärter auf das Amt des Kanzlerkandidaten für 1969.

Der Wandel, den Willy Brandt seither durchgemacht hat, ist kein Wandel durch Annäherung an des deutschen Menschen Mentalität. Er ist auch keine Image-Korrektur, wie die Public-Relations-Berater sie planen mögen, um einen Verlierer wie einen Gewinner aussehen zu lassen. Er geht viel weiter; denn er beginnt gewissermaßen bei Null.

Dieser Wandel beginnt in einem Augenblick, in dem Willy Brandts Karriere als Politiker vermeintlich zu Ende gewesen ist: eben nach der Wahlniederlage der SPD vom 19. September 1965, nach der zweiten Niederlage des Kanzlerkandidaten Brandt.

Willy Brandt beschönigte damals nichts — nicht die Niederlage: „Ich will um die Dinge überhaupt nicht herumreden. Die SPD hat ihr Wahlziel nicht erreicht"; auch nicht die Verletzungen, die er in einer untergründig wieder in Gang gebrachten „Dreckkampagne" gegen den Emigranten Brandt, den „Landesverräter", davongetragen hatte: „Und ich gebe es zu: Ich bin nicht unversehrt aus dieser Kampagne herausgekommen."

In jenem Herbst 1965 wurde für Willy Brandt endgültig zur Einsicht, was bislang doch nur ein Verdacht gewesen war: daß es ihm also nicht gegeben sei, die Zustimmung einer breiten Mehrheit dieses Volkes zu seiner Person und zu seinem Lebensweg zu gewinnen. Jetzt zog er daraus die Konsequenz. Allein und zeitweilig unerreichbar sowohl für den Zuspruch wie für die Einreden seiner Freunde, faßte er den Vorsatz, in Zukunft ohne das Verständnis oder gar den Beifall der Mehrheit dieses Volkes auszukommen, jedenfalls nicht mehr darum zu werben, mindestens nicht für seine Person.



Minister **Brandt**: Rendezvous mit der Endgültigkeit

Dies war ein schmerzlicher, aber auch ein befreiender Entschluß. Indem er ihn faßte, befreite sich Willy Brandt von dem Zwang, gefallen zu müssen auch um den Preis der Verstellung; heilte er sich von dem Lampenfieber, auf alle Fälle eine Attraktion sein zu müssen für seine Partei, eine Zugnummer, eine rücksichtslos retuschierte Titelblatt-Figur, die geheime Wählerwünsche weckt.

Denn auch das verband sich für Willy Brandt damals mit dem Etikett des ewigen Kandidaten — diese von der Parteiräson erzwungene Charakter-Kosmetik, die ihn verschweigen hieß, wozu er sich bekennen wollte (zum Beispiel zu den Jahren in der Emigration), die ihn versprechen hieß, woran er selber nicht so recht glauben konnte (zum Beispiel an die Wahlstrategie des „blauen Himmels über der Ruhr"), und die ihn schließlich sogar dazu verleitete, schon im Schlafanzug und beim Rasieren für die Photographen bereit zu sein — bereit zu sein für alles. Davon befreite er sich nun.

Willy Brandt ging zurück nach Berlin — und noch ein Stück weiter. Er unternahm eine Reise in seine Vergangenheit. Am Ende des Jahres 1965 und in den Monaten danach sah er so gut wie alles noch einmal durch, was er in der Emigration zu Papier gebracht hatte. Anlaß dazu bot ihm einer der jungen Leute aus der „norddeutschen Mafia", seiner ehemaligen Wahlkampf-Organisation: Günter Struve, damals 26 Jahre alt. Der nämlich hatte sich darangemacht, Willy Brandts „Schriften während der Emigration" unter dessen Mitwirkung und unter dem Titel „Draußen" zu einem Buch zusammenzufassen.

Das Unternehmen wurde für den Autor dieser Schriften unversehens zu einer Art Gewissensforschung, zur Do-it-yourself-Psychoanalyse. Und die hatte den zwar nicht unerwarteten, aber doch heilsamen Effekt, Willy Brandt in der Überzeugung zu bestärken, „daß man das alles vorzeigen kann, daß nichts davon wegerklärt zu werden braucht".

Es war nicht der einzige Effekt, wie sich bald erweisen sollte. In seiner Rede auf dem Dortmunder Parteitag der SPD im Juni 1966 näherte sich Willy Brandt dem Thema Volk und Vaterland mit Formulierungen, die man aus seinem Munde zuvor so nicht gehört hatte: „Kein Volk kann auf die Dauer leben, ohne sein inneres Gleichgewicht zu verlieren, ohne in Stunden der inneren und äußeren Anfechtung zu stolpern, wenn es nicht ja sagen kann zum Vaterland. Wir Deutsche dürfen nicht die Geschichte vergessen. Aber wir können auch nicht ständig mit Schuldbekenntnissen herumlaufen ..."

Dieser Dortmunder Parteitag war zumindest für den Sozialdemokraten, den Parteimann Brandt die Wende zur Wiederkehr. Die Genossen bestätigten den Vorsitzenden Willy mit 324 von 326 abgegebenen Stimmen in seinem Amt; bestätigten ihm, daß er auch als zweimal gescheiterter Kanzleranwärter noch immer der einzige Mann an der Spitze der Partei war, auf den sie alle sich einigen konnten: ein Mann ohne Alternative. Sie nahmen ihn in die Pflicht — und befreiten ihn eben dadurch von seinem hartnäckigen Zweifel, ob die Partei ihm wohl nachsehen könne, daß er ihr als Spitzenkandidat zweier Bundestagswahlkämpfe nicht bloß nicht genutzt, sondern womöglich sogar geschadet hatte.

Die Partei brauchte ihn also. Und deshalb war Willy wieder wer.

Dann kam der 23. Oktober 1966, ein Sonntag; Willy Brandt war in Berlin. Der Anfall traf ihn unvorbereitet und allein — ein Hustenanfall zunächst, dann Erstickungszustände, schließlich Herzbeklemmungen. Eine nervöse Herz-Magen-Störung, gastrokardial, den Medizinern geläufig als Roemheldscher Symptomenkomplex: Der geblähte Magen drückt das Zwerchfell hoch, und dieses wiederum verschiebt das Herz nach oben. Und wem das passiert, der mag denken: Jetzt stirbst du.

Willy Brandt dachte das. Und nur das ist ihm geblieben von der ganzen Geschichte, die längst behoben ist und auch leicht zu beheben war (es gibt viel schlimmere Herz-Geschichten) — nur diese Erfahrung: „Ich habe dem Tod ins Auge gesehen." Das heißt, ein paar Sekunden lang, vielleicht waren es auch Minuten, hat Willy Brandt sein Leben in der Perspektive des Endgültigen gesehen, unter dem Aspekt des Unwiderruflichen. Und ein solcher Einblick relativiert jede andere Betrachtungsweise — man sieht sich, sieht die Welt hernach wirklich „mit anderen Augen".

Willy Brandt hat diese Erfahrung gemacht. Er sieht sein Leben seither anders, sieht alles „viel gelassener", vielleicht auch gerechter — das, was gewesen ist, ebenso wie das, was noch sein könnte.

In einer Rede vor dem SPD-Parteitag zu Hannover 1960 hat Willy Brandt sein Herkommen noch so beschrieben: „Mit meinem Geburtsnamen und dem meiner damals unverheirateten Mutter verband mich, als ich nach Deutschland zurückkehrte, wenig mehr als die Erinnerung an eine nicht ganz leichte Kindheit." Seither, seit jenem Oktober 1966, formuliert er das ganz anders: „Gelegentlich habe ich darauf hingewiesen, daß mir keine ganz leichte Kindheit beschieden war. Eigentlich muß das heißen, daß meine Mutter und ich — sie war neunzehn und allein, als ich geboren wurde — es nicht ganz leicht hatten. Deshalb ist mir das Verständnis für die Schwierigkeiten und Sorgen anderer auch nicht schwergefallen. Soziale Verantwortung und Gerechtigkeitssinn können noch fester sitzen, wenn sie aus dem eigenen Erleben kommen."

In Brandts Nachwort zu dem Buch „Draußen", erschienen August 1966, stehen die bemerkenswerten Sätze: „Ich habe mich oft gefragt: Mußt du nicht Verständnis für diejenigen aufbringen, die es offensichtlich so schwer haben, dich zu begreifen, obwohl sie nicht gerade sanft mit dir umgehen? Vielleicht fällt mir das seit dem September 1965, den ich als eine gewisse Zäsur empfinde, leichter."

Und seither kümmert ihn auch wieder des öfteren die Frage, warum es wohl nicht gelungen sei, über die Emigration hinweg eine Brücke zu schlagen zu jenen, die damals, bei der Heraufkunft des Nationalsozialismus, als junge Leute „wirklich etwas gewollt" haben, sich idealistisch engagiert haben — so wie er damals ja auch, nur eben auf der anderen, auf der linkssozialistischen Seite. Waren ihm diese Leute denn nicht immer viel näher als die Herde der Mitläufer und Opportunisten?

„Die damals wirklich etwas gewollt haben — die haben ja nicht gewollt, daß Verbrechen verübt werden, daß Menschen ausgerottet werden sollen wie Ungeziefer." Und wenn Willy Brandt für die Männer des 20. Juli auch in der Emigration ein Patriot geblieben ist — war es da wirklich unvermeidlich, daß er denen, „die damals etwas gewollt haben", bei seiner Wiederkehr wie ein fremder Okkupant erschien? Das jedenfalls kümmert ihn seither: daß er auch von sich aus einen „anderen approach" nicht gefunden, mindestens nicht durchgehalten hat.

Aber auch sein zukünftiges Leben — das, was noch sein könnte — sieht Willy Brandt seither anders: gelassener, vielleicht auch kritischer. Er habe, sagt er ohne jeden Anflug von Koketterie, seit jenem September 1965 „keinen persönlichen Ehrgeiz mehr". Aber das soll nicht heißen, daß er gar keinen Ehrgeiz mehr hätte — sein Ehrgeiz ist jetzt nur anders gepolt: Es geht ihm nicht mehr in erster Linie darum, „etwas werden zu wollen, sondern es geht darum, etwas tun zu können, etwas Gescheites tun zu können; wenn man dabei dann auch noch was werden kann, oder muß — na gut". Aber viel Zeit für Garnierungen hat er nicht mehr.

Dieser Willy Brandt also, der Mann, der sein Rendezvous mit der Endgültigkeit gehabt hat — der stand kaum vier Wochen später, nach dem Sturz der Regierung Erhard, zum erstenmal in seinem Leben ernstlich vor der Chance, das zu werden, worum er bislang immer bloß „kandidiert" hatte: Bundeskanzler beziehungsweise Bundesminister und Vizekanzler.

Der Entscheidung, Bundeskanzler einer knappen Koalition mit der FDP zu werden, überhob ihn Adam Riese. Anders ausgedrückt: Die verbreiteten Zweifel seiner Genossen an der Standfestigkeit der Freidemokraten, verstärkt durch die geheime Verführung der christlich genannten Staatspartei, verhinderte diese Koalition. Damals hielt noch kaum einer sechs Mandate Mehrheit für genug. So kam es zum Schwur mit der CDU.

Willy Brandt fehlte, als die SPD-Spitze am 24. November 1966, einem Nebeltag, unter Vorantritt Herbert Wehners und mit der Regierungsbeteiligung vor Augen, in Bonn zum Beschluß zusammentrat. Er hielt in Berlin eine keineswegs CDU-konforme Rede. Dann fuhr er zum Flugplatz und fand, daß der Nebel alle Flugpläne zunichte gemacht hatte. Als er, um Stunden verspätet, im Auto bei den Bonner Genossen anlangte, war dort das Rennen gelaufen, der schwarz-rote Bund sozialdemokratisch konsekriert. „Also gut, dann macht es eben", sagte Willy Brandt, „aber ohne mich."

Daß das nicht ging, litt freilich keinen Zweifel; und es dauerte auch nicht allzulange, bis Willy Brandt von den Genossen neuerlich in die Pflicht genommen war: Der Parteivorsitzende mußte mit an Kiesingers Kabinettstisch.

Die Idee allerdings, er könne mit Rücksicht auf die Belastung der Baracken-Arbeit beispielsweise bloß Gesundheitsminister werden — die gehörte ersichtlich noch zu den Accessoires des Kandidaten Brandt, der mit dieser Idee während der Wahlkampagne des Jahres 1965 zum Exempel


Mit Hollands Außenminister Luns


Mit Israels Außenminister Golda Meir


Mit Jugoslawiens Außenminister Nikezić

Diplomat **Brandt**
Beifall in Belgrad

Der Renault 16 TA ist ein Renault 16 mit Vollautomatik.



Sie können nicht bequemer fahren!

Es mußte ja so kommen. Zuerst der Renault 16 mit seiner revolutionären Technik. Dann der Renault 16 TS mit dem sportlichen Motor und der überreichen Luxusausstattung. Jetzt die Vollautomatik des Renault 16 TA, die den i-Punkt auf eine perfekte Autokonzeption setzt.

Vollautomatik, das ist der Zug der Zeit. Einmal vollautomatisch gefahren, und Sie gehören zu den begeisterten Anhängern dieser bequemsten aller Fortbewegungsarten im eigenen Auto. Sie müssen nur eins: sich für Vor- oder Rückwärtsfahren entscheiden. Dann geben Sie Gas und verschwenden keinen Gedanken mehr an den richtigen Gang zur richtigen Zeit, an Drehzahl, genaues Kuppeln und all diese Dinge, die nur die Aufmerksamkeit ablenken.

Der Renault 16 TA hat ein vollautomatisches Planetengetriebe. Renault hat es mit einem Elektronengehirn versehen und in einer Perfektion entwickelt, die beispielhaft ist. Sie fahren von Oslo nach Wien hin und zurück,ohne zu kuppeln, ohne zu schalten.

Renault 16: 1470 ccm. 55 DIN-PS.
Preis: DM 7.847,70 a.W. incl. MWST.

Renault 16 TS: 1565 ccm. 83 DIN-PS.
Preis: DM 8.979,90 a.W. incl. MWST.

Renault 16 TA: 1565 ccm. 67 DIN-PS.
Preis: DM 9.129,75 a.W. incl. MWST.

Fahren Sie den Renault 16 TA zur Probe. Sie werden diesen Text unterschreiben.

RENAULT 16 TA

Renault - in jeder Klasse Spitzenklasse

Ich möchte mehr über den Renault 16 TA wissen. Informieren Sie mich bitte unverbindlich.

Name: ____________________

Ort: ____________________

Straße: ____________________

Deutsche Renault Automobil-Gesellschaft
Kommanditgesellschaft, 504 Brühl bei Köln 38 SP 60

eine zuvor durch das Los ermittelte Wöchnerin besucht und wohl auch beeindruckt hatte. Dem Vorsitzenden Brandt aber, der nun in die Regierung sollte, dem stand der Gesundheitsminister ungefähr so gut zu Gesicht wie der helle Homburg, mit dem man ihn weiland als Wahlkämpfer hatte winken heißen.

Wenn der Vorsitzende Brandt in dieser Regierung „etwas tun können, etwas Gescheites tun können" sollte, dann mußte er Vizekanzler und Außenminister werden. Und das wurde er auch.

Es klingt wie die Ironie der Geschichte von Willy Brandt, aber es liegt in Wahrheit in der Logik ihrer Entwicklung: daß genau das, was dem Kandidaten Brandt geschadet hat, dem Außenminister Brandt zugute kommt — nämlich Emigrant gewesen zu sein. Den moralischen Kredit, den der Außenminister Brandt gerade in solchen Ländern genießt, die unter den Nazis gelitten haben (und das ist fast unsere ganze Nachbarschaft), den kann auch der „Bayernkurier" nicht wegargumentieren. Und selbst wenn unter deutschen Menschen gemeinhin nicht unbedingt als Empfehlung gilt, es gut mit den Ausländern zu können — einem Außenminister, für den dergleichen die Geschäftsgrundlage ist, muß man das nolens volens gutschreiben.

„Die deutsche Außenpolitik", hat Willy Brandt im September 1968 auf der Genfer Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten gesagt, „die deutsche Außenpolitik ist manchen Entstellungen und sogar Verleumdungen ausgesetzt. Entstellungen kann niemand ganz entgehen, Verleumdungen weise ich mit Nachdruck zurück. Ich tue dies als jemand, den keiner mit den Verbrechen Hitlers in Verbindung bringen kann und der trotzdem seinen Teil der nationalen Gesamthaftung trägt." Welcher andere deutsche Außenminister hätte so reden können?

Aber auch der Emigrant Willy Brandt kann so erst reden, seit er Außenminister ist. Das hat, was ihn persönlich betrifft, im wesentlichen zwei Gründe: Erstens ist er nun nicht mehr bloß herausgefordert, sondern wirklich in den Stand gesetzt, Leistungen für das ganze deutsche Gemeinwesen zu erbringen. Zweitens hat er sich endlich frei machen können nicht nur von der Beschränkung, sondern auch von dem Klischee „Berlin".

Die Fehleinschätzung der politischen Werbewirksamkeit von Berlin ist immer schon ein schwer begreiflicher Irrtum der Wahlhelfer Willy Brandts gewesen — und das keineswegs nur deshalb, weil Berlin in der Bundesrepublik vornehmlich mit Unruhe und Gefahr assoziiert wird.

Der Mann, der Berlin regiert, muß eher ein Rastelli als ein Rathenau sein. Er muß mit den Alliierten zurechtkommen, die für die Sicherheit seiner Stadt verantwortlich, aber untereinander oft nicht einig sind; er muß mit der Bundesregierung zurechtkommen, die seine Stadt außenpolitisch vertritt (und zu Willy Brandts Zeiten noch eindeutig von der Gegenpartei geführt wurde); und er muß mit der Opposition in Berlin (von der CDU bis zu den Studenten) sowie mit den verkrachten Flügeln in der eigenen Partei zurechtkommen. Aber entscheiden kann er eigentlich gar nichts und ändern sowieso nichts, er kann noch nicht einmal eine Konzeption entwickeln; und wenn er redet, dann doch nur darüber, „wo uns der Schuh drückt".

Gewiß war auch schon der Regierende Bürgermeister Brandt im Ausland populär, zumindest im westlichen, zumal in Amerika — aber wie: als eine Mischung aus Festungskommandant und Filmheld, Moralfestiger und Maskottchen. Und jenseits des Eisernen Vorhangs war er, wennschon Sozialdemokrat, sozusagen von Amts wegen eine Symbolfigur des Kalten Krieges.

Der Außenminister Brandt dagegen macht nun am eigenen Leibe die Erfahrung: „Man kann das — man kann mit den Leuten reden"; will sagen: Er kann es, auch drüben, auf der anderen Seite — fünfeinhalb Stunden mit Ceauçescu in Rumänien zum Beispiel; und nach einer Pressekonferenz mit Warschauer-Pakt-Leuten in Belgrad haben die Reporter sogar applaudiert. Das wäre im Westen nichts Neues. Im Ostblock hat das noch kein deutscher Außenminister erlebt.



Berlin-Werber **Brandt***
Moralfestiger und Maskottchen

Den Verstand für die Außenpolitik hat der Herr dem Willy Brandt nicht erst mit dem Amt gegeben. Aber Verständnis für eben dieses Auswärtige Amt — nicht sosehr als Behörde, sondern vielmehr als way of life — war bei einem „Mann meiner Überzeugungen" (Brandt) nicht ohne weiteres vorauszusetzen. Daß er es gefunden hat — und was noch bemerkenswerter ist: daß dieses Amt Verständnis für ihn gefunden hat —, verdankt er drei Eigenschaften, die auch bei der konservativen Kernmannschaft des AA ihren Eindruck nicht verfehlt haben.

Erstens: Er ist fleißig. Er liest, was er gelesen haben muß, um Bescheid zu wissen; liest auch noch das, was ihm seine Helfer bei internationalen Konferenzen auf den Nachttisch packen. Zweitens: Er ist formulierungsstark; das heißt, er ist jederzeit bereit und (ohne nennenswerte Qualitätsschwankungen) auch in der Lage, einen vorgelegten Text zu bearbeiten oder eine Rede fertigzuschreiben, sogar wenn er vorher gefeiert hat, sogar nachts, zur Not sogar frühmorgens. Drittens: Er ist fair. Das geht in der Personalpolitik manchmal so weit, daß er aus menschlicher Rücksichtnahme sachlich falsche Entscheidungen fällt. Aber es nimmt ebenso für ihn ein wie seine Art, Mitarbeiter vor versammelter Mannschaft namhaft zu machen; zum Beispiel folgendermaßen: „Diese Erkenntnis, die ich Herrn von Soundso — da drüben sitzt er — verdanke ..."

Aber natürlich hat auch das Amt seinen Inhaber verändert — vielleicht nicht den Menschen, doch immerhin den Stil. Derselbe Willy Brandt, der früher nach eigenem Bekenntnis alle Sätze möglichst nur zwischen zwei Punkten haben wollte, ohne jede weitere Interpunktion, der ein Hackbrett als Schreibunterlage zu benutzen schien und die „Bild-Zeitung" als Vorlage in puncto Melodramatik — derselbe Willy Brandt schreibt heute (in seiner Rede zum hundertsten Geburtstag Walther Rathenaus) diesen Satz:

„Denn der Mangel an Maß und das erstaunliche Vermögen, die Wirklichkeit zu verkennen, die Begeisterung, mit der wir wieder erwecken wollen, was zur Geschichte geworden ist, unsere Schwierigkeit, Tradition zu pflegen, ohne zu ihrem Popanz zu werden, und schließlich auch patriotisch zu sein mit einem Stolz ohne Überheblichkeit — alle diese Eigenschaften, Gefahren und Möglichkeiten sind weder in den Schlachten des Zweiten Weltkrieges zugrunde gegangen, noch haben sie durch das Wirtschaftswunder einen Herzinfarkt erlitten."

Nun sind dies freilich Wandlungen, die im Verborgenen geschehen. Die Wähler jedenfalls merken nichts davon, und selbst wenn sie etwas davon merken, sind sie nicht sonderlich beeindruckt. Die Wähler beeindruckt vielmehr väterliche Autorität, und da hapert es scheinbar bei dem Außenminister Brandt. Mit der Meinung, daß man „die Überzeugungen seines Sohnes nicht deswegen weniger respektieren kann, weil er jung ist", gewinnt man hierzulande allenfalls den Respekt einer Minderheit, aber nicht die Wahl.

Immerhin ist auch da einiges in Bewegung geraten. Es gibt eine interessante Umfrage (von „Infratest") nach der Einstellung Willy Brandts zur Jugend im allgemeinen und zu seinem

---

* Als Regierender Bürgermeister bei der Taufe eines „Berliner Meilensteins" mit Spreewasser (in Hannover 1959).

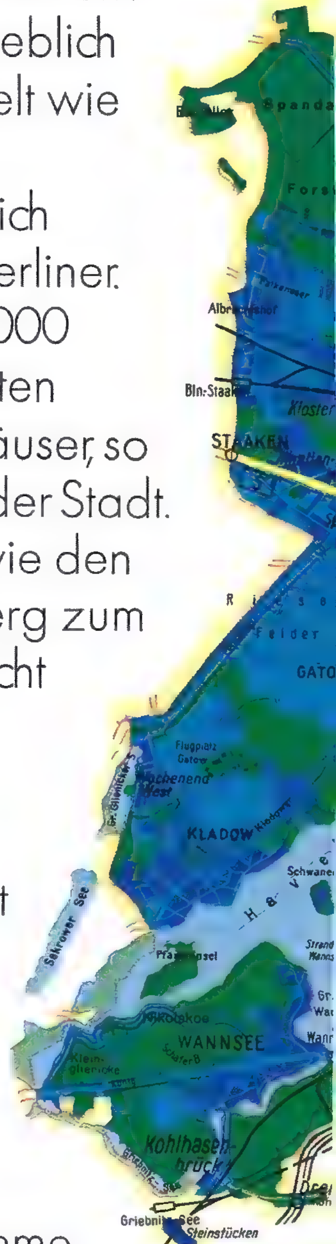
Ab in die Lüne

Berlin und Krisen — kein Mensch kann das mehr hören? Also ziehen wir Leine. In der Lüneburger Heide ist angeblich



noch Platz. Wenn die Luft dort so prickelt wie hier — nichts wie hin.

Schaffen wir uns eine Stadt, die sich sehen lassen kann. Für 2,2 Millionen Berliner. Mit Straßen, die auch noch fürs Jahr 2000 reichen. Mit U-Bahn und S-Bahn. 'Ne Menge Gaststätten müßten her. Und für jeden die passende. Und Warenhäuser, so zwanzig, dreißig. Und zwei Flughäfen, einen mitten in der Stadt.



Für unsere 40000 Boote brauchten wir so was wie den Wannsee. Und daneben viel, viel Wald. Und einen Berg zum Skispringen. An die zwanzig Theater könnten auch nicht schaden. Und wie wär's mit ein paar Museen? Und Galerien? Und Straßencafés?

Junge, wir könnten da eine Stadt hinzaubern, die sich gewaschen hat. Genauso eine, wie wir sie jetzt hier haben. Die hieße dann Berlüneburg.

Aber: kann man die Havel bis in die Heide verlängern? Und wie lange braucht's, bis aus der Schonung ein Grunewald wird? Und das Brandenburger Tor? Und die Ostberliner? Sollen die etwa da bleiben? Und wären damit die eigentlichen Probleme gelöst? Das Ost-West-Problem zum Beispiel und das Deutschland-Problem? Und die Frage der Sicherheit und der Entspannung?

Sehen Sie, darum nützt es keinem, wenn wir in die Heide ziehen. Wenn wir ausweichen. Wenn wir der Verständigung aus dem Wege gehen. Und die Spannungen bestehenbleiben. Darum ist es gut, daß wir hier sind. Und daß wir hier bleiben.

Weil wir hier viel mehr tun können als anderswo.

burger Heide?



Weil wir hier mithelfen wollen, die Spannungen abzubauen und Verständigung zu erzielen. Die Verständigung mit allen, die dazu bereit sind, ohne Rücksicht darauf, in welcher politischen oder geographischen Himmelsrichtung sie wohnen.

Lassen wir Berlin also dort, wo es ist. Mitsamt seiner Luft und seinem Tempo und seinem Chic. Dort, wo es hingehört. **Berlin bleibt in Berlin.**

früher gelegentlich in Berliner Demonstrationen verwickelten Sohn Peter im besonderen. Demnach hält eine Mehrheit der Befragten (58 Prozent) Brandts Einstellung für richtig — aber diese Mehrheit hält sich selber für eine Minderheit. Mit anderen Worten: Eine Mehrheit unterstützt Brandts Einstellung, glaubt aber zugleich, daß er sich damit schade.

Man muß also schon genauer hinsehen, wenn man den Veränderungen der Wählermeinung über Willy Brandt auf die Spur kommen will. Während er, nach einer für die CDU angefertigten (vertraulichen) Untersuchung, vor sechs Jahren noch mit den Begriffen „Rotte, Gartenlokal, Plankenzaun, Blitz, Kinderwagen, Teer“ in Verbindung gebracht wurde, assoziieren ihn die entsprechenden Befragten dieses Jahr immerhin mit „Heimkino, Margarine, Fahrrad“.

Wesentlich deutlicher wird die Wendung zum Besseren, wenn man nach Brandts Eigenschaften fragt. Die von der CDU in Auftrag gegebene Untersuchung ermittelt hier „Fleiß, Redlichkeit, Erfahrung“ als für Brandt typische verhaltensspezifische Begriffe. Und eine im Auftrag der SPD angestellte Befragung nennt als die dem Außenminister am häufigsten zugeschriebenen Eigenschaften vor allem „Zähigkeit, Durchhaltevermögen, Diplomatie, Gesprächsbereitschaft, politische Intelligenz, Aufgeschlossenheit“.

Immer aber sind es weniger persönliche, weniger emotional aufgeladene Begriffe, die Brandt zugeschrieben werden, als vielmehr solche, die sich auf Arbeit, Beruf und Leistung reimen. An seinem Fleiß, an seiner moralischen Lauterkeit wird heute nicht mehr gezweifelt; seine „Vergangenheit“ spielt kaum noch eine negative Rolle. Aber sein Image hat nun mal „keine Glücksverheißung, keinen Glanz“, es läßt nicht an Lebensgenuß denken, sondern an Mühsal — und „unter dem Gesichtspunkt der Werbewirkung ist das ein großer Mangel“ (so meinen jedenfalls die von der CDU bestellten Volksbefrager).

Gegen einen Mann wie Kiesinger, der vierblättrige Kleeblätter sucht und zuweilen auch findet, kann Willy Brandt in puncto Popularität also noch immer nicht konkurrieren. Nur versucht er es jetzt auch gar nicht mehr.

Der Willy Brandt, der jetzt auf Wahlreise ist, will ja nicht mehr um jeden Preis gefallen. Er treibt auch keine Sympathiewerbung, mindestens nicht für seine Person. Die Gags muß man suchen in seiner Kampagne. Und wenn örtliche Parteifreunde ihm unterwegs einmal publizitätsbewußte Schauspieler wie Thomas Fritsch und Hartmut Reck als freiwillige Wahlhelfer andienen, so zeigt er sich zwar mit diesen bei den Versammlungen; aber hernach reicht es höchstens auf einen gemeinsamen Schluck bei mühsam hingequältem small talk. Hier reist nicht mehr der Show-Mann, sondern der Staatsmann.



Schüler **Brandt***
Die Mehrheit hält sich ...

Vormittags ist Brandt demonstrativ in Bonn — um dort zu regieren. Nachmittags erst geht er auf Tournee — um dann vorwiegend von den Aufgaben der Zukunft und von der Sicherung des Friedens in der Welt zu sprechen. Er tut dies immer ohne Aggressivität und häufig mit Sätzen, deren effektfeindlicher Aufbau selbst überzeugten Anhängern das Jubeln hart werden läßt. Hier reist nicht mehr der gedrillte Kandidat, hier reist der Außenminister.

Und zu dessen Wahlwerbung gehört ein orangefarbenes Flugblatt, das mit dem Zeitungszitat endet: „Die Vorstellung, die Bonner Außenpolitik übers Jahr vielleicht nicht mehr durch diesen Mann vertreten zu wissen, ist deprimierend.“

Dennoch sagt dieser Mann (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 39), er könne sich nun keine Koalition mehr denken, in der für einen Außenminister Brandt noch Platz wäre, auch keine Große Koalition.



Brandt-Sohn **Peter****
... für eine Minderheit

Bloß: Das ist nicht Resignation, das ist Provokation. Natürlich bliebe Willy Brandt gern Außenminister — „aber nicht als Leichtmatrose auf einem Panzerkreuzer Potemkin“, dessen Kommandant Kiesinger heißt; nicht als „Galionsfigur“ einer Außenpolitik, die eher von den Rücksichten des Kanzlers bestimmt wird als von den Richtlinien des Außenministers.

Tatsächlich ist der außenpolitische Konsensus — den es durchaus gegeben hat — weniger am Prinzipiellen gescheitert als am Prozeduralen; ein wenig auch daran, daß Kiesinger und Brandt eben konträre Typen sind. Man kann sich die Vier-Augen-Gespräche zwischen Kanzler und Außenminister nicht quälend genug vorstellen: Kiesinger monologisiert, Brandt schweigt, beide leiden. Und das bei jedem Verfahrensstreit durchzumachen — dazu hat Brandt nun „keine Lust mehr“.

Das heißt, daß der Außenminister Brandt, wenn er es bleiben soll, nicht mehr zulassen will, daß seine diplomatischen Noten — oder gar seine Politik — von den Herren im Kanzleramt korrigiert werden. „Die sollen sich auf das Auswärtige Amt verlassen“, sagt er böse. Und dann fügt er, gar nicht mehr böse, hinzu: „Hoffentlich sage ich das auch noch, wenn ich Kanzler werden sollte.“

Will er es denn werden? Kann ein Mann, der nach zwei vergeblichen Anläufen von sich sagt, er habe nun keinen persönlichen Ehrgeiz mehr, überhaupt noch Kanzler werden wollen?

Mit Ja oder Nein ist die Frage gar nicht zu beantworten. Denn Willy Brandt ist ja nicht mehr jener Kanzlerkandidat, für den es nur das Palais Schaumburg gibt oder den Rückzug nach Berlin. Wenn die SPD diese Wahl verliert, wenn sie in die Opposition gerät, dann wird Willy Brandt der Oppositionsführer sein — vielleicht nicht als Fraktionsvorsitzender, aber jedenfalls im Bundestag. Und wenn eine Koalition unter Beteiligung der SPD gebildet wird — dann kommt es wiederum eher auf Adam Riese und auf den Mut der Genossen an. Dann ist es nicht nur Brandts Problem, ob er Kanzler werden will.

„Vielleicht muß er es ja werden“, sagt Willy Brandt, „vielleicht wird er ja in die Pflicht genommen.“ Und das ist nun nicht mehr Resignation, im Gegenteil: „Das kann ja auch eine Form von Eitelkeit sein — ich hoffe, daß es das bei mir nicht ist — zu sagen: Vielleicht werde ich ja in die Pflicht genommen. Vielleicht muß ich es ja machen.“

Willy Brandt will nicht mehr Kanzler werden wollen, er will es werden müssen.

Denn er ist ja etwas geworden — nicht bloß Außenminister. Er ist Willy Brandt geworden.

* In seiner Heimatstadt Lübeck, zwölf Jahre alt.
** Auf einem Schülerkongreß in Frankfurt, 1967.



MM-Extra wird von einer der ältesten Sektfamilien Deutschlands hergestellt. Den Müllers aus Eltville.

Seit mehr als 125 Jahren verwandeln die Müllers sorgsam ausgewählte Weine in das aufregendste Prickeln, das Sie trinken können – in trockenen Sekt.

MM-Extra hat das gewisse Extra: extra spritzig, extra vollmundig. Die Müllers aus Eltville sind mit diesem Sekt berühmt geworden.



Bonn-Besucher **Pompidou***: Rücksicht auf den Wahlkampf

STAATSBESUCHE

POMPIDOU

Dreimal zur Kasse

Georges Pompidou landete mitten im deutschen Wahlkampf.

Den französischen Staatspräsidenten, der letzte Woche zu seinem ersten Konsultations-Gespräch nach Bonn kam, führte Gastgeber Kurt Georg Kiesinger ins Rhöndorfer Adenauer-Haus.

Im Dunstkreis des verstorbenen Europa-Patriarchen, mit dessen Vermächtnis der Kanzler seinen Wahlkampf bestreitet, mahnte Kiesinger seinen Besucher, Europa endlich „in Ordnung" zu bringen.

Auch andere seiner Wahl-Slogans konnte der CDU-Chef anbringen: Angesichts der Entwicklung in Asien, vor allem in China, aber auch in Afrika und Lateinamerika, stünden Europa gefährliche Jahre bevor. Kiesingers düstere Zukunftsschau gipfelte in der Aufforderung, nun bald zu einer engeren politischen Zusammenarbeit in Europa zu kommen.

Doch Pompidou dachte nicht an China, sondern an Frankreich. Die Vollendung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sei die „unerläßliche Basis" für eine künftige politische Union, für engere politische Zusammenarbeit der sechs EWG-Staaten überhaupt. Den Franzosen geht es vor allem um die endgültige Regelung der Agrarfinanzierung vor dem 31. Dezember dieses Jahres, dem vertraglich fixierten Ende der EWG-Übergangszeit. Bonn soll weiterhin erhebliche Subventionen für die französische Landwirtschaft aufbringen.

Bis 1. August 1968 hatte die BRD in den EWG-Agrarfonds 3,4 Milliarden Mark einbezahlt und nur 2,1 Milliarden Mark für die deutsche Landwirtschaft zurückbekommen. Die restlichen 1,3 Milliarden Mark gingen zum größten Teil in die französische Landwirtschaft.

Außenminister Brandt beschwor seinen Kollegen Maurice Schumann, doch wenigstens über das Problem der Agrar-Überschüsse mit sich reden zu lassen, das zu grotesken Auswüchsen führt. Gegenwärtig müssen beispielsweise neben leerstehenden protestantischen Kirchen in Holland auch Hallen in der ČSSR zur Einlagerung des überschüssigen französischen Getreides gemietet werden.

Auf diese Weise, so Brandt, werde die Bundesrepublik dreimal zur Kasse gebeten: für die Produktion, für die Lagerung und später voraussichtlich für eine Vernichtung der Überschüsse. Außerdem setze sich Bonn der Gefahr aus, einer Einwirkung auf die ČSSR bezichtigt zu werden.

Schumann machte Brandt Hoffnung: Das Problem könne auf der für November avisierten EWG-Gipfel-Konferenz besprochen werden.

Auf diesem Spitzentreffen darf erstmals auch über ein Problem beraten werden, das für General de Gaulle stets tabu war: die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um beitrittswillige Staaten.

Doch während Kiesinger und Brandt sogleich ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen festsetzen wollten — Brandt: „aus politischen und psychologischen Gründen" —, winkten die Franzosen ab; erst müßten die Endphase der EWG erreicht und die Probleme des Beitritts unter den Sechs ausgiebig erörtert werden.

Darunter verstehen die Franzosen, wie Schumann in Bonn erläuterte, eine Prüfung der Frage, wie eine „Schwächung der Gemeinschaft infolge der Beitritte" vermieden werden könne. Freilich sei „nicht ausgeschlossen, daß diese Prüfung positiv" verlaufe.

Mit Rücksicht auf den deutschen Wahlkampf und die nach der Franc-Abwertung erneut aufgebrochene Aufwertungsdiskussion hatte Pompidou seinen Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing in Paris zurückgelassen. Giscard wenige Tage vor dem Besuchstermin am Telephon zum deutschen Kollegen Schiller: „Es gibt ja gewisse Bedenken, daß die Spekulation wieder angeheizt würde, wenn wir uns treffen."

Kiesinger jedoch konnte es sich nicht versagen, auch gegenüber den Franzosen wieder den harten D-Mark-Kanzler zu geben. In seiner Tischrede am Montagabend in der Godesberger Redoute deklamierte er, „daß es wenig Sinn hätte, Europa zu einigen mit Ländern, die ihre Verhältnisse selbst nicht geordnet hätten, die nicht gesund und stabil wären, denn aus schwachen und unstabilen Ländern läßt sich kein stabiles Europa bauen".

Erst kurz vor Ende der Plenarsitzung am Dienstagvormittag führte auch Pompidou den deutschen Wahlkampf ins Konferenz-Protokoll ein. Zu Kanzler Kiesinger gewandt, witzelte der französische Staatspräsident: „Ich möchte nicht in die deutschen Wahlen eingreifen und wage deshalb nicht die Hoffnung auszusprechen, Sie bei baldigen Konsultationen wiederzusehen."

* Bei seiner Ankunft am Montag letzter Woche auf dem Köln-Bonner Flughafen Wahn.

MANAGER

BMW

Mal ins Kreuz

Weinschwer stapfte Wilhelm Gieschen, Produktionsmanager der Bayerischen Motoren Werke (BMW), nachts um eins aus dem Salon Nymphenburg des Frankfurter Grandhotels Intercontinental, stemmte sich auf einen Garderoben-Tresen und verkündete: „Neue Modelle haben wir nicht — aber einen neuen Generaldirektor."

Fünf Stunden lang hatte BMW-Großaktionär Herbert Quandt die zwölf Oberen seiner Automobilfirma am Dienstag letzter Woche um sich versammelt. Er präsentierte ihnen den Mann, der künftig in München-Mil-



Neuer BMW-Chef **von Kuenheim**
Kommandos für die 80er Jahre

bertshofen die Kommandos gibt: Eberhard von Kuenheim — mit 41 Jahren jüngster Generaldirektor der deutschen Großindustrie.

Schon seit Anfang des Jahres rätselte die Branche, wem Quandt, Herrscher über 50 Unternehmen, sein weißblaues Kleinod anvertrauen werde. Der Münchner Chefposten wird vakant, weil Gerhard Wilcke, 61, der bisherige BMW-Generaldirektor, beim Baden im Mittelmeer von einer Woge gegen einen Felsen geschleudert worden war und sich dabei ein Rückenleiden geholt hatte. Erst einen Tag vor Eröffnung der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt nannte Quandt den Mann seiner Wahl und bot damit auf der nur karg mit technischen Neuheiten bestückten Auto-Schau die einzige Sensation.

Denn der neue Manager ist kein Autofachmann. Dem Unternehmen, das er von Januar 1970 an leiten wird, war er bisher nur als Konsument verbunden. Von Kuenheim (sprich: Kunheim), der Chauffeurshilfen nicht schätzt, fährt einen BMW 2000.

Der von Quandt zum Autofabrikanten ernannte Kuenheim wuchs mit Pferden auf: Sein Vater besaß im ostpreußischen Kreis Bartenstein das Rittergut Juditten, mit 800 Warmblütern die größte private Zuchtstätte von Trakehner Pferden. Erzogen im Prominenten-Internat Salem, reihte sich der verwaiste und völlig mittellose Vertriebene nach dem letzten Krieg zunächst in den Arbeiterstand ein: Drei Jahre wirkte er am Fließband des Stuttgarter Elektrokonzerns Bosch. Die Stiftung „Bosch-Jugendhilfe" finanzierte ihm das Maschinenbau-Studium.

Nach dem Studien-Abschluß trat Kuenheim bei der Maschinenfabrik Max Müller in Hannover ein, wo er rasch zum Geschäftsführer der 900-Mann-Firma aufstieg. Doch er fühlte sich „zu jung, um schon zufrieden zu sein" und wechselte 1964 in die Stabsabteilung des Bad Homburger Industriellen Harald Quandt. Im September 1967, kurz nachdem Harald Quandt mit seinem Flugzeug tödlich verunglückt war, ernannte dessen Bruder Herbert den Jungmanager zum Generalbevollmächtigten. Neun Monate später erhielt Kuenheim sein erstes Außenkommando als stellvertretender Generaldirektor der angeschlagenen Industrie-Werke Karlsruhe (IWK).

Die Dressur-Aufgabe hatte der Freizeit-Reiter noch nicht bewältigt, als ihm Quandt einen neuen Marschbefehl nach München zu BMW gab. Dort soll der Branchen-Neuling Quandts weitgesteckte Expansionspläne verwirklichen: In weniger als sechs Jahren soll die BMW-Tagesproduktion von heute 600 auf 1000 Wagen gesteigert, der Umsatz von 1,1 Milliarden Mark (1968) auf fast drei Milliarden erhöht werden.

Seinen Führungsstil, mit dem der neue Mann Deutschlands kleinste Automobilfirma sicher in die 80er Jahre steuern will, kennzeichnet Eberhard von Kuenheim so: „Hier mal ins Kreuz treten — da mal streicheln."

POLIZEI

NPD

Vors Schienbein

Vor einem Aufnahmeteam des WDR-Fernsehmagazins Monitor demonstrierte ein stämmiger Endzwanziger rund 70 Saalordnern der schleswig-holsteinischen NPD, wie Versammlungs-„Störer" zur Räson zu bringen seien: „Jetzt fassen wir diese Person mit einer Hand in den Nacken, die rechte Hand ans Kinn, schrauben ihn von seinem Platz hoch."

Weiter erläuterte der Instrukteur den nationaldemokratischen Saalschützern rechten Benimm gegenüber linken Parteigegnern: „Wir sagen ‚Bitte, verlassen Sie den Raum!' Wenn er das nicht tut, blitzschnell dagegen stoßen, mit der rechten Hand drehen und ihn aufladen und rausbringen."



Polizeibeamter **Griem**
„Aufladen und rausbringen"

Wen sie für den am 25. August ausgestrahlten Streifen über NPD-Rollkommandos vor die Kamera bekommen hatten, wußten die Monitor-Leute freilich nicht. Auch traf die Feststellung des Monitor-Sprechers, oft lasse die NPD „die Greiftrupps von Lehrern unterweisen, die nicht wissen, wen sie vor sich haben", in diesem Fall nicht zu.

Der Griffe-kundige Fernseh-Akteur — Erwin Griem, 28, aus Lütjensee im schleswig-holsteinischen Landkreis Stormarn — ist Hauptwachtmeister bei der Hamburger Schutzpolizei und wußte sehr wohl, wem er die auf der Polizeischule erlernten „Aufhebe- und Transportgriffe" (Polizei-Fachjargon) demonstriert hatte: Polizist Griem steht dem 128 Mitglieder starken NPD-Kreisverband Stormarn vor.

Der Führung der — traditionsgemäß überwiegend sozialdemokratisch orientierten — Hamburger Polizei sind Hauptwachtmeister Griems politische Ambitionen seit langem bekannt. Dennoch hält sie Griem auch nach seinem Fernseh-Auftritt lediglich für einen „krassen Außenseiter, dessen Verhalten zwar nicht zu billigen" sei, aber „auch keinen Anlaß zu disziplinarischen Maßnahmen gibt" (Hamburgs Polizei-Sprecher Polizeirat Günter Schilasky).

Der braune Parteigänger in Polizei-Blau, zur Zeit Hundeführer des Rüden „Hasso" im Revier 53 in Hamburg-Poppenbüttel, wiederum sieht sich gerade von seinen Vorgesetzten auf den rechten Weg gebracht:

Wohl „fühlte sich" Griem, der seit dem 21. Lebensjahr verheiratet und mittlerweile Vater von vier Kindern ist, schon immer „als Deutscher" — und ein besonders tüchtiger ist er dazu: Als der gelernte Maurer noch als Polier im Akkord arbeitete, baute er sich aus roten Klinkersteinen ein eigenes Zwei-Familien-Haus; er spielt noch heute in der 1. Mannschaft des Sportvereins Todendorf Fußball und bläst im heimatlichen Jägerverein das Jagdhorn. Doch an Politik war er früher „nicht besonders interessiert".

Das wurde erst anders, als Griem 1963 zur Polizei ging und auf der Polizeischule auch Unterricht in Staatsbürgerkunde erhielt: „Da sagte man uns, wir sollten uns politisch interessieren", und Griem begann, „die einzelnen Parteiversammlungen zu besuchen".

Resultat der dienstlich verordneten staatsbürgerlichen Aufklärung: Polizist Griem, dem „immer sauer aufgestoßen ist, daß man uns in Fernsehsendungen und Zeitungen die Greueltaten aus dem Krieg immer wieder unter die Nase reibt", erkannte, daß „in der NPD die deutschen Interessen erstrangig vertreten werden".

Durch den Polizeidienst festigten sich in dem Beamten auch Erkenntnisse wie diese: „Als Polizist ist man Prügelknabe von allen Seiten" oder „Wir sollten ruhig von den geltenden Gesetzen mehr Gebrauch machen" — eine Forderung, die insbesondere bei Griem-Einsätzen gegen Demonstranten und Krawallmacher reifte:

Einmal, bei einer Anti-Vietnamkrieg-Demonstration vor dem Hamburger US-Generalkonsulat, wurde ihm von einem Demonstranten „ins Gesicht gespuckt". Ein anderes Mal, beim Randalieren jugendlicher Besucher eines „Rolling Stones"-Gastspiels, trat ihm ein Randalierer „vors Schienbein".

Rauh angenommen fühlt sich Hundeführer Griem nun freilich auch von den Monitor-Leuten, die — wie er meint — seinen Fernseh-Auftritt („Es war ein Fehler von mir") mißdeutet haben.

Denn laut Griem werden in Schleswig-Holstein NPD-Ordner nur „in Versammlungsrecht, Notwehrrecht, Selbsthilferecht und dem Recht der vorläufigen Festnahme" unterwiesen. Die Abwehrgriffe habe er — lediglich Zuschauer der Ordner-Instruktionsstunde — nur den Fernsehleuten zuliebe vorgeführt, „die damit wohl ihre Sendung auflockern wollten".


Hudson
Führend in der Beinmode.
Bestimmend im Trend.
Richtungweisend
im Sortiment –
bei Strumpfhosen,
Herrenstrümpfen
und Strickmoden.
Kühn in der Konzeption
seiner Werbung.
Das ist
Hudson.
Sie sind herzlich
eingeladen, uns auf
dem Wäsche-
und Miedersalon
in Köln,
Halle 13
Stand 26,
zu besuchen.



Geplante Berliner Kuppelhalle (Modell): „Für den NS-Kult das größte Gebäude der Welt"

„WAS MEINEN SIE, WENN EINMAL UNRUHEN SIND"

Hitler-Architekt Albert Speer über geplante NS-Bauten in Berlin

Aus Furcht vor einem Bürgerkrieg im Dritten Reich befahl Adolf Hitler 1938 seinem Architekten Albert Speer, den im Kolossal-Stil entworfenen „Führer-Palast" wie eine Festung zu planen: mit kugelsicheren Türen und Fensterläden. Die zum Palast führende Prachtstraße sollte 120 Meter breit angelegt werden – als Rollbahn für seine Leibstandarte: „Wenn sie hier mit ihren gepanzerten Fahrzeugen heraufrollen – kein Mensch kann da widerstehen", versprach sich Hitler. Weitere bislang unbekannte Details über Hitlers Baupläne für die Reichshauptstadt schildert der ehemalige Leibarchitekt und spätere NS-Rüstungsminister Speer in seinen jetzt erschienenen „Erinnerungen" (Propyläen Verlag, Berlin; 612 Seiten; 25 Mark), aus denen der SPIEGEL ein bisher unveröffentlichtes Kapitel druckt.

Bei der Besichtigung meiner Berliner Baumodelle wurde Hitler von einem Teil der Planung geradezu magnetisch angezogen: der zukünftigen Zentrale des Reiches, die für Hunderte von Jahren die Macht dokumentieren sollte, die in Hitlers Epoche errungen worden war.

Wie die Residenz der französischen Könige städtebaulich die Champs-Elysées abschließt, so sollten sich im Blickpunkt der Prachtstraße diejenigen Bauten gruppieren, die Hitler als Ausdruck seines politischen Wirkens in seiner unmittelbaren Nähe haben wollte: die Reichskanzlei zur Leitung des Staates, das Oberkommando der Wehrmacht zur Ausübung der Befehlsgewalt über die drei Wehrmachtsteile sowie je eine Kanzlei für die Partei, für das Protokoll und für seine persönlichen Angelegenheiten.

Daß in unseren Entwürfen auch das Reichstagsgebäude zum architektonischen Zentrum des Reiches gehörte, sollte nicht andeuten, daß dem Parlament eine wichtige Rolle in der Machtausübung zugedacht war; das alte Reichstagsgebäude stand lediglich zufällig an diesem Platz.

Ich schlug Hitler vor, den wilhelminischen Bau Paul Wallots abzureißen, doch traf ich auf unerwartet heftigen Widerstand: ihm gefiel das Gebäude. Hitler sah es jedoch nur noch für gesellschaftliche Zwecke vor.

Über seine letzten Ziele war Hitler sonst eher wortkarg. Wenn er mir gegenüber die Hintergründe seiner Baupläne ohne Schau aussprach, so aus jener Vertrautheit heraus, die das Verhältnis zwischen Bauherren und Architekten fast immer kennzeichnet: „Im alten Bau können wir Lesesäle und Aufenthaltsräume für die Abgeordneten einrichten. Meinetwegen kann das Plenum Bibliothek werden! Mit seinen 580 Plätzen ist es uns viel zu klein. Gleich nebenan bauen wir ein neues. Sehen Sie es für 1200 Abgeordnete vor."*

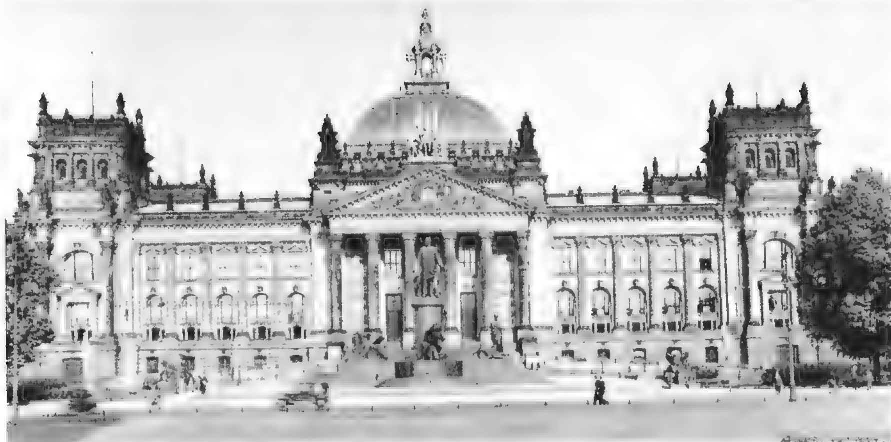


Hitler-Architekt **Speer**, **Bauherr**
„Kostenberechnung verboten"

Dies setzte ein Volk von etwa 140 Millionen voraus, und damit gab Hitler die Größenordnungen zu erkennen, in denen er dachte, wobei er teils eine schnelle natürliche Vermehrung der Deutschen im Auge hatte, teils die Eingliederung anderer germanischer Völker — nicht aber die Bevölkerung unterjochter Nationen, denen er kein Stimmrecht zuerkannte. Ich schlug Hitler vor, kurzerhand die Zahl der Stimmen, die jeder Abgeordnete auf sich vereinigte, zu erhöhen, um so das Plenum des alten Reichstagsgebäudes beibehalten zu können. Aber Hitler wollte die von der Weimarer Republik übernommene Zahl von 60 000 Stimmen für jeden Abgeordneten nicht verändern.

Über seine Gründe äußerte er sich nicht; er beharrte darauf ebenso wie, der Form nach, auf dem überkommenen Wahlsystem mit Wahlterminen und Stimmscheinen, Wahlurnen und geheimer Stimmabgabe. In dieser Frage wollte er sichtlich eine Tradition wahren, die ihn zur Macht gebracht hatte, obwohl sie unterdes belanglos

* Für das neue Plenum war ein Saal von 2100 Quadratmeter Größe vorgesehen.



Berliner Reichstagsgebäude: „Gleich nebenan bauen wir ein neues"

geworden war, nachdem er das Einparteiensystem eingeführt hatte.

Die Bauten, die den zukünftigen „Adolf-Hitler-Platz" einrahmen sollten, lagen im Schatten der großen Kuppelhalle, die, als wolle Hitler die Unwichtigkeit der Volksvertretung auch in den Proportionen deutlich machen, ein 50mal größeres Volumen hatte als der für die Volksvertretung bestimmte Bau. Den Entschluß, die Baupläne für diese Halle ausarbeiten zu lassen, faßte er schon im Sommer 1936. An seinem Geburtstag, am 20. April 1937, übergab ich ihm Ansichten, Grundrisse, Schnitte und ein erstes Modell. Er war begeistert, beanstandete lediglich, daß ich die Pläne mit der Formel unterzeichnet hatte: „Ausgearbeitet nach den Ideen des Führers". Denn ich sei der Architekt, so meinte er, und mein Beitrag zu diesem Bau sei höher zu bewerten als seine Ideenskizze von 1925. Es blieb jedoch bei dieser Formel, und Hitler mag meine Weigerung, für seinen Bau die Urheberschaft in Anspruch zu nehmen, mit Genugtuung aufgenommen haben.

Nach den Plänen wurden Teilmodelle angefertigt, und 1939 waren ein genaues Holzmodell des Äußeren von fast drei Meter Höhe und ein Modell des Innenraums fertiggestellt. Hier konnte man den Boden herausnehmen und in Augenhöhe die zukünftige Wirkung prüfen. Hitler versäumte bei seinen zahlreichen Besuchen nie, sich längere Zeit an diesen beiden Modellen zu berauschen. Was vor 15 Jahren seinen Freunden als eine phantastische und verschrobene Spielerei erschienen sein muß, wies er nun triumphierend vor: „Wer wollte mir damals schon glauben, daß dies einmal gebaut würde!"

Die größte bis dahin erdachte Versammlungshalle der Welt bestand aus einem einzigen Raum; aber einem Raum, der 150 000 bis 180 000 stehende Zuhörer fassen konnte. Im Grunde handelte es sich, trotz der ablehnenden Haltung Hitlers zu den mystischen Vorstellungen Himmlers und Rosenbergs, um einen Kultraum, der im Laufe der Jahrhunderte durch Tradition und Ehrwürdigkeit eine ähnliche Bedeutung gewinnen sollte wie St. Peter in Rom für die katholische Christenheit. Ohne einen solchen kultischen Hintergrund wäre der Aufwand für Hitlers Zentralbau sinnlos und unverständlich gewesen.

Der runde Innenraum hatte den fast unvorstellbaren Durchmesser von 250 Metern; in einer Höhe von 220 Metern hätte man den Abschluß einer riesigen Kuppel gesehen, die 98 Meter über dem Fußboden zu ihrer leicht parabolischen Kurve ansetzte.

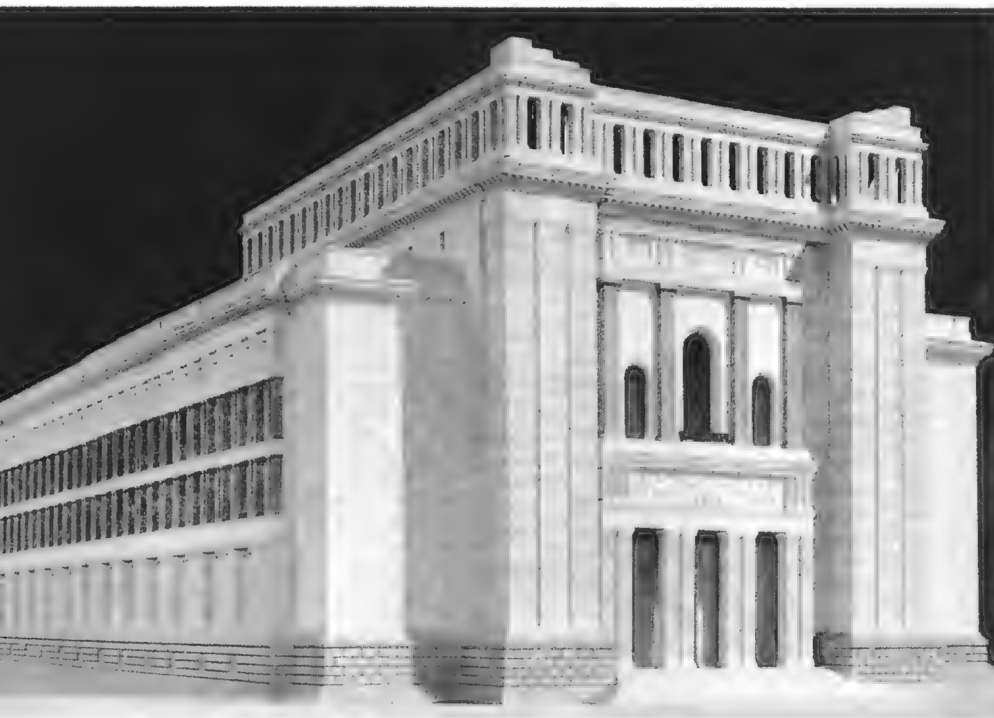
In gewissem Sinne war das Pantheon in Rom für uns das Vorbild gewesen. Auch die Berliner Kuppel sollte eine runde Lichtöffnung erhalten; aber allein diese Lichtöffnung hatte 46 Meter Durchmesser und übertraf damit den der gesamten Kuppel des Pantheons (43 Meter) und der Peterskirche (42 Meter). Das Innere des Raumes umfaßte das Siebzehnfache des Inhaltes der Peterskirche.

Die Gestaltung dieses Innenraums sollte denkbar einfach sein: Um eine Kreisfläche von 140 Metern Durchmesser stiegen in drei Rängen Tribünen zu einer Höhe von 30 Metern an, die sich kreisförmig um die Innenfläche erhoben. Ein Kranz von hundert rechteckigen Pfeilern aus Marmor, die mit 24 Metern Höhe fast noch menschliches Maß besaßen, wurde dem Eingang gegenüber durch eine 50 Meter hohe und 28 Meter breite Nische unterbrochen, deren Grund mit Goldmosaik ausgekleidet werden sollte. Vor ihr stand als einziger bildlicher Schmuck auf einem marmornen Sockel von 14 Metern Höhe ein vergoldeter Reichsadler mit dem eichenlaubumkränzten Hakenkreuz in den Fängen.

So war das Hoheitszeichen gleichzeitig Abschluß der Prachtstraße Hitlers und ihr Ziel. Irgendwo unter diesem Zeichen befand sich der Platz des Führers der Nation, der von dort seine Botschaften an die Völkerschaften des Zukunftsreiches richten sollte. Ich versuchte, diesen Platz architektonisch herauszuheben; aber hier zeigte sich der Nachteil maßstabslos gewordener Architektur: Hitler verschwand in ihr zu einem optischen Nichts.

Von außen hätte die Kuppel einem grünen Berg von 230 Metern Höhe geglichen, denn sie sollte mit patinierten Kupferplatten gedeckt werden. Auf ihrer Spitze war eine 40 Meter hohe gläserne Laterne in möglichst leichter Metallkonstruktion vorgesehen. Über dieser Laterne saß ein Adler auf einem Hakenkreuz.

Optisch wäre die Kuppelmasse durch eine kontinuierliche Reihe von 20 Meter hohen Pfeilern abgefangen worden. Von dieser Reliefierung versprach ich mir die Einführung eines für das Menschenauge noch zu erfassenden Maßstabes, sicherlich eine vergebliche Hoffnung. Das Kuppelgebirge ruhte auf einem quadratischen Steinklotz aus hellem Granit, der 315 Meter lang und 74 Meter hoch werden sollte. Ein



Geplante Berliner Reichskanzlei: „In ehemalige Schlösser gehe ich nicht"



Im neuen handfesten Tabakbeutel, DM 5,—

Country Club - einfach anzünden und die Pfeife schmeckt!

Country Club ist echter Pfeifentabak von natürlicher Reinheit. Das bedeutet zweierlei: Einmal milde Würze – der unverfälschte Geschmack von Country Club.

Zum anderen – lockerer Tabak, der Genuß schenkt, ohne anzugehen.



Goldbrauner Country Club – einfach anzünden und die Pfeife schmeckt!





natural pipe tabacco
echter, reiner Tabakgeschmack

feingliedriger Fries, vier gebündelte kannelierte Pfeiler an den vier Ecken und eine nach der Platzseite vorgelagerte Säulenhalle sollten die Größe des gewaltigen Kubus unterstreichen.

Zwei Plastiken von 15 Metern Höhe flankierten den Säulenvorbau; Hitler hatte deren allegorischen Inhalt festgelegt, als wir die ersten Entwurfskizzen anfertigten: die eine stellte Atlas dar, der das Himmelsgewölbe, die andere Tellus, der die Weltkugel trägt. Himmel und Erde sollten mit Emaille überzogen, die Umrisse oder die Sternbilder dazu in Gold eingelegt werden.

Das Äußere dieses Baus erreichte einen Umfang von mehr als 21 Millionen Kubikmeter; das Washingtoner Capitol wäre viele Male in dieser Masse versunken: Zahlen und Größen von inflatorischem Charakter.

Die Halle war aber keineswegs ein Wahnprodukt ohne Aussicht auf Verwirklichung. Unsere Pläne gehörten nicht in die Kategorie anderer, ähnlich pompös aus den Dimensionen geratener Vorstellungen, wie sie etwa die Architekten Claude-Nicolas Ledoux und Etienne L. Boullée als Grabgesang des französischen Bourbonenreiches und in einer Vorahnung der Revolution entworfen hatten, ohne daß je die Ausführung beabsichtigt war. Auch deren Baupläne sahen Größenordnungen vor, die denen Hitlers nicht nachstanden.

Für unsere große Halle und für die übrigen Gebäude, die den zukünftigen „Adolf-Hitler-Platz" umsäumen sollten, wurden bereits vor 1939 zahllose alte Gebäude in der Nähe des Reichstags, die im Wege standen, niedergelegt, Untersuchungen des Baugrundes vorgenommen, Detailzeichnungen angefertigt und Modelle in natürlicher Größe aufgebaut. Für die Außenfassade waren bereits Millionen für Granitankäufe ausgegeben worden, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern trotz des Devisenmangels auf besonderen Befehl Hitlers auch in Südschweden und Finnland. Wie alle anderen Bauwerke an Hitlers fünf Kilometer langer Prachtstraße sollte auch dieser Bau elf Jahre später, im Jahre 1950, fertiggestellt sein. Da die Halle den längsten Bautermin hatte, war die feierliche Grundsteinlegung auf das Jahr 1940 festgelegt worden.

Technisch bedeutete es kein Problem, einen Raum von 250 Metern Durchmesser frei zu überwölben. Die Brückenkonstrukteure der dreißiger Jahre beherrschten ohne Schwierigkeit eine vergleichbare, statisch einwandfreie Konstruktion in Stahl- oder Eisenbeton. Führende deutsche Statiker hatten sogar errechnet, daß über dieser Spannweite selbst ein massives Gewölbe möglich sei.

Meiner Auffassung vom „Ruinenwert" entsprechend, hätte ich die Verwendung von Stahl gerne vermieden, aber in diesem Falle äußerte Hitler Bedenken: „Es könnte doch sein, daß eine Fliegerbombe die Kuppel trifft und Beschädigungen im Gewölbe verursacht. Wie stellen Sie sich die Reparatur bei Einsturzgefahr vor?" Er hatte recht, und daher ließen wir ein stählernes Gerippe konstruieren, an dem die innere Kuppelschale aufgehängt werden sollte. Die Mauern jedoch waren, wie in Nürnberg, in massiver Bauweise vorgesehen; zusammen mit der Kuppel erzeugten sie gewaltige Druckkräfte, die durch ein ungewöhnlich starkes Fundament aufgenommen werden mußten.

Die Ingenieure entschieden sich für einen Betonklotz, der einen Inhalt von über drei Millionen Kubikmetern gehabt hätte. Um festzustellen, ob unsere Berechnungen über die Einsinktiefe von einigen Zentimetern im märkischen Sand richtig waren, wurde bei Berlin ein Probestück hergestellt. Es ist heute bis auf Zeichnungen und Modellphotos das einzige von diesem Bau verbliebene Zeugnis.

Während der Planung hatte ich mir die Peterskirche in Rom angesehen. Ich war enttäuscht, da ihre Größe in keinem Verhältnis zu dem Eindruck stand, den der Betrachter wirklich hat. Schon bei dieser Größenordnung wächst, so erkannte ich, der Eindruck nicht mehr proportional zur Größe des Baues. Ich fürchtete damals, daß auch die Wirkung unserer großen Halle den Erwartungen Hitlers nicht entsprechen würde.



Versuchsbau für geplante Reichskanzlei
Probe in märkischem Sand

Von diesem geplanten Riesenbau hatte der Bearbeiter für Luftschutzfragen im Reichsluftfahrtministerium, Ministerialrat Knipfer, gerüchteweise gehört. Gerade waren von ihm gesetzliche Richtlinien für alle zukünftigen Neubauten erlassen worden, die, um die Wirkung von Bombenangriffen zu verringern, möglichst weit auseinandergezogen gebaut werden sollten. Nun entstand hier, im Zentrum der Stadt und des Reiches, ein Bau, der aus niedrigen Wolken herausragen und ein idealer Richtpunkt für feindliche Bomberverbände sein würde: geradezu ein Wegweiser für das genau im Süden und Norden der Kuppel liegende Regierungszentrum. Ich trug diese Bedenken Hitler vor, der jedoch optimistisch war. „Göring hat mir versichert, daß kein feindliches Flugzeug nach Deutschland hereinkommt. Wir lassen uns in unseren Plänen nicht stören."

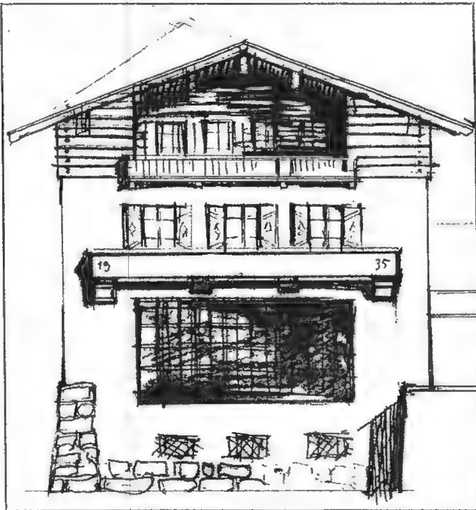
Hitler war auf die Idee dieses Kuppelbaues, die er bald nach seiner Festungshaft gefaßt und 15 Jahre lang festgehalten hatte, hartnäckig fixiert. Als er nach Fertigstellung unserer Pläne vernahm, daß die Sowjet-Union zu Ehren Lenins in Moskau ebenfalls einen Kongreßbau plane, der die Höhe von 300 Metern überschreiten solle, reagierte er überaus verärgert. Ihn verstimmte offensichtlich die Aussicht, daß nicht er das höchste monumentale Bauwerk der Welt errichten werde; gleichzeitig bedrückte ihn offenbar das Gefühl, die Absicht Stalins nicht durch einen einfachen Befehl vereiteln zu können. Er tröstete sich schließlich damit, daß sein Bauwerk doch einzigartig bleibe: „Was bedeutet schon ein Wolkenkratzer mehr oder weniger, etwas höher oder etwas niedriger. Die Kuppel — das unterscheidet unseren Bau von allen anderen!"

Nachdem der Krieg mit der Sowjet-Union begonnen war, konnte ich gelegentlich bemerken, daß ihn die Vorstellung des Moskauer Konkurrenzbaues doch mehr bedrückte, als er zugeben wollte. „Jetzt", so meinte er, „wird es mit ihrem Bau für immer Schluß sein."

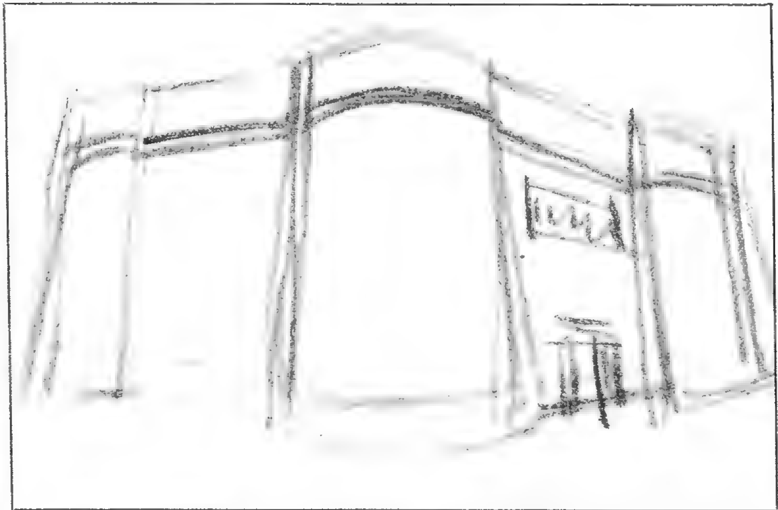
An drei Seiten war der Kuppelbau von Wasserflächen umgeben, deren Spiegelung die Wirkung erhöhen sollte. Es war daran gedacht, die Spree zu diesem Zweck seenartig zu erweitern; der Schiffsverkehr mußte allerdings infolgedessen den Vorplatz der Halle in einem zweiarmigen Tunnel durchfahren. Die vierte, nach Süden gelegene Seite beherrschte den Großen Platz, den späteren „Adolf-Hitler-Platz". Hier sollten am 1. Mai die jährlichen Kundgebungen stattfinden,

BRÜCKEN, BUNKER UND EINEN BERGHOF

Unbekannte Hitler-Skizzen aus den Jahren 1934 bis 1940



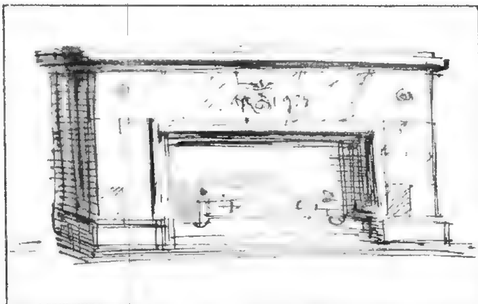
Hitler-Berghof, 1935



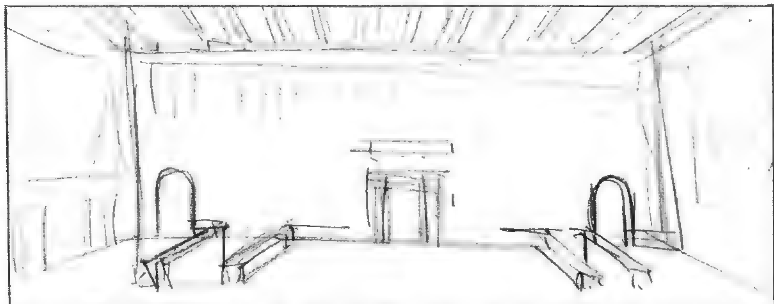
Flakturm, 1940



Brücke für Hamburg, 1936



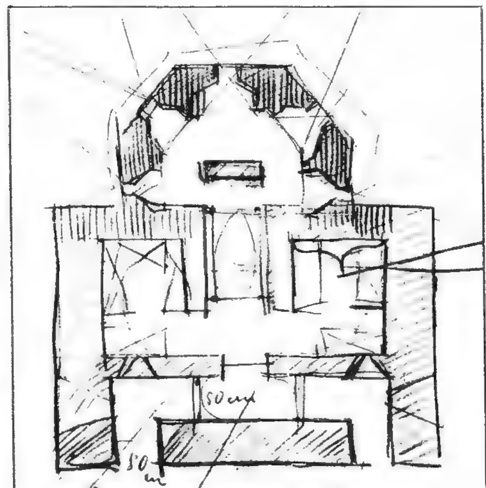
Kamin für Hitler-Wohnung, 1934



Nebenraum für Nürnberger Kongreßhalle, 1936



Oper für Berlin, 1940



Atlantikwall-Bunker, 1938

Wie laut ist Ihr Teppichboden?

Was nimmt er von dem Krach weg, den Sie machen? Und was schluckt er vom Lärm der anderen? Beides kann man exakt messen. pegulan Napoleon zum Beispiel, eine unserer besten Velours-Qualitäten, verbessert (bei Verklebung) das Trittschall-Schutzmaß um 31 dB. Und der Grad seiner Schallschluckung ist nicht weniger günstig.

Hu – werden Sie sagen, was soll ich damit?

Bescheid wissen! Denn schalldämmend und schallschluckend ist jeder Teppichboden. Fragt sich nur, in welchem Maße.

Fragen Sie uns. Ein fortschrittlicher Teppichboden mit dem guten Namen pegulan hat nichts zu verbergen. Wir geben Ihnen gründliche Informationen über alle Fragen, die Sie vor dem Kauf eines Teppichbodens wissen sollten. Schicken Sie uns den ausgefüllten Stimmzettel!

Stimmzettel:

- ○ Ich halte diese Art der Teppichboden-Information für notwendig und bitte um Zusendung sämtlicher Unterlagen.
- ○ Mich interessieren Prüf- und Meßdaten nicht. Machen Sie das nächste Mal eine stimmungsvolle Anzeige.
- ○ pegulan ist mir als Qualitätsbegriff bekannt. Ich möchte nur eine Farbübersicht über Ihr Teppichboden-Angebot.



An den Pegulan-Beratungsdienst,
671 Frankenthal, Postfach 999.

pegulan Nero	32 dB
pegulan Erasmus	23 dB
pegulan Raffael	24 dB
pegulan Dante	25 dB
pegulan Napoleon	31 dB
pegulan Bolivar	27 dB
pegulan Studio 10	22 dB
pegulan Super-Cord II	23 dB
pegulan Tizian	29 dB

die bisher auf dem Tempelhofer Feld veranstaltet wurden*.

Für die Teilnahme an solchen Massenkundgebungen hatte das Propagandaministerium ein Durchführungsschema entwickelt. 1939 erzählte mir Staatssekretär Karl Hanke von den verschiedenen Massenaufgebotsstufen, die sich nach den politischen und propagandistischen Erfordernissen richteten. Vom Schüleraufgebot zum Bejubeln eines prominenten Ausländers bis zur Mobilisierung von Millionen Arbeitern stand für jeden Zweck ein Schema zur Verfügung. Ironisch sprach der Staatssekretär von „Jubelaufgeboten". Um diesen Platz zu füllen, wäre später stets die oberste Stufe aller Jubelaufgebote herangezogen worden, da er eine Million Menschen faßte.

Die der Kuppelhalle gegenüberliegende Seite wurde von dem neuen Oberkommando der Wehrmacht auf der einen, von dem Bürogebäude der Reichskanzlei auf der anderen Seite



Gang in der Neuen Reichskanzlei
Ein halber Kilometer ...

begrenzt, in der Mitte ließen wir den Blick von der Prachtstraße auf die Kuppel frei. Dies war die einzige Öffnung in dem rundum durch Bauten geschlossenen Riesenplatz.

Neben der Versammlungshalle war der wichtigste und psychologisch interessanteste Bau der Palast Hitlers. Es ist in der Tat nicht übertrieben, in diesem Falle statt von einer Wohnung des Kanzlers von einem Palastgebäude zu sprechen. Auch mit ihm beschäftigte sich Hitler, wie die erhaltenen Skizzen zeigen, schon ab November 1938. Das neue Führerpalais ließ sein unterdes gewaltig gestiegenes Geltungsbedürfnis erkennen; von der ursprünglich verwendeten Kanzlerwohnung Bismarcks bis zu diesem Bau hatten sich die Größenordnungen etwa verhundertfünfzigfacht.

In der Wilhelmstraße hatte Bismarcks Kanzlerwohnung einen Inhalt von 13 000 Kubikmetern. Das neue, für 1950 fertigzustellende Führerpalais hätte ohne den eigentlichen Arbeitstrakt 1 900 000 Kubikmeter umfaßt. Der Arbeitstrakt hatte nochmals 1 200 000 Kubikmeter.

Die Gartenfassade von Hitlers Palast mit 280 Metern Länge konnte die des Schlosses Ludwigs XIV. in Versailles, die 576 Meter mißt, nicht erreichen; dies aber nur, weil das Grundstück eine derartige Längenentwicklung nicht zuließ und ich zwei Flügel in eine U-Form abknicken mußte. Jeder dieser Flügel maß 195 Meter; die gesamte Länge der Gartenfront betrug also 670 Meter und übertraf demnach die von Versailles um fast 100 Meter.

Der Erdgeschoßgrundriß dieses Palastes hat sich erhalten; an ihm kann ich rekonstruieren, welches Raumprogramm Hitler für diesen Bau persönlich festgelegt hatte und wie die einzelnen Hallen angeordnet werden sollten. Vom Großen Platz gelangte man durch ein Riesentor in einen 110 Meter langen Ehrenhof, mit Durchbrüchen zu zwei weiteren, mit Säulen umgebenen Höfen. Vom Ehrenhof betrat man Empfangsräume, die sich nach einer Reihe von Sälen öffneten.

Mehrere Saalfluchten von 250 Metern Länge wären dabei entstanden; eine Flucht von Räumen, an der Nordseite des Palastes, hätte sogar 380 Meter Länge gehabt. Von dort gelangte man, über einen Vorsaal, in den großen Speisesaal. Er hatte mit 92 mal 32 Metern eine Grundfläche von 2940 Quadratmetern. Die gesamte Kanzlerwohnung Bismarcks hatte dagegen nur 1200 Quadratmeter; sie hätte also bequem in diesem Saal Platz gehabt.

Selbst mit Neros sagenhaftem Palastbezirk, dem „Goldenen Haus", mit seiner Grundfläche von mehr als einer Million Quadratmetern, konnte sich derjenige Hitlers messen: mitten im Zentrum Berlins sollte er, mit den dazugehörenden Gärten, zwei Millionen Quadratmeter einnehmen. Empfangsräume führten über mehrere Saalfluchten in einen Speisesaal, in dem Tausende gleichzeitig hätten tafeln können. Acht riesige Gesellschaftssäle standen bei Galaempfängen zur Verfügung. Für ein Theater mit 400 Plätzen, Nachahmung der fürstlichen Schloßtheater des Barock und Rokoko, waren die modernsten Bühnenmittel vorgesehen.

Von seinem privaten Wohnbezirk konnte Hitler durch eine Folge von Wandelhallen in den großen Kuppelbau gelangen. Auf der anderen Seite schloß sich unmittelbar sein Arbeitstrakt an, in dessen Zentrum der Arbeitssaal liegen sollte. In den Abmessungen übertraf er den Empfangsraum der amerikanischen Präsidenten bei weitem. Hitler gefiel der lange Anmarschweg der Diplomaten in der gerade fertiggestellten Neuen Reichskanzlei so gut, daß er für den Neubau eine ähnliche Lösung wünschte. Ich verdoppelte daraufhin den Diplomatenweg auf einen halben Kilometer.

Von dem einstigen Bau der Reichskanzlei, den Hitler als Verwaltungsbau eines Seifenkonzerns bezeichnet hatte, hatten sich seine Ansprüche inzwischen um das Siebzigfache vergrößert. Das machte die Maßstäbe deutlich, in denen sich Hitlers Megalomanie entwickelt hatte.

Und inmitten dieser Pracht hätte Hitler in seinem relativ bescheiden bemessenen Schlafzimmer seine weißlackierte Bettstelle aufgestellt, von der er mir einmal sagte: „Ich hasse im Schlafraum allen Prunk. Am wohlsten fühle ich mich in einem einfachen, bescheidenen Bett."

Im Jahre 1939, als diese Pläne greifbare Gestalt annahmen, wurde durch die Goebbelssche Propaganda der Glaube an Hitlers sprichwörtliche



Gang in der geplanten Reichskanzlei
... Anmarsch für Diplomaten

Bescheidenheit und Schlichtheit immer noch aufrechterhalten. Um diese Vorstellung nicht zu gefährden, weihte Hitler kaum jemand in die Pläne seines privaten Wohnpalastes und der zukünftigen Reichskanzlei ein. Mir gegenüber begründete er seine Forderungen, als wir einmal im Schnee spazierengingen: „Sehen Sie, ich selbst würde auch mit einem ganz einfachen, kleinen Haus in Berlin auskommen. Ich habe genug Macht und Ansehen; zu meiner Unterstützung brauche ich diesen Aufwand nicht. Aber glauben Sie mir: die einmal nach mir kommen, die haben solche Repräsentation dringend notwendig. Viele von ihnen werden sich nur auf diese Weise halten können. Es ist kaum zu glauben, welche

---

* Eine Achse dieses Platzes maß 500 Meter, die andere 450 Meter.




Alte Reichskanzlei, Neue Reichskanzlei: „Verwaltungsbau eines Seifenkonzerns"

Macht es einem kleinen Geist über seine Mitwelt verleiht, wenn er in so großen Verhältnissen auftreten kann. Solche Räume mit einer großen geschichtlichen Vergangenheit erheben auch einen kleinen Nachfolger zu geschichtlichem Rang. Sehen Sie, deswegen müssen wir das noch zu meinen Lebzeiten bauen: Damit ich darin noch gelebt habe und mein Geist diesem Bau Tradition verleiht. Wenn ich nur ein paar Jahre darin lebe, dann reicht das schon aus."

Bereits in den Reden vor den Bauarbeitern der Reichskanzlei von 1938 hatte Hitler sich ähnlich geäußert, natürlich ohne etwas von den damals schon ziemlich weit gediehenen Plänen offenzulegen: als Führer und Reichskanzler der deutschen Nation gehe er nicht in ehemalige Schlösser; daher habe er es auch abgelehnt, das Reichspräsidenten-Palais zu beziehen, denn er wohne nicht in dem Haus des früheren Obersthofmarschalls. Jedoch würde auch auf diesem Gebiet der Staat eine Repräsentation erhalten, die der jedes fremden Königs oder Kaisers ebenbürtig sei.

Auch anläßlich des Richtfestes der Reichskanzlei am 2. August 1938 äußerte Hitler: „Ich bin nicht nur Reichskanzler, sondern ich bin auch der Bürger. Als Bürger wohne ich auch heute noch in München in derselben Wohnung, die ich vor der Machtübernahme hatte. Als Reichskanzler und Führer der Deutschen Nation aber will ich, daß Deutschland so repräsentiert werden kann wie jeder andere Staat auch, ja im Gegenteil, besser als andere. Und dann werden Sie verstehen, ich bin zu stolz, als daß ich in ehemalige Schlösser hineingehe. Das tue ich nicht.

„Das neue Reich wird sich neue Räume und seine Bauten selber errichten. Ich gehe nicht in die Schlösser. In den anderen Staaten — in Moskau, da sitzt man im Kreml, in Warschau sitzt man im Belvedere, in Budapest in der Königsburg, in Prag im Hradschin. Überall sitzt man irgendwo drin!

„Ich habe nur den Ehrgeiz, dem neuen deutschen Volksreich Bauten hinzustellen, deren es sich auch diesen anderen ehemaligen fürstlichen Werken gegenüber nicht zu schämen hat. Vor allem aber: diese neue deutsche Republik ist weder ein Kostgänger noch ein Schlafbursche in ehemalig königlichen Gemächern! Wenn andere im Kreml, im Hradschin oder in einer Burg hausen, dann werden wir die Repräsentation des Reichs in Bauten sicherstellen, die unserer eigenen Zeit entstammen ...

„Wer in diese Bauten einzieht, das weiß ich nicht. So Gott will, immer die besten Söhne unseres Volkes, ganz gleich aus welcher Schicht sie stammen. Aber das eine weiß ich, daß niemand in der übrigen Welt deshalb, weil diese Söhne unseres Volkes aus den untersten Schichten stammen, von oben herabsehen soll. Im Augenblick, in dem einer berufen ist, Deutschland zu repräsentieren, ist er jedem fremden König oder Kaiser gleichwertig und ebenbürtig."

Hitler untersagte damals, daß wir die Kosten für die Bauten ermittelten, und gehorsam ließen wir daher diese Pläne sogar ohne Kubikmeter-Berechnungen, die ich jetzt erst, nach einem Vierteljahrhundert, zum erstenmal anstellte. Sie ergeben — bei insgesamt 21 250 000 Kubikmetern — folgende Übersicht:

* Mit Reichskanzlei (l.) und Oberkommando der Wehrmacht.



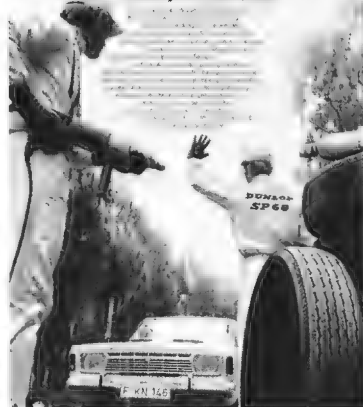
Geplante Berliner Prachtstraße*: „Kein Mensch kann da widerstehen"



DUNLOP SP68



DUNLOP SP68



DUNLOP SP68

Hunderttausende haben uns rangelassen an ihre VW, Opel und Ford.

Dafür haben ihre Wagen jetzt mehr drin und brauchen weniger Reifen — mit Dunlop SP 68 Gürtelreifen.

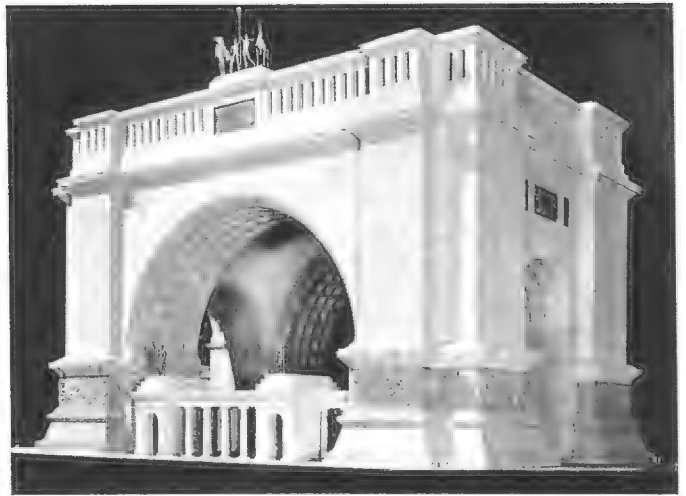


Wann lassen <u>Sie</u> uns mal an Ihren Wagen?

Dafür sorgen der stabilisierende Textilgürtel unter der Lauffläche und das flexible Längsrippenprofil des SP 68, das ein Maximum an Gummi auf die Straße bringt. Außerdem ein Maximum an Lebensdauer. Ob Sie's nun von der SPortlichen oder von der SParsamen Seite sehen — beides fängt mit SP an. Mit DUNLOP SP 68 von Ihrem Reifenfachhändler.

DUNLOP SP 68





Hitler-Skizze für Berliner Triumphbogen (1925), **Speer-Modell** (1939): „Ausdruck einer Tyrannis"

- ▷ Kuppelhalle: 21 000 000 Kubikmeter,
- ▷ Wohnpalast: 1 900 000 Kubikmeter,
- ▷ Arbeitstrakt mit Reichskanzlei: 1 200 000 Kubikmeter,
- ▷ dazu gehörende Kanzleien: 200 000 Kubikmeter,
- ▷ Oberkommando der Wehrmacht: 600 000 Kubikmeter,
- ▷ Reichstagsneubau: 350 000 Kubikmeter.

Obwohl die Großräumigkeit der Anlage den Preis pro Kubikmeter verringert hätte, wären die Gesamtkosten kaum vorstellbar gewesen; denn diese Riesenräume brauchten gewaltige Mauern und entsprechend tiefe Fundamente; außerdem waren die Außenmauern in wertvollem Granit, die inneren Wände in Marmor, die Türen, Fenster, Decken und so weiter zudem aus den wertvollsten Materialien vorgesehen. Ein Preis von fünf Milliarden DM allein für die Bauten des „Adolf-Hitler-Platzes" stellt vermutlich eine eher zu niedrige Schätzung dar.

Der Stimmungsumschwung in der Bevölkerung, die Ernüchterung, die 1939 in ganz Deutschland Platz zu greifen begann, zeigte sich nicht nur in der Notwendigkeit, Jubelaufgebote zu organisieren, wo Hitler zwei Jahre früher auf Spontaneität rechnen konnte. Er selbst hatte sich inzwischen von der ihn bewundernden Masse abgesetzt. Häufiger als früher konnte er unwirsch und ungeduldig werden, wenn gelegentlich auf dem Wilhelmsplatz noch eine Menge nach ihm verlangte. Zwei Jahre zuvor hatte er vielmals den Weg zum „historischen Balkon" gemacht, jetzt fuhr er gelegentlich seine Adjutanten an, wenn sie ihn baten, sich zu zeigen: „Lassen Sie mich damit in Ruhe!"

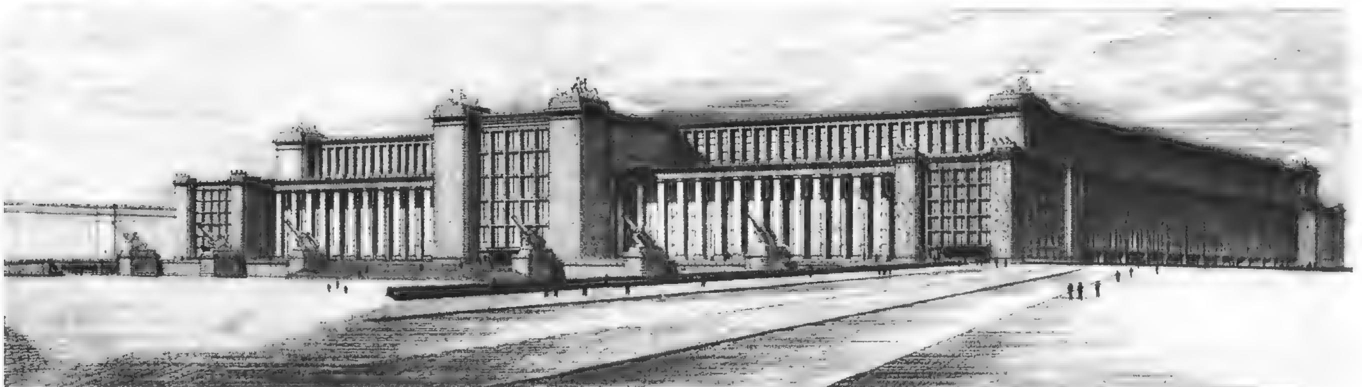
Diese scheinbar nebensächliche Beobachtung gehört mit zum Bilde des neuen „Adolf-Hitler-Platzes", denn eines Tages erklärte Hitler mir: „Es ist doch nicht ausgeschlossen, daß ich einmal gezwungen bin, unpopuläre Maßnahmen zu treffen. Vielleicht gibt es dann einen Aufruhr. Für diesen Fall muß vorgesorgt werden: Alle Fenster der Gebäude an diesem Platz erhalten schwere stählerne, schußsichere Schiebeläden, die Türen müssen ebenfalls aus Stahl sein, und der einzige Zugang zum Platz wird durch ein schweres eisernes Gitter abgeschlossen. Das Zentrum des Reiches muß wie eine Festung verteidigt werden können."

Diese Bemerkung verriet eine Unruhe, die ihm früher fremd gewesen war. Sie zeigte sich erneut, als der Standort der Kaserne der Leibstandarte erörtert wurde, die sich unterdes zu einem vollmotorisierten, auf das modernste bewaffneten Regiment entwickelt hatte. Er verlegte ihr Quartier in die unmittelbare Nähe der großen Südachse: „Was meinen Sie, wenn einmal Unruhen sind!" Und auf die 120 Meter breite Straße deutend: „Wenn sie hier mit ihren gepanzerten Fahrzeugen in voller Breite zu mir heraufrollen — kein Mensch kann da widerstehen."

Sei es, daß das Heer von dieser Anordnung hörte und vor der SS zur Stelle sein wollte, sei es, daß Hitler es von sich aus anordnete — jedenfalls wurde auf Wunsch der Heeresleitung und mit Billigung Hitlers dem Berliner Wachregiment „Großdeutschland" in noch größerer Nähe zum Hitlerschen Zentrum ein Kasernenbauplatz bereitgestellt.

Unbewußt gab ich dieser Trennung Hitlers von seinem Volk — eines Hitlers, der entschlossen war, gegebenenfalls auf das eigene Volk schießen zu lassen — in der Fassade seines Palastes Ausdruck. Keine Öffnung war in sie eingeschnitten, außer dem großen stählernen Eingangstor und einer Tür zu einem Balkon, von dem aus sich Hitler der Menge zeigen konnte; nur daß dieser Balkon nun vierzehn Meter, also fünf Wohngeschosse hoch, über der Menge hing. Diese auffällig abweisende Front scheint mir auch heute noch den zutreffenden Eindruck von dem abgesetzten, inzwischen in Sphären der Selbstvergötterung beheimateten Führer zu vermitteln.

In meiner Erinnerung hatte während meiner Haft dieser Entwurf mit seinen roten Mosaiken, seinen Säulen, seinen bronzenen Löwen und seinen vergoldeten Profilen einen heiteren,



Speer-Entwurf für geplanten Berliner Südbahnhof (1937): „Neigung zum Prunk"

NATIONAL –
wir bauen Fernseher.
Und Radios.
Und HiFi-Stereoanlagen.
Und Tonbandgeräte.
Bessere.
Für Amerika. Afrika.
Asien. Europa.
Für die ganze Welt.
Und für Sie.
Höchstpersönlich.
Die ganze Erfahrung
eines der größten
Elektrogeräte-Hersteller
dieser Erde –
Matsushita Electric
Erfahrung
– steckt in jedem einzelnen
seiner ausgefeilten
Geräte.
Für Ihr gutes Geld:
NATIONAL.

Warum erst einen tragbaren Fernseher kaufen. Und dann noch ein tragbares Radio? Wo's doch beides in eins gibt!

- Bei uns heißt er „alles-drin – alles-dran-Fernseher". Der NATIONAL TR-339 EU. Und das nicht etwa nur, weil er mit einem kompletten Radio-Teil kombiniert ist. Einem für UKW und MW.
- Sein Ton? Voll. Rund. Dafür sorgt der dynamische 8 cm-Lautsprecher.
- Er hat seine Stromquelle am Gerät – einen Akku. Den Sie weglassen können – drinnen. Und anklippen – draußen. Wie Sie wollen.
- 23 cm-Bildschirm. Gestochen klar das Bild. Seine Kontrastscheibe sorgt für optimalen Empfang. Auch bei Tageslicht.
- Dazu: getrennte UHF- und VHF-Abstimmung mit separater Anzeige. VHF-Stabantenne, UHF-Rahmenantenne.
- Schließlich und endlich können Sie ihn auch an die 12-V-Autobatterie anschließen. Und Kopfhörer. Top-Fernseher und Top-Radio in eins – fantastisch!
- In einem Zimmer spielen – das kann jeder. Ihn können Sie auch ins Bett nehmen. Macht ihm nichts, er spielt. Oder draußen. Im Garten. Am Swimming Pool. Er spielt. Weil er unabhängig ist. Vom Netz. Von der Steckdose.





NATIONAL
gibt den Ton an in der Welt

fast liebenswürdigen Charakter angenommen. Als ich jedoch mit dem Abstand von über 21 Jahren die farbigen Photos des Modells wiedersah, fühlte ich mich unwillkürlich an die Satrapen-Architektur eines Films von Cecil B. de Mille erinnert. Neben dem Phantastischen wurde mir auch das Grausame dieser Architektur bewußt, präziser Ausdruck einer Tyrannis.

Vor dem Krieg hatte ich mich über ein Tintenfaß lustig gemacht, mit dem der Architekt Brinckmann — wie Troost ursprünglich Dampferarchitekt — Hitler eines Tages überrascht hatte. Brinckmann hatte diesem Utensil einen feierlichen Aufbau gegeben, mit vielen Verzierungen, Schnörkeln und Stufen — und dann, ganz einsam und verlassen, inmitten all dieser Pracht des „Tintengefäßes für das Staatsoberhaupt“: ein winzig kleiner Tintensee. Ich glaubte damals, so etwas Abnormes noch nicht gesehen zu haben. Hitler jedoch lehnte es wider Erwarten nicht ab, sondern lobte diesen bronzenen Tintenbau über alle Maßen.

Nicht minder erfolgreich war Brinckmann mit einem Schreibsessel gewesen, den er für Hitler entworfen hatte und der, von geradezu Göringschem Ausmaß, einer Art Thronsessel mit zwei übergroßen vergoldeten Pinienzapfen an der oberen Sesselkante glich. Mir kamen diese beiden Stücke in ihrem aufgeblähten Bombast parvenühaft vor. Doch ab 1937 etwa förderte Hitler diese Neigung zum Prunk durch wachsenden Beifall. Er war nun wieder bei der Ringstraße in Wien angelangt, von der er einst bewundernd ausgegangen war; von den Lehren Troosts hatte er sich langsam, aber stetig immer weiter entfernt.

Und ich mit ihm; denn meine Entwürfe dieser Zeit hatten immer weniger mit dem zu tun, was ich als „meinen Stil“ ansah. Diese Abwendung von meinen Anfängen zeigte sich nicht nur in der repräsentativen Übergröße meiner Bauten. Sie hatten auch nichts mehr vom ursprünglich angestrebten dorischen Charakter, sie waren zur reinen „Verfallskunst“ geworden. Der Reichtum, die unerschöpflich mir zur Verfügung stehenden Mittel, aber auch die Partei-Ideologie Hitlers hatten mich auf den Weg zu einem Stil gebracht, der eher auf die Prunkpaläste orientalischer Despoten zurückgriff ...

Die letzten Bauten, die wir 1939 entwarfen, waren in der Tat reines Neoempire, vergleichbar dem Stil, der 125 Jahre zuvor, kurz vor dem Sturz Napoleons, Überladenheit, Vergoldungssucht, Prunkliebe und Verfall demonstriert hatte. In diesen Bauten kamen nicht nur durch ihren Stil, sondern auch durch ihre Übergröße Hitlers Absichten unverhüllt ans Licht.


Geplanter Hitler-Palast (Modell): „Fenster und Türen aus schußsicherem Stahl“

Eines Tages, im Frühsommer 1939, deutete er auf den Reichsadler mit dem Hoheitszeichen in den Fängen, der den Kuppelbau in 290 Metern Höhe bekrönen sollte: „Das hier wird geändert. Hier soll nicht mehr der Adler über dem Hakenkreuz stehen, hier wird er die Weltkugel beherrschen! Die Bekrönung dieses größten Gebäudes der Welt muß der Adler über der Weltkugel sein.“

In den Modellaufnahmen, die ich von diesen Bauten anfertigen ließ, ist Hitlers Abänderung der ursprünglichen Entwürfe noch heute zu sehen. Einige Monate später begann der Zweite Weltkrieg.

GEWERKSCHAFTEN

IG CHEMIE

Viel Glück

Und er besah sein Werk, und siehe, es war gut", verkündete aus dem Ersten Buch Mose Wilhelm Gefeller, 63, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik über sein eigenes Wirken und ging in Pension. Zuvor ermahnte der erfolgreiche Arbeiterführer noch die 544 000 Organisierten seiner Gewerkschaft, „weiterhin heiße Eisen anzupacken und bei vielen Leuten Mißfallen" zu erregen.

An die Worte des alten Vorsitzenden hielten sich in der vorletzten Woche die 335 Delegierten des 8. Gewerkschaftstages in Wiesbaden. Und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände klagte prompt über „schrille Chemie-Töne".

Tatsächlich artikulieren die Funktionäre kämpferischer, als es auf Veranstaltungen anderer, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) angeschlossenen Verbände üblich ist. In Wiesbaden eiferten Delegierte:

▷ „Noch mit dem verrücktesten SDS-Studenten kann man über das Gesellschaftsbild einer Zukunft reden, mit einem rechtsradikalen Faschisten aber nur über eine bürgerliche Gesellschaftsordnung";

▷ „wer Mitbestimmung will, muß eindeutig sagen: Ja, wir wollen mehr Macht auf Kosten der Rechte der anderen Seite";

▷ „es muß einen radikalen Eingriff in die heilige Kuh Eigentum geben";

▷ „wir sollten uns hüten, uns mit Plänen (zur Vermögensumverteilung) weiterhin totschlagen zu lassen. Unter diesen Bedingungen gibt es nur die Möglichkeit einer knallharten Tarifpolitik";

▷ „die konzertierte Aktion liegt in den letzten Zügen, weil man Schiller in der Aufwertungsfrage den Dolch in den Rücken gestoßen hat";

▷ „die Banken müssen in gemeinnützige Gesellschaften verwandelt werden".

Das Pathos der Chemie-Tribunen schockte die Arbeitgeber, deren Pressedienst feststellte, die führenden Männer der IG Chemie hätten „ihr wahres Gesicht gezeigt". Starke Worte freilich gehören seit jeher zum Umgangston der Organisation. Deshalb erhielten die Chemie-Funktionäre von Kollegen anderer Gewerkschaften den Titel „Albaner des DGB".

Tatsächlich gehören die in Wiesbaden vorgetragenen gesellschaftspolitischen Forderungen zum Standard-Repertoire des DGB-Programms. Selbst die Überführung der Banken in Gemeineigentum ist nicht neu: Der außerordentliche DGB-Kongreß hatte bereits 1963 einen entsprechenden Passus in sein für alle angeschlossenen Verbände bindendes Grundsatzprogramm aufgenommen.



Gewerkschafts-Chef **Hauenschild**
„Militant"

Den revolutionären Ton erklärte Vorstandsmitglied Hermann Rappe: „Unsere Kollegen verstehen uns unter Umständen bei einer etwas akademisch geführten Diskussion nicht."

Auch der neue Vorsitzende Karl Hauenschild, 49, den die Delegierten mit großer Mehrheit zum Nachfolger Gefellers wählten, drückt sich für jedermann verständlich aus. Die soziale Marktwirtschaft bezeichnete er als „unsoziale Profitwirtschaft". Die Partnerschaft von Unter- und Arbeitnehmern verdammte er als „entlarvte Ideologie" und drohte: „Wir sind auf Streik-Bereitschaft eingestellt."

Von „Dogmenschwärmerei" allerdings hält Hauenschild, Sohn eines Schneiders aus Hannover, sowenig wie sein Vorgänger Gefeller, der die Chemie-Werker in die Spitze der Lohnskala boxte.

In seinem Büro an Hannovers Königsworther Platz hängte Hauenschild sich den Sinnspruch unter Flachglas: „Fanatiker sind zu allem fähig, sonst aber zu nichts!" Seiner Meinung nach ist es notwendig, „die regulierenden Kräfte stärker zur Geltung zu bringen, die die freie unkontrollierte Verfügungsgewalt über das Eigentum einschränken".

Dieses Ziel will der gelernte Industriekaufmann vor allem durch verschärfte Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer zu Lasten der Wohlhabenden und durch die paritätische Mitbestimmung erreichen.

Sollte auch der nächste Bundestag die Demokratisierung der Wirtschaft verschleppen, werde die IG Chemie Teile der Mitbestimmung tarifvertraglich, „notfalls mit Streik durchsetzen". Seine Gewerkschaft betrachte sich, wenn es sein müsse, als „eine militante Organisation".

Für die neue Aufgabe wünschte dem Sozialdemokraten Karl Hauenschild „viel Glück und Erfolg sowie eine gute Zusammenarbeit" Bonns CDU-Arbeitsminister Hans Katzer.

SCHULEN

BAYERN

Auf Stottern

Schulanlagen müssen ein gewisses Maß von Flexibilität besitzen.

Bayerns Kultusminister Ludwig Huber

Seit dem 11. September, dem Beginn des neuen Schuljahres, sind Bayerns Schulanlagen so flexibel wie nirgendwo im Abendland. Beispiel: Die Unterrichtsräume der neugegründeten Volksschule Alteglofsheim im Landkreis Regensburg verteilen sich auf die Gemeinden Mintraching (erste bis vierte Klasse), Köfering (fünfte bis sechste Klasse) sowie Alteglofsheim selber (siebente bis neunte Klasse).

Denn mehr als drei Klassen kann das Alteglofsheimer Schulgebäude mangels Raum nicht aufnehmen. Den Verkehr zwischen den einzelnen Lern-Filialen hält ein Bus aufrecht, dessen Fahrplan mit generalstabsmäßiger Präzision ausgearbeitet wurde (siehe Kasten).

Mit der „mehrhäusigen" Schule (so der Verwaltungs-Jargon für eine Anstalt, die in mehreren Gebäuden untergebracht ist) reagiert Kultusminister Ludwig Huber flexibel auf ein schier unlösbares Problem. Er hält sich zwar nicht an den Sinn, wohl aber an die Buchstaben des im Dezember 1968 neugefaßten Bayrischen Volksschulgesetzes, das bestimmt: Vom 11. September an mußten für die vier unteren Klassen jeder Schule vier Räume, für die fünf oberen mindestens zehn zur Verfügung stehen.

Huber bricht somit nicht mit der alpenländischen Tradition, daß zu jedem Dorf eine Kirche, ein Wirtshaus und eine Schule gehören. Bayerns Kultusminister übersäten den Freistaat mit Zwergschulen. Sie investierten in den letzten zehn Jahren rund 100 Millionen Mark, weit über die Hälfte davon nach dem Amtsantritt Ludwig



Bayrische Zwergschule (in Eurasburg)
„Mehrhäusig"



Wir manipulieren nicht die Kuh, aber die Milch, die sie gibt.

Die manipulierte Milch: Blitzsahne aus der Spraydose. Schlagsahne, die immer griffbereit ist. Schlagsahne, deren Portionen exakt abgemessen werden können. Ein Beitrag zur rationellen Haushaltsführung. Fortschritt im Haushalt.

Grünes Management

Die Basis: Marketing

Die deutsche Agrarwirtschaft ist ein bedeutender Zweig unserer Wirtschaft. Bedeutend wie Industrie und Handel. Beide sind Partner der modernen Agrarwirtschaft. Der gemeinsame Nenner ihrer Zusammenarbeit ist das Marketing.

Zum Beispiel: Angebotsoptimierung

Die zunehmende Konzentration im Einzelhandel zwingt zur Angebotsoptimierung. Nur die Erzeugnisse, die in hoher, gleichbleibender Qualität, in verkaufsgerechter Aufmachung und zu attraktiven Preisen angeboten werden, haben Chancen im Markt.

Der Markt bestimmt

Die deutsche Agrarwirtschaft erfüllt Forderungen des Marktes. Sie bietet ihren Partnern und den Verbrauchern Erzeugnisse, die den höchsten Ansprüchen genügen.

Alle Maßnahmen – von der Anbauplanung bis zur Packungsgestaltung, von der Produktdifferenzierung bis zur Absatzförderung – beweisen marktgerechtes Verhalten.

Das „Grüne Management" bestimmt mit diesen Maßnahmen – unterstützt von einer modernen Agrarpolitik – die Position der deutschen Agrarwirtschaft: Ein gleichwertiger Partner im modernen Markt.



Gesellschaft für Absatzförderung der Deutschen Landwirtschaft e. V. (GAL), Bad Godesberg

Hubers im Oktober 1964. Bilanz Ende 1968: 5562 Volksschulen in 7487 Gebäuden — schon damals ein Drittel „mehrhäusig".

Nach der Neueinteilung der Schulsprengel wurde die Zahl der Schulen auf nunmehr 3250 reduziert. Die Hälfte davon werden als vollgegliederte Schulen, die andere Hälfte als „mehrhäusige" Schulen eingerichtet, die — auf frühere Zwergschulen verteilt — halbiert, gedrittelt oder auch geviertelt werden. Dafür benötigt man etwa 5000 Häuser, wie die Schulreferenten in den sieben Regierungsbezirken schätzen.

Aus eigener Initiative taten sich im Raum München bereits 1968 die Gemeinden Großberghofen, Kleinberghofen, Welshofen, Eisenhofen, Hirtlbach, Arnbach und Unterweikertshofen zusammen. Sie wollten ihren Kindern das Zwergschulniveau ersparen, gründeten einen Verband und errichteten für drei Millionen Mark ein Schulhaus mit 16 Klassenzimmern. Ihre sieben Minischulen wurden in Bürgermeisteramt, Kindergarten, Bibliothek oder Verkaufsobjekte umfunktioniert.

Doch noch immer läßt der flexible Kultusminister Huber in Bayern Zwergschulen erstellen, mancherorts freilich auf Stottern. So schwankte die Gemeinde Eurasburg (Landkreis Wolfratshausen) zwischen 1966 und 1968, ob sie eine eigene Schule errichten oder auf den Bau einer vollgegliederten Schule im Nachbarort warten sollte. Am 24. September 1968 entschied sich das Kultusministerium für die Eurasburger Schule (Bescheid Nr. I/8—4217-3): Die Gemeinde erwarb für etwa 94 000 Mark ein Grundstück.

Am 4. März 1969 — der Bauauftrag war bereits verbindlich vergeben — ordnete das Ministerium plötzlich an (Bescheid Nr. II/5-8467/10), die Standortfrage sei zu überprüfen. Am 12. März kam die zweite Baugenehmigung (Bescheid Nr. II/5-8468 wo 6/69), vier Wochen später — der Bau war in vollem Gange — der zweite Rückzieher: Nun sollte im Nachbarort die vollgegliederte Schule entstehen. Vier Tage darauf entschied sich Huber abermals für eine Schule in Eurasburg.

Sie kostete 650 000 Mark und wurde in der vergangenen Woche eingeweiht — mit vier Klassenzimmern.

Fahrplan für Schulbus

Start um 7 Uhr in Alteglofsheim mit den Kindern dieses Ortes für das erste bis sechste Schuljahr. Fahrt nach Mintraching (vier Kilometer); Ankunft 7.15 Uhr. Die Alteglofsheimer Schüler der Klassen eins bis vier steigen aus, die Mintrachinger für die Klassen fünf bis neun steigen ein. Fahrt nach Köfering (4,2 Kilometer); Ankunft 7.30 Uhr. Alteglofsheimer und Mintrachinger für die Klassen fünf und sechs steigen aus, die Köferinger Schüler der Klassen eins bis vier und sieben bis neun steigen ein. Fahrt nach Alteglofsheim (8,4 Kilometer); Ankunft 7.50 Uhr. Die Mintrachinger und Köferinger der Klassen sieben bis neun steigen aus. Fahrt nach Mintraching; Ankunft 8 Uhr. Die Köferinger der Klassen eins bis vier steigen aus.

WERBUNG

KRAWATTEN

Mangel im Schrank

Im Herbst 1966 gelobte die Krawatten-Zunft, Deutschlands Männer von einem argen Quälgeist zu befreien. In Fernsehspots und Anzeigen verkündete sie: „Das ist das Ende des Krawatten-Muffels. Und nie mehr darf er wiederkommen."

Die Krawatten-Industrie hielt das Versprechen nur 33 Monate lang. Am 1. Oktober dieses Jahres kommt der Muffel wieder.

Nicht ohne Not kehren die Schlips-Manager zu der vormals populären Werbefigur zurück. Seit die Gemeinschaftswerbung der Krawatten-Industrie den Muffel vertrieben hatte, gingen die Umsätze kräftig zurück. Allein 1968 verkaufte die Branche vier Millionen Krawatten weniger als 1967. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres verringerte sich der Umsatz nochmals um 15 Prozent.

Die von der Düsseldorfer Agentur Team kreierte Muffel-Figur soll den Krawatten-Managern jetzt noch einmal aus der Not helfen. Denn in den zwei Jahren seines Wirkens von 1965 bis 1966 vermochte der sympathische Fiesling viel. Er demütigte und beleidigte Deutschlands Männer, verhöhnte sie als lächerliche Kleinbürger — ja selbst als Versager. Die in ihrer Eitelkeit verletzten Herren reagierten wie geplant und kauften Schlipse wie noch nie: über 35 Millionen Stück im Jahr 1965. Zwei Jahre zuvor waren es nur wenig mehr als 30 Millionen gewesen.

Nach diesem Erfolg glaubten die Gemeinschaftswerber (drei Faserhersteller, zwölf Weber, 40 Konfektionäre), den jährlichen Werbeetat von rund 1,4 Millionen Mark einsparen zu können. Der Entschluß fiel den Krawatten-Herstellern um so leichter, da sie sich mit dem provozierenden Muffel ohnehin nie recht befreunden konnten.

Beim Start der Werbung im Herbst 1964 gab es zunächst nur Ärger. Von Textilhändlern und modebewußten Herren hagelte es Protestbriefe. Auch später konnte die in der Branche beispiellose Umsatzbelebung das schwelende Unbehagen nicht beseitigen.

Vollends vermiest wurde den Schlips-Bossen der Muffel durch eine Marktforschungs-Studie. Die Frankfurter Marplan hatte entdeckt: „Die Muffel-Figur enthält die Gefahr... daß sie über die Krawatte hinauswachsen und zum Spiegel menschlicher Befürchtungen über die eigene Unzulänglichkeit werden kann." Die Forscher kamen zu dem Ergebnis, „eine Fortführung wäre weder beim Publikum erwünscht noch aus psychologischen Gründen empfehlenswert". Nur zu gern folgte die Krawatten-Industrie dem Rat der Werbepsychologen, verjagte den Muffel und hörte ganz auf zu werben.



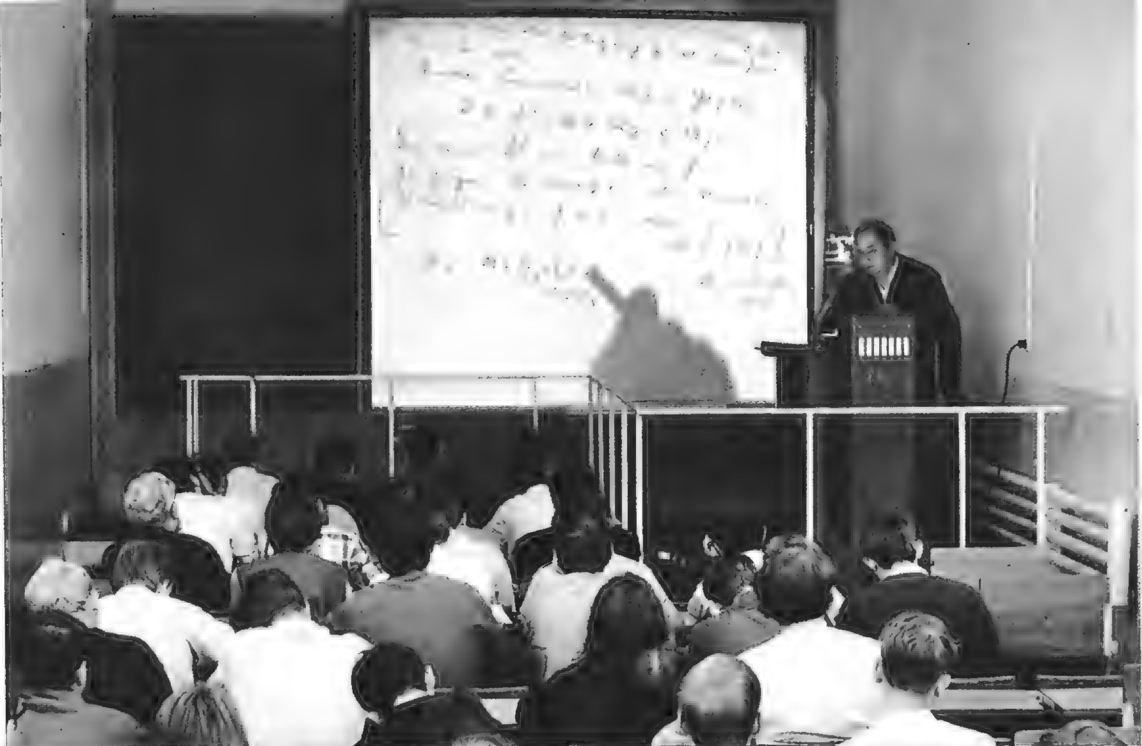
Krawatten-Mann des Jahres **Daume**
Der Muffel kehrt zurück

Nur die Krawattenstoff-Weber opferten weiterhin karge 100 000 Mark für Public-Relations-Maßnahmen. Der Düsseldorfer PR-Experte Claus Heinrichs sorgte dafür, daß Deutschlands Binder im Gespräch blieben. Einmal jährlich kürte er den Krawatten-Mann des Jahres (Willy Brandt, Erich Mende, Willi Daume) und ließ Schlipse von Prominenten (Nixon, Schiller, Barnard) versteigern.

Heinrichs PR-Tricks vermochten freilich die Muffel-Werbung nicht zu ersetzen. Bei den Krawattenstoff-Herstellern beispielsweise fiel der Umsatz von rund 100 Millionen auf 95 Millionen Mark. Der Anteil des Inlandverkaufs am Gesamtumsatz sank von 60 auf 40 Prozent.

Die Verkaufsmisere brachte die Branchen-Bosse zu einer neuen Werberunde zusammen. Für die auf sechs Wochen befristete Kampagne machten die Gemeinschaftswerber eine Million Mark locker. Im Mittelpunkt der Muffel-Aktion steht eine 100 000-Mark-Verlosung, an der nur Männer teilnehmen können, die drei alte Schlipse einschicken. Die Werber wollen so in Deutschlands Kleiderschränken Platz schaffen, in denen 150 Millionen Krawatten hängen, von denen „70 Millionen nur noch auf Lumpenbällen tragbar sind" (Special-Team-Kontakter Odo Hinnerkopf).

Von der Reaktivierung des Muffels verspricht sich Krawatten-Institutschef Seidler mehr als nur eine kräftige Umsatzsteigerung. Seidler: „Ich hoffe, daß unsere Mitglieder wieder Appetit auf Werbung bekommen."



Mathematik-Vorlesung (in Hamburg): „System hoffnungsloser Mittelmäßigkeit"

„Mit dem Latein am Ende"

SPIEGEL-Serie über Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen (Naturwissenschaftler I)

12. Fortsetzung

Weltweiten Ruhm ernteten einst Deutschlands Naturforscher: Insgesamt 30 deutsche Wissenschaftler — Physiker, Chemiker, Biologen und Mediziner — wurden in den ersten drei Dekaden dieses Jahrhunderts mit dem Nobelpreis ausgezeichnet.

Eine Kette glanzvoller Namen kündete von den Erfolgen deutscher Wissenschaft. Studenten aus aller Welt strömten in die Hörsäle der Koryphäen. Forscher von Weltruf wie Niels Bohr oder Ernest Rutherford suchten in Berlin oder Göttingen den Kontakt mit der deutschen Forscher-Garde — mit Albert Einstein und Max Planck, mit Otto Hahn und Max Born.

Vom Goldenen Zeitalter deutscher Naturwissenschaft blieb kaum mehr als die Erinnerung. Rund 2000 prominente Forscher gingen ins Exil, als Hitler die Macht ergriff, und abermals Tausende wurden außer Landes gebracht, als des Führers Krieg verloren war — allein 5000 Techniker und Wissenschaftler wurden in die Sowjet-Union deportiert.

Heute verzeichnen die internationalen Fachblätter nur selten Forschungsberichte deutscher Gelehrter; immer noch verlassen in jedem Jahr rund 400 Forscher die Bundesrepublik; nur elfmal fiel im Vierteljahrhundert seit Kriegsende ein Nobelpreis an deutsche Naturwissenschaftler.

Seit mehr als 20 Jahren, so klagt der Karlsruher Kybernetik-Professor und Kulturkritiker Karl Steinbuch („Falsch programmiert"), werde der Kulturbetrieb in der Bundesrepublik von einer wissenschaftsfeindlichen „Hinterwelt" regiert. Umnebelt von den Schwaden einer humanistisch-abendländischen Ideologie, haben die Dunkelmänner der Hinterwelt Deutschlands Naturwissenschaft weiter verkümmern lassen.

Während Amerika den Mond eroberte, wurde in deutschen Oberschulen der naturwissenschaftliche Unterricht reduziert; und Deutschlands Universitäten und Forschungsinstitute, ehemals weltberühmte Elite-Schulen für junge Naturwissenschaftler, verloren derweil ihren einstigen Rang — sie repräsentieren, so urteilt Steinbuch, nur mehr ein provinzielles „System hoffnungsloser Mittelmäßigkeit".

Fixiert an „eingefrorene Irrtümer" und „erfüllt von historischen Denkmodellen" (Steinbuch), konservieren die Bildungspolitiker der Hinterwelt seit Jahren ein Ausbildungssystem für Naturwissenschaftler, das den Erfordernissen der Gegenwart immer weniger zu genügen vermag:

- Obgleich die Zahl der Studierenden in Mathematik, Physik, Chemie und Biologie seit langem kontinuierlich ansteigt, wuchs die Zahl der Professoren, Dozenten und Assistenten in diesen Fächern nur wenig — die Studenten bleiben während des Studiums weitgehend sich selbst überlassen.
- Obgleich der rapide wachsende Wissensstoff gerade in den naturwissenschaftlichen Fächern eine sinnvolle Auswahl und Gliederung sowie neue Vermittlungsformen verlangt, blieben die Hochschulen bis heute beim traditionellen Unterrichtsschema — eine Hochschul-Didaktik für Naturwissenschaften existiert bislang nur in Ansätzen.
- Obgleich die überkommenen Lehrfach-Grenzen längst nicht mehr mit der wissenschaftlichen Wirklichkeit übereinstimmen (Physik und Chemie etwa durchdringen einander), basiert die Hochschul-Organisation immer noch auf dem überholten Fächer-System — nur selten und widerwillig finden sich Lehrstuhl-Inhaber und Institutsdirektoren zur Kooperation mit Wissenschaftlern aus benachbarten Fächern bereit.
- Obgleich die komplexen Probleme moderner Forschung die Wissenschaftler zur Team-Arbeit zwingen, dominiert im Lehr- und Forschungsbetrieb immer noch der Geist autoritärer Professoren-Herrschaft — Wissenschaftler aller Rangstufen bleiben bei ihrer Arbeit Gefangene der starren Hochschul-Hierarchie.
- Obgleich die Hochschullehrer die Fülle ihrer Aufgaben kaum mehr bewältigen können, wollen sie jene Doppelrolle nicht preisgeben, die ihnen die Humboldt-Hochschule zuweist: Sie wollen Lehrer und Forscher bleiben — auch wenn sie beide Funktionen zugleich schwerlich zu erfüllen vermögen.

Daß die Professoren und Dozenten der naturwissenschaftlichen Fakultäten ihres Lehramts nur noch nachlässig walten, wird gemeinhin zur ersten Erkenntnis der Studienanfänger. Nach der Immatrikulation finden sich die Studenten von ihren Lehrern alleinge-

Weil unsere Bodenbeläge so gut sind, exportieren wir in 70 Länder. Und weil wir in 70 Länder exportieren, werden unsere Bodenbeläge immer besser.

Für uns sind diese 70 Länder mehr als nur eine Zahl in der Verkaufs-Statistik.

Sie sind für uns ein herrliches, riesengroßes Testgelände.

Zwar muß man schon von Anfang an mit überdurchschnittlicher Qualität aufwarten können, um überhaupt für diese Länder interessant zu sein. (Schließlich haben ja viele von ihnen eigene Bodenbelags-hersteller, die auch verkaufen wollen.)

Aber nirgendwo lernt man mehr über fußkalte Böden als in Grönland.

Und wer könnte ahnen, daß manche Bodenbeläge bei extremer Hitze und Trockenheit buchstäblich zerfließen, wenn er es nicht in Libyen, Marokko oder Kenia mit eigenen Augen gesehen hätte.

Und was macht man mit einem Bodenbelag, der einfach nicht am Boden liegenbleibt, weil er in Thailand oder Brasilien oder im Kongo während der Regenzeit monatelang der hohen Luftfeuchtigkeit ausgesetzt ist?

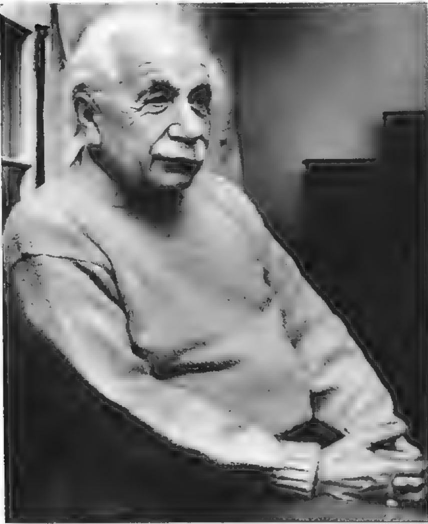
Ganz zu schweigen von den neuen Erfahrungen, die man macht, weil in manchen Ländern der Boden nicht nur Boden, sondern gleichzeitig Tisch und Bett und Sessel ist.

Auf diese Weise findet man schnell heraus, wo an einem Bodenbelag noch etwas zu verbessern ist. Und vor allem, daß es sich lohnt, selbst den besten Bodenbelag immer wieder harten Tests und harter Kritik auszusetzen.

So sorgen 70 Länder dafür, daß wir nicht sanft auf unseren Lorbeeren einschlafen.

Und nicht befürchten müssen, daß irgend jemand eines Tages bessere Bodenbeläge macht als wir.





Nobelpreisträger **Einstein**
Vom Ruhm deutscher Forschung ...

lassen: Hilflos und gänzlich unvorbereitet stehen sie vor einer Fülle von Lehrveranstaltungen; ein Studienplan existiert meist nicht, den Weg zur (häufig von Studenten organisierten) Studienberatung finden die Anfänger nur selten — oft erfahren sie nicht einmal, daß es Beratungsstellen gibt.

Nur eine Minderheit von Studenten, so zeigt eine Umfrage des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, findet sich bei Studienbeginn ohne Schwierigkeiten zurecht: Auf die Frage, ob sie „in den ersten Semestern in die Arbeitsmethoden und Arbeitsmöglichkeiten" ihres Fachgebiets eingeführt worden seien, antworteten von insgesamt 328 Physikstudenten 49 Prozent mit „nein".

Weitere 17 Prozent der Jung-Physiker wurden eigenem Urteil zufolge nur „unzureichend" angeleitet, 23 Prozent fanden die Einführung ins Studium immerhin „ausreichend". „Gut" hingegen wurden nur neun Prozent der befragten Studenten auf ihren künftigen Studienweg vorbereitet.



Nobelpreisträger **Born**
Seit mehr als 20 Jahren ...

Mit dem Vorlesungsverzeichnis als einziger Orientierungshilfe bahnen sich die meisten Erstsemestrigen einen Pfad durch das Labyrinth der Massenuniversität — manchmal geraten sie dabei auf Irrwege: Eine Gruppe von Hamburger Biologiestudenten etwa belegte im Anfangssemester eine Übung, die im Verzeichnis den Vermerk „für Anfänger" trug; gleichwohl war der Kurs für bereits examinierte Biologen vorgesehen.

Das allerdings begriffen die Irrläufer erst nach einigen Unterrichtsstunden. Daß ihnen der Vortrag des Dozenten zunächst weitgehend unverständlich blieb, hielten sie nicht für alarmierend — denn auch die naturwissenschaftlichen Anfänger-Vorlesungen geben den Hochschul-Neulingen überwiegend Rätsel auf.

Von insgesamt 130 Biologie-, Biochemie- und Medizinstudenten, so ergab ein Test des Tübinger Botanik-Professors Erwin Bünning, konnte nur jeder fünfte einer Einführungsvorlesung in Biologie „ohne besondere Schwierigkeiten" folgen. Bei 30 Prozent der Befragten verlief der Versuch allenfalls „nicht hoffnungslos". 50 Prozent der Testpersonen aber waren nach Bünnings Urteil „bestimmt nicht in der Lage", eine Elementar-Vorlesung zu verstehen.

Ähnliche Resultate erbrachte eine Umfrage, die im letzten Wintersemester die Fachschaft Mathematik und Physik des Kieler Asta organisierte. Etwa zwei Drittel der insgesamt 181 befragten Studenten stuften die Anfängervorlesung in Mathematik als „schwer" oder „zu schwer" ein. Nur zwei Prozent der Studienanfänger beurteilten die Grundvorlesung als „leicht" verständlich.

Auch Übungen und Seminare, die sich an die Vorlesungen anschließen, helfen den überforderten Hochschul-Novizen meist kaum weiter. In den Übungen, so bekannte die Mehrzahl der Kieler Studenten, sei ihnen der Vorlesungsstoff lediglich „etwas klarer" geworden (68 Prozent) — 14 Prozent der Befragten sahen auch jetzt „praktisch nicht klarer".

Die Selbstanalyse der Kieler Kommilitonen offenbart zudem wenigstens eine der Ursachen, die zum Mißerfolg der Studienanfänger beitragen. Wie aus der Umfrage hervorgeht, mangelt es im naturwissenschaftlichen Unterricht offenkundig an didaktisch geschulten Lehrern.

So bezeichnete jeder zweite Student den „Stil der Übungsstunden" als „mäßig". Offenbar mißachten viele Dozenten selbst einfachste pädagogische Grundregeln — häufigste Studenten-Rüge: „mangelnde Übersichtlichkeit an der Tafel" (33 Prozent), „zu monoton im Vortrag" (11 Prozent) und „schreibt zu klein" (10 Prozent).

Nur etwa 58 Prozent der Übungsteilnehmer gaben an, daß Fragen im Unterricht „zufriedenstellend" beantwortet würden. „Erschöpfende Auskunft" hielten die Dozenten nur für sieben Prozent ihrer Schüler bereit — weitere sieben Prozent der Kursbesucher gaben zu Protokoll, im Unterricht



Nobelpreisträger **Hahn**
... blieb nur die Erinnerung

würden überhaupt „keine Fragen gestellt".

Viele Studenten beklagen sich im übrigen über das unangemessen hohe Niveau der Einführungsvorlesungen; häufig versuchen die Professoren, den Neulingen eine komplette Darstellung ihres jeweiligen Fachgebiets zu präsentieren: „Wer diese Grundvorlesungen verstanden hat", so urteilte ein Hamburger Physik-Assistent über das Kolleg seines Ordinarius, „kann sich unverzüglich zum Examen melden."

Eine derart hochgestochene Physikvorlesung irritiert vor allem jene Studenten, die das Kolleg nur im Nebenfach belegt haben — angehende Biologen oder Chemiker beispielsweise, die laut Prüfungsordnung auch Nachbarfächer wie Physik hören müssen. Sie finden zudem in den Einführungsvorlesungen, die stets von den jeweiligen Fachwissenschaftlern gehalten werden, kaum eine Beziehung zu ihrem Hauptfach — spezielle Physik-Vorle-



Nobelpreisträger **Planck**
... regiert die Hinterwelt

sungen etwa für Chemiker oder Biologen gibt es bislang nur vereinzelt.

Freilich, fehlende Studienberatung, mangelnde Hochschul-Didaktik, wissenschaftlicher Hochmut vieler Ordinarien — all das reicht nicht hin, die Frustrationen des Studienbeginns zu erklären. Die Wurzeln der Anfängermisere liegen außerhalb der Universität: Keine Gruppe von Hochschul-Neulingen ist für das Studium schlechter gerüstet als die Studenten der naturwissenschaftlichen Fächer.

Die meisten Abiturienten, die ein naturwissenschaftliches Studium beginnen, sind kaum imstande, auch nur die Umrisse ihres selbstgewählten Fachgebietes zu erkennen. „Für viele von uns war die Wahl ein Lotteriespiel", so erinnert sich ein Münchner Chemiestudent — daß sie eine Niete gezogen haben, entdecken manche Studenten erst nach mehreren Semestern.

So lange dauert es oft, bis sie wenigstens die Grundlagen ihres Fachs erlernt haben. Denn die naturwissenschaftlichen Schulkenntnisse reichen oftmals „gerade noch aus, um uns vor dem Wissen zu bewahren, daß wir im Grunde nichts wissen" — so klagt ein angehender Biologe aus Hamburg.

Wie es um die Schulkenntnisse der angehenden Naturwissenschaftler bestellt ist, hat der Tübinger Botaniker Bünning bei seiner Anfänger-Umfrage ermittelt: Auf die Fragen etwa, aus welchen Elementen Luft sich zusammensetze, wie die chemische Formel der Essigsäure laute oder zu welcher Stoffgruppe Zucker gehöre, konnte nur jeder fünfte Studienanfänger die richtigen Antworten finden. Bei 49 Prozent der Befragten erwiesen sich die Auskünfte als „völlig unzureichend", bei einem Drittel der Studenten waren die „Kenntnisse einigermaßen befriedigend".

Noch dürftiger waren die Kenntnisse der Abiturienten auf dem Gebiet der

* Am Oskar-von-Miller-Gymnasium in München.



Physikunterricht am Gymnasium*
„Nicht die richtige Basis"



Chemiestudentin an der Hochschule*
„Unzureichend angeleitet"

Physik. Befragt nach dem „physikalischen Unterschied von Radio- und Lichtwellen" etwa, gab die Mehrheit der Uni-Neulinge keine Antwort oder entwickelte „völlig absurde" Vorstellungen (Bünning). 80 Prozent der Studenten, so konstatierte Bünning, gaben „völlig unzureichend" Auskunft, 14 Prozent waren „sehr dürftig" unterrichtet — nur bei sechs von hundert Befragten reichte das physikalische Wissen aus.

In der 13 Jahre dauernden Schulzeit, so resümiert Botaniker Bünning angesichts der kärglichen Kenntnisse seiner Studenten, werde Deutschlands Abiturienten offensichtlich „nicht die richtige Basis zum Studium der Naturwissenschaften" vermittelt. Statt dessen konzentriere sich die Ausbildung in der Schule zunehmend „auf die sehr speziellen Gebiete, die man in früheren Jahrhunderten als entscheidend wichtig ansah" — „eine Beschäftigung mit der jetzigen Welt gilt als unfein, einerlei ob es sich um Zeitgeschichte, um die Beherrschung moderner Sprachen oder um Technik und Naturwissenschaften handelt".

Die Bildungspolitiker in der Bundesrepublik geben sich nach Ansicht Bünnings „krampfhaft Mühe, das Rad immer weiter zurückzudrehen" — in Richtung auf ein Bildungsideal, das dem Unterricht in sprachlich-humanistischen Fächern eindeutig den Vorrang gibt (siehe Kasten Seite 89).

Einen entscheidenden Schritt zurück taten Deutschlands Schulpolitiker im September 1960. In Saarbrücken beschlossen damals die elf Kultusminister der westdeutschen Bundesländer eine „Rahmenvereinbarung zur Ordnung des Unterrichts auf der Oberstufe der Gymnasien"; der Inhalt dieser sogenannten Saarbrücker Rahmenvereinbarung:

▷ Die naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächer (Physik, Chemie, Biologie) und in den altsprachlichen Gymnasien auch Mathematik gel-

* An der TH München.

Gesucht: Spezialist für...



Gefunden: beim Arbeitsamt.

Wenn irgendwo (zum Beispiel in Ihrem Unternehmen) ein Könner, Kenner oder führender Kopf benötigt wird, wenn ein Spezialist (zum Beispiel: Sie!) sich nach einem Arbeitsfeld umsieht – dann: Übersicht gewinnen, nichts dem Zufall überlassen.

Bei der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Frankfurt und bei den Landesstellen für Arbeitsvermittlung* laufen die Fäden zusammen. Sie garantieren schnelle, überregionale und optimale Auswahl aus dem ganzen Bundesgebiet und aus dem Ausland.

Fachkräfte mit wissenschaftlicher Ausbildung, Kaufleute und Ingenieure, auch reine Praktiker kommen so zu neuen interessanten Aufgaben – und Unternehmer zu Mitarbeitern.

*Zentralstelle für Arbeitsvermittlung, Frankfurt/M., Feuerbachstr. 42, Tel. 72 67 53-55 u. 72 97 47-49
Landesstellen für Arbeitsvermittlung in:
Hamburg 1, Kurt-Schumacher-Allee 16 . . . Tel. 24 84 41
Hannover, Altenbekener Damm 82 . . . . Tel. 80 0 41
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 102 . . . Tel. 32 07 71-73
Frankfurt/M., Feuerbachstraße 44 . . . . Tel. 72 20 41-43
Stuttgart (West), Dillmannstraße 7. . . . . . Tel. 29 93 71
Nürnberg, Rathenauplatz 2 . . . . Tel. 53 31 65
München 15, Sonnenstraße 12 . . . . Tel. 59 49 07
Berlin 61, Charlottenstraße 90–94 . . . . . . Tel. 18 04 11

Bitte fragen Sie bei Ihrem Arbeitsamt nach weiterem Informationsmaterial. Dort liegen für alle Bereiche Spezial-Prospekte und -Broschüren für Sie bereit.

immer gut beraten  Bundesanstalt für Arbeit

ten in den letzten beiden Schuljahren vor dem Abitur grundsätzlich nicht mehr als Pflichtfächer.

▷ Die Oberschüler können in der Unterprima einzelne naturwissenschaftliche Fächer „abwählen“; sie müssen lediglich eines dieser Fächer als sogenanntes Wahlpflichtfach bis zum Abitur beibehalten; der Wahlmodus hängt vom Schultyp ab — an altsprachlich-humanistischen Gymnasien können alle naturwissenschaftlichen Fächer abgewählt werden, statt dessen können sich die Schüler für Englisch, Französisch oder auch Russisch als Wahlpflichtfach entscheiden; außerdem kann Mathematik schon vor dem Abitur mit einer Prüfung abgeschlossen werden.

Die Saarbrücker Minister-Runde — sie enthielt keinen einzigen Naturwissenschaftler — deutete ihre Reform-Vereinbarung als einen Versuch, den Unterricht in den Oberstufen der Gymnasien aufzulockern und von vermeintlich störender Fächer-Vielfalt zu befreien. Die Oberschüler sollten Gelegenheit bekommen, sich stärker als bisher auf jene Fächer zu konzentrieren, denen jeweils ihr besonderes Interesse gilt.

„Die Verminderung der Zahl der Pflichtfächer und die Konzentration der Bildungsstoffe“, so verheißt der Vorspann des Abkommens, werde künftig „eine Vertiefung des Unterrichts ermöglichen und die Erziehung des Schülers zu geistiger Selbsttätigkeit und Verantwortung fördern.“

Schulmänner und Hochschullehrer freilich sahen schon 1960 in dem Reformwerk eher eine groteske „Fehlentscheidung“ — so der Gymnasialprofessor Dr. Hans-Helmut Falkenhan aus Würzburg. „Die Unglücksvereinbarung von Saarbrücken“, so prophezeite der Münchner Physik-Ordinarius Edgar Lüscher, werde sich auf den Standard der naturwissenschaftlichen Ausbildung mit Sicherheit verhängnisvoll auswirken. Die DDR-Fachzeitschrift „Biologie in der Schule“ sah Westdeutschlands Gymnasien ins „Mittelalter“ zurückversetzt.

Proteste und Warnungen der Pädagogen und Wissenschaftler blieben ohne Widerhall. Vergebens wandten die Kritiker ein,

▷ daß der Unterricht in nur einem Wahlfach nicht ausreichen könne, um das Verständnis für naturwissenschaftliche Zusammenhänge zu fördern — es sei vielmehr gerade heute eine notwendige Aufgabe, die zunehmende Verflechtung der verschiedenen Wissensgebiete im naturwissenschaftlichen Unterricht sichtbar zu machen;

▷ daß erst in den Oberklassen der Gymnasien für die Lehrer eine Möglichkeit bestehe, auf angemessenem Niveau die komplizierten Probleme moderner Naturwissenschaft zu erörtern — aufgrund der Rahmenvereinbarung aber werde die Ausbildung den Mittelstufen-Standard kaum überschreiten;

▷ daß jeder Abbau des naturwissenschaftlichen Unterrichts in der

„JAHRHUNDERTEALTER IRRTUM“

Professor Steinbuch über naturwissenschaftliche Bildung

Daß Mathematik, Physik, Chemie und Biologie einen Bildungswert haben, das ist bei uns nicht selbstverständlich. Typisch für unsere Gesellschaft ist nicht nur ein erstaunlich niederer naturwissenschaftlich-technischer Bildungsstand, sondern auch die Geringschätzung dieser Bildungsgüter.

Über „Naturwissenschaft und Technik im Urteil der deutschen Presse“ liegt seit kurzem eine soziologische Untersuchung vor. Aus dieser sei hier nur die folgende These zitiert: „Die Ergebnisse unserer Untersuchungen zeigen deutlich, daß die kulturkritischen Positionen gegenüber Naturwissenschaft und Technik noch nicht abgebaut sind. Noch immer wird in



Kulturkritiker **Steinbuch**
Zweifel an humanistischen Werten

der deutschen Presse gegenüber Naturwissenschaft und Technik zum Beispiel der Vorwurf der Entfremdung, der Denaturierung des Menschen, der Bildungs- und Traditionsfeindlichkeit, der Zerstörung der psychischen Harmonie und der Vorwurf eines wissenschaftlichen Autonomieanspruchs erhoben“ (nach H. Schmelzer).

Es ist zu fürchten, daß viele dieser kulturkritischen Positionen gegenüber Naturwissenschaft und Technik auch im Bereich der Bildungsplanung noch wirksam sind. Diesen negativen Vorurteilen gegenüber Naturwissenschaft und Technik stehen positive Vorurteile zugunsten philologischer und historischer Fächer gegenüber.

So beispielsweise die oft wiederholte Vermutung, das Erlernen einer Sprache sei dem logischen Denkvermögen besonders zuträglich. Daß dies möglicherweise ein horrender Irrtum ist, der in Jahrhunderten nicht erkannt wurde, lassen neueste Untersuchungen auf dem Gebiet der automatischen Sprachübersetzung vermuten: Hier zeigt es sich, daß die traditionelle Grammatik eine logisch höchst unzureichende Disziplin ist.

Angesichts der seit Jahrhunderten mit enormem Aufwand betriebenen Grammatik-Ausbildung entsteht so die Frage, ob hier nicht eine bildungspolitische Fehlinvestition größten Ausmaßes getrieben wurde und in unserer Zeit weitergetrieben wird.

Weitgehend ungeprüft blieb bis heute, ob die als humanistisch bezeichnete historisch-philologische Bildung auch zu humanem Verhalten führt.

Angesichts der enormen Schwierigkeiten, welche schon die Deckung des bisher üblichen Bedarfs an mathematisch oder naturwissenschaftlich ausgebildeten Lehrern macht, erscheint es illusorisch und weltfremd, wenn hier in aller Dringlichkeit die Forderung erhoben wird, die Planungswerte für 1981 mindestens zu verdoppeln, möglichst zu verdreifachen.

Es geht hier nicht um pädagogische Nuancen, sondern es geht hier um ernst zu nehmende Versuche, unsere Gesellschaft an die Forderungen der erkennbaren Zukunft heranzuführen. Hierfür müssen auch ungewöhnliche Maßnahmen und Aufwendungen getrieben werden. Es sollten vor allem folgende Maßnahmen ergriffen werden:

▷ Eine fachspezifische Werbung für Naturwissenschaft und Technik,

▷ ein wirksamer gehaltlicher Anreiz,

▷ eine besonders gute Ausstattung der Ausbildungsstätten,

▷ eine moderne, technisch perfekte Didaktik und

▷ ein deutliches Bekenntnis der verantwortlichen Kulturpolitiker zum langfristigen Aufbau naturwissenschaftlichen und technischen Denkens in unserem Bildungssystem.

Auf lange Sicht, beispielsweise bis zum Jahr 2000, müßte eine gänzliche Umschichtung der Vorbildungsstruktur der Lehrer stattfinden. Meines Erachtens müßten etwa 60 Prozent von Mathematik und Naturwissenschaft als „geistiger Heimat“ ausgehen, etwa 20 Prozent von Sprache und Geschichte und etwa 20 Prozent von musischen Fächern. Aber alle müßten der Platonischen Forderung genügen, daß der Zutritt zu Akademien den mathematisch Unkundigen verboten sei.

Oberstufe die ohnehin bestehende Kluft zwischen Schule und Universität noch vergrößern müsse — es werde den Abiturienten künftig an den Voraussetzungen für das Studium fehlen.

Die pessimistischen Prognosen haben sich längst bestätigt. Der Saarbrücker Reform-Beschluß, so konstatierte im April dieses Jahres der Marburger Zoologie-Professor Friedrich Seidel, habe zu einer bildungspolitischen „Katastrophe" geführt.

Darüber hinaus sei der Bundesrepublik ein kaum überschaubarer Schaden zugefügt worden — zu diesem Urteil kommt der Karlsruher Professor Karl Steinbuch in einer Studie, die er für das Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg anfertigte: „Wenn die Folgen dieser Rahmenvereinbarungen in Mark und Milliar-

Stundenplan, in denen sie bis dahin besonders gute Leistungen erbracht hatten; zum Wahlfach erkoren sie statt dessen bevorzugt Unterrichtsfächer, in denen sie es nur zu mäßigen Zensuren gebracht hatten.

Hinter solcher scheinbar paradoxen Wahltaktik verbirgt sich die Absicht, den Zensuren-Spiegel im Reifezeugnis von störenden Flecken freizuhalten: Indem die Schüler ihre Glanzfächer abwählen, erhalten sie sich die einmal erreichten guten Noten — die Zensuren werden später ins Abiturzeugnis übernommen. Zugleich können sich die Gymnasiasten fortan auf ihr schlechtes Fach konzentrieren, um auch hier noch eine bessere Abiturnote zu erzielen.

Bei ihrer Wahlpflichtfach-Entscheidung und beim Bemühen, ein möglichst gutes Abi-Zeugnis zu erhalten, richten sich die Oberschüler außerdem oft nach



„Finden Sie nicht auch, daß Kollege Müller seinen Griechischunterricht ein wenig übertreibt?"

den ausgerechnet werden könnten, dann würden sie zweifellos in kürzester Frist korrigiert werden." Da indes „niemand über die unwiederbringlichen Verluste Rechenschaft" ablegen müsse, werde die „Abwertung der naturwissenschaftlichen Fächer an unseren Gymnasien" weiterhin „gleichgültig und fahrlässig" hingenommen.

Welchen Effekt die Bestimmungen der Rahmenvereinbarungen in der Schulpraxis zeitigen, offenbart eine Untersuchung, die im September 1968 in der Fachzeitschrift „Naturwissenschaftliche Rundschau" erschienen ist. Die Studie, in der das „Wahlverhalten der Gymnasiasten" an einer Heilbronner Oberschule analysiert wird, kommt zu einem Ergebnis, das den Absichten der Saarbrücker Reform-Väter klar widerspricht.

So ließen sich die Schüler des Heilbronner Gymnasiums keineswegs von wissenschaftlichen Neigungen leiten, als sie sich für ihre Wahlpflichtfächer entschieden. Vielmehr tilgten sie häufig gerade jene Fächer aus ihrem

den Zulassungsbedingungen für das Hochschulstudium: An vielen Universitäten besteht ein Numerus clausus für naturwissenschaftliche Studienfächer — die Zulassung hängt meist von einem guten Noten-Durchschnitt im Reifezeugnis ab, gelegentlich auch von der Leistung in bestimmten Fächern.

Der Minister-Beschluß von 1960, so macht die Heilbronner Studie deutlich, hat dazu geführt, daß die Schüler in der Oberstufe deutscher Gymnasien überwiegend in Fächern ausgebildet werden, für die sie wenig Interesse aufbringen; keine Ausbildung hingegen wird ihnen häufig in jenen Unterrichtsfächern zuteil, für die sie Talent und Neigung besitzen.

Zugleich wurde der (ohnehin dürftige) naturwissenschaftliche Schulunterricht auf ein Mininalmaß reduziert. In den Oberstufen rheinischer Gymnasien, so berichtet der Marburger Biologe Professor Seidel, hörten im Jahr 1963 rund 40 Prozent der Schüler weder Chemie noch Biologie; 25 Pro-

zent der Oberstufen-Schüler erhielten überhaupt keinen naturwissenschaftlichen Unterricht.

Solch widersinnige Schulpolitik hat zur Folge, daß die Abiturienten in der Bundesrepublik immer weniger geneigt sind, ein technisches oder naturwissenschaftliches Studium zu beginnen. Während etwa in Frankreich — einem Land mit ungefähr gleicher Bevölkerungszahl wie Westdeutschland — rund 80 000 Studenten eine naturwissenschaftliche Ausbildung erhalten, sind es in der Bundesrepublik gegenwärtig nur 32 000.

Im letzten Jahrzehnt etwa hat sich die Zahl der Chemiestudenten nicht erhöht, obwohl die Gesamtzahl der Studenten in Westdeutschland in dieser Zeit um die Hälfte zugenommen hat.

Nur 25 Prozent aller Studienanfänger, die im letzten Wintersemester mit dem Studium begannen, entschieden sich für Mathematik oder naturwissenschaftliche Fächer. Etwa 12 Prozent der Studienanfänger wählten eine ingenieurwissenschaftliche Ausbildung.

In einem hochentwickelten Industrieland wie der Bundesrepublik aber müßten etwa 50 Prozent aller Studenten naturwissenschaftliche und technische Fächer belegen — so jedenfalls urteilt der Münchner Bildungsforscher Alois Stork in einer Studie, die im Mai dieses Jahres erschienen ist. Stork, der an Hand einer Umfrage die „Bildungsabsichten der Abiturienten in Bayern" untersucht hat, kommt zu dem Ergebnis, daß sich das Verhältnis zwischen naturwissenschaftlich - technischen Hochschul-Absolventen und Studierenden in anderen Fächern auch künftig nicht verbessern dürfte — trotz weiterhin steigender Studentenzahlen.

Auch in den nächsten Jahren, so prophezeit Stork, werde der Anteil der Naturwissenschaftler an westdeutschen Hochschulen kaum steigen — der Anteil an Ingenieurstudenten werde vermutlich sogar zurückgehen. Für die Scheu der Studenten vor Labors und Reißbrettern glaubt Stork eine Erklärung gefunden zu haben: Es habe sich bei den Abiturienten „herumgesprochen", daß „diese Studien einfach schwieriger, geregelter und disziplinierter sind als andere".

Gründe zum Fürchten gibt es genug für angehende Naturwissenschaftler: Mehr als 30 Prozent aller Studienanfänger scheitern schon während der ersten Semester, meist noch vor der Vordiplom-Prüfung — dem naturwissenschaftlichen Zwischenexamen, das am Ende des vierten Semesters abgelegt werden kann. Und nur wenige Studenten der Naturwissenschaften bewältigen ihre Ausbildung in der offiziellen Studienzeit (acht Semester) — im Durchschnitt dauert das Studium gegenwärtig 13,5 Semester.

Solange die Studenten nicht besser auf eine naturwissenschaftliche Ausbildung vorbereitet werden, besteht kaum die Aussicht, daß künftig mehr junge Physiker oder Chemiker ihr Studium zügig und erfolgreich absolvieren werden. Ein verbesserter Start ins Studium wäre nur denkbar:

- wenn der naturwissenschaftliche Schulunterricht intensiviert und ausgebaut würde,
- wenn das Studium in den ersten Semestern stärker gestrafft und schulmäßig organisiert würde,
- wenn in Gymnasien und Hochschulen moderne didaktische Methoden (programmiertes oder audio-visuelles Lernen) für den Unterricht genutzt würden.

Eine Intensivierung der naturwissenschaftlichen Schulausbildung ist gegenwärtig kaum zu erreichen. Derzeit wird an westdeutschen Oberschulen nicht einmal das (ohnehin kärgliche) Soll an Unterrichtsstunden erfüllt — dazu wären mehr als 1000 zusätzliche Lehrer nötig.

Nichts deutet darauf hin, daß der Fehlbestand an Physik-, Mathematik-, Chemie- und Biologielehrern sich in absehbarer Zeit verringern könnte: Vielmehr wird der Lehrer-Bedarf, wie die „Stiftung Volkswagenwerk" errechnet hat, bis zum Jahre 1980 um das Drei- bis Vierfache ansteigen; entsprechend mehr Naturwissenschaftler müßten sich für das Lehramt entscheiden.

Doch in den naturwissenschaftlichen Fächern bleibt die Zahl der Studenten, die eine Lehrer-Laufbahn anstreben, seit langem gleichmäßig niedrig. Nur jeder 14. Physikstudent und jeder zwölfte Chemiestudent will Studienrat werden.

Auch Stipendien (pro Semester bis zu 750 Mark) und Examensprämien (bis zu 3500 Mark), die von der „Stiftung Volkswagenwerk" für Lehrer-Anwärter ausgesetzt werden, locken die Studenten nicht. „Ein Anstieg der Lehramtskandidaten" in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern, so konstatierte der Kieler Asta im Januar, sei trotz der „Begünstigung des Studiums durch die VW-Stiftung ... nicht festzustellen".

Abschreckend wirkt auf die Studenten vor allem das schlecht koordinierte Lehrerstudium; zwischen dem Fachstudium etwa in Physik und der pädagogischen Ausbildung besteht an den Hochschulen kaum ein sinnvoller Zusammenhang. Daneben hat der Beruf des Studienrats, der seit jeher wegen



Bildungskritiker **Stork**
Auf Änderung kaum zu hoffen

geringer Aufstiegschancen als Sackgassen-Laufbahn gilt, neuerdings weiter an Reiz verloren: Seit Inkrafttreten der Saarbrücker Vereinbarung müssen Physik- oder Chemielehrer überwiegend in der Mittelstufe der Gymnasien unterrichten.

Angesichts des chronischen Lehrermangels werde sich, so glauben Experten wie der Karlsruher Kybernetiker Steinbuch, die Misere der naturwissenschaftlichen Ausbildung einzig mit Hilfe einer modernen und rationellen Didaktik beheben lassen: Die traditionellen Unterrichtsformen in Schulen und Hochschulen müßten nach Ansicht Steinbuchs rationelleren Lehrmethoden weichen — Vorlesung und Schulstunde sollten durch programmierten Unterricht, Skripthefte und Wandtafeln durch Lernautomaten und Bildschirme ersetzt werden.

Aber Steinbuchs Pläne werden sich vorerst kaum verwirklichen lassen. Für Unterrichtscomputer oder TV-Anlagen reicht der Schul-Etat nicht aus. Westdeutsche Gymnasien können sich derzeit nicht einmal einfachste Hilfsmittel für den naturwissenschaftlichen Unterricht leisten: 41 Prozent der



Unterricht mit Lernmaschine: Für bessere Methoden fehlt das Geld

Wenn ein Mann black & white sieht...

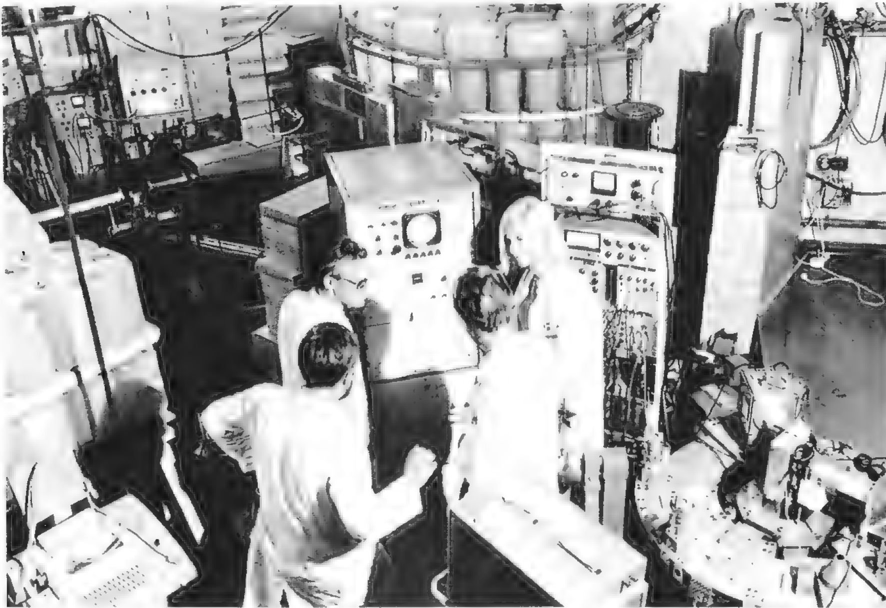
•••dann denkt er
an Whisky,
der an der Spitze steht.
An BLACK & WHITE.





BLACK & WHITE - Whisky at its best

BY APPOINTMENT
TO HER MAJESTY THE QUEEN
SCOTCH WHISKY DISTILLERS
JAMES BUCHANAN & CO. LTD.



Physikstudenten (in München)*: Zehn Jahre für einen Doktorhut

Studenten, die der Tübinger Biologe Bünning befragte, hatte während ihrer Schulzeit niemals durch ein Mikroskop gesehen.

Auch die Hochschulen könnten die Kosten für eine Rationalisierung des Unterrichts schwerlich aufbringen. Ungefähr 10 000 Mark wären erforderlich, um einen einzigen Hörsaal mit den notwendigen Lerngeräten auszurüsten. Daneben würde die Vorbereitung des programmierten Unterrichts einen kostspieligen Arbeitsaufwand verlangen: Etwa 200 Stunden vorbereitender Programmier-Arbeit sind nach einer „Faustformel“ Steinbuchs nötig, um den Lehrstoff für nur eine Unterrichtsstunde entsprechend aufzubereiten.

Gleichwohl könnte gerade auf dem Gebiet der Naturwissenschaften eine „kybernetische Pädagogik“ (so der Berliner Informationswissenschaftler Helmar Frank) mithelfen, die Kardinalprobleme der Ausbildung zu lösen. Denn nirgendwo sonst wächst das Wissenspotential so rapide, verlangt der immer unübersichtlicher werdende Lehrstoff so dringend nach einer straffen Gliederung und nach neuen Unterrichtsformen.

Daß es längst nicht mehr Ziel des naturwissenschaftlichen Unterrichts sein kann, den Studenten ein möglichst umfassendes Fachwissen zu vermitteln, geht aus einer Untersuchung des amerikanischen Wissenschaftssoziologen Derek J. de Solla Price hervor: Die Studie gibt ein Bild von der kaum noch kontrollierbaren Wissensexplosion, deren Brisanz sich an der steigenden Zahl wissenschaftlicher Publikationen ablesen läßt.

Im Jahre 1750, so ermittelte de Solla Price, gab es auf der ganzen Welt nicht mehr als zehn wissenschaftliche Zeitschriften. Bis zum Jahre 1830 war die Zahl der gelehrten Journale auf 300 angestiegen. Um 1900 erschienen bereits 10 000 wissenschaftliche Periodika — und seither hat sich die Zahl um das Zehnfache auf etwa 100 000 erhöht. Wie Soziologe de Solla Price errechnete, hat sich die Zahl der Zeitschriften seit 1750 regelmäßig im Zeitraum von jeweils 50 Jahren verzehnfacht.

Eine solche Flut von Forschungsberichten vereitelt notwendig jeden Versuch, den Wissensbesitz eines größeren Fachgebiets wie etwa Biologie im Hochschul-Unterricht vollständig auszubreiten. Wenn angehende Naturwissenschaftler noch auf der Universität bis zur Forschungs-Front vordringen sollen, müssen sie eine Ausbildung erhalten, die ihnen zunächst möglichst rasch ein konzentriertes Basiswissen vermittelt.

An westdeutschen Hochschulen aber dauert es viele Jahre, bis ein Student der Naturwissenschaften die Grundlagen seines Fachs erlernt hat. Erst gegen Ende seines Studiums, frühestens bei den Vorbereitungen für die Examensarbeit, wird er an Forschungsaufgaben herangeführt.

Mit selbständiger wissenschaftlicher Arbeit beginnen die meisten jungen Naturwissenschaftler erst in einem Alter, in dem etwa der Nestor der deutschen Physik, Werner Heisenberg, bereits zum ordentlichen Professor ernannt wurde — mit 26 Jahren. Schon im Alter von 24 Jahren hatte Heisenberg bahnbrechende Forschungsarbeiten vollendet, für die er 1932 den Nobelpreis erhielt.

Nicht älter als 26 war auch Albert Einstein, als er 1905 die spezielle Relativitätstheorie entwickelte. Aber bis weit über dieses Alter hinaus finden heute deutsche Nachwuchswissenschaftler kaum Gelegenheit zu kreativer Arbeit: In den Lebensjahren, da ihre Fähigkeit zu schöpferischen Leistungen erfahrungsgemäß einem Höhepunkt entgegengeht, bleiben die Studenten mit Fakten-Pauken oder

* An einem Forschungsreaktor der TH München.



Schenken Sie formvollendet

Zum Beispiel diese Kaffeemühle

Sie wurde ausgezeichnet. Mit dem Zeichen der Gruppe 21. Und gehört somit zu den formvollendeten Gegenständen rund um den Tisch. Zum Besten, was 23 Hersteller aus ganz Europa und ihre namhaften Designer geschaffen haben. Eine internationale Jury bedeutender Fachleute (unter ihnen: Sigvard Graf Bernadotte, Prof. Lord Queensberry, Dr. Arthur Hald, Prof. Arnold Bode) entscheidet, welche Artikel das Zeichen der Gruppe 21 tragen dürfen. Und dadurch erkennbarer Maßstab werden. Für vollendete zeitlose Form. Für guten Stil also – und Geschmack.

BRAUN

Abenteuer Frische.

Erleben Sie es ganz mit SIR international ›irisch moos‹



Jeden Morgen ein Schuß Frische - Freiheit - Abenteuer!

Für 10 Minuten, bevor der Tag Sie einfängt, dieses herrliche
Gefühl aufregender Frische mit der neuen Serie für den Mann -
SIR international ›irisch moos‹.
Da steckt alles drin: Weite, Meer und Männerfreiheit.
Erleben Sie es ganz -
von Kopf bis Fuß! Frische Brandung auf der Haut.
Vitaler Duft, der Sie nicht mehr losläßt.

Ausgesprochen männlich.



SIR
international

mit der Anfertigung von Examensarbeiten beschäftigt, die ihren Neigungen oftmals nicht entsprechen.

Noch vor 30 Jahren konnten Chemie- oder Physik-Studenten ihr Studium nach durchschnittlich sieben bis acht Semestern abschließen. Heute jedoch haben nach 16 Semestern erst 56 Prozent der angehenden Naturwissenschaftler die Hochschulausbildung beendet — Physiker, die promovieren wollen, müssen sogar mit einer Studienzeit von 18 bis 20 Semestern rechnen.

Zehn Jahre Studium für einen Doktorhut in Physik — „das ist nicht mehr zu verantworten", so urteilt ein Hamburger Physik-Assistent. Und der Stuttgarter Chemie-Ordinarius Hellmut Bredereck, Präsident der Gesellschaft Deutscher Chemiker, konstatierte jüngst, daß auch „die explosive Entwicklung der Naturwissenschaften" eine solche Ausdehnung des Studiums nicht länger rechtfertigen könne — es sei an der Zeit, „die Studiendauer wieder auf ein vernünftiges Maß zurückzuschrauben".

Der Weg zu diesem Ziel muß nach Überzeugung der meisten Reformplaner zu einer Umgestaltung vor allem des Grundstudiums führen; dabei soll in den ersten Semestern nachgeholt werden, was während der Schulausbildung nicht gelingt: Da „das gleichartige Ausbildungsniveau" der Studienanfänger, wie der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) konstatiert, „erst in der Universität erarbeitet werden" kann, sollte das Anfangsstudium nach Ansicht vieler Hochschulpolitiker strenger organisiert und durch verbindliche Studienpläne reglementiert werden.

Als Muster für eine solche gestraffte Ausbildungsordnung dienen den Reformern die eher schulmäßigen Studiensysteme, wie sie etwa in Frankreich oder in den USA praktiziert werden. In Frankreich beispielsweise geht dem Studium der Physik ein sogenanntes Année Propédeutique voraus — ein einjähriges Vorstudium, das den Studenten die Grundlagen der physikalischen Wissenschaft vermittelt (Mechanik, Wärmelehre, Optik, Elektrizitätslehre).

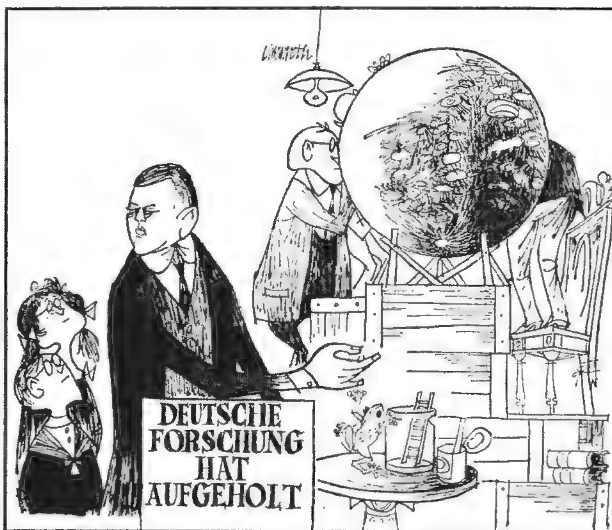
Erst nach Abschluß des Vorstudiums beginnen die Studenten mit der eigentlichen Physiker-Ausbildung; sie dauert planmäßig drei Jahre. Danach können die Jung-Physiker zwei weitere Studienjahre an einem wissenschaftlichen Institut absolvieren. In dieser Zeit hören sie Vorlesungen über Spezialgebiete der Physik und fertigen eine wissenschaftliche Arbeit an, die der Doktorarbeit in Deutschland gleichzusetzen ist.

Mit 23 oder 24 Jahren haben Frankreichs Physiker ihre Ausbildung beendet — etwa drei Jahre eher als deutsche Physikstudenten. Der Vorsprung verschafft den französischen Wissenschaftlern unter anderem eine günstige Startposition auf dem internationalen Arbeitsmarkt: „Wo immer wir uns in Europa bewerben", so klagte ein Hamburger Physik-Assistent, „die Franzosen waren schon vor uns da."

Wie in Frankreich, so ist auch in Amerika dem Hauptstudium der Physik eine Grundausbildung vorgeschaltet: die vierjährige College-Zeit. Das College vermittelt allerdings zunächst eine breite Allgemeinbildung; erst in den Oberklassen wird der Unterricht allmählich auf spezielle Fachgebiete wie Physik eingeengt. Bei der Wahl ihrer Studienfächer werden die College-Absolventen kontinuierlich von ihren Lehrern und Tutoren beraten.

Im Alter von durchschnittlich 21 Jahren wechseln die angehenden Physiker zur Universität über. Die Hochschulausbildung dauert maximal vier Jahre — im vierten Studienjahr können die Studenten ihre Doktorarbeit abschließen; die Vorarbeiten für die Dissertation nehmen etwa zwei Jahre in Anspruch.

Freilich, weder das französische noch das amerikanische Ausbildungsmodell könnte auf deutsche Universitäten übertragen werden. Für einen ähnlich lehrintensiven Studienbetrieb, wie er in den USA die Regel ist, fehlt an den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten westdeutscher Hochschulen die erforderliche Zahl von Professoren und Assistenten.



Die Welt

„Einige sind schon hinter dem Mond angekommen"

Während etwa an der amerikanischen Harvard-Universität gleichzeitig 13 Mathematik-Dozenten eine bestimmte Grundvorlesung halten, müssen an deutschen Universitäten naturwissenschaftliche Vorlesungen und Übungen häufig wegen Lehrermangels ausfallen. In den Fächern Mathematik, Physik, Chemie und Biologie, so errechnete der Wissenschaftsrat 1966 in seinen „Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970", müßten insgesamt 125 zusätzliche Lehrstühle eingerichtet werden, wenn der Unterrichtsbetrieb saniert werden soll. Den Gesamtbedarf an zusätzlichen naturwissenschaftlichen Lehrkräften — Professoren und Assistenten — bezifferte der Wissenschaftsrat auf 1041 Planstellen.

Gleichwohl ist die Zahl der Dozenten an manchen Hochschulen gesunken statt anzusteigen: An der Hamburger Universität etwa haben seit 1959 insgesamt sieben Mathematik-Professoren und -Dozenten ihre Stellen aufgegeben; im selben Zeitraum ist nur ein Professor neu berufen worden — die Zahl der Studenten hat sich hingegen in der Zeit seit 1959 verdoppelt.

In Hamburg wie anderswo sind es vor allem die wissenschaftlichen Assistenten, auf denen die Last der Lehre ruht. An der Universität Bochum etwa bestreiten die Professoren-Gehilfen rund 60 Prozent aller Lehrveranstaltungen. Viele Assistenten aber sehen in ihrer Lehrer-Tätigkeit ein lästiges Karriere-Hindernis: Nicht von ihrer Arbeit für den Unterricht, sondern in erster Linie von Forschungserfolgen hängt ihre künftige Hochschul-Laufbahn ab.

Etwa 60 Prozent aller naturwissenschaftlichen Assistenten, so ergab eine Umfrage an der Universität Mainz, fühlen sich in ihrer Forscherarbeit behindert. Hoffnung auf baldige Besserung ihrer Lage hegen die jungen Wissenschaftler nicht.

In einem Bericht des Umfrage-Instituts „infratest" wird die Stimmungslage der Jung-Akademiker so umschrieben: „Viele von ihnen befinden sich offenbar in einem Zustand, der kaum noch mit Unzufriedenheit charakterisiert werden kann — Hoffnungslosigkeit, ja Demoralisierung dürften ihn besser beschreiben."

Auch viele Studenten haben den Glauben an eine rasche Reform des desolaten Ausbildungssystems aufgegeben. Immer häufiger schließen sich an westdeutschen Universitäten angehende Naturwissenschaftler zu Experimentier-Gruppen zusammen, die neue Formen der Ausbildung erproben.

Physikstudenten in Hamburg haben damit begonnen, den Unterrichtsstoff anhand von Lehrbüchern gemeinsam durchzuarbeiten und zu diskutieren. Ihre Lehrer wählen die Schüler selber — ältere Semester oder Assistenten, die den Anfängern bei ihrem Selbststudium weiterhelfen.

Die Assistenten, unzufrieden wie die Studenten, teilten auch Seminarscheine aus. Zensuren schrieben sie nicht darauf.

IM NÄCHSTEN HEFT

Wird die Bundesrepublik Entwicklungsland? — Treiben die naturwissenschaftlichen Hochschulen noch Forschung? — Professoren werden Manager — Hungerlohn für junge Hochschulforscher — Kurzstudium für Industriewissenschaftler?

Das Licht kommt von Philips...

PLI 9145/2841

. . . das neuartige Licht der Hochdruck-Natriumdampflampen SON auf dem Vorfeld des Düsseldorfer Flughafens.

Hier starten und landen Tag und Nacht Maschinen aus allen Teilen der Welt. Pausenlos. Hier herrscht die erregende Atmosphäre von Heimkehr und Aufbruch. Tankwagen, Gepäckwagen und Zubringerbusse kurven geschäftig über das Vorfeld. Abfertigung und Wartung laufen mit der Präzision eines Uhrwerkes ab. Alles unter dem Vorzeichen absoluter Sicherheit. Hier muß es hell sein! Das beste Licht ist gerade noch gut genug - aber Licht, das niemanden blendet. Weder die Männer im Kontrollturm, noch die Piloten. Weder die Fluggäste, noch das Personal. Das Problem wurde optimal gelöst. Ein weiteres Beispiel für den fortschrittlichen Erfolg der Philips Lichtforschung auf dem Gebiet der Lampen- und Scheinwerfertechnik.

....nimm doch **PHILIPS**

PHILIPS



PRESSE

WÜRZBURGER KIRCHENZEITUNG

Nicht tragbar

Wer Franz Josef Strauß „maßlose Äußerungen" bescheinigt, ihn „in die Nähe der NPD" rückt und meint, daß er zu lange „auf Ministersesseln kleben" bleibt, der muß in Bayern um sein berufliches Fortkommen fürchten.

Werner Weitz, 26, Volontär des bischofseigenen „Würzburger Katholischen Sonntagsblattes", hatte nach dem Tier-Zitat des CSU-Vorsitzenden Strauß in einem Kommentar die Ansicht vertreten: „Das kann man nicht mit ‚bajuwarischer' Art entschärfen wollen." Und: „Was muß hier eigentlich geschehen, bis bei uns ein Politiker die notwendigen Konsequenzen aus seinem Fehlverhalten zieht?"

Am nächsten Tag meldete sich bei Weitz der Würzburger CSU-Vorsitzende Christian Will am Telephon: „Die CSU wird Ihre weitere Verwendung zu verhindern wissen."

Was Weitz geschrieben hatte, das hatten Abonnenten des katholischen Kirchenblattes in der Tat noch nie gelesen. Eher schon das Gegenteil: Chefredakteur Monsignore Helmut Holzapfel leitartikelte vor der letzten bayrischen Landtagswahl nämlich so: Die NPD solle „der FDP hoffentlich so viele Stimmen abjagen, daß sie die Zehn-Prozent-Hürde nicht mehr überspringen kann".

Nach öffentlichen Protesten wurde der NPD-Freund damals vom Sprecher der Diözese, Domkapitular Theodor Kramer, in Schutz genommen: „Welcher Redakteur wäre gegen ein Ausrutschen seiner Feder gesichert?" Im übrigen sei die Kirche „liberal genug, ihrer Sonntagspresse jene Pressefreiheit zuzugestehen, welche eine Vorzensur ausschließt".

Die Freiheitsprinzipien des Domkapitulars gelten offenbar nicht für Strauß-Kommentare. Weitz, der am 1. Dezember 1968 als Volontär ins Würzburger Bischofsblatt eingetreten war, tat sich jedenfalls schon schwer, seinen Artikel überhaupt in Satz zu geben. Verlagsgeschäftsführer Leo Meister vom CSU-nahen „Fränkischen Volksblatt", bei dem die Kirchenzeitung im Lohndruck hergestellt wird, legte Weitz nahe, auf den Kommentar ganz zu verzichten. Weitz blieb hart — am Dienstag vorletzter Woche wurde gedruckt.

Schon tags darauf legte der CSU-Kreisgeschäftsführer Ludwig Altenhöfer, der unter dem Pseudonym Viktor Petit in der reaktionären „Deutschen Tagespost" die SPD als „kommunistische Leichenschänder" zu verunglimpfen pflegt, Weitz eine viereinhalbseitige „Gegendarstellung" vor. Und wie Kreisvorsitzender Will, so forderte auch Altenhöfer alsbald „personelle Konsequenzen".

Domkapitular Kramer, der sich bei Holzapfels NPD-Schreibe für die kirchliche Pressefreiheit stark gemacht hatte, zeigte sich nun CSU-hörig: „Politik ist in einer Kirchenzeitung nicht tragbar. Da ist man der CSU vor den Wahlen in den Rücken gefallen." Und mit einem Mal war er auch für Vorzensur: Die nächste Nummer des Kirchenblattes wurde vom Ordinariat in eigener Regie gemacht: Weitz mußte alle Manuskripte der bischöflichen Behörde vorlegen.



Kirchenblatt-Kommentator **Weitz**
Vorzensur nach Apo-Nummer

Dies freilich war der CSU noch nicht genug. Der gelernte Theologe und Germanist Weitz, der sein journalistisches Volontariat Mitte September bei der katholischen Nachrichtenagentur KNA in München und Rom fortsetzen möchte, soll nach Ansicht der christlich-sozialen Unterfranken nirgendwo mehr schreiben dürfen. Will über die berufliche Zukunft von Weitz: „Was in meiner Kraft steht, werde ich tun, um seine Entsendung nach Rom zu blockieren." Denn: „Der hat doch aus dem Sonntagsblatt eine reine Apo-Nummer gemacht."

Über die Zukunft des Journalisten Weitz entscheidet freilich die KNA-Zentrale in Bonn. KNA-Chefredakteur Konrad Kraemer: „Was da in Würzburg passierte, ist doch alles hanebüchen und an den Haaren herbeigezogen. Die Würzburger CSU wird mich an der Einhaltung meines Vertrages mit Weitz nicht hindern."

FRANKFURTER ALLGEMEINE

So lebhaft

Dr. Wilhelm Throm, 62, Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" („FAZ") in Düsseldorf, hörte „aus seriöser Quelle" eine unseriöse Geschichte: Bei den wilden Streiks in den Dortmunder Hoeschwerken sei auch die Privatvilla des Vorstandsvorsitzenden Fritz Harders von „Aufrührern" bestürmt worden; Frau Ulla Harders habe „mit einer Pistole in der Hand" ihr Heim verteidigt.

Die Pistolen-Story war Throm „so außerordentlich lebhaft geschildert" worden, daß er „keinerlei Zweifel an der Richtigkeit hatte". Obwohl der Vorfall sich schon sechs Tage zuvor zugetragen haben mußte und Throm mithin nicht unter dem Zeitdruck einer Tagesaktualität stand, verzichtete er darauf, seine Informationen zu überprüfen.

Ungeprüft kabelte Throm — der laut „FAZ" von „jüngeren Kollegen erwartet, daß alles bis aufs I-Tüpfelchen exakt erfaßt ist" — die Geschichte an die Frankfurter Zentrale. Die „FAZ"-Redaktion, die nach eigenem Bekunden einen „guten, aufrechten Stil" schätzt, sah ebenfalls keinen Grund, Throms Dortmunder Erzählungen noch einmal nachzuprüfen. Der für Politik verantwortliche Redakteur Dr. Hermann Ruelius: „Dafür ist uns Throm ein zu guter, seriöser Mann."

Am Dienstag letzter Woche stand die Geschichte über Ulla Harders und ihre Pistole, in der das Revier wieder mal so gewalttätig wie in den Gründerjahren erschien, als Aufmacher direkt unter dem Fraktur-Titel der „FAZ". Und wiederum ungeprüft druckte am nächsten Tag Springers „Bild" („Frau Harders verscheuchte sie") in Hamburg die „FAZ"-Pistole nach.

Nur die Dortmunder „Ruhr-Nachrichten" hatten Zweifel. Sie überprüften schließlich durch eigene Recherchen, was aus seriöser Quelle über einen seriösen Korrespondenten in die seriöse „Zeitung für Deutschland" gerückt worden war.

Die „Ruhr-Nachrichten" fragten zu dem „Sensationsartikel" der „FAZ" das Büro Harders (Anwort: „Das stimmt nicht"), den Hoesch-Generalbevollmächtigten Erich Vogel („Überlegungen, Kombinationen und auch Spekulationen"), die Polizei („Frau Harders hat die streikenden Arbeiter nie zu Gesicht bekommen") und einen Hoesch-Arbeiter („Alles gestunken und gelogen"). Fazit der „Ruhr-Nach-



Harders-Villa bei Dortmund
Pistole aus seriöser Quelle

richten": „Es bleibt nicht viel, was den Wahrheits-Test besteht."

Dies erkannte am Donnerstag letzter Woche — zwei Tage nach Erscheinen seines Artikels — auch „FAZ"-Korrespondent Throm. Nach Beginn der SPIEGEL-Recherchen lotete er seine „seriöse Quelle" noch einmal aus: Der Gewährsmann, so erfuhr er nun, habe „in der Aufregung vergessen zu sagen, daß es zu der Pistolenaktion der Frau Harders gar nicht gekommen sei".

In der „FAZ"-Ausgabe vom Freitag letzter Woche berichtigte Throm seinen eigenen Bericht: Eine Konfrontation von Frau Harders mit den Demonstranten, erfuhren nun die „FAZ"-Leser, habe „glücklicherweise" gar nicht stattgefunden.

Nur einer bedauerte das: Fritz Berg, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Berg am Freitag letzter Woche bei einem Empfang der Industriekreditbank in Düsseldorf: „Die hätte doch ruhig schießen sollen, einen totschießen, dann herrschte wenigstens wieder Ordnung."

VERBÄNDE

HOCHSCHULGESELLSCHAFT

Alles getan

Daimler-Benz war der „vertraulich" gegebene Hinweis, „die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist in Gefahr", 10 000 Mark wert. Maggi würzte das Versprechen einer „klaren Vernunftspolitik" mit 1000 Mark. Und die schwäbischen Porsche-Tüftler honorierten die Zusage, „den SDS zur Räson zu bringen", immerhin noch mit 500 Mark.

Die Firmen stifteten das Geld, als die Heidelberger „Hochschulgesellschaft e. V. für die Erneuerung der deutschen Universität" um Spenden für einen gezielten Kampf gegen den SDS einkam — eine Sammlung, die Heidelbergs studentische Linke als Lehrstück dafür wertet, wie „mit der Behauptung, eine Strategie gegen die Studentenbewegung in der Tasche zu haben, jeder Spinner die Taschen der Industrie erleichtern kann".

Tatsächlich hatte die Gesellschaft in ihrem Bittbrief an die Industriellen „eine gut koordinierte Generalstabsarbeit" gegen „Guerillataktiker" verheißen. Als Generalstäbler empfahl sich mit einem längeren Exposé über „Notwendigkeit und Grundzüge einer Strategie zur Erhaltung der durch den SDS bedrohten Freiheitsräume" das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Heidelberger Hochschulgesellschaft, Harm Rösemann, 37.

Die Konzeption des Strategen:

▷ „keine öffentlichen Diskussionen mehr mit, über oder gegen den SDS";

▷ „störungsunempfindliche konkrete Reformdiskussionen an allen westdeutschen Hochschulorten" und

▷ „ein Programm von gegen den SDS durchzusetzenden öffentlichen Veranstaltungen".

„Dies Programm", so Rösemanns Ruf an die Kapitalisten, „benötigt dringend finanzielle Unterstützung." Er fand Gehör. Wie Daimler, Maggi und Porsche zeigten sich noch dreißig weitere Unternehmen „spendenwillig" (Rösemann) — darunter, laut Liste der Hochschulgesellschaft, die Chemischen Werke Hüls mit 10 000 Mark, die Frankfurter Degussa und der rheinische Waschmittelkonzern Henkel mit je 5000 Mark, der Zähne-Weißmacher Blendax und die Kundenkreditbank Düsseldorf mit je 1000 Mark.

Der Spenden-Chef der Kreditbank Karl Fincke hatte sich von einem Berater sagen lassen, daß „es so an den Universitäten nicht weitergehen kann". Zwar hatten den Herren zunächst „die NPD-Töne in dem Bittbrief gar nicht geschmeckt", doch ein Gespräch mit Rösemann brachte die Überzeugung, daß „sachliche Alternativen" gesucht würden. Blendax-Stifter Gustav Stritter glaubte, „es wäre mal ganz gut, wenn mal die andere Seite propagandistisch vorgehen" könnte.



Spendensammler **Rösemann**
Generalstabsarbeit gegen Guerillas

Auch von der „Berliner Handelsgesellschaft" und der „Allgäuer Alpenmilch" floß Anti-SDS-Geld in die Kasse des Vereins, in dessen Beirat neben anderen FDP-Professor Ralf Dahrendorf und SPD-Unternehmer Philip Rosenthal sitzen.

Sein Ziel, 200 000 Mark, erreichte Rösemann dennoch nicht. Es kamen nur 78 000 Mark zusammen. Damit aber fing der Sammler gar nicht erst an, sondern verwendete die Mittel nach eigenem Bekunden „für andere Reformvorhaben".

Nicht ganz planmäßig war auch eine andere Geld-Aktion gelaufen, die sich Rösemann ein halbes Jahr vorher ausgedacht hatte — damals eher zugunsten des SDS.

Als „förderungswürdige Projekte" galten beispielsweise „das Veranstaltungsprogramm einer kritischen Universität" und ein „Reformprogramm für die Ausbildung junger Polizisten". Gedacht war an zehn Projekte, die etwa zwei Jahre lang durch Zuschüsse von Reichen finanziert werden sollten: jeweils mit 50 000 bis 500 000 Mark. Auch dieses Vorhaben wurde mangels Masse aufgegeben.

So versandeten die Pläne der Hochschulgesellschaft, die 1963 gegründet worden und ein Jahr später mit einem „Aufruf zur Errichtung einer neuen deutschen Universität" erstmals an die Öffentlichkeit getreten war. Die „Vereinigten Reformer", die mit „mehreren tausend Personen" ihr Konzept verwirklichen wollten, konnten nur knapp 400 Mitglieder einschreiben. Und deren Kasse stimmte nie. 38 111,09 Mark wurden zum Beispiel 1967 aufgebracht, während Rösemann und sein Beirat für eine wirkungsvolle Arbeit eine Viertelmillion pro Jahr veranschlagt hatten.

Pläne-Schmied Rösemann, der sich selbst für einen „phantasievollen Neurotiker" hält, wollte freilich alle Kampagnen immer „nur in Gang bringen und dann weitergeben". Den diplomierten Chemiker, späteren Studenten der Neu-Philologie und Asta-Vorsitzenden der Universität München hatten die „schreiende Unvernunft und die penetrante Unmenschlichkeit des Hochschulsystems auf die Barrikaden" getrieben. Und weil er fest überzeugt ist, daß „mit guten rationalen Gründen unerhörte Einbrüche auch ins Establishment zu erzielen" seien, startete er im Februar seine vorerst letzte Aktion.

„Halb aus Berechnung, halb humanitär" (Rösemann) stieg er in eine Hilfsaktion Heidelberger Bürger zugunsten Biafras ein. Zunächst sprach er von 200 000 Mark, die durch eine moderne Werbekampagne flüssig zu machen sein müßten. Bald hielt er auch 500 000 Mark Spendenaufkommen von 122 000 Heidelbergern für keineswegs utopisch. Von dieser Summe wollte der phantasievolle Altruist jedoch 100 000 Mark für „Werbung und Verwaltung, Information und Politik" abzweigen. Das nahm ihm das Biafra-Komitee übel. Der Spesenaufwand erschien ihm zu hoch, und es erstattete Rösemann von verauslagten 9200 Mark nur 2500.

Mit 64 000 Mark von der Ford-Foundation für Arbeiten über Department-Bildung im deutschen Hochschulwesen alimentiert, hat sich Rösemann nunmehr wieder innerdeutschen Problemen zugewendet — mit abermals veränderter Zielsetzung.

Unter dem Arbeitstitel „Rettet die Revolte, sie wird noch gebraucht" analysiert er die Lage in einem Werk, das Ende September veröffentlicht werden soll. Außerdem will er „Universitäts-Reformprojekte" ausarbeiten, „die woanders nicht gemacht werden" (Rösemann).

Für dieses Vorhaben braucht er selbstverständlich Mäzene, und er weiß auch schon, wo er sie finden wird: „Das Hauptgeld", sagte er, „muß doch durch Spenden aus der Industrie kommen."

Energie-Schlüssel

Sie verschenken täglich einen großen Teil Ihrer Energie.
Wir verkaufen sie Ihnen wieder.

Sie haben mehr Energie als Sie ahnen.
Energie, die ungenutzt ist.
Vitaproton macht diese Energien frei!
Sie spüren die Wirkung in wenigen Minuten.
Und stundenlang.
Vitaproton ist der Schlüssel
zu Ihrer eigenen Energie.
Vitaproton - für Menschen,
die mehr leisten wollen
als andere.

Westburg Arzneimittel, Bad Godesberg





Nur in Apotheken

BUNDESWEHR

MANÖVER

Reiches Lob

Der Wanderzirkus „Karelli“ gastierte im hessischen Dorfe Goddelsheim in ungewohnter Nachbarschaft: Rings um Manegen-Zelt und Wohnwagen lagerten Soldaten bei ihren Gefechtsfahrzeugen. Landser fütterten die Zirkusgäule mit Kommißbrot. Nur ein Lama spuckte hochnäsig auf alles Uniformierte. Sonst aber spuckte niemand. Im Gegenteil, es wurde viel gelobt.

Im Manöver des III. Korps, „Großer Rösselsprung“, spendeten Politiker, Generale und Nato-Beobachter überreichliche Anerkennung.

In der vorigen Woche übten zwischen Fulda und Paderborn 65 300 Mann mit 15 480 Fahrzeugen die Abwehr eines roten Angriffs auf das Ruhrgebiet. Hierbei halfen ihnen eine belgische Infanterie-Brigade und ein Fallschirmjäger-Bataillon. Die Franzosen schickten ein Artillerie-Bataillon, während die amerikanischen Nato-Brüder Panzeraufklärer und je ein Bataillon Infanterie und Artillerie beisteuerten. Manöverkosten: rund zehn Millionen Mark.

Eingedenk des Schlieffen-Wortes „Die Seele aller Kampfführung ist die Vernichtung des Feindes durch Angriff“, ließ der Kommandierende General des Koblenzer Korps, Gerd Niepold, zwei Divisionen sich gegenseitig attackieren.

Die rote 7. Panzergrenadier-Division des Zwei-Sterne-Generals Karl-Theodor Molinari durchkämpfte den Solling, überschritt südlich Höxter auf vier Kriegsbrücken die Weser und ging weiter nach Westen vor.

In dieser brenzligen Lage entschloß sich die blaue Führung mit der 2. Panzergrenadier-Division des Generalmajors Ernst Ferber, den Feind von Süden her in seiner linken Flanke zu packen. Gleichzeitig sprang die blaue Fallschirmjäger-Brigade 26, verstärkt durch die belgischen Paras, zur Nachtzeit vor die Angriffsspitzen des Feindes. So gestoppt, konnte der Flankenstoß sich voll auswirken.

Nachdem am Freitagnachmittag Freund und Feind in der Warburger Börde sich hoffnungslos ineinander verbissen hatten, befahl die Manöverleitung: „Das Ganze halt!“

Eine Euphorie der Selbstzufriedenheit breitete sich nun aus. Alles wurde gelobt und bewundert. Die einsatzfreudige Truppe, ihre vorzüglichen Leistungen, die modernen Waffen, das hochwertige Gerät — und die freundliche Zivilbevölkerung. Denn sie winkte am staubigen Straßenrand und bewirtete verschwitzte Platzpatronenkrieger mit Kaffee und Kuchen. Die Apo demonstrierte nicht.

So hatte wieder einmal die Bundeswehr — wie in jedem Jahr bei ihren Korps-Manövern — ein ungetrübtes Bild des deutschen Soldaten gezeigt.

Noch ehe der erste Panzer rollte, bevor der erste Schuß krachte, verkündete denn auch Oberbefehlshaber Gerhard Schröder auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne: „Der Wert der deutschen Streitkräfte ist weiter gestiegen. Das wird auch international anerkannt.“

Nach den einleitenden Gefechten im Weserbergland zog General Niepold die erste Bilanz: „Ich habe meine Freude daran.“

Der Kommandeur des roten Panzer-Bataillons 214: „Es läuft alles prima, die Jungs sind mit Begeisterung dabei, obwohl sie kaum geschlafen haben.“

Ein wenig skeptischer konstatierte Generalleutnant Albert Schnez, Inspekteur der Landstreitkräfte: „Das Bleigewicht der Tatsachen hemmt etwas die Geistesflüge. Aber ich sehe positive Anzeichen.“

Die Selbstzufriedenheit von Führung und Truppe wirkt übertrieben. Zwar: Die sonst an chronischem Personalmangel leidenden Einheiten erschienen vollständig und gefechtsbereit auf dem Schlachtfeld. Einberufene Reservisten mußten die Lücken schließen. Die am Manöver nicht beteiligten Korps liehen ganze Verbände in Nachbarschaftshilfe aus.

Aber nicht alle Manöverziele konnten erreicht werden. Der Ausbildungsstand ließ zu wünschen übrig. Obwohl es der Leitung, ihrem Konzept entsprechend, gelang, die Brigaden und Bataillone in großräumigen Bewegungen zu verschieben, sah man dennoch die üblichen unkriegsmäßigen Manöverbilder.

Da nämlich Offiziere ohne Kriegserfahrung heute die Kompanien und auch schon Bataillone führen, werden den jungen Soldaten die Gefahren feindlicher Waffenwirkung nicht mehr drastisch geschildert. Es fehlt dem Führernachwuchs an Phantasie, sich die verheerenden Folgen etwa eines feindlichen Feuerüberfalls auf ihre ungedeckte und schlecht getarnte Stellung auszumalen.



Manöversoldat
Gehemmte Geistesflüge



Der alte Erfahrungsgrundsatz, daß jede Truppe sich zu jeder Zeit und an jedem Ort vor überraschend auftauchendem Feind zu sichern hat, droht in Vergessenheit zu geraten.

Ein Kompaniechef, auf solche Unterlassungen angesprochen: „In Wirklichkeit hätten wir natürlich Feldposten aufgestellt.“

Der Kommandeur eines Panzer-Bataillons, dessen „Leoparden“ bei hellem Sonnenschein im offenen Gelände herumstanden: „Wenn Flieger kommen, ziehen wir schnell die Tarnnetze über — die Jabos fliegen so schnell, daß sie uns doch nicht sehen.“ Luftraumspäher — zur Sicherung gegen überraschend anfliegende Jagdbomber — scheint es bei der Bundeswehr nicht mehr zu geben.

Gefechtsstände verharren stundenlang am selben Ort, unbekümmert um die feindliche elektronische Aufklärung, die ihren Funkverkehr anpeilen, den Standort ausmachen und bekämpfen kann.

Ist die Angst vor dem Manöverfeld auch gering, so fürchten Soldaten aller Dienstgrade Flurschadenersatz fordernde Landeseinwohner um so mehr. Das schnelle Eingraben während des Gefechtes darf deshalb in solchen Manövern nicht geübt werden.

Manöver von Großverbänden dienten schon immer dem Zweck, den Ausbildungsstand und den Grad der Gefechtsbereitschaft zu testen. Beim „Großen Rösselsprung“ wollte die Heeresführung außerdem wissen, ob während weiträumiger Bewegung Marschkolonnen schnell in andere Richtungen umdirigiert werden können. Als Feuerwehr des Korps fungierte zudem versuchsweise ein neugebildetes Panzer-Regiment und eine luftbewegliche Brigade.

Ergebnis: Der „Große Rösselsprung“ mag zwar der Führung wichtige Erkenntnisse vermittelt haben. Für die Gefechtsausbildung wurde jedoch wenig profitiert. Generalmajor Ernst Ferber: „Aber wie es auch kommt, es übt kolossal!“





K11224

Sparbüchse

Luftfilter aus Hostalen PP sind Sparbüchsen. Bis zu einem Drittel beträgt die Gewichtsersparnis gegenüber Metall.

Hostalen PP ist durchgehend eingefärbt. Man spart die Arbeitsvorgänge beim Lackieren. Und auch die Herstellung selbst ist einfacher: kein Tiefziehen kein Stanzen, kein Einfetten und Entfetten. Die Einzelteile des Luftfilters werden in einem Arbeitsgang hergestellt. Luftfilter aus Hostalen PP korrodieren nicht und zeigen keine Ermüdungserscheinungen.

Sparen Sie Zeit und schreiben Sie uns, wenn Sie ein zuverlässiges Material für rationelles Arbeiten suchen:
Farbwerke Hoechst AG, Verkauf Kunststoffe,
Entwicklungsgruppe, 6230 Frankfurt (M) 80

®Hostalen PP

Hostalen PP - ein Kunststoff von Hoechst

Besuchen Sie uns auf der IAA, Frankfurt,
11.–21. September 1969, Hoechst-Pavillon.

Warum sich Osram freut, daß die Leute von SCM so oft kommen.

Je besser der Service, desto besser der Kopierautomat.

In den Osram-Niederlassungen sind die Service-Leute von SCM gern gesehener Besuch. Wenn wir kommen, weiß jeder, daß die Kopierautomaten in Ordnung sind. Denn wir tauchen nicht erst auf, wenn etwas passiert ist. Wir schauen unsere Kopierautomaten ständig nach, damit erst gar nichts passiert. Und wenn wir unsere Ersatzteile hundertmal umsonst mit uns herumschleppen.

Soviel Mühe machen wir uns, obwohl der SCM-Wartungsdienst völlig kostenlos ist. Denn für SCM-Kopierautomaten bezahlen Sie keine Miete, keinen Service, keine Ersatzteile und keine Zubehörteile. Nur für die Kopie bezahlen Sie etwas. Deshalb soll sie auch immer fabelhaft gut sein.

Nicht nur bei Osram.

Diesen Witz darf nur lesen, wer auch die Anzeige gelesen hat. Und wer das nicht tut, wird nichts zu lachen haben.



„Meine Herren, ich bitte alle, die einer Gehaltserhöhung für den jungen Neumann zustimmen, um ein deutliches ‚Ja'!"

SCM Deutschland GmbH, 6 Frankfurt, Nibelungenplatz 3
Service-Zentralen von SCM in jeder größeren Stadt

SCM – internationale Büromaschinen zum Schreiben, Rechnen und Kopieren



„IST DAS NIX, WENN WIR KOMMEN?"

Hermann Schreiber mit Bundespräsident Heinemann im Manöver

Ganz unmilitärischer Beginn: Übernachtung bei Verwandten. Der Bundespräsident ist von der Frankfurter Automobilausstellung, wo er sich mächtig über die Drängelei der Photographen geärgert hat, auf einem Umweg über Friedrich Eberts Grab nach Winterberg im Sauerland gefahren. „Im Anmarsch auf den Krieg" ein bißchen Familie: Heinemann hat zwei Schwestern in Winterberg.

Unterwegs zum „Großen Rösselsprung" kursiert, unter Rotorengedröhn, eine (wahre) Manöver-Anekdote: Zwei Offiziere des „roten" Panzer-Bataillons 214 liegen nach einem Nachtangriff müde neben ihren Panzern. Maulfauler Dialog. Der Oberleutnant: „Bundespräsident kommt morgen. Da erwarte ich mir was von." Der Hauptmann: „Ja, eine Rede." Der Oberleutnant: „Heuss hat damals gesagt: Nun siegt mal schön." Der Hauptmann: „Dann wird Heinemann wohl sagen: ‚Nun stellt euch mal schön in Frage.'"



Manövergast **Heinemann**
„Das war die Front, Herr Präsident"

Das sagt er nicht. Sein Standpunkt zur Bundeswehr ist hinlänglich bekannt. Mehr kann, mehr will er auch bei einem Truppenbesuch nicht sagen. Aber zweifellos wird mehr erwartet.

Die Differenz äußert sich im Atmosphärischen. Es ist die uralte Differenz zwischen Zivilisten und Militär. Und Gerhard Schröder, der Gastgeber, macht sich einen Genuß daraus, als Mittler zu brillieren.

Nach dem ersten Halt im Gelände — gepanzertes Gerät querte die Straße — sagt Heinemann: „Also, das Verkehrshindernis ist beseitigt. Ich fahre weiter." Schröder korrigiert das „Verkehrshindernis" schnell: „Das war die Front, Herr Bundespräsident."

Später, zwischen Wrexen und Scherfede, soll ein Nachrichtenmann sein Sprechfunkgerät demonstrieren, soll die nächste Einheit anrufen. Heinemann: „Melden Sie den Überfall durch den Bundespräsidenten." Der Mann tut es: „Edeltanne eins an Edeltanne zwei. Der Bundespräsident ist soeben bei Edeltanne eins angekommen." Gerhard Schröder beiseite: „Und verteilt Zigaretten."

Aber er hatte gar keine Zigaretten. Deshalb Unsicherheit im Gefolge des Präsidenten: Hätte man für Mitbringsel sorgen sollen? Die Sache war im Amt nicht vorbesprochen. Eine Schachtel Atika wird Heinemann eilends zugesteckt. Beim nächsten Stopp bietet er haushälterisch daraus an: „Also, zur Stärkung der Gemüter. Geben Sie Ihren Kameraden auch eine." Die Atika-Schachtel kreist unter allseitiger, hinweggelächelter Verlegenheit.

Auf einer von Pionieren über die Weser geschlagenen Brücke meldet der zuständige Feldwebel korrekterweise: „Keine Vorkommnisse."

Das nimmt Heinemann wörtlich. „Keine Vorkommnisse? Ist das nix, wenn wir kommen?"

Es hapert halt ein bißchen mit der Verständigung. Wenn der Präsident nach der „Charge" eines militärischen Gesprächspartners fragt, muß Maizière übersetzen: „Der Herr Präsident fragt nach Ihrem Rang." Auch die Chiffrensprache der modernen Armee perplexiert den „etatmäßigen Kanonier des letzten Königs von Preußen" Heinemann, dessen „militärische Erfahrungen gleich Null" sind. Aber man hilft sich gegenseitig, man ist nett zueinander.

Einmal imponiert der Bundespräsident Heinemann seiner militärischen Begleitung sogar ausgesprochen. Das geschieht in Lippoldsberg, wo die Photographen ihn dergestalt von einer angetretenen Formation abdrängen, daß ein herumgeschubster Uniformträger arglos die Meinung äußert, sie seien ja „wie die Tiere".

Und dann hört man den Zivilisten Heinemann plötzlich brüllen: „Das ist ja wie gestern auf der Automobilausstellung! Bin ich denn immer nur das Schaustück? Das kann einem ja die Laune verderben, wie ihr euch hier aufführt!" Für so einen Saustall, findet er später, immer noch wütend, seien schließlich die Feldjäger da.

Die Feldjäger treten denn auch in Tätigkeit. Und die höheren Herren der militärischen Begleitung verstummen in freudiger Verblüffung. Sieh man an, der Heinemann! Der sorgt ja für Ordnung! Und brüllen kann er auch! Hat man dem Mann am Ende Unrecht getan . . .?



Das Programm der 19 besten Mercedes-
Um ein Stückchen Zukunft.

Wir gehen einer vielversprechenden Autozukunft entgegen. Dafür haben unsere Konstrukteure gesorgt. Sie haben experimentiert. Mit Ideen und Phantasie. Das Ergebnis ist der Mercedes-Benz C 111. (So heißt dieses Versuchsfahrzeug bei uns im Werk. An eine endgültige Modellbezeichnung ist noch nicht zu denken.)

Der C 111 hat das Zeug zu einem Auto, wie es noch keines gegeben hat. Fast zu phantastisch. Deshalb bleibt er vorerst ein Versuchsfahrzeug. Es ist absolut unmöglich zu sagen, wann seine Ideen serienreif sein werden.

Bleiben wir deshalb bei der vielversprechenden Gegenwart. Bei unseren bisher besten Autoideen, deren technische Gesamtleistung noch in keinem einzigen Fall übertroffen worden ist. Auch von uns noch nicht.

Das sind die besten Mercedes-Benz Ideen:

200 D	55 PS/DIN	280 SL	170 PS/DIN
220 D	60 PS/DIN	280 SE Cabriolet	160 PS/DIN
200	95 PS/DIN	280 SE Coupé	160 PS/DIN
220	105 PS/DIN	280 SE 3.5* Cabriolet	200 PS/DIN
230	120 PS/DIN		
250	130 PS/DIN	280 SE 3.5* Coupé	200 PS/DIN
250 C	130 PS/DIN	300 SEL 3.5*	200 PS/DIN
250 CE	155 PS/DIN	300 SEL 6.3	250 PS/DIN
280 S	140 PS/DIN	600	250 PS/DIN
280 SE	160 PS/DIN	600 Pullman	250 PS/DIN

* Neuer 3,5 l V8-Motor mit elektronisch gesteuerter Benzineinspritzung.



Benz Ideen ist etwas größer geworden.

Und das alles steckt in dem Stückchen Zukunft, das C 111 heißt:

Eine Karosserie aus glasfaserverstärktem Kunststoff, mit Flügeltüren, mit Schalensitzen, mit versenkbaren Scheinwerfern, mit stählernem Überrollbügel.

An den Längsseiten sind Seitentanks untergebracht. Inhalt 2mal 60 Liter.

Der Mittelmotor ist eine Dreischeiben-Wankel-Maschine mit ca. 280 PS/DIN.

Damit liegt die Höchstgeschwindigkeit über 260 km/h. Das Fahrzeug hat ein Fahrwerk, das diese Traumwerte sehr gut vertragen kann:

Die Hinterachse ist eine völlig neu konzipierte Rennachse. Die Vorderachse ist ebenfalls eine Neukonstruktion.

Alle Räder sind einzeln aufgehängt. Alle Räder haben innen belüftete Scheibenbremsen.

Das Hauptgewicht des Wagens liegt zwischen den Achsen. Seine Höhe beträgt nur 112,5 cm.

Die Autozukunft kann also beginnen. Wir sind sicher, daß sie genauso wird, wie es unsere Gegenwart ist:

vielversprechend.



Mercedes-Benz Ihr guter Stern auf allen Straßen

PARTEIEN

NORDRHEIN-WESTFALEN

Nö, nö, nö

Die Entscheidung fällt im Westen. Ob Adolf von Thaddens langer Marsch auf Bonn gestoppt werden kann oder nicht, wird sich vor den Toren der Bundeshauptstadt erweisen: im Industrierevier an Rhein und Ruhr.

Darüber ist sich der NPD-Führer mit seinen demokratischen Widersachern einig: Wenn die Kumpel und Stahlwerker bei der Wahl am 28. September die Rechten links liegen lassen, dann wird es im nächsten Bundestag keine nationaldemokratische Fraktion geben — und Parteichef Thadden müßte als „unausweichliche Konsequenz" (Thadden) abdanken.

Es genügte schon, so errechnete Nordrhein-Westfalens SPD-Ministerpräsident Heinz Kühn, daß der Stimmenanteil der Nationaldemokraten im volkreichsten Bundesland (11,5 Millionen Wähler) unter 2,5 Prozent bleibt, um die NPD scheitern zu lassen. Kühn: „Das werden wir schaffen."

Wie Kühn kalkuliert auch Thadden: „Wenn wir in Nordrhein-Westfalen keine drei Prozent kriegen, dann kommen wir im Bundesdurchschnitt wohl kaum auf fünf."

Die Rechnung basiert darauf, daß ungefähr ein Drittel aller Wählerstimmen in Nordrhein-Westfalen anfällt und daß also der Prozentsatz, den eine Partei hier erringt, über den Anteil entscheidet, den sie im gesamten Bundesgebiet erhält. Geht man von den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen im übrigen Bundesgebiet aus, so bekäme die NPD ohne das nordrhein-westfälische Potential bereits einen Zweitstimmen-Anteil von mehr als vier Prozent. In Nordrhein-Westfalen benötigte die Partei dann immer noch einen Schnitt von etwa 2,5 Prozent, um die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen.

In Nordrhein-Westfalen wiederum fallen die Würfel im übervölkerten Kohlenpott. Das hat auch Thadden erkannt: „Die Hauptstimmblöcke müssen aus diesem Industriegebiet kommen. Gute Ergebnisse in der westfälischen Provinz würden schlechte Ergebnisse im Revier nicht kompensieren können."

Freilich, wie stark oder wie schwach die rechtsgewirkte Partei im Pütt wirklich ist, das weiß NPD-Thadden sowenig wie SPD-Kühn. Denn anders als in den anderen Bundesländern sind die Nationaldemokraten in Nordrhein-Westfalen einem ernsthaften Wahltest bisher nicht unterzogen worden:

Nach der Bundestagswahl 1965, bei der die damals noch im Aufbau begriffene Partei mit 1,1 Prozent so schlecht wie in keinem anderen Bundesland abgeschnitten hatte, vermied sie es, sich im Jahr darauf zu den Landtagswahlen zu stellen. Lediglich bei einigen lokalen Wahlen im Westfälischen machte sie mit; doch nur im Landkreis Unna erzielte sie im März 1968 ein eindrucksvolles Ergebnis: 11,57 Prozent.

Damals, während der Talsohlenfahrt der bundesdeutschen Wirtschaft, war die NPD auf der Höhe. Selbst im roten Ruhrrevier drohten die Werktätigen, von Zechenstillegungen und Arbeitslosigkeit geängstigt, rechtsum zu machen. Doch im selben Maße, wie es mit der Wirtschaft wieder bergan ging und Kohlen und Kumpel wieder knapp wurden, ging es mit der NPD bergab. Karl-Heinz Trojahn, Betriebsratsvorsitzender bei der Zeche „Hugo" in Gelsenkirchen-Buer, letzte Woche: „Diese Partei ist wie ein Spuk verschwunden."

In den Krisentagen des November 1967 hatte Trojahn noch prophezeit: „Wenn morgen gewählt würde, dann würden 40 Prozent auf ‚Hugo' für die NPD stimmen." Heute konzediert Trojahn den Nationaldemokraten „auf gar keinen Fall mehr als zwei Prozent der Stimmen".

Bürgermeister Horst Niggemeier aus Datteln, Pressechef der Industriegewerkschaft Bergbau, befürchtete 1967: „Am Wahltag wird es sein wie vor 33." Niggemeier jetzt: „Die Lage hat sich seitdem geändert. Die Arbeiter sind überhaupt nicht mehr bereit, sich von der NPD ansprechen zu lassen. Meine Prognose für die Wahl: Die NPD bleibt im Ruhrgebiet weit unter einem Prozent."

So sagen es alle Funktionäre. Reinhard Bulitz von der IG Metall in Duisburg über die NPD: „Hat hier zur Zeit nichts zu bestellen." Betriebsratsvorsitzender Kurt Tonk vom Kraftwerk „Bismarck" in Gelsenkirchen: „Die haben überhaupt keine Chancen." Betriebsrat Joachim Keutel von der Zeche Recklinghausen: „Bei uns NPD? Nö, nö, nö." Betriebsrat Josef Kunkel von der Essener Zeche „Zollverein": „Diese Partei, Mann, so was gibt es bei uns gar nicht."

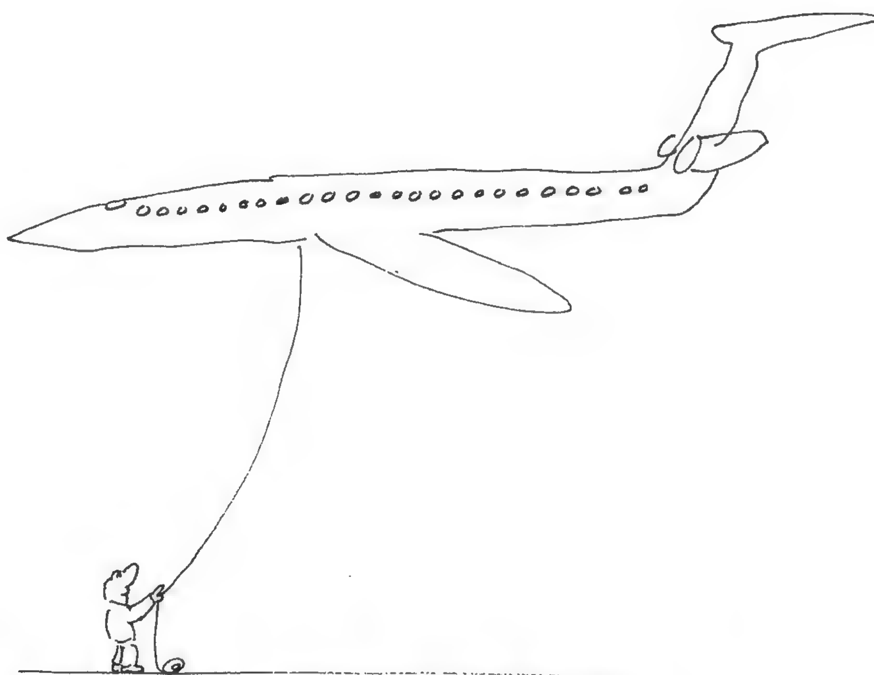
Ähnlich war es in der Weimarer Republik. Auch damals folgten die Menschen an Rhein und Ruhr der braunen Bewegung nur zögernd: Bei allen Reichstagswahlen lag der Stimmenanteil der Nationalsozialisten im heutigen Nordrhein-Westfalen durchschnittlich um zehn Punkte niedriger als im Reich. Geringer als anderswo, so recherchierten die Meinungsforscher, sei auch heute die Anfälligkeit der Bevölkerung zwischen Teutoburger und Hürtgenwald für braune Parolen. So nennt auf die Frage nach der Partei ihrer Wahl seit Monaten regelmäßig immer nur etwa ein Prozent der Befragten die NPD.

Als Regierungschef Kühn Anfang August dieses Umfrage-Ergebnis verlautbarte, fragte der NPD-Landesvorsitzende Dr. Karl Lamker aus Bielefeld „ernstlich besorgt" an, ob Kühn „noch sein Ohr am Pulsschlag des Volkes hat". Lamker hält es für „völlig ausgeschlossen, daß wir nicht über fünf Prozent kommen", und: „Jede Überraschung nach oben ist möglich." Auch Adolf von Thadden „würde sagen, na, sechs Prozent".



Anti-NPD-Demonstration in Düsseldorf: „Binnen 24 Stunden weggeputzt"

An Thaddens Sechs-Prozent-Prognose glauben freilich ebenso wenige wie an Niggemeiers Ein-Prozent-Tip, und CDU und FDP haben offenbar die Hoffnung schon aufgegeben, die NPD unter dem von Ministerpräsident Kühn fixierten kritischen Punkt (2,5 Prozent) halten zu können. Der westfälische CDU-Landesgeschäftsführer Otto Laipold traut den Nationaldemokraten „drei bis vier Prozent" zu, der Vorsitzende des FDP-Bezirks Ostwestfalen, Walter Möller, tröstet sich schon damit, daß die Thadden-Partei „auf keinen Fall mehr als fünf Pro-



Tag für Tag holen wir diese Vögel wieder runter.

Unser Anteil an unzähligen sicheren Landungen ist groß.
Denn wir entwickeln und bauen Instrument-Landesysteme
und Geräte für die Flugnavigation.
(SEL-Flugleitsysteme sind auf allen deutschen und auf vielen
internationalen Flughäfen im Einsatz.)
Wir arbeiten für die ganze Nachrichtentechnik:
Fernsprechtechnik, Eisenbahnsignaltechnik, Funkanlagen und Weitverkehrseinrichtungen,
Fördersysteme und Postautomation,
Fernschreib- und Datentechnik, Informatiksysteme,
Navigation und Raumfahrttechnik,
Kabel und Leitungen, Bauelemente, Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte.

Standard Elektrik Lorenz AG
7 Stuttgart-Zuffenhausen, Hellmuth-Hirth-Straße 42, Telefon** (0711) 8211, Telex 722861

Im weltweiten ITT Firmenverband



zent" bekommt, womit für die Rechten das Rennen allerdings gelaufen wäre.

Auf jeden Fall hat es die „Nachgeburt der NSDAP" (Kühn) im Land der Kumpel und Katholiken besonders schwer, die zum Sieg erforderlichen Wählerbataillone zu mobilisieren.

So ermittelte der SPD-Bezirk Westliches Westfalen (Sitz: Dortmund), daß die rechtsradikalen Wahlfänger in Zechen und Gruben „keine Resonanz" gefunden haben und bestenfalls zwei bis 2,5 Prozent zusammenkratzen werden — was die Niederlage wohl besiegeln würde.

Stärker als anderswo stoßen Thaddens Trommler im Revier auf Widerstand: Die Landespresse berichtet allenfalls über NPD-Schlägereien; NPD-Plakate werden, so Nationaldemokrat Lamker, „binnen 24 Stunden weggeputzt"; Wahlkundgebungen müssen abgeblasen werden, weil der Partei die Lokalitäten verweigert werden, und wenn sie doch einen Saal gefunden hat, dann sitzen, so Thadden, „die falschen Leute drin" — wie in der Düsseldorfer Rheinhalle, wo die tausend



NPD-Ordner in Recklinghausen
„Problematische Dunstglocke"

Teilnehmer einer vorher abgehaltenen Gegenkundgebung des DGB einfach sitzenblieben; Funktionär Gustav Trambowsky: „Bleibt hier, Kollegen, wo wir sind, kann die NPD nicht hin."

So bleiben der Partei nur noch die Hausbriefkästen und der blaue Himmel. Die Parolen, die im Krawall von Gegendemonstrationen untergingen, wurden per „NPD-Kurier" in die Haushalte spediert, insgesamt zwölf Millionen Exemplare, eine Zeitung pro Wähler.

Und trotz „problematischer Dunstglocke" (Thadden) läßt die NPD einen Himmelsschreiber starten und ihre Losung „Sicherheit durch Recht und Ordnung", von drei Wahlkampffliegern geschleppt, über der Ruhr flattern — nach Lamkers Rezept: „Da oben findet keine politische Auseinandersetzung statt, und Flak haben die anderen ja noch nicht."

„ACH, DIE DAME IST EIN HERR"

SPIEGEL-Reporter Kai Hermann mit Adolf von Thadden auf Wahlreise

Adolf von Thaddens Jungengesicht, dem er den Spitznamen „Bubi" verdankt, wird von tiefen Falten und Tränensäcken entstellt. In Anstrengung und Erregung wird es nicht blaß oder rot, sondern eher braun — ein dummer Kalauer der Natur.

Jeden Abend scheinen seine verquollenen und doch noch immer kindlichen Augen wieder zu fragen: Womit habe ich das nur verdient? Wenn Thadden an das Rednerpodium tritt, umbraust vom Sieg-Heil-Chor der Jugendlichen, muß er stets einige Minuten schlucken, bis er sich zum Lächeln und Reden gezwungen hat. Dann rezitiert er seinen Standardtext, von dem der Lärm der Gegner nur Satzfetzen ankommen läßt.

Die als ölig beschriebene Stimme ist im Kampf um Phon rauh und monoton geworden, Schweiß läuft ihm in den Kragen, die Augen bleiben ungläubig, gekränkt, starr auf die Übermacht der Lärmenden gerichtet.

Es ist schwer, mit Adolf von Thadden kein Mitleid zu haben.

Er sagt in Bonn, in Wuppertal, in Oldenburg: „Wir kämpfen um den Bestand dieser Ordnung, dieser Demokratie, dieses Rechtsstaats." Und je länger man ihm zuhört, desto schwerer fällt es, ihm nicht zu glauben — daß er die Ordnung meint, von der auch Strauß, Schmidt, Kiesinger und Barzel sprechen.

Doch Thadden wird niedergeschrien, wenn er in Oberhausen sagt, „Gott sei Dank gibt es noch ein Bundesverfassungsgericht, das über den Parteien steht", in Oldenburg auffordert, zur Urne zu gehen, denn „es gibt nur eine wirksame Waffe gegen den Radikalismus, den Stimmzettel", und provoziert Heiterkeit bei den ausländischen Journalisten in Bonn mit der Feststellung: „Die NPD ist eine normale Partei in einer normalen Demokratie."

Normal, artig und ein bißchen modern wäre schon alles auf den Versammlungen, wenn nicht überall die störenden Langhaarigen wären. Doch selbst ihnen kommt man entgegen: Beat statt Marschmusik vor den Reden. Den „Schlägertrupps" sind Glacéhandschuhe verordnet worden. Wenn sie die mal abstreifen, muß man verstehen, daß es ihnen „beim Anblick dieser Typen permanent in den Fingern juckt", sagt der Parteichef und weist zugleich auf die „seelische Größe" der Ordner hin, mit der sie sich meist beherrschen.

Wenn die starken Jungs mit dem zu tief in die Stirn gerutschten Haaransatz nach getaner Arbeit in den Bus steigen, dann singen sie. Nicht wie es ins Bürgerschreck-Image paßte, „SA marschiert" oder so etwas, sondern „Yippieieee — Yippieiooo" nach der Melodie des „Geisterreiters":

„Die Helme auf — Visier herab — hinein in diesen Mob . . ."



Wahlkämpfer **von Thadden**
„Die Helme auf — Visier herab . . .

„Die Ordner hatten aufgeräumt, wie das Gesetz es will."

„Yippieieee — Yippieiooo."

Der Ton liegt auf Gesetz und Ordner, der Rhythmus ist modern.

Das nationaldemokratische Ordnungsideal bei den eigenen Veranstaltungen anzudeuten hilft ihnen mittlerweile. Die Polizei-Heerscharen Uniformierter in Lastwagen, auf Wasserwerfern und zu Pferde eskortierten Thadden durchs Rheinland. Ein parteieigener Verfassungsschutz arbeitet erfolgreich mit der politischen Kripo zusammen. In Recklinghausen ritten die Polizisten in sitzende Demonstranten und verletzten mehrere, in Wuppertal schlugen sie Zwischenrufer krankenhausreif. Thadden: „Ich kann da nicht mehr klagen. Die machen ihre Sache sehr ordentlich."



NPD-Gegner (in Darmstadt)
. . hinein in diesen Mob"

Es tönt ja auch bei den Nationaldemokraten nicht viel anders, als es Abend für Abend in Sälen und Gasthausstuben landauf, landab klingt. Thadden meint, „an einer parlamentarischen Demokratie gibt es nichts mehr zu demokratisieren" — wie der Bundesfamilienminister Heck. Die sozialdemokratisch inspirierte Vorbeugehaft lehnt er ab und will nur Rädelsführer rechtzeitig hinter Gitter bringen. Bei der Kritik an den „Richtern, die es nicht wagen, die Gesetze anzuwenden", war Helmut Schmidt kaum pingeliger.

Nur das Vokabular ist oft ein wenig veraltet. Wo etwa die anderen einen „Ersatzdienst" für alle, die nicht dienen, fordern, spricht er vom „Arbeitsdienst". Die „Twens", die „in der Bundeswehr ganz leidlich zurechtgebogen werden", sind für ihn noch „das Jungvolk".

Und manchmal vergreift sich auch Thadden im Ton. In Bielefeld entschlüpfte es ihm im Zorn über die Demonstranten: Die Bethelschen Anstalten hätten wohl ihre Tore geöffnet.

Für die „Süddeutsche Zeitung" wurde durch diesen Schnitzer „der nazistische Müll hinter der polierten Fassade der neuen Rechten erschreckend klar sichtbar". Der „Bayernkurier" entdeckte bei der NPD „zutiefst antidemokratische Verhaltensweisen" und „fatale Bezugspunkte zur braunen Vergangenheit". Dabei ist es der NPD-Führer, der sich in jeder Rede gegen den Apo-Tier-Vergleich von Franz Josef Strauß wendet.

Adolf von Thadden hat den anderen aufs Maul geschaut wie sie ihm. Als Tarnung verstehen das die meisten Parteikameraden. Doch in berechtigter Sorge fragte ein Mitglied in Billstedt, an der Peripherie Hamburgs, seine Unterführer: „Wo hört da die Taktik auf und fängt die Knochenerweichung an?"

Noch in die Hinterstube der „Gaststätte Bahr" wird der rechte Stil der neuen Zeit praktiziert. Der Lokalmatador Günther Neutert mahnt mit sanfter Stimme die allgegenwärtige Überzahl der Protestanten: „Reformen ja, Revolution nein", räumt ein, daß die Regierenden „die Gewichte falsch verteilen", gibt aber zu bedenken, „daß die Entwicklung zum Positiven augenfällig ist". Nur einmal wird er heftiger: „Wir gehen auf die Barrikaden, wenn jemand unsere freiheitliche Ordnung zerstört."

Wer Volksmund-Faschismus will, der muß schon nach Versammlungsschluß bleiben — bis einige Klare die Kameraden aus der neuen Zeit entrückt haben. Wer mag, kann sich dann gruseln beim „Weißt du noch . . . zweiundvierzig-dreiundvierzig . . . ratata-

ratata ... wie die Kaninchen ... die Iwans". Da zeigt man sich dann auch schon einmal verstohlen Hakenkreuzembleme und Hitlerbilder, knöpft das Hemd auf, hebt den Arm, um SS-Zugehörigkeit zu beweisen. Bis sich alles in O-du-schöner-Westerwald-Seligkeit auflöst. Schrecken aus dem vergangenen Jahrfünfzig.

Der Raumausstattermeister Thie, Versammlungsleiter in Billstedt und Hamburger Bundestagskandidat, ist da einer, der auch nach einigen Lütt un Lütt noch ziemlich klar sieht. Er erzählt, daß sein Junge immer eine Hakenkreuz-Postkarte mit dem NPD-Ausweis in der Jackentasche trage. Er ist nicht stolz darauf: „Ich sage ihm immer, du kannst doch jeden Tag tot umfallen, und dann finden die das." Doch Thie gehört zu denen, die nicht nur an Tarn-Taktik denken: „Der Junge glaubt, der Nazismus komme wieder. Ist doch Quatsch. Wir müssen uns doch was Neues einfallen lassen."

Adolf von Thadden versucht das Neue. Er hat sich vom schwarz-weiß-roten Konterdemokraten zum traurigen Ritter der schwarz-rot-goldenen Ordnung stilisiert. Längst sind die linken Lärmer in seinen Versammlungen Teil des Wahlkampf-Konzepts. Er halte seinen Kopf für andere hin, sagt er. Daß die fröhlich-politisierten Pennäler meist mit Späßen statt Steinen reagieren, ihn vom Prügelknaben zum Popanz des Establishments umfunktionieren, droht freilich das Konzept zu verderben.

Versuchte Thadden in Oldenburg mit deutschem Humor zu kontern — „ach die Dame ist ein Herr" —, zog der angesprochene Langmähnige die schwarze Perücke vom kurzen Blondhaar, rief „Arbeitshaus", und auch bei der nationalen Minderheit war der zweite Lacher kräftiger als der erste.

Die größere Gefahr für die NPD aber kommt nicht von links, sondern von rechts. Thadden hat das erkannt: „Die Nomenklatur der CDU/CSU hat sich uns angenähert. Die versucht uns rechts zu überholen, und die SPD will sich ja nicht rechts von der CDU überholen lassen." Propagandachef Richard tröstet: Vielleicht wählten die Leute doch lieber das Original als die Kopie. Das klingt schwach. Was ist da Original, was Kopie? Der NPD droht, zwischen der etablierten Rechten und der antiautoritären Linken zerrieben zu werden.

Kommen sie in den Bundestag, wollen sie weiter bescheiden bleiben und mit „den vielen Leuten, die uns da nahestehen", zusammenarbeiten. Thadden verspricht eine Bundeswehrreform, die mit der „lebhaften Unterstützung Helmut Schmidts rechnen kann". Sonst will er vor allem den Unionsparteien „auf die Füße treten", daß sie endlich „die Ordnung schaffen, die sie im Wahlkampf versprechen".

Doch vermutlich ist Adolf von Thadden seine Tragik bewußt: daß nichts seinem Anliegen mehr nützte als die Niederlage. Hat er als demokratisches Alibi der „vielen Leute" ausgedient, brauchen sie die Absolution von ihm. Den Stoßseufzer in der Wahlnacht: NPD gescheitert — Faschismus besiegt.

PROZESSE

SCHMIEDEL

Schmerzhafter Tritt

Frau Marion Schmiedel, 21, kamen die Tränen: „Sie bringen den Mann doch um. Merken Sie das gar nicht", fuhr sie den Gerichtsvorsitzenden Albrecht Mentz, 31, an: „Scheißladen!"

Der Mann ist ihr Mann — der kaufmännische Angestellte Günther Schmiedel, 28. Er wurde am Freitag vergangener Woche vom Amtsgericht Hamburg wegen schweren Aufruhrs, schweren Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das ist die höchste Strafe, die in der Bundesrepublik bislang gegen einen



Verurteilter Schmiedel, Ehefrau „Das ist doch Theater"

Demonstranten verhängt worden ist. Und Schmiedel ist auch der Demonstrant, der am längsten in Untersuchungshaft saß: sieben Monate, die auf die Strafe angerechnet werden.

Sicher kam es zu dem schneidigen Spruch, weil, wie Richter Mentz es formulierte, der Angeklagte in kurzer Zeit zahlreiche Straftaten „mit ständig stärkerem kriminellem Gehalt" beging. Ebenso sicher aber ist, daß sich die Richter eher der Ordnung im Staate als der Freiheit für Demonstranten verpflichtet fühlten.

Zwei Monate brauchten Mentz und seine beiden Laien-Beisitzer, um den Apo-Mann abzuurteilen, der als Verbindungsmann zwischen Arbeitern und linken Studenten angesehen wird. Und die Justiz nahm den Angeklagten und seine Anhänger so wichtig, daß zeitweilig drei Hundertschaften Polizei mit Hunden aufgeboten wurden, um das Hamburger Strafjustizgebäude zu sichern. Wenn im Saal 138 gegen Schmiedel verhandelt wurde, waren nebenan drei Dutzend Beamte in Bereitschaft.

Der Aufwand galt einem Angeklagten, der Ende vergangenen Jahres ein 200 Mann starkes Rädel geführt haben soll, wobei in Hamburgs City Fensterscheiben zertrümmert und Autos demoliert worden waren. Schmiedel soll laut Anklageschrift auch einem Polizisten „einen schmerzhaften Tritt gegen dessen Schienbein versetzt", einen anderen als „Schwein" bezeichnet haben.

Bei der Wahrheitsfindung folgte das Gericht einer einfachen Devise: Zumeist galt als erwiesen, was Kriminalbeamte ausgesagt, als unglaubhaft erschien dagegen, was Mitdemonstranten bezeugt hatten. Denn deren Aussagen, so Richter Mentz in der Urteilsbegründung, beruhten auf „erkennbaren Vorurteilen gegenüber obrigkeitlichen Maßnahmen" oder verfolgten „das Ziel, das Vorgehen der Polizei als grob willkürlich zu kennzeichnen".

Bei der Strafzumessung sah der Richter kaum mildernde Umstände für „die starken Emotionen unterliegende Persönlichkeit" des Angeklagten. „Allenfalls kann berücksichtigt werden", daß Schmiedel „bisher lediglich geringfügig und nicht einschlägig vorbestraft" sei.

Dennoch entschied sich das Gericht für die Mitte — zwischen dem von der Verteidigung geforderten Freispruch und dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf 36 Monate. Und das Urteil spiegelt wider, was auch schon den Verhandlungsablauf bestimmt hatte.

Stets suchte Mentz zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft zu vermitteln, die sich gegenseitig politischer Machenschaften bezichtigten. So hatten die Staatsanwälte den Verteidigern Verfahrensmißbrauch „zu politischen Demonstrationszwecken" vorgeworfen. So hatten die Verteidiger die Staatsanwälte als „verlängerten Arm" des Hamburger Innensenators Heinz Ruhnau abgewertet und das Gericht wiederum als „Handlungshilfe der Staatsanwaltschaft" bezeichnet. Der Angeklagte Schmiedel geriet über diesem Duell, so konnte es scheinen, gelegentlich in Vergessenheit.

Bei der Urteilsverkündung zeigte es sich, wie verunsichert nun auch der Richter war. Anderthalb Stunden lang verlas er monoton, was er sich zuvor Wort für Wort aufgeschrieben hatte. Aus Angst, später falsch zitiert zu werden, ließ er den Protokollführer mitlesen.

Nur einmal machte er Pause. Als Frau Schmiedel abermals dazwischenfuhr („Schweinerei") und sich weigerte, den Gerichtssaal zu verlassen, verfügte er gewaltsamen Abtransport: Polizisten schleiften Frau Schmiedel hinaus. Herr Schmiedel war schon vorher freiwillig zurück ins Untersuchungsgefängnis gegangen: „Das ist doch Theater."

Die Politi

Für aktive und selbstbewuß
Für gesamteuropäische Sic
Für Staatsvertrag mit der D
gegen Alleinvertre
Für Wahl des Europa-Parla
der EWG.
Für Wehrgerechtigkeit und
Für Bundeskultus-Ministe
mehr Chancen du
Für Mitwirkung der Betrie
statt Funktionärs-
Für Vermögensbildung dur
am Wertzuwachs d
Für entschlossene Stabilitä
Für Wahlalter 18.
Für Volksbegehren-wenn d

k der F.D.P.

ßte Ostpolitik.
nerheitskonferenz.
DR-
tungsanspruch.
ments und Erweiterung

12 Monate Grundwehrdienst.
ium, Offenes Schulsystem,
rch berufliche Weiterbildung.
osangehörigen-
Mitbestimmung von außen.
ch Teilnahme aller
er Wirtschaft.
tspolitik.

as Parlament nicht handelt.

EIN ZELTDACH MUSS MAN SEIN...

SPIEGEL-Reporter Gerhard Mauz zum Zustand des Contergan-Prozesses

Der Landgerichtsrat Dr. Benno Dietz, 41, sprach die Beteiligten am Contergan-Prozeß in schwarz umflortem Ton und mit Worten an, vor denen Kerzen brannten. Das Gericht in Alsdorf bei Aachen war zum 156. Verhandlungstag ohne seinen Vorsitzenden, den Landgerichtsdirektor Dr. Peter Weber, 48, erschienen.

Um die offensichtlich angegriffene Gesundheit des Herrn Weber hatten sich die Beteiligten in den vergangenen Wochen nicht selten Gedanken gemacht. Doch so wie nun Herr Dietz die Tonart und die Worte wählte: so war tatsächlich einen Augenblick lang zu fürchten, die Spekulationen seien im Übermaß in Erfüllung gegangen.

Herr Weber lebt indessen. Tonart und Worte von Herrn Dietz hatte über den kollegialen Respekt hinaus das Mitgefühl bestimmt; ein ganz besonderes Mitgefühl, da Herr Dietz die Nachfolge im Vorsitz anzutreten hatte. Man durfte also aufatmen. Herrn Weber hat lediglich eine schwere Bandscheibenerkrankung gezwungen, aus dem Contergan-Prozeß auszuscheiden.

Herr Weber liegt durchaus, wenn auch nur im Krankenbett, bei den Thermopylen unserer Strafjustiz. Ihm ist Genesung zu wünschen. Wer allerdings seinen Abgang, wie es die „Frankfurter Allgemeine" getan hat, mit einer „Ein souveräner Richter" überschriebenen Glosse schmückt, der macht ein Trauerspiel zur Posse.

155 Tage lang bewies Herr Weber Geduld. Doch Geduld allein ist noch keine prozeßgestaltende Haltung, geschweige denn eine souveräne. Wer sich so hartnäckig wie Herr Weber nie in Harnisch bringen läßt, hat keinen. Herr Weber bot als Vorsitzender das Trauerspiel jener Redlichkeit, der es an der Prise Aggressivität gebricht, ohne die man nichts für die Redlichkeit tun kann.

Herr Weber konnte die Beteiligten spüren lassen, daß er verstimmt war. Doch das hat, wie die Welt es treibt, natürlich niemand gerührt. Eine regulierende Ironie ist ihm als Vorsitzendem nicht gelungen. Er hat sich den Parteienprozeß, den unser Strafrecht nicht kennt, aufdrängen lassen, wo er Anklage und Verteidigung in ihre Rolle nach dem Gesetz hätte zwingen müssen.

Es könnte sein, daß sich des Herrn Weber schon vor Prozeßbeginn das Gefühl bemächtigt hat, das öffentliche Interesse verlange endlich und ohne Aufschub einen Contergan-Prozeß; seine Einwände gegen die Anklageschrift im Dezember 1967 und sein bis heute rätselhafter Verzicht auf diese Einwände sind ein Indiz dafür. Und es ist nicht auszuschließen, daß Herr Weber im Lauf des Prozesses von dem Eindruck überwältigt wurde, dieses öffentliche Interesse werde an der Gründlichkeit der richterlichen Mühewaltung zweifeln, wenn der Contergan-Prozeß nicht mindestens so lange dauere wie — nun, wie etwa der Auschwitz-Prozeß.



Neuer Vorsitzender **Dietz**
Bei den Thermopylen ...

Herr Weber hat seinem Nachfolger an die 90 unerledigte Beweisanträge der Anklage und der Verteidigung hinterlassen. Die Entscheidung dieser Beweisanträge hätte angedeutet, wo der Prozeß nach Meinung des Gerichts steht. Die Entscheidung dieser Anträge wäre ein notwendiger Hinweis für die Beteiligten gewesen. Doch unter dem Vorsitz von Herrn Weber ist nicht entschieden worden.

Herr Weber ist erkrankt, doch gerade eine Bandscheibenerkrankung ist so ohne psychische Mitwirkung kaum denkbar. Es war Herrn Weber buchstäblich zuviel auferlegt. Herr Weber war der gesetzliche Richter, doch niemand kann behaupten, Herr Weber sei als gesetzlicher Richter unabwendbar gewesen. Herr Weber ist auch das Opfer einer Neigung zu Fehleinschätzungen, die der Justiz immer wieder unterlaufen, wenn es um die Fähigkeit zur Leitung heikler Strafsachen geht.

Ob Verteidigung, Anklage und Nebenanklage darauf, daß Herr Weber vor einer jedenfalls für ihn kaum lösbaren Aufgabe stand, angemessen reagiert haben, ist nicht nur eine Geschmacksfrage. Die Rollen vor Gericht legen den Beteiligten Pflichten auf, die mitunter sonst übliche Rücksichten verbieten. Immerhin erlaubt das gegenwärtige Verhältnis der am Contergan-Prozeß beteiligten Akteure zueinander, jener, die nicht dem Gericht angehören wohlgemerkt, die Feststellung, daß man sich allseits unter Ausnutzung der Umstände hat gehenlassen.

Nicht alle Ereignisse, in deren Gefolge Anklage und Verteidigung sich heute nicht mehr grüßen, waren unvermeidbar. Die Verteidigung etwa begann mit einem Zug, der nur rechtlich diskutabel war, als sie der vor Zorn um Worte ringenden Staatsanwaltschaft am ersten Tag den Justitiar der Chemie Grünenthal, Herrn von Veltheim, als Mitverteidiger präsentierte. Herr von Veltheim war der Anklage nur knapp entgangen. In die Vorgänge innerhalb der Chemie Grünenthal war er, was Contergan betraf, in vieler Hinsicht verstrickt.

Eine Verteidigung muß nicht nur Stärke, sie muß auch, gerade der Staatsanwaltschaft gegenüber, ein gewisses Maß an Offenheit zeigen. Man kann nicht ausdauernd in der Tatsache, daß überhaupt angeklagt worden ist, eine unverzeihliche Herausforderung sehen. Man schlug der Anklage Herrn von Veltheim ins Gesicht — und auf der Linie dieses nur rechtlich vertretbaren Vorgehens hat die Verteidigung immer wieder das Gesicht der Anklage malträtiert.

Die Anklagebehörde wiederum hätte dem Verfahren einen Dienst erwiesen, wenn sie nicht den Ersten Staatsanwalt Dr. Havertz als ihren ersten Sprecher in die Sitzung geschickt hätte. Fünf Jahre lang hatte Herr Havertz an der Anklage gearbeitet. Ihm hätte man schon frühzeitig einen Kollegen als kritischen Partner zugesellen sollen, von dem feststand, daß er (und nicht Herr Havertz) die Anklage würde vertreten müssen. Seiner Kritik wäre auszusetzen gewesen, was Herr Havertz erarbeitete, und so wäre diese Kritik eine Vorprüfung gewesen, an der man-



Ausgeschiedener Vorsitzender **Weber**
... der Strafjustiz im Krankenbett

ches scheitern mußte, was Herr Havertz für schlagend und zwingend hielt.

Herr Havertz vertritt nicht nur die Anklage, sondern auch das strafrechtliche Konzept, das er entwickelt hat. Die Folge ist, daß er sich gelegentlich eher in einem heiligen Krieg als in einem Strafprozeß zu befinden scheint. Da unterlaufen ihm dann Unternehmungen und Sätze, die für die Verteidigung eine Parodie auf die „objektive Behörde" Staatsanwaltschaft sein müssen.

Der gegenwärtige Zustand stellt Verteidigung und Anklage ein schlechtes Zeugnis aus und erläutert, warum Herr Weber aus vielen Gründen bei den Thermopylen im Krankenbett liegt, und keineswegs nur eigener Fehler halber. Zwei Herren nähern sich in Alsdorf hastig der Toilette. Als sie einander bemerken, gehen sie an ihrer Tür vorbei. Man steht eben in keiner Hinsicht und aus keinem noch so drängenden Anlaß mehr beieinander.

Klagen und Anzeigen, Beschwerden und Beschuldigungen schwirren durch die Luft. Neuerdings schreiben sich sogar schon, dem Vernehmen nach, die Verteidiger untereinander Briefe, in denen „Schritte" angedroht werden. Der Landgerichtsrat Dietz, der in der vergangenen Woche den Vorsitz übernahm, ist nicht nur einfach nachgerückt: Er ist die letzte Chance des Contergan-Prozesses, ein — wie auch immer — der Tragik seines Stoffes entsprechendes Ende zu nehmen. Auf Herrn Dietz lasten dabei nicht nur 155 Sitzungstage. Ihn beschwert auch, daß er im Schatten der Unmenschlichkeit der Bundesrepublik verhandelt, in jenem Schatten, der Herrn Weber lähmte.

Es ist bis heute nichts für die Kinder geschehen, die in irgendeinem Zusammenhang mit Contergan mißgestaltet geboren wurden. Eine vollständige, gesicherte und die Zukunft einschließende Hilfe für die Kinder, die Contergan-Kinder sein mögen in strafrechtlich zu ahndendem oder nicht zu erfassendem Sinne, ist nicht aufgebracht und organisiert worden. Man muß ein Zeltdach sein und kein Mensch, dann rollen die Millionen: Das lastet auf dem Contergan-Prozeß. Deswegen mag Herr Weber gefürchtet haben, unter seinem Vorsitz sei nicht über sieben Angeklagte, sondern über mehr als 2000 Kinder zu entscheiden.

Da gibt es übrigens tatsächlich noch die Chemie Grünenthal, dieses erfolgreiche pharmazeutische Unternehmen in Stolberg bei Aachen. Zu dem hätte man so gern Vertrauen für den Fall eines Freispruchs. Doch entspräche es bundesdeutschem Stil, wenn man sich in Stolberg gegebenenfalls denn doch völlig entlastet fühlen würde. Und womit wäre erst im Fall einer Verurteilung zu rechnen, oder besser: nicht mehr zu rechnen. Immerhin dürfen wir alle uns auf München im Jahr 1972 freuen.

RECHT

HAFTPFLICHT

Alles oder nichts

Jedes Jahr kaufen sich über eine Million Bundesbürger ein Auto. Und sie alle dürfen erst fahren, nachdem sie eine gesetzliche Pflicht erfüllt haben, den Abschluß einer Haftpflichtversicherung. Sie müssen Verträge unterschrieben haben, die von den Juristen der Versicherungsgesellschaften ausgeklügelt worden sind.

Diese Versicherungsverträge aber legen nicht nur Haftungssumme und Beitragshöhe fest, sondern auch — meist in kleingedruckten Klauseln — die „Obliegenheiten" der Kraftwagenhalter. Von „Aufklärungspflicht" oder „willkürlicher Gefahrenerhöhung" ist dort die Rede, deren Sinn die versicherten Autofahrer in aller Regel erst begreifen, wenn sie einen Schaden verursacht haben.

Eine Obliegenheitsverletzung im Sinne der „Allgemeinen Bedingungen für die Kraftverkehrsversicherung" sah zum Beispiel die Münchner Versicherungsgesellschaft „Deutscher Lloyd" in einer zunächst falschen, später jedoch berichtigten Sachschilderung gegenüber der Polizei. Die „Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz" in Düsseldorf betrachtete das Aufziehen eines Reservereifens ohne Profil unmittelbar vor einem Unfall als „willkürliche Gefahrenerhöhung" im Sinne des „Versicherungsvertrags-Gesetzes".

In beiden Fällen versuchten die Versicherungsfirmen, den Ausgleich des entstandenen Schadens auf die Versicherten abzuwälzen, denen nunmehr klarwurde, was die Rechtsbegriffe in den kleingedruckten Klauseln ihrer Verträge tatsächlich bedeuten können: eine doppelte Bestrafung — einmal durch ein staatliches Gericht, zum anderen durch ihren Vertragspartner.

In den letzten Monaten hat nunmehr der Karlsruher Bundesgerichtshof durch mehrere Grundsatzurteile solch juristisch verbrämter Ausnutzung wirtschaftlicher Macht Grenzen gesetzt. Zwar bejahten auch die Bundesrichter, daß ein Versicherungsnehmer alles tun müsse, „was zur Aufklärung des Tatbestandes und zur Minderung des Schadens dienlich sein kann". Zugleich aber entschieden sie gegen Versicherungen, die ihre Zahlungspflicht ihren Kunden aufbürden wollten:

- ▷ Ein Kraftfahrer dürfe mit einem nicht mehr verkehrssicheren Reservereifen „ohne versicherungsrechtliche Nachteile noch zur nächsten Werkstatt oder zum nahe gelegenen Standort" fahren, „um ihn dort auswechseln zu lassen".
- ▷ Abgefahrene Reifen bedeuteten keine Gefahrenerhöhung, wenn feststehe, „daß sich der Unfall ebenso ereignet hätte, wenn die Profilrillen der Reifen auf der ganzen Breite der Lauffläche noch 1 mm tief gewesen wären".
- ▷ Nicht „jede unwahre Sachschilderung des Versicherungsnehmers gegenüber der Polizei" stelle „eine Verletzung der Aufklärungspflicht" dar.
- ▷ Die Schilderung eines Unfalles, so wie er sich nach der „subjektiven Überzeugung" des Fahrers ereignet habe, sei auch dann keine Obliegenheitsverletzung, wenn „diese Schilderung nicht den Tatsachen entspricht".
- ▷ Selbst eine, in kurzer Entfernung vom Unfallort abgebrochene, Fahrerflucht berechtige die Versicherungsgesellschaft nicht zur Leistungsverweigerung, „wenn der Vorgang ohne Bedeutung" für ihre „Interessen" war.

Trotz dieser einschränkenden Maßstäbe verlangt freilich auch der 4. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs weiterhin von Unfall-Kraftfahrern „aktive Bemühungen um eine schnelle, zuverlässige und erschöpfende Feststellung aller für die Beurteilung des Versicherungsfalles wesentlichen Tatsachen und Beweismittel". Doch die rigorose Anwendung eines „Alles-oder-nichts-Prinzips" durch Versicherungsgesellschaften billigt er nicht länger.



Autounfall (bei Hamburg)
Kleingedruckte Klauseln

„Daß die einzige Bedeutung eines unbestreitbaren Versagens des Versicherungsnehmers für den Versicherer darin besteht, daß er dadurch von der Leistungspflicht befreit wird", hielten die Bundesrichter für unangemessen. Denn es gehe um eine „zivilrechtliche Strafbestimmung von außerordentlicher Schärfe", erkannten sie. Und deswegen dürfe nicht jedes Fehlverhalten des versicherten Kraftfahrers „unterschiedslos die starre Sanktion auslösen".

Im Fall eines Pkw-Fahrers, der einen Motorrollerfahrer getötet und der Polizei zunächst falsch, später richtig, seiner Versicherung aber von vornherein korrekt den Unfall ge-

schildert hatte, entschied das Gericht: Das Aufklärungsinteresse der Versicherungsgesellschaft werde nur dann unmittelbar berührt, wenn die Falschdarstellung „noch unberichtigt in den Ermittlungsakten enthalten“ sei und die Gesellschaft diese Schilderung „mangels einer besseren Unterrichtung durch den Versicherungsnehmer zur Grundlage ihrer Entschließungen macht“.

Nur auf diese „bessere Unterrichtung“ hat die Versicherung Anspruch. Die Unterrichtung wiederum muß lediglich subjektiv wahr, sie kann objektiv falsch sein, wie in einem weiteren Verfahren vom BGH entschieden wurde.

Eine Pkw-Fahrerin war gegen die geöffnete linke Vordertür eines haltenden Mercedes 220 geprallt. Zehn Meter von der Unfallstelle entfernt sah sie einen schwerverletzten Passanten, der später starb. Sie und die Insassen ihres Wagens glaubten, den tödlichen Unfall müsse der Fahrer des Mercedes verursacht haben. Diese Darstellung gab die Fahrerin auch in ihrer Unfallschilderung.

Aufgrund eines Sachverständigengutachtens stellte ein Schöffengericht dagegen fest, daß die Autofahrerin den Passanten mit ihrem Ford-Kombi erfaßt und zu Boden geworfen, ihn in der Dunkelheit aber möglicherweise nicht gesehen habe. Der BGH kam zu dem Schluß, die Frau habe im Formular für die Schadensmeldung die Frage nach verletzten oder getöteten Personen nicht beantworten müssen, weil sie „fest davon überzeugt“ war, daß „bei dem Unfall keine Person verletzt oder getötet worden war“.

Auch die versicherungsrechtlichen Folgen bei Fahrerflucht betrachtet der Bundesgerichtshof differenziert. Wenn die Flucht „so rasch und nahe dem Unfallort beendet“ wurde, „daß die Unfallaufnahme genau so durchgeführt werden konnte, wie wenn sich der Versicherungsnehmer überhaupt nicht entfernt hätte“, habe sich „die vorsätzliche Verletzung der Obliegenheit praktisch in dem hervorgetretenen bösen Willen“ erschöpft. Daran allein könne die „Strafsanktion“ einer Leistungsverweigerung jedoch nicht geknüpft werden.

Und im Falle eines Fiat-500-Fahrers, der zwar wegen Trunkenheit am Steuer und fahrlässiger Körperverletzung verurteilt, vom Vorwurf der Fahrerflucht aber aus subjektiven Gründen — weil er den Unfall nicht bemerkt hatte — freigesprochen worden war, urteilten die Bundesrichter: „Dem Senat erscheint es aus Gründen der materiellen Gerechtigkeit untragbar, eine derartige Strafe gegen einen Versicherungsnehmer zu verhängen, dessen Schuld nicht feststeht, sondern lediglich vermutet wird.“

Die alte Regel zur neuen Ausnahme gilt freilich weiter. „Es ist daran festzuhalten“, warnte das Karlsruher Gericht alle eilfertigen Kraftfahrer, „daß ein Haftpflichtversicherter, der nach einem Verkehrsunfall flüchtet, damit in der Regel auch gegen die ihm nach dem Versicherungsvertrag obliegende Aufklärungspflicht verstößt.“

FAUSTRECHT IN DER PARKLÜCKE?

Senatspräsident a. D. Dr. Heinrich Jagusch über ein Urteil des Oberlandesgerichts Hamm

Das Statussymbol Auto dient neuerdings auch als Waffe. Wachsender Parkplatzmangel erzeugt Streit um Parklücken mit Selbsthilfeakten. Beliebt ist das Hüten der erspähten Parklücke durch Frau oder Tochter, während das Familienoberhaupt erst herankurvt. Noch beliebter, obwohl verkehrspflichtwidrig rücksichtslos, ist neuerdings das Stoßstangenboxen gegen solche standhaften Lückenhüter, mitunter einigermaßen vorsichtig, doch auch so rücksichtslos, daß nur noch rasches Festhalten am „guten Stern auf allen Straßen" Rettung bringt.

Solche keineswegs ungefährliche Rechthaberei entsteht nicht allein aus Parkplatznot. Weit eher ist das Stoßstangenboxen ums vermeintliche Recht ein Symptom unterentwickelter Verkehrsgesinnung. Und es steht zu befürchten, daß einige Verkehrsurteile diesen Trend zum Faustrecht ungewollt fördern.

Wer einen anderen rechtswidrig mit Gewalt von seinem Standort hinwegzwingt, begeht nach Paragraph 240 des Strafgesetzbuches Nötigung, sofern die Gewalt, am Tatzweck gemessen, „verwerflich", also gesteigertes Unrecht ist.

Zu Recht hat derjenige Fahrer Vorrang, der die Parklücke zuerst erreicht, mag er auch erst noch hineinmanövrieren müssen. Derart einfache Regeln braucht der Verkehr. Deshalb ist das beliebte Platzhalten eine unzulässige Fahrverkehrsbehinderung durch Fußgänger auf der Fahrfläche. Wegen Nötigung eines standhaften Platzhalters ist denn auch bisher nur bestraft worden, wer so „forsch" in die Lücke einfuhr, daß das Heil des Lückenbüßers nur noch auf dem Kühler lag.

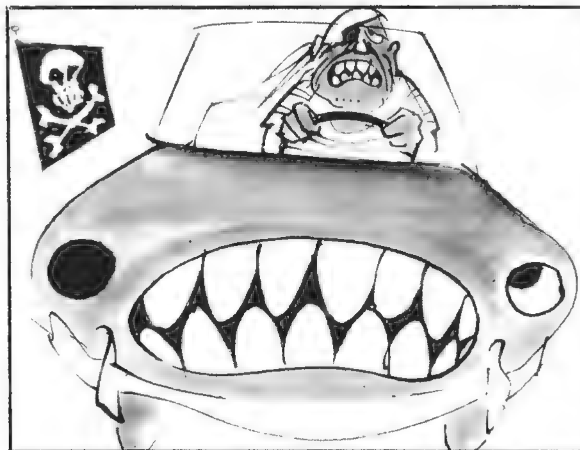
Einige Obergerichte befanden, wer den Platzhalter ohne Verletzungsabsicht nur beiseite drücke, ohne ihn „wesentlich" zu gefährden, nötige ihn nicht. Die hinter solchem Schrittfahren lauernden Pferdestärken, nur vom Gas- oder Kupplungsfuß gebändigt, blieben unbeachtet.

Die meisten Opfer dieser Ritter vom Steuer büßten ihr Platzhalten denn auch „nur" durch zerrissene Strümpfe, blaue Flecken und Reifenmuster auf den Hosen. Auch durfte die standhafte Tochter eines noch im Verkehrsgewühl kurvenden Vaters durch wiederholten Stoßstangendruck aus ihrer Wachestellung hinauskatapultiert und über die PS-Macht des Stärkeren straflos belehrt werden.

So bekämpften robuste Autofahrer, ihrerseits ungestraft, rechtswidriges Platzhalten. Das Oberlandesgericht Hamm aber erwägt neuerdings einen weiteren Toleranzschritt. Ein mildes Urteil wegen Nötigung und fahrlässiger Körperverletzung wurde von ihm zur nochmaligen Prüfung aufgehoben.

Der Alltagssachverhalt: Hintereinander fahrend, entdecken zwei Parkplatzsucher einen Ausfahrwilligen, also eine präsumtive Parklücke. Der Voranfahrende macht dem Ausfahrenden Platz, um dann rückwärts einzufahren. Der Zweite aber will vorwärts einfahren. Da springt der ausgestiegene Erste in die Lücke und verlangt Vorrang. Sein Opponent, ganz Kavalier der Straße, beschließt, so jedenfalls das Urteil, ihn unverletzt „hinauszubugsieren", erwischt ihn dabei aber schmerzhaft an der Wade. Dann, und gemäß dem Oberlandesgericht bis heute, genießt er sein „Parkrecht".

Den Unbeteiligten mutet das an wie ein Exzeß Angetrunkener, denen man manches nachsieht, oder wie Hahnenkampf. Doch die Akteure sind nüchterne Bürger, Familienväter und Steuerzahler, vielleicht in Zeitnot, gewiß in Rage und finster entschlossen, Fahrkunst und „Recht" gegeneinander auszuspielen.



Aus „Stern"

Verkehrs-Karikatur: „Gefährliche Rechthaberei"

Ist derart gefährliches Faustrecht wirklich hinnehmbar? Ein solcher Urteilstrend ist bedenklich. Anstatt Liberalität fördern solche Urteile wohl eher gefährliche Rechthaberei.

Doch an Rechthabern mit Ellenbogen und selbsternannten Verkehrserziehern mangelt es ohnehin nicht. Andererseits sind unsere Verkehrsurteile im Durchschnitt schwerlich betont liberal und verkehrsfreundlich, eher das Gegenteil, nicht selten auf Kosten derer, die sich im Verkehr zwar sinnvoll-zügig, aber nicht recht buchstabengläubig verhalten.

Gefährdung eines anderen ist im Paragraphen 315 c des Strafgesetzbuchs das entscheidende Merkmal. Die Straßenverkehrsordnung wie das neue Ordnungswidrigkeitengesetz schließen Selbsthilfe im Verkehr mit Recht aus. Diese Gesetzestendenz, von Verkehrspsychologie zu schweigen, verwirft also durchaus jede Stoßstangenselbsthilfe gegenüber dem lieben Nächsten.

Was ist der Sinn so unsinnigen Hickhacks? Der eine okkupiert, ohne Gefährdung des andern, eine Parkmöglichkeit. Der andere will sie für sich erobern, ohne eine Körpergefährdung des Opponenten ausschließen zu können. Das arge Mißverhältnis von „Angriff" und „Verteidigung" liegt zutage.

Schlimmer noch fällt ein Vergleich der beteiligten „Rechtsgüter" aus: hier nur der erzwungene Verzicht auf die seltene, aber anderwärts doch zu findende Parklücke — dort Körpergefährdung durch „Hinwegbugsieren". Das krasse Mißverhältnis spricht eher für rechtswidrige Nötigung, keinesfalls für besondere Nachsicht. Denn bloßes Parkinteresse hält keinen Vergleich mit Gesundheitsgefährdung aus.

Seit jeher ist ein streitig gemachtes Verkehrsvorrecht unerzwingbar, weil uneinsichtiges Beharren darauf gefährlich wäre. Droht etwa dem Vorfahrtsberechtigten ein Zusammenstoß mit einem unachtsamen Wartepflichtigen, so muß er zurückstehen. So auch beim Parklückenstreit. Beide Teile üben hier nur ein Faustrecht. Man prügelt sich nicht um Parkplätze, so der Strafrechtslehrer Professor Bockelmann, auch erobert man sie nicht, weder mit Waffen noch mit gefährlichen Werkzeugen. Im Straßenverkehr ist Rechtsausübung nur zulässig, soweit sie niemanden gefährdet.

Weder dient sie dem Übertölpeln des anderen noch dem Abreagieren gekränkten Rechtsgefühls. Wirklich unerträgliche Verkehrsgefährdung mag man je nach Temperament anzeigen, weil es auch Unbelehrbare gibt. Doch nicht die Stoßstange löst den Parkplatzstreit, sondern nur einsichtiges Nachgeben.

Der Bundesgerichtshof hat soeben im Fall Laepple für Recht befunden, das Blockieren der Straßenbahnschienen sei für den Fahrer unwiderstehlicher Zwang, also Nötigung. Er müsse anhalten, sonst begehe er Totschlag. Was aber hat ein solcher Stoßstangenboxer dem Demonstranten denn voraus — außer der Brachialgewalt und dem schlechteren Motiv?

erdgas

2/69



Für Trixie Sonnenschein gibt es wichtigere Dinge als ständige Heizmaterial-bestell-liefer-lager-probleme.

Trixie Sonnenschein hat das langweilige Problem auf ein Wörtchen verkürzt: Erdgasheizung.

Erdgas, die junge, uralte Energie gibt es in unerschöpflichen Vorräten in der Erde. Erdgas ist völlig ungiftig. Es heizt auf Wunsch sofort und so warm wie man will.

Man braucht nur ein Knöpfchen zu drehen. Trixie Sonnenschein rührt keinen Finger für Bestellung, Lieferung, Lagerung, für Schleppen, Einfüllen, Anzünden, Saubermachen. Knöpfchen muß man haben.

Dann hat man Zeit für Spaß und Kurzweil. Zum Beispiel für ellenlange Minihäkelkleider.

Mehr und mehr Orte in der Bundesrepublik bekommen Erdgas. Informieren Sie mich deshalb über alle Möglichkeiten der modernen Gasheizung.
Ich interessiere mich besonders für:

□ Einzelofen □ Etagenheizung □ Zentralheizung

Name: ________________

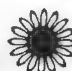
Wohnort: ( ) ________________

Straße: ________________

Haben Sie in Ihrem Haus bereits einen Gasanschluß? ja □ nein □

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Information Erdgasheizung, 43 Essen, Postfach

erdgas heizt mit Superkraft



Sie suchen ein Feriendomizil, das sehr luxuriös, ruhig und schnell erreichbar ist. Wir bauen es.



Jacques Fournet ist der Promotor von Santa Ponsa, des vielleicht elegantesten Seebades auf Mallorca. Super Santa Ponsa wird die Krönung seines internationalen Erfolges sein. Diese Oase der Ruhe und der Schönheit entsteht direkt an der Küste, auf dem Cap Castellot de sa Morisca, in der sonnigsten Bucht der Insel, 17 km westlich von Palma. Umgeben vom Meer, mit einem herrlichen Strand und einem Park aus Bougainvillae, Pinien und Oleander fügt sich die Ferienresidenz harmonisch in die Mittelmeerlandschaft ein.

Das Domizil hat eine geräumige und vornehm ausgestattete Eingangshalle. Leise, schnelle Aufzüge bringen Sie in Ihr Appartement, das mit viel Komfort und Luxus ausgestattet ist. In jeder Etage genießen Sie von Ihrer großen Terrasse aus eine herrliche Sicht aufs Meer.

Zur Anlage der Residenz gehören Garagen, ein großer Swimming-pool direkt am Strand und ein Reitclub mit eigenen Pferden, die Sie mieten oder auch kaufen können.

In der nahegelegenen Domäne Florymar, die ebenfalls von Jacques Fournet gebaut wurde, finden Sie alle Einrichtungen eines modernen Badeortes. Dazu gehören Boutiques, Feinkostgeschäfte, Bars, Restaurants und natürlich gepflegte Sportanlagen.

Super Santa Ponsa unterscheidet sich von ähnlichen Feriengebieten auf Mallorca durch vornehme Eleganz. Vive la différence war offensichtlich die Devise von Jacques Fournet bei der Planung dieser Residenz.

Für Super Santa Ponsa sprechen aber auch noch einige andere wichtige Tatsachen. Von Frankfurt erreichen Sie Palma in 100 Flugminuten. Sie können sich also öfter mal ein verlängertes Wochenende an den Sonnengestaden des Mittelmeeres in Ihrem Luxusdomizil gönnen — allein, mit Ihrer Familie oder auch mit einem Ihrer Geschäftsfreunde.

Je nach Größe, Lage und Ausstattung liegt der Preis für ein Luxusappartement in Santa Ponsa zwischen DM 83 000,— und DM 157 000,— Unser Prospekt gibt Ihnen darüber genaue Auskünfte.

Schicken Sie uns dieses Inserat, zusammen mit Ihrer Visitenkarte. Sollten Sie gerade keine zur Hand haben, dann genügt es auch, wenn Sie Ihre genaue Adresse (möglichst mit Telefonnummer) auf die Anzeige schreiben.

Jacques Fournet Inmobiliaria S. A.
6000 Frankfurt am Main, Brentanostraße 18



Jacques Fournet
Inmobiliaria S.A.




Anti-Kossygin-Demonstranten (1967)*, **Rotgardisten in Peking:** Die Renegaten wetzen ihre Messer

CHINA

KOSSYGIN-BESUCH

Umweg zum Feind

Ein letzter Wille Ho Tschi-minhs, enthalten in seinem Testament, lautete: „Ich glaube fest daran, daß die Bruderparteien und Bruderländer sich wieder vereinigen werden."

Er meinte Rußland und China, die beiden roten Riesen, zwischen denen er selbst jahrzehntelang erfolgreich laviert hatte und deren Konflikt jetzt in einen Weltkrieg zu führen droht. Am Grabe Hos, so schien es, würde sein Wunsch nach Wiedervereinigung des Weltkommunismus erhört: Die Regierungschefs beider Staaten meldeten sich als Trauergäste an.

Doch dann gingen sie sich aus dem Weg. Peking-Premier Tschou En-lai, als erster zum Beileidsbesuch in Hanoi, flog wieder ab, bevor sein sowjetischer Kollege eintraf. Die Sowjetpresse warf dem Chinesen in scharfen Worten Mangel an Pietät vor, und zur Steigerung der Anti-China-Kampagne erschien in Moskau eine umfangreiche Dokumentation, die China 480 schwerer Grenzverletzungen beschuldigte.

Dann flog Kossygin, der beim Hinflug chinesisches Territorium umgangen hatte, zurück in Richtung Heimat — und landete gleich hinter der Grenze, in Duschanbe, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Tadschikistan. Er startete wieder — nach Peking.

Rumäniens Premier Maurer, wie die Nordvietnamesen im sowjetisch-chinesischen Konflikt neutral, hatte den Kondolenzbesuch in Hanoi benutzt, um bei einem Stopp in Peking rote Brüderschaft zu predigen. Die Chinesen erklärten sich zu einem Treffen bereit.

Es war Kossygins dritter Besuch in Peking. Die ersten beiden Male war er auf dem Hin- und Rückflug seiner Vietnam-Visite im Februar 1965 in der chinesischen Hauptstadt gelandet. Damals — der Vietnamkrieg begann gerade zum amerikanischen Krieg zu werden — waren die Gespräche unter den Genossen „frostig" (so ein sowjetischer Diplomat). Diesmal hielten beide Seiten die zweistündige Unterredung immerhin für „nützlich".

Zu mehr Gemeinsamkeit konnten sie sich in ihrem Kommuniqué nicht entschließen. Im Pekinger Flughafengebäude hatten die beiden — als gemäßigt geltenden — Ministerpräsidenten über die wachsende Kriegsgefahr gesprochen. Doch solche Gipfelgespräche ändern nach chinesischer Auffassung nicht den Lauf der Welt: Dem Sowjetführer Chruschtschow — nach seinem Dialog mit US-Präsident Eisenhower in Camp David 1959 — hatte Peking den „Irrtum" vorgeworfen, die Geschichte werde „durch große Männer und deren ‚Weisheit' und durch Gipfeltreffen der Großmächte entschieden".



Sowjetischer Premier **Kossygin**
Der letzte Wille ...



Chinesischer Premier **Tschou En-lai**
... blieb unerfüllt

Die Streitfragen, die den sterbenden Ho Tschi-minh so sehr bewegt hatten, blieben ungelöst. „Je mehr ich auf die wachsende internationale kommunistische Arbeiterbewegung stolz bin", hatte Ho Tschi-minh hinterlassen, „desto mehr leide ich unter den Meinungsverschiedenheiten, die gegenwärtig die Bruderparteien voneinander trennen."

* Mit einer Kossygin-Puppe beim Marsch auf die Sowjetbotschaft.

OPPOSITION

Ungesunde Lieder

Die Sowjetrenegaten wetzen ihre Messer und werden sie sicher brauchen", warnte die chinesische Radiostation Urumtschi vor dem Feind von außen.

In der Stunde äußerer Gefahr entdeckte die Schanghaier Parteizeitung „Dschi Fang Jih Pao" aber feindliche Schützen auch im eigenen Land: „Die Bourgeoisie versucht ..., unsere neuen und alten Kader mit verschiedenen verzuckerten Geschossen zu zerstören."

Zu zerbröckeln droht unter den Zucker-Schüssen die erst im April beschworene Einheit von Partei und Volk in Maos Reich. Und nur ein Jahr nach dem Ende der Kulturrevolution ruft Mao erneut zur „revolutionären Massenkritik" — diesmal „gegen Anarchie und Ultra-Demokratie", gegen linke und rechte Abweichler.

Die zur Vorbereitung einer Generalmobilmachung verschärfte Kontrolle der Schulen und Industriebetriebe durch Armee und Partei stößt auf wachsenden Widerstand. Vor allem die vom Ausgang der Kulturrevolution enttäuschten Roten Garden — in Massen zur Landarbeit deportiert — verweigern Mao den Gehorsam:

▷ In Peking wurden im Juli zwei Studenten wegen „Ungehorsams" gegenüber Mao hingerichtet. Die Exekution veröffentlichte der Staatssicherheitsdienst in Flugblättern und Wandzeitungen.

▷ Eine Gruppe von zwangsevakuierten Studenten war kurz zuvor ohne

Erlaubnis in die Stadt zurückgekehrt, hatte Telegraphenstationen besetzt, die Tür zum Schulamt eingeschlagen und Soldaten der Volksbefreiungsarmee verprügelt.

▷ In Schanghai lieferten sich rivalisierende Rote Garden eine Straßenschlacht; 600 000 arbeitslose Jugendliche demonstrierten in der Stadt.

▷ Aufstände der Berg- und Hüttenarbeiter im Industriegebiet von Liaoning gegen den Ausfall der bisherigen Freischichten ließ nach Berichten des Senders Schenjan der Militärbefehlshaber Tschen Si-lian mit Waffengewalt niederschlagen.

▷ „Üble Elemente ..., Großgrundbesitzer und reiche Bauern“ nannte Radio Peking als Anstifter einer „konterrevolutionären Rebellion“



Chinesische Grenzer, Verwundeter*: „Der gesamten Menschheit das Leben opfern“

auf der südchinesischen Insel Hainan; in der Provinz Kwangtung sollen nach Flüchtlingsberichten Bauern als Konterrevolutionäre liquidiert worden sein.

Arbeiterunruhen gegen die im Rüstungskampf erhöhten Normen melden Pekinger Zeitungen auch aus den Provinzen Schansi, Hunan, Schantung, Fukien, Kwangtung und der Inneren Mongolei. Für die „mangelnde Arbeitsdisziplin“ in den Betrieben machte Radio Schanghai am 20. August den im Vorjahr gestürzten Staatspräsidenten Liu Schao-tschi verantwortlich: er sei selbst der größte Parasit und Drahtzieher hinter allen anderen Parasiten.

Fünf Tage später präsentierten die Pekinger Parteizeitungen in einem gemeinsamen Leitartikel (Überschrift: „Nehmt die revolutionäre Massenkritik fest in die Hand“) das Sündenregister rechter Abweichler im neu entflammten Richtungskampf:

„Sie versuchen, das sozialistische Eigentum zu sabotieren, wenden verschiedene Methoden an, um unsere alten und neuen Kader und die Jugend zu verderben, fachen den üblen Wind der konterrevolutionären Wirtschaft an ... beschäftigen sich mit Spekulation, um den staatlichen Wirtschaftsplan zu sabotieren, und versuchen, den religiösen Aberglauben zur Unterminierung der Einheit unter den verschiedenen Nationalitäten auszunutzen.“

Nicht weniger gefährlich aber ist den Mao-Blättern drohende Gefahr von links: „Es muß hervorgehoben werden, daß die irrigen Tendenzen einiger Genossen innerhalb der revolutionären Reihen, wie zum Beispiel Sektierertum, Bergfesten-Mentalität, Anarchismus, Liberalismus und Individualismus, der revolutionären Sache schaden.“

Auch an der Kulturfront kam es in den letzten Monaten nach Radio Tschangscha zu neuen Klassenkämpfen: „Manche Leute betreiben Untergrund-Buchhandungen, um die Schwarzware des Feudalismus, Kapitalismus und Revisionismus zu verbreiten ... sie bringen verkleidete Versionen von gelber Musik und ungesunden Liedern und Melodien auf die Bühne.“

Für den Zweifronten-Krieg gegen Abweichler daheim und eine drohende Sowjet-Intervention von außen fordert Mao nun, wogegen er seine Rotgardisten vor über drei Jahren Sturm laufen ließ: die bedingungslose Unterordnung der Nation und Partei unter die einheitliche Disziplin der Parteiführung.

Die verläßlichsten Truppen bei der Konsolidierung der Partei und des (1966 praktisch aufgelösten) kommunistischen Jugendverbandes sind neugegründete maotreue Milizeinheiten. Zu ihnen gehören Genossen, die in der Kulturrevolution als „bürgerliche Machthaber“ kritisiert wurden und ihre Ämter verloren. So wurden an der Tschungschan-Universität von Kanton 90 Prozent der „bourgeoisen akademischen Autoritäten“ rehabilitiert.

In Schanghai gründete das Revolutionskomitee am 26. August eine politische Schule für Arbeiter, die als Polit-Berater später in den Betrieben eingesetzt werden sollen.

In gemeinsamer Aktion haben das militärische Kontrollkomitee, die Volksbefreiungsarmee und das Revolutionskomitee der Stadt Tungchuan (Provinz Schensi) „Kommandogruppen“ in den Fabriken aufgestellt. Sie sollen die Arbeiter kontrollieren und zu erhöhter Produktion antreiben. Ein Arbeiter- und Volksschutzkorps, das als „eiserner Besen alle Mißgeburten und Ungeheuer wegfegt“, bekam die Stadt Tschangscha.

Auch in den Schulen und Universitäten bekamen die renitenten Rotgardisten neue, mao-loyale Konkurrenz. Die Kantoner Studenten organisierten in den Sommerferien Schutzkorps der „Kleinen Roten Soldaten“, die als Wach- und Streifendienst in der Stadt patrouillieren. Die Volks- und Mittelschüler der Großstädte Peking, Schanghai und Tientsin gelobten in Ferienkursen, daß sie in Zukunft „die Umerziehung durch Arbeiter, Bauern und Soldaten akzeptieren wollen“.

Die neugegründeten Bürger-Schutztruppen sollen an der labilen Heimatfront die zur Zeit stärkste Fraktion in den chinesischen Richtungskämpfen ablösen: die Volksbefreiungsarmee.

Während der Kulturrevolution hatten Maos Polit-Offiziere und -Soldaten anstelle des zerschlagenen Parteiapparates die Kontrolle über die Verwaltung und Fabriken, Schulen und Universitäten übernommen. Die Armee zügelte den Übermut der Roten Garden und rettete nach fast drei Jahren Straßenschlachten das Land vor der Agonie.

Mao mußte den Rettungsdienst mit verstärktem Einfluß der Militärs auf die Politik bezahlen: Im Politbüro der KPCh sind seit April von 21 Mitgliedern elf Marschälle und Generäle, von den 170 Mitgliedern des ZK gehören 74 zur Armee.

Armee-Kommandeure leiten mehr als die Hälfte der 29 Revolutions-Komitees in den Verwaltungsgebieten; den meisten Einfluß haben sie in den strategisch wichtigen Grenzbezirken von Sinkiang, Tibet, Ningsia und der Inneren Mongolei. Nun aber braucht Mao seine zweckentfremdeten Kontroll-Soldaten dringend für den Schutz der Grenzen gegen eine mögliche sowjetische Invasion.

In Politkursen werden Chinas Streitkräfte gedrillt — für den Kampf gegen die „neuen Zaren“. In Schanghai verurteilten Luftwaffen-Soldaten die „Philosophie des Verräters Liu vom Überleben“ und priesen den Heldentod: „bereit zu sein, für die Verteidigung des Vorsitzenden Mao und für die Befreiung der gesamten Menschheit sein Leben zu opfern“.

* Ein Posten, der im Vorjahr beim Kampf mit sowjetischen Truppen auf der Ussuri-Insel Tschiltschin verwundet wurde, demonstriert vor Kameraden seine Blessur.

Löwen trinken ihn pur



HEINRICH hat Gin in Deutschland populär gemacht

Heinrich, Deutschlands führender Marken-Gin. Heinrich Dry Gin ist rein. Dank Spezial-Destillation. Für Long Drinks. Für Kurze. Heinrich Dry Gin nur echt mit dem Löwen.

Kurzgeschichte für alle Computer-Skeptiker.

Branchen und Anwendungen Anwendungen und Branchen	Aufmaßberechnung	Beitragsrechnung	Betriebsbuchhaltung	Debitorenbuchhaltung	Devisenabrechnung	Effektenabrechnung	Ergebnisrechnung	Exportfakturierung	Finanzbuchhaltung	Frachtkostenabrechnung	Gasabrechnung	Gehaltsabrechnung	Holzmaßberechnung	Kameralistik	Kalkulation	Kontokorrentbuchführung	Kostenüberwachung	Kreditorenbuchhaltung	Lagerbuchhaltung	Leistungsabrechnung	Lohnabrechnung	Patientenabrechnung	Provisionsabrechnung	Rechnungsschreibung	Sachkontenbuchführung	Scheckabrechnung	Statistik	Steuerab- und -berechnung	Umsatzsteuerberechnung	Wechselabrechnung
Banken				●	●	●	●		●			●			●	●							●	●	●	●	●	●	●	●
Bauunternehmungen	●		●	●			●		●			●			●	●	●	●	●		●		●	●	●		●	●	●	
Druckereien			●	●			●	●	●	●		●			●	●	●	●	●		●		●	●	●		●	●	●	
Einkaufsverbände				●			●	●	●	●		●			●	●	●	●						●	●		●	●	●	
Fluggesellschaften				●			●		●	●		●			●	●	●	●			●		●	●	●		●	●	●	
Handel	●			●			●	●	●	●		●	●		●	●	●	●	●		●		●	●	●		●	●	●	
Handwerk	●		●	●			●	●	●	●		●	●		●	●	●	●	●		●		●	●	●		●	●	●	
Industrie	●		●	●			●	●	●	●		●	●		●	●	●	●	●		●		●	●	●		●	●	●	
Ingenieurbüros				●			●	●	●			●			●	●	●	●					●	●	●		●	●	●	
Kommunalverwaltungen				●							●	●		●		●					●			●	●		●	●	●	
Krankenhäuser			●	●			●		●			●			●	●	●	●	●	●	●	●		●	●		●	●	●	
Krankenkassen		●										●								●		●	●	●	●		●	●	●	
Landwirtsch. Genossenschaften		●		●			●		●			●			●	●	●	●	●		●		●	●	●		●	●	●	
Molkerei-Zentralen			●	●			●	●	●	●		●			●	●	●	●	●		●		●	●	●		●	●	●	
Reedereien			●	●			●	●	●	●		●			●	●	●	●	●		●		●	●	●		●	●	●	
Rundfunkgesellschaften		●	●	●			●		●			●			●	●	●	●			●		●	●	●		●	●	●	
Sparkassen		●		●	●	●	●		●			●			●	●							●	●	●	●	●	●	●	●
Transportunternehmen			●	●			●	●	●	●		●			●	●	●	●	●		●		●	●	●		●	●	●	
Treuhandgesellschaften				●			●		●			●			●	●	●						●	●	●		●	●	●	
Vermessungsämter	●						●		●			●			●		●							●	●		●	●	●	
Versicherungen		●							●			●			●					●			●	●	●		●	●	●	
Versorgungsbetriebe			●	●					●		●	●			●	●	●		●		●			●	●		●	●	●	
Werbeagenturen				●			●	●	●			●			●	●	●						●	●	●		●	●	●	
Wirtschaftsbüros		●		●			●		●			●			●	●	●						●	●	●		●	●	●	
Zeitungsverlage		●		●			●	●	●	●		●			●	●	●	●			●		●	●	●		●	●	●	

Wir konnten das allgemeine Gerede von den »vielfältigen« Einsatzmöglichkeiten eines Computers nicht mehr hören. Deshalb zeigen wir Ihnen, was der Klein-Computer »akkord AC 6000« wirklich für Sie tun kann. Punkt für Punkt. Wie Sie rationell disponieren, automatisch fakturieren, schnell und sicher abrechnen können. Wie Sie verlorene Arbeitszeit einholen. Wie Sie versteckten Kosten auf den Leib rücken. Wie Sie alle Ecken Ihrer Probleme erreichen. Also reden wir vom Detail. Punkt für Punkt.

Informieren Sie sich über unser gesamtes Programm. Schicken Sie den Coupon noch heute ab.

Coupon

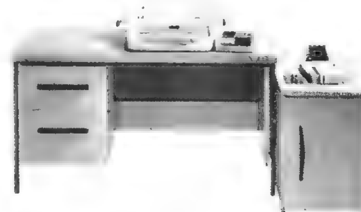
Akkord
Elektronik GmbH
6742 Herxheim
Postfach 90

Unterlagen erbeten für:
○ Fakturier- und Abrechnungsautomaten
○ Klein-Computer für die Datenverarbeitung
○ Korrespondenz- und Org.-Automaten

Firma: ____________

zuständig: ____________

6



Organisations-Systeme und Anwendungen von

AKKORD

Mitglied der Bosch Gruppe

NAHER OSTEN

PRÄVENTIVSCHLAG

Schiffe in der Wüste

Mit Stuhlbeinen holten wütende Araber Amerikas Wunderwaffe vom Himmel — das Überschall-Kampfflugzeug „Phantom“.

„Phantom“-Kampfflugzeug: Kein Feind am Himmel

Als in einem Kino der jordanischen Hauptstadt Amman „Phantom“-Düsenjäger über die Leinwand donnerten (auf dem Programm: John Waynes Vietnam-Propaganda-Film „Die grünen Teufel“), demolierten letzten Montag Hunderte Zuschauer die Stühle und zerfetzten die Projektionsleinwand. Denn „Phantoms“ fliegen jetzt auch für Israel.

Die „Phantoms“ waren letztlich auch die Ursache der größten Schlacht, die am Suezkanal seit dem Juni-Krieg von 1967 geschlagen wurde. Weil die Israelis am Suez einen ägyptischen Präventiv-Schlag befürchteten, bevor ihr „Phantom“-Geschwader komplett ist (bisher wurden erst acht Maschinen geliefert), unternahmen sie ihrerseits einen Präventiv-Angriff. „In einer Zehn-Stunden-Version ihres glorreichen Sechs-Tage-Feldzuges“, schrieb der Londoner „Guardian“, versetzten die Israelis letzten Dienstag den Ägyptern „wieder einen Hieb auf die Nase“.

Viermal seit dem Oktober vergangenen Jahres waren die Israelis als Vergeltung für Artilleriebeschuß am Suezkanal mit kleinen Stoßtrupps tief in das Hinterland des feindlichen Ägypten eingedrungen, um Brücken und Stromleitungen zu zerstören. Diesmal probten sie die Invasion in Ägypten.

In einer „akrobatischen Operation“ (Israels Verteidigungsminister Mosche Dajan) landeten etwa 400 Israelis, geschützt von 70 Kampfflugzeugen — etwa ein Viertel der israelischen Luftwaffe —, 40 Kilometer südlich von Suez auf ägyptischem Gebiet. Zehn Stunden später zogen sie sich ohne nennenswerte Verluste 50 Kilometer südlich von der Landungsstelle wieder auf die Sinai-Halbinsel zurück.

„Der Angriff zeigte eine neue Art der militärischen Operation“, triumphierte Dajan. Israels Verteidigungsminister soll den Ausflug nach Ägypten selbst befehligt haben.

Die Ägypter waren von der Invasion völlig überrascht. Sie räumten die Straßen freiwillig vor den eindringenden israelischen Panzern und ließen ihre Fahrzeuge ohne Gegenwehr in Brand schießen. „Kein einziges ägyptisches Flugzeug zeigte sich am Himmel“, berichtete ein israelischer Militärsprecher.

Nassers Soldaten mußten schwere Verluste hinnehmen. Über 100 Ägypter fielen, Armeeposten, Radarstationen und Raketenstellungen wurden zerstört. Unter den Gefallenen sollen sich auch sechs sowjetische Militärberater befinden.

Hätten Nassers Militärs besser aufgepaßt, dann wären sie rechtzeitig gewarnt gewesen:

▷ In den letzten Wochen zogen schwere israelische Sattelschlepper Landungsboote durch die Wüste Sinai. Da sich ägyptische Aufklärer nur noch selten über die besetzte Halbinsel wagen, blieben die Schiffe in der Wüste unentdeckt.

▷ Am vorletzten Sonntag versenkte ein israelischer Marine-Stoßtrupp in Ras Sadat am Golf von Suez zwei ägyptische Torpedoboote, was ebenfalls auf eine größere Operation hindeutete.



Ägyptische Radarstation, israelische Angreifer*: Ein Hieb auf die Nase

Den reibungslosen Ablauf ihres Stoßtrupp-Unternehmens verdanken die Israelis ihrer Luftwaffe. Doch mit welchen Maschinen sie den ägyptischen Luftraum besetzten, verraten sie nicht.

Es gebe „keinen Hinweis“, beteuerte der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, Robert McCloskey, daß „Phantom“-Düsenjäger eingesetzt wurden.

Ob sie bei dem Landeunternehmen dabei war oder nicht — in Zukunft wird die „Phantom“ eine entscheidende Waffe im Nahen Osten sein.

Bisher bereitete die Luftwaffe, die den Juni-Krieg entschied, bevor er richtig begonnen hatte, den Israelis die größten Sorgen. Durch Kriegsverluste (45 Maschinen), Abnutzung und Unfälle (sechs Maschinen) war Israels Luftwaffe wesentlich geschwächt. Ihre Einsatzbereitschaft mußte bei 95 Prozent liegen, um die zahlenmäßige Überlegenheit der Araber auszugleichen.

Denn in diesem Sommer besaß Israel nur noch knapp 60 „Mirage“ III C, 15 „Super-Mystère“ B.2, 32 „Mystère“ IV A, 15 „Vautour“ SO 4050 und 60 Fouga-„Magister“ CM 170. Seit dem Juni-Krieg wurden die Geschwader nur durch 65 amerikanische „Skyhawk“-Maschinen verstärkt, die jedoch unter Schallgeschwindigkeit fliegen.

Die Araber hingegen wurden von den Russen nach der Niederlage im Juni 1967 voll wiederaufgerüstet. Israels wichtigste Gegner — Ägypten, Syrien, Irak und Jordanien — verfügen über 420 Mig-21, 112 Mig-19, 187 Mig-17, 190 Suchoi 7, etwa 30 Hunters und rund 150 Iljuschin- und Tupolew-Bomber.

Die scheinbare Überlegenheit seiner Luftwaffe veranlaßte Nasser in diesem Sommer, den „Befreiungskrieg“ zu propagieren. Er begann mit massiven Artillerie-Duellen am Suez-

* Am Dienstag letzter Woche.

kanal und setzte dann auch seine Jets gegen den Feind ein.

Die Bilanz des Luftkrieges sieht für Ägypten düster aus: Israel verlor drei, Ägypten 21 Maschinen. Dennoch wurde die Situation für Israel bedrohlich, da es seine Verluste nicht ersetzen konnte. Frankreich hält 50 bestellte und bereits bezahlte „Mirage"-V-Maschinen noch immer zurück.

Ägyptens Militärs drängten Nasser zum Zuschlagen, solange Israels Luftwaffe noch nicht durch jene 56 „Phantoms" entscheidend verstärkt ist, die der frühere US-Präsident Johnson Israel im Januar 1968 versprochen hatte.

Denn der „Phantom" haben die Araber nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Einziger ebenbürtiger Gegner des mit über zweifacher Schallgeschwindigkeit fliegenden Allzweck-Kampfflugzeuges wäre die sowjetische Mig-23 — aber die hat Moskau bisher nicht einmal seinen osteuropäischen Verbündeten geliefert.

Mit den „Phantoms" wird Israels „langer Arm" (so Vize-Premier Allon) noch erheblich länger: Innerhalb der „Phantom"-Reichweite von 1500 Kilometern liegen erstmals auch Bagdad und die Sudan-Hauptstadt Khartum. Zwei der 56 „Phantoms" sind mit Geräten für den Abwurf von Atombomben — die Israel bereits selbst herstelle — ausgerüstet.

Israel ließ sich die Superwaffe, die nach Ansicht des Jerusalemer Generalstabes jeden arabischen Angriff innerhalb der nächsten Jahre illusorisch macht, viel kosten: Die „Phantoms" kosten 18 Millionen Mark pro Stück, und Israel bestellte zusätzlich zu den 56 vereinbarten noch 25 der Maschinen.

Neben den höchsten Einkommensteuern der Welt zahlt jeder Israeli noch eine eigene „Phantom-Steuer": ein halbes Monatsgehalt jährlich als Anleihe. Schulkinder waschen Autos und liefern den Verdienst in die „Phantom-Kasse". „Hast Du schon Deinen Beitrag für die Phantom geleistet?" ließen Unternehmen auf ihre Werbebroschüren drucken.

Als in der vorletzten Woche die ersten acht Maschinen in Tel Aviv eintrafen, unterbrachen die seit Wochen streikenden Hafenarbeiter ihren Ausstand und löschten bei Nacht die lebenswichtige Fracht. Als die erste „Phantom" — mit Israels Luftwaffenchef Mordechai Hod als Ko-Pilot — im Tiefflug über Tel Aviv donnerte, brach in der Hauptstadt der Verkehr zusammen.

Monatlich werden ab jetzt vier Maschinen in Israel eintreffen. Mit dem „Phantom"-Geschwader hofft Israel, die Luftüberlegenheit im Nahen Osten bis Anfang der siebziger Jahre zu halten. Dann wird Israel ein Ziel erreicht haben, das Ägypten vor kurzem nach jahrelangen und kostspieligen Versuchen aufgegeben hat: die Selbstversorgung seiner Luftwaffe. In den Flugzeugwerken nahe dem Zentralflughafen Lod wird zur Zeit ein leistungsstarkes israelisches Düsenkampfflugzeug entwickelt.

TSCHECHOSLOWAKEI

SÄUBERUNG

Ballast der Illusionen

Wir haben einen Fehler begangen, wir hätten es wie die Polen machen müssen: Wir haben keine Säuberungen durchgeführt", bedauerte der Prager ZK-Funktionär Holan.

So wie die polnischen Moskaufreunde die kurze Reformperiode vom Herbst 1956 liquidierten, wollen Partei-Apparatschiks auch in Prag aufräumen, um — laut „Rudé právo" — „mit der bisherigen Konzeptionslosigkeit, Prinzipienlosigkeit und Einseitigkeit Schluß zu machen."

Der Aufruf zur Säuberung erschien im Parteiorgan bereits am 23. Juli; er war der einzige Hinweis auf eine geheimgehaltene Konferenz, die an demselben Tag im Prager ZK-Gebäude am Moldauufer stattfand und deren Protokoll dem SPIEGEL vorliegt. Teilnehmer: Leitende Genossen aller Prager Parteikomitees, die für Ideologie und Kultur zuständigen Funktionäre der Regionalkomitees und — mit dem Genossen Holan — Vertreter des zentralen Apparats.



Prager Reformfeind Indra
„Mit Härte rechnen"

Die ausgewählten Parteibeamten erfuhren den Terminplan einer bevorstehenden Kampagne:

▷ Vom 28. Juli bis zum 3. August sollte ein Bericht der Staatssicherheitsorgane veröffentlicht werden, der die Ursachen der Uneinigkeit in der Parteiführung vor der Sowjet-Intervention zu erklären hatte — der Polizei-Bericht erschien stückweise durch Enthüllungen in der Parteipresse.

▷ Gleichzeitig werden vom Innenministerium breit angelegte Maßnahmen gegen kriminelle Elemente und Verteiler von Flugblättern durchgeführt — Hunderte wurden festgenommen, 3000 Ende August (darunter lediglich 50 Vorbestrafte).

▷ Vom 4. bis 10. August sollten Protokolle der Konferenzen von Warschau, Čierna und Preßburg publiziert werden — doch nur Beschwerden über ein Fehlverhalten der Reformpolitiker vor und nach diesen Konferenzen erschienen in der ČSSR-Presse; offenbar wollten die Sowjets protokollarische Beweise ihrer Pressions-Politik verborgen halten.

▷ Vom 11. bis zum 20. August, dem Vorabend des Okkupations-Jahrestags, waren Vorbereitungen der Sicherheits- und Militärorgane zu treffen sowie Übungen der Volksmiliz abzuhalten; am 20. August sollte Staatschef Svoboda eine Fernsehrede halten — er sprach dann schon einen Tag vorher.

▷ Bis zum 1. September wurden entsprechend dem Terminplan der Ideologie-Funktionäre erstmals Feiern zur Erinnerung an den slowakischen Partisanenaufstand von 1944 veranstaltet — um die Bevölkerung abzulenken und zugleich die Slowaken im ČSSR-Bundesstaat aufzuwerten.

Die Partei-Agitatoren beschlossen ferner eine verstärkte Kontrolle der Meinungsmedien durch Zensur, Störung des Empfangs ausländischer Rundfunkstationen — und personelle Veränderungen.

Das Hauptreferat hielt der neue tschechische Kulturminister Brůžek, 46: Die Fehler der Parteiführung unter Dubček müßten „wiedergutgemacht" werden. Brůžek war von 1964 bis 1967 Vize des stalinistischen Partei-Ideologen Hendrych. Jetzt empfahl er, zu den Beschlüssen des letzten Parteitages der KPČ zurückzukehren — Brůžek meinte nicht den Untergrund-Parteitag vom August 1968, sondern den Kongreß im Juni 1966, lange vor der Dubček-Ära.

Den Rückfall in die Vergangenheit erläuterte ZK-Funktionär Holan mit der Säuberungs-Parole: „Kein weiches Herz mehr, und rasch!" Bis zum 25. September sollten die Funktionäre Vollzugsmeldung erstatten.

Sie handelten hart und rasch, und die Spitzenfunktionäre der Partei hielten sich an denselben Zeitplan.

„Als Mitglied der Partei billige ich nicht, daß Alexander Dubček, nach dem, was geschehen ist, in führender Funktion verbleibt", eröffnete der Stalinist Vilém Nový in Budweis eine Denunziationswelle gegen das Symbol des demokratischen Kommunismus. Am nächsten Tag schloß sich der ranghöchste Stalinist der ČSSR an: Partei-Präsidiumsmitglied Bilák forderte Dubček auf, seine Fehler einzugestehen. Dem konservativen Ex-Chefredakteur der „Rudé právo" erklärte er laut „Rudé právo": „Es gibt keinen Zweifel — ein Teil des Präsidiums und der Partei und eine Gruppe ehrloser Leute mißbrauchte und beeinflußte Dubček."

ZK-Sekretär Indra, den Moskau bei der Intervention als Premier einer

Quisling-Regierung vorgesehen hatte, beschuldigte Dubček und dessen nächste Genossen, sie hätten „Haß und Unruhe unter der attraktiven Tarnung durch Parolen über eine Form des Sozialismus mit menschlichem Antlitz verbreitet“.

Auf einer tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaftskundgebung im mährischen Trebitsch verlangte Indra vorletzte Woche eine Säuberung in Partei, Staatsverwaltung, Wirtschaft „und anderen Bereichen“ — „selbst wenn unsere Gegner schreien, wir kehrten zu den fünfziger Jahren zurück, führten ein Regime blutigen Terrors und der Rechtlosigkeit ein und wollten durch Furcht herrschen“. Indra will: „Unsere Gegner sollen mit unserer Härte rechnen.“

Am 4. September kündigte die Politische Hauptverwaltung der ČSSR-Armee ein Untersuchungsverfahren gegen 30 Polit-Offiziere der Militärakademie „Klement Gottwald“ — darunter den Rektor, Oberst Professor Menol — an: Sie hätten im Juni 1968 ein „politisch sehr gefährliches Dokument“ (Titel: „Tschechoslowakische Staatsinteressen formulieren und verwirklichen!“) verfaßt, in dem für die ČSSR die „Forderung nach Neutralität“ erhoben worden sei.

Zwei Tage lang beriet die von dem Konservativen Jakeš geleitete Revisionskommission des ZK, dann schloß sie zwei Kommissionsmitglieder aus und empfahl ein Disziplinarverfahren gegen die Autoren des „Manifests der 2000 Worte“, mit dem die ČSSR-Schriftsteller im Juni 1968 zur Erneuerung der kommunistischen Partei und zur Verteidigung der Reformen aufgerufen hatten.

Und die Revisoren plädierten für Disziplinar-Maßnahmen gegen 19 prominente Genossen, deren Namen vorerst geheim blieben. Dubček und zwölf weitere Reformkommunisten nannte der konservative Journalist Horák letzten Donnerstag in der Zeitschrift „Květy“ beim Namen: Sie seien verantwortlich für „Lügen, Halbwahrheiten, Phantastereien, Legenden und Märchen“, sie seien „Verräter“. „Rudé právo“ forderte am Freitag vergangener Woche Dubček zur Selbstkritik auf.

Noch weigert sich Dubček zu widerrufen, noch versucht Parteichef Husák ihn vor Verfolgung zu schützen. Auf einer Sitzung der slowakischen Parteiführung in Preßburg erwiderte Husák einem konservativen Kritiker, dem stellvertretenden Nationalrats-Vorsitzenden Janík, der den Reformern „Fehler“ vorwarf: „Was hast du während der Jahre unter (dem stalinistischen Parteichef) Novotný gemacht — als wir das Opfer von Fehlern waren?“ Husák saß zu Novotnýs Zeit im Gefängnis.

Aber die Säuberungswelle ist angelaufen. Generalstaatsanwalt Jan Feješ und Heeres-Chefprokurator Zbyněk Kiesewetter reisten Anfang September nach Moskau und vereinbarten mit dem sowjetischen General-Staatsanwalt Rudenko „gegenseitige Zusammenarbeit“.



Prager Reformer **Dubček**
„Haß verbreitet“

Der Schriftsteller Ota Filip und der Publizist und Schachmeister Luděk Pachman sind in Haft, der Fernsehkommentator und Filmautor Vladimír Škutina wurde vorletzte Woche in Königgrätz festgenommen — er mußte schon 1962 auf persönliche Order Novotnýs für 16 Monate ins Gefängnis.

Die Furcht vor dem Rückfall in die Terrorzeit hat auch schon ein Opfer von der Gegenseite gefordert: Der stalinistische Rundfunk-Generaldirektor Bohuslav Chnoupek brach in seinem Büro zusammen, verbarrikadierte die Tür mit einem schweren Schrank und heulte stundenlang: „Hilfe! Man will mich verhaften!“

Um Aufsehen zu vermeiden, wurde Chnoupek in einer Zwangsjacke auf dem Luftweg nach Moskau gebracht. Die amtliche Nachricht sprach von einem „offiziellen Besuch“.



Dubček-Feind **Chnoupek**
„Man will mich verhaften“

Glänzendes Leder im Oxford - oder Windsor-Stil. Rustikale Steppnähte, großzügige Laschen, breite Sohlen. Neue Aspekte, den Schuhen von vorgestern keine Chancen mehr zu geben.



DSI 34/69

USA

VIETNAM-POLITIK

NSM No. 36

Es ist alles wie bei Lyndon Johnson — nur vielleicht noch schlimmer.

Auf den Stufen des Capitols erschießt sich ein 15jähriger — aus Protest gegen den Krieg in Vietnam.

Vor dem Urlaubssitz des Präsidenten in Kalifornien demonstrieren fast 4000 Kriegsgegner — einer von ihnen mit dem Plakat: „Gesucht wegen Mordes: Richard Nixon".

In einer protestantischen Kirche in Honolulu verschanzen sich 22 Vietnam-Urlauber — um nicht wieder an die Dschungelfront zurückkehren zu müssen.

Im Song-Chang-Tal, knapp 50 Kilometer südlich von Da Nang, verweigert eine Kompanie ihrem Leutnant den Gehorsam — die Einheit will sich nicht noch einmal ins Gefecht schicken lassen (siehe Seite 139).

Und über allem regiert ein Präsident, „der Politik nach dem Motto macht: Lieber irgend etwas tun als gar nichts tun" („Newsweek").

Während seines Wahlfeldzugs im vergangenen Jahr hatte Richard Milhous Nixon seinen Landsleuten verkündet, er habe einen Plan zur Beendigung des Krieges in Vietnam.

Zwar legte er den Plan nie vor, aber sicher war: Nixon wollte, „daß unsere Soldaten nicht einen Tag länger als erforderlich in Vietnam sind".

Kaum im Amt, versuchte Richard Nixon denn auch, irgend etwas zu tun. Doch wie vor ihm Lyndon Johnson war auch er nicht Herr seiner Entschlüsse:

Im Dschungel von Vietnam diktierten nach wie vor Ho Tschi-minhs Soldaten ihrem übermächtigen Gegner Aktion und Reaktion.

An der kriegsmüden Heimatfront schlug Vietnam-Taube Clark Clifford, Johnsons letzter Verteidigungsminister, vor, bis zum Jahresende 100 000 GIs aus Vietnam abzuziehen.

Der Republikaner Nixon beeilte sich, den Demokraten Clifford zu übertrumpfen. „Ich denke, wir können Mr. Cliffords Zeitplan noch überbieten", prahlte Nixon Mitte Juni auf einer Pressekonferenz und ordnete sogleich den Abzug von 25 000 der etwa 540 000 Vietnam-GIs an.

Das brachte ihm die Proteste der Falken und der Militärs ein. Sie warnten vor übereiltem Abzug und wiederholten, was sie Johnson vier Jahre lang suggeriert hatten: Letztlich werde sich in Vietnam nur eine harte Politik auszahlen.

Nixon war dennoch entschlossen, Ende August den Abzug weiterer 40 000 GIs anzukündigen. Doch



Abziehende US-Truppen (in Da Nang): „Wir können es nicht treiben lassen"

▷ im St.-Francis-Hotel in San Francisco warnte Südkoreas militanter Präsident Park seinen US-Kollegen, ein weiterer Truppenabzug der Amerikaner werde ganz Südostasien verunsichern, und

▷ im Nixon-Feriendomizil San Clemente forderte Amerikas Chefunterhändler in Paris, Cabot Lodge, Härte gegenüber den Kommunisten, weil Hanoi bisher Amerikas Schritte zur Verminderung der Kampftätigkeit ignoriert habe.

Zwar versicherte Nixons Außenminister Rogers, die Entscheidung über einen weiteren Truppenabzug der Amerikaner sei keineswegs von der Kampftätigkeit des Feindes abhängig.

Drei Tage später aber desavouierte der Präsident den Minister. Erst nach seiner Rückkehr ins Weiße Haus zu Washington, so ließ Nixon mitteilen, werde er über einen weiteren Truppenabzug befinden. Die Aktivität des Feindes, erklärte Nixon-Sprecher Ronald Ziegler, sei für diese Verschiebung verantwortlich.

Tatsächlich jedoch hatten die Militärs Nixons Terminänderung bewirkt. 24 Stunden vor der Entscheidung des Präsidenten überreichte ihm ein Admiral ein Schriftstück mit dem Titel NSM No. 36 (National Security Memo — Memorandum zum Thema Nationale Sicherheit).

Inhalt: Die Militärs, schon seit Juni verprellt durch die Absicht des Präsidenten, alle Kampftruppen bis Ende 1970 abzuziehen, empfahlen, jetzt höchstens 30 000 Soldaten zurückzuholen und im übrigen mindestens eine Viertelmillion GIs bis 1972 oder noch länger in Vietnam zu belassen.

Nixon lehnte den Plan ab und gab NSM No. 36 an die Vereinigten Stabschefs zu neuer Urteilsfindung zurück. Folge: Der Präsident mußte seine Entscheidung verschieben.

Die Studie der Militärs enthüllte aber mehr. In Nixons Regierung gibt es — wie schon bei Lyndon Johnson — zwei Lager. Der Unterschied: Die Tauben sitzen im State Department, die Falken im Pentagon.

Ausgerechnet Johnsons Chef-Falke Dean Rusk, der immer noch Zugang zu den geheimen Informationen seines einstigen Amtes hat, sprach plötzlich von einem „beinahe völligen Fehlen" nordvietnamesischer Infiltration auf dem Kriegsschauplatz.

Außenamtssprecher McCloskey sekundierte: Es sei ein „beträchtliches Nachlassen der Infiltration" festzustellen, das auf lange Sicht einer Verminderung der Streitkräfte Hanois gleichkommen werde.

Sofort dementierte das Pentagon: „Die stellen harte Vermutungen aufgrund von weichen Schätzungen an."

Am letzten Freitag konferierte Nixon wieder mit seinen Vietnam-Beratern — in einer noch heikleren Situation als zuvor: Ho Tschi-minhs Tod hatte die Amerikaner und ihre südvietnamesischen Alliierten gespalten, die sich — anders als die USA — nicht an die dreitägige Waffenruhe aus Anlaß der Ho-Beerdigung hielten.

Trotz der Einwände von Falken und Verbündeten beschloß Richard Nixon, den September zu nutzen: In diesem Monat kommen die Studenten auf den Campus zurück — und dann macht eine Abzugsankündigung auf die Tauben vermutlich mehr Eindruck als während der Semesterferien.

„Wir können es nicht so treiben lassen in der Hoffnung, daß schon irgendeine Lösung gefunden wird", erklärte ein Berater des Präsidenten. Zugleich aber nahm er Zuflucht zu einem patriotischen Alibi, das schon Lyndon Johnson benutzt hatte: „Hanoi soll nicht glauben, daß Nixon der erste Präsident ist, der einen Krieg verliert."

Gewinnen freilich kann er ihn auch nicht mehr.

Top your day with Marlboro!



Flavor:
Geschmack * Aroma*
Genuss *
Marlboro flavor
der Welterfolg *

I really go for that
Marlboro flavor

Z1/69

„WIR VERSORGTEN DEN VIETCONG"

Ein Amerikaner über Korruption, Diebstahl und den Schwarzen Markt in Südvietnam

Rund eine Milliarde Dollar sind seit 1965 auf dem Devisen-Schwarzmarkt in Südvietnam verschwunden. Und noch einmal die gleiche Summe ging den Amerikanern dort durch Diebstahl von Versorgungsgütern verloren. Von der Riesen-Schiebung profitieren nicht nur vietnamesische Zivilisten und Polizisten, sondern auch US-Bürger und US-Firmen: Für sie alle ist der schmutzige Krieg ein großes Geschäft. Noch in diesem Monat soll ein besonderer Ermittlungs-Ausschuß des amerikanischen Senats weitere Einzelheiten des Skandals untersuchen. Gestützt auf Informationen des Ausschuß-Zeugen Cornelius Hawkridge, beschrieb der amerikanische Journalist Frank McCulloch in „Life", wie sich Amerikaner und Vietnamesen bereichern. Der SPIEGEL veröffentlicht Auszüge aus diesem Bericht:

Ich war empört über das, was ich in Vietnam sah – über die Korruption, den Schmutz, den Diebstahl und die Bereicherung auf Kosten anderer Leute. Aber als ich darüber berichtete, wurde mir gesagt, ich sollte den Mund halten und aufhören, ein Unruhestifter zu sein . . .

Zeuge Cornelius Hawkridge im März 1969 vor einem Unterausschuß des US-Senats.

Cornelius Hawkridge ist ein schlanker, energiegeladener Mann, der die Welt aus mißtrauischen braunen Augen betrachtet. Er möchte brennend gern als Ermittlungsbeamter für die amerikanische Regierung tätig sein.

Hawkridge, 42, ist vielleicht der mysteriöseste Zeuge, den der Senatsunterausschuß bei der Untersuchung von Korruption und Krieg in Vietnam je vernommen hat. Er behauptet, mehr als 50 000 Dollar auf dem Devisen - Schwarzmarkt verdient zu haben. Ob er sich ursprünglich aus reinem Gewinnstreben auf diese Geschäfte einließ — wie seine Denunzianten behaupten —, ist schwer zu sagen.

Doch welche Motive er auch hatte, er berichtet, daß er seither seinen ganzen Gewinn für eine Ein-Mann-Untersuchung ausgegeben habe, mit der er seinen Wert für den amerikanischen Geheimdienst zu beweisen hoffte. Eine „Life"-Untersuchung in Vietnam ergab, daß sein Bericht im großen und ganzen den Tatsachen entspricht.

Hawkridge ging im November 1966 als Berater einer amerikanischen Stiftung für das Flüchtlingsprogramm nach Vietnam. Er arbeitete zunächst in Qui Nhon, einem großen Hafen und Stützpunkt einer südkoreanischen Kampfeinheit. Dort gibt es sehr viele Flüchtlingslager, und dort stieß Hawkridge auf den Schwarzen Markt.

Auf einem Einkaufsbummel kam er eines Tages auf ein Gelände, das etwa die Fläche eines Häuserblocks umfaßte. Es gab dort Hunderte von Verkaufsständen mit amerikanischen Militärgütern — mit Kleidungsstücken, Decken, Waffen, Munition, Medikamenten und eisernen Rationen. Erregt ging Hawkridge zu dem amerikanischen Militärberater in Qui Nhon. „Der seufzte nur und sagte: ‚Wir können ganz einfach nicht viel dagegen tun.'"

Daraufhin empörte sich Hawkridge in einem Brief an den damaligen US-Oberbefehlshaber in Vietnam, General William Westmoreland, aber er erhielt keine Antwort. Auch der militärische Nachrichtendienst und die amerikanische Behörde für internationale Entwicklung (AID) in Saigon hüllten sich in Schweigen.

Damals waren die Zustände im Hafen Qui Nhon beinahe chaotisch: Die Schiffe mußten wochenlang warten, bevor sie gelöscht wurden, und in den Docks türmten sich unbewachte Güter. „Ich sah, daß Amerikaner, Koreaner und Vietnamesen amerikanische Frachtgüter stahlen", berichtet Hawkridge.



Kronzeuge **Hawkridge**: „Mund halten und aufhören"

Eines Abends fuhr eine Gruppe koreanischer Soldaten mit einem Lastwagen in das Hafengebiet, belud den Wagen mit Kühlschränken und jagte unbehelligt davon. „Am nächsten Tag hatte jede Bar und jedes Restaurant in Qui Nhon einen neuen Kühlschrank."

Eines Tages begegnete Hawkridge in Qui Nhon einem Mr. Son, einem koreanischen Zivilisten, der Hakwridges Absicht, eigene Ermittlungen zu führen, nur belächelte. Son gab dem Amerikaner zu verstehen, er solle ganz einfach in das dunkle Geschäft einsteigen und selbst Geld damit verdienen. In einer Elendshütte am Haupteingang des Hafens — ganz in der Nähe eines Postens der US-Militärpolizei — machte Son den Amerikaner mit einer Vietnamesin bekannt, die „ihrem Kind Läuse aus dem Haar suchte". Diese Frau, so erklärte Son, sei die bedeutendste Geldwechslerin in Qui Nhon.

Den Vietnamesen ist es — bis auf wenige Ausnahmen — verboten, amerikanische Dollars oder MPCs (Military Payment Certificates), das heißt Besatzungsgeld, zu besitzen. Doch als Son der Frau 200 US-Dollar anbot, unterbrach sie ihre Entlausungsaktion, um Hawkridge MPCs und Piaster im Werte von 305 Dollar auszuhändigen. Hawkridge „verdiente" also bei dem Wechselgeschäft 105 Dollar.

Das, so versicherte ihm Son, sei gar nichts. Viele Amerikaner wechselten bei dieser Dame bis zu 1000 Dollars pro Tag ein; sie selbst verdiene 10 000 Dollar im Monat.

In den beiden nächsten Wochen tauschte Hawkridge dreimal Geld bei der Frau um. Bei der dritten Transaktion gab er ihr 2000 Dollar und erhielt 3800 Dollar in Besatzungsgeld. „Ich wußte", so sagt er, „daß ich in etwas Ungeheuerliches hineingeriet." Er flog wiederum nach Saigon, wo er eine Woche lang „beim militärischen Nachrichtendienst . . . und dem militärischen Oberkommando lediglich von einer Stelle zur anderen geschickt wurde".

In Vietnam, wie anderswo auf der Welt, gibt es einen Schwarzen Devisenmarkt, weil die Landeswährung weniger wert ist, als der offiziell von der Regierung festgesetzte Wechselkurs es vorgibt. In Vietnam schwankte in den letzten Jahren der Unterschied zwischen nominalem Wert des Piaster und seiner tatsächlichen Kaufkraft zwischen 50 Prozent und 200 Prozent. Entsprechend hoch sind die Gewinne.

Die höchsten Aufgelder für harte Währungen werden von Leuten gezahlt, welche ein Vermögen an Piastern besitzen, die sie in Dollars umwechseln und aus Vietnam herausbringen wollen. Es sind Amerikaner oder andere Ausländer — oder auch Vietnamesen, die an die Zukunft ihres Landes kaum noch glauben.

Einen flüchtigen Einblick in sublime Methoden des Geldwechsels gewann Hawkridge 1967 in Saigon. Hier leitete er die Sicherheitsüberwachung bei



Wiederkäuer sind teuer

Denn Sie müssen Informationen und alle möglichen Dinge für alle immer und immer wieder wiederholen.

So zum Beispiel in Ihren Konferenzen. Wie oft werden alte Kamellen nochmals lang und breit erklärt, weil nicht alle gut informiert sind. Das kostet Nerven. Und Leistungskraft.

Informieren Sie deshalb Ihre Mitarbeiter besser. Über alles. Und schnell. Mit einem Rank Xerox 36-Sorter-System. In jeder Sekunde schafft es einen Druck. Direkt vom Original. Ein sechsseitiges Schriftstück beispielsweise, für 18 Mitarbeiter, liegt nach 2 Minuten xerokopiert und sortiert in 18 Fächern. Abholbereit.

Dann gibt es keine Wiederkäuer mehr in Ihren Reihen. Höchstens gut placiert an Ihrer Konferenzzimmerwand. Als Kunstdruck, den wir Ihnen gerne schicken.

☐ Informieren Sie mich über das neue 36-Sorter-System.
☐ Schicken Sie mir den kostenlosen Wiederkäuer-Kunstdruck für die Wand unseres Konferenzzimmers. **W 10**

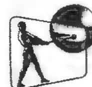
Name: ____________________

in Firma ____________________

Ort: ____________________

Straße: ____________________

An die Rank Xerox GmbH, 4 Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 61/63



RANK XEROX
GMBH

Rank Xerox macht jede Organisation leistungsfähiger

DIE ESSO OASE

Vor der Weiterfahrt eine erfrischende Pause für die Neuen Europäer

Etwas Kühles. Und ein paar Minuten Rast bevor es weitergeht. Vielleicht auch noch schnell ein Sandwich. Oder in Ruhe ein saftiges Steak mit knackig frischem Salat. ESSO Snack-Bars und Restaurants bieten vieles: vom schnellen Imbiß bis zum köstlichen Menü in behaglicher Atmosphäre.

Die Neuen Europäer kennen diese Oasen. Denn sie liegen überall an den großen Reiserouten – von Skandinavien bis zum Mittelmeer.

Die Neuen Europäer – das sind anspruchsvolle Reisende. Mit freien Ansichten über ihr Leben, von dem sie mehr erwarten. Mehr Vergnügen, mehr Service – beim Fahren und beim Rasten.

ESSO bedeutet für sie: Happy Motoring ... ein dampfender Kaffee zu später Stunde, Entspannung in einer skandinavischen Sauna und ein umfassendes Angebot von Qualitätserzeugnissen: von ESSO Reifen und Auto-Batterien bis zu Scheibenwischern und Sonnenbrillen.

In diesem von ESSO versorgten Europa werden Sie mehr und mehr dieses Angebot und diesen Service finden. Warum schließen Sie sich den Neuen Europäern nicht an? An irgendeiner der 37 800 ESSO Stationen in fünfzehn europäischen Ländern.

Unter dem Zeichen für Happy Motoring alles für die Neuen Europäer.



einer US-Firma, die den Amerikanern Versorgungsgüter lieferte.

Ein amerikanischer Vorarbeiter fragte Hawkridge sofort, ob er „aus demselben Grund wie alle anderen, nämlich um zu Geld zu kommen", in Vietnam sei. Natürlich, sagte Hawkridge, und der Vorarbeiter machte ihn mit drei Indern bekannt. Der eine hatte eine Buchhandlung, der andere eine schmuddelige Schneiderei, und der dritte ging in einem leeren Zimmer in der Tran Qui Cap Street 345 seinen Geschäften nach.

Hawkridge berichtet: „Ich ging mit 1000 Dollar in die Buchhandlung. Der Inder gab mir dafür 1600 Dollar in MPCs. Ich ging die Straße hinauf zur Chase Manhattan Bank und kaufte für die 1600 Dollar Reiseschecks. Dann kehrte ich in die Buchhandlung zurück, wo der Inder mir, ohne ein Wort zu sagen, für die Reiseschecks 2560 Dollar in MPCs gab.

„Allmählich zitterte ich. Dennoch brachte ich die MPCs zu der gleichen Bank, nur an einen anderen Schalter, und kaufte für die 2560 Dollar einen Kassenscheck. Damit ging ich wieder zu dem Geldwechsler, von dem ich 4096 Dollar in MPCs erhielt.

„Ich weiß nicht, wie lange ich das Spiel hätte fortsetzen können... Ich verschwand mit einem Gewinn von 3096 Dollar."

Es gab unzählige andere Möglichkeiten, sein Geld in Form von MPCs zu verdoppeln.

„Man konnte in Saigon Autos von General Motors oder Ford zur späteren Auslieferung in den Vereinigten Staaten bestellen", erinnert sich Hawkridge. „Eines Tages bestellte ich mir einen Buick für etwa 5000 Dollar. Ich bezahlte ihn mit MPCs, die mich auf dem Schwarzen Markt nur 2500 Dollar gekostet hatten.

„Ich wartete einige Tage und schrieb dann an die Auslandsabteilung von General Motors in New York, um den Auftrag zu stornieren. Ich bat, mir die 5000 Dollar auf mein Giro-Konto in Norwalk, Connecticut, zurückzuzahlen, was man auch sehr freundlich tat."

Auf diese Weise hatte Hawkridge nicht nur einen Gewinn von 2500 Dollar erzielt, sondern diesen Gewinn und seine ursprünglichen 2500 Dollar sicher in einer Bank in den USA hinterlegt.

Obwohl neue Bestimmungen und eine strengere Überwachung den Handel mit MPCs jetzt erschweren, bleibt das Geschäft mit dem Piaster so gewinnträchtig wie eh und je.

Kürzlich hatte eine US-Firma, die in Südvietnam tätig ist, monatliche Rechnungen in Höhe von etwa 500 000 Dollar in Piastern zu begleichen. Wie die meisten ausländischen Unternehmen war die Firma an einen Wechselkurs von 84 Piaster pro Dollar gebunden. Das Unternehmen zahlte jeden Monat 500 000 Dollar auf ein Konto in den USA ein, auf das die Geschäftsleitung in Vietnam Schecks zog, um ihre laufenden Kosten zu bestreiten.

Aber anstatt diese Schecks zum legalen Kurs einzuwechseln, gingen die Manager auf den Schwarzen Markt. Dort wurde im Durchschnitt ungefähr das Doppelte des offiziellen Wechselkurses bezahlt. Auf diese Weise brachten 250 000 Dollar genügend Piaster ein, um die Rechnungen über 500 000 Dollar zu bezahlen. Gewinn: 250 000 Dollar.

In den letzten fünf Jahren haben die Geldwechsler in Vietnam Gewinne von schätzungsweise mindestens 200 Millionen Dollar erzielt. Die amerikanischen und vietnamesischen Behörden bezweifeln, daß die Devisenschieber straff organisiert sind. Sie sind jedoch überzeugt, daß es sich bei den Großmoguln der Geldwechsler in Vietnam um eine indische Familie handelt, die nach Saigon auswanderte und dort ein Vermögen erwarb...

Energisch durchgegriffen wurde auf dem vietnamesischen Schwarzen Markt erstmals nach der Ankunft des US-Botschafters Ellsworth Bunker im Frühjahr 1967. Er bildete innerhalb der Botschaft einen Ausschuß zur strengeren Verfolgung illegitimer Praktiken.

Amerikanische Soldaten, die gegen die Devisenbestimmungen in Vietnam verstoßen, werden nach den Militärvorschriften verurteilt. Amerikanische Zivilisten haben sich nach den vietnamesischen Gesetzen zu verantworten. Diese Strafbestimmungen sehen entweder eine Geldbuße von 300 Piastern für jeden illegal eingewechselten Dollar oder Haft in einem südvietnamesischen Gefängnis vor, gegen das „das Schwarze Loch Kalkuttas wie eine Sommerfrische anmutet" — so ein Amerikaner.

Hawkridge und einige amerikanische Geheimdienstoffiziere sind überzeugt, daß die Diebstähle an amerikanischen Versorgungsgütern in Vietnam zum großen Teil auf das Konto von Geldwechslerringen gehen. Denn der Verkauf gestohlener Güter, so glauben sie, bringt Piaster ein, die dann auf dem Devisen-Schwarzmarkt gehandelt werden können.



Devisenschieber in Saigon
Geld verdoppelt

Diebstahl zieht in Südvietnam ebenso wie der Devisenschwindel alle möglichen Menschen offenbar magisch an — selbst die Polizei.

So wurde Hawkridge eines Abends — er arbeitete damals als Transport-Aufseher für eine Firma außerhalb Saigons — „von der vietnamesischen Polizei angerufen. Sie meldete, sie habe einen unserer gestohlenen Lastwagen entdeckt und werde ihn mit der Ladung bis zum nächsten Morgen bewachen. Die Ladung bestand aus Fernsehgeräten für die Läden der amerikanischen Streitkräfte. Am nächsten Morgen gingen wir auf das eingezäunte Polizeigelände — der Lastwagen war leer".

Die Polizei weigerte sich sogar, den Lkw herauszugeben, strich ihn neu an und benutzte ihn selbst ein Jahr lang, bis er so ramponiert war, daß er nicht mehr repariert werden konnte. Dann gab sie ihn zurück.

Durch Raub und Diebstahl, so schätzt ein Angestellter einer US-Firma, welche die Auslieferung von Versorgungsgütern im Raume Saigon überwacht, verschwanden allein in den



Amerikanische Versorgungsgüter in Vietnam: Gewinn über Girokonto

Jahren 1967 und 1968 etwa zehn bis zwölf Prozent aller Waren. Wieviel davon in Feindeshand geriet, läßt sich nicht nachweisen. Aber kurz vor Beginn der Tet-Offensive im Februar 1968 erreichte der Diebstahl an eisernen Rationen und Medikamenten einen Höhepunkt. „Die Vietcong stahlen das Zeug und versteckten es", sagte ein Transport-Aufseher. „Als dann die Tet-Offensive begann, ernährten wir sie, beschossen sie und versorgten sie anschließend mit Medikamenten."

Da der größte Teil der Versorgungsgüter im Raume Saigon auf den Hauptstraßen transportiert wird, wandten die sorgsam ausgewählten Fahrer gern eine beliebte Taktik an: Sie scherten plötzlich aus und ratterten eine dunkle Seitenstraße hinunter. Diese Nebenwege führten meist zu einem Versteck, in dem die Räubermannschaften schon warteten. „Ohne Geräte, lediglich mit ihren bloßen Händen", berichtete der Aufseher, „konnten sie in 27 Minuten acht Tonnen Dachblech, in 24 Minuten zehn Tonnen Zementsäcke und in 20 Minuten acht Tonnen eiserne Rationen abladen."

In die dunklen Geschäfte mit gestohlenem Gut schienen alle verwickelt zu sein — Amerikaner, Vietcong und sogar südvietnamesische Polizisten. Wenig geschah, um die Diebe zu fassen ...

Nachdem er dem Ermittlungs-Unterausschuß des Senats in Washington berichtet hatte, kehrte Hawkridge vor kurzem mit einem „Life"-Reporter nach Saigon zurück. Dort meinte ein Sprecher der US-Botschaft, der Schwarzmarkt-Wechselkurs sei auf etwa 180 Piaster oder 1,25 Dollar in MPCs pro US-Dollar gefallen.

Noch am gleichen Tag gingen Hawkridge und der „Life"-Reporter zu einem Saigoner Geldwechsler, nur sechs Häuserblocks vom Büro des Botschaftssprechers entfernt. „Es tut mir leid", sagte der Mann und zuckte entschuldigend mit den Achseln, „aber heute kann ich Ihnen nur 196 Piaster oder 1,35 Dollar in MPCs pro US-Dollar geben. Gestern war der Kurs noch 200 Piaster oder 1,40 Dollar in MPCs. Aber wenn Sie morgen wiederkommen, ist der Kurs sicher wieder auf die alte Höhe gestiegen."

Und in Qui Nhon fand Hawkridge die Frau wieder, die ihm 1966 zum erstenmal Geld umgetauscht hatte. Sie betrieb ihr Geschäft noch immer in der gleichen Hütte, nahe der gleichen amerikanischen Militärpolizei-Station. Sie begrüßte ihn herzlich, war aber enttäuscht, als er nur einen Scheck über 20 Dollar wechselte — für 3800 Piaster, zu einem Kurs von 1,90 also.

Auch der Schwarze Markt für gestohlene US-Güter blühte in Qui Nhon wie eh und je. „Es hat sich nichts geändert", erklärte Hawkridge verbittert. „Es ist genauso wie in den alten Tagen. Ein Polizist sagte mir, ich sollte aufhören, ein Unruhestifter zu sein und meine Nase in fremde Angelegenheiten zu stecken."

VIETNAM

MEUTEREI

So sinnlos

Oberstleutnant Robert C. Bacon empfahl ermutigende Worte und „Tritte in den Arsch“. Das Rezept sollte helfen, eine Kompanie müder Männer munter zu machen — in einem schmutzigen Krieg, den Amerikas Regierung schon verloren gibt und in dem Amerikas Soldaten deshalb immer widerwilliger ihr Leben riskieren.

Bataillonskommandeur Bacon hatte zunächst kaum glauben wollen, was ihm der Leutnant Eugene Shurtz, 26, per Feldtelephon rapportierte: Die A-Kompanie des 3. Bataillons der 196. Leichten Infanterie-Brigade in Südvietnam weigerte sich, die stark befestigten Stellungen nordvietnamesischer Soldaten im Song-Chang-Tal, unweit des US-Stützpunktes Da Nang, anzugreifen.



Kompanie-Chef **Shurtz**
„Wir haben hier ein Führungsproblem“

Einige seiner Soldaten, so der ratlose Kompaniechef Shurtz, hätten „ganz einfach die Schnauze voll. Sie sind völlig fertig. Es gibt hier Jungs, die nur noch 90 Tage in Vietnam dienen müssen. Sie möchten nicht zerstückelt nach Hause fahren ...“

Die Furcht, verheizt zu werden, war verständlich. Innerhalb von fünf Tagen verlor die etwa 90köpfige Einheit 30 Mann: zehn Tote und 20 Verwundete. Immer wieder erhielten die ausgepowerten Infanteristen Order, sich im hügeligen Dschungelgelände — bei 40 Grad feuchter Hitze — vorzukämpfen, um acht Leichen aus einem abgeschossenen US-Hubschrauber zu bergen. Immer wieder gerieten sie in heftiges Kreuzfeuer der Nordvietnamesen, die bei dem Helikopter einen Hinterhalt gelegt hatten.

„Jedesmal, wenn jemand nach vorn kriechen wollte, wurde er getroffen“,



Verwundete US-Soldaten in Vietnam: „Zureden und Tritte"

erinnert sich der Sanitäts-Soldat Fred Sanders, 23. „Direkt vor mir fielen zwei Mann ... Mein Freund wollte zu ihnen, er bekam eine Kugel in den Kopf. Es war furchtbar."

Fünf Tage lang fochten die GIs vergebens. Dann entschlossen sie sich zur Meuterei. Als im Morgengrauen abermals der Befehl kam, auszurücken und die Gefallenen zu bergen, sagten die geschundenen Soldaten ihrem Leutnant „No". Fünf Mann traten vor und verlangten einen Hubschrauber, um als Beschwerdeführer zum zuständigen Vertrauensoffizier zu fliegen, die übrigen erklärten sich solidarisch.

Leutnant Shurtz meldete die Meuterei seinem Chef. Shurtz: „Wir haben hier ein Führungsproblem. Die meisten Gruppen- und Zugführer sind gefallen oder verwundet."

Zwar unternahm Vietnam-Neuling Shurtz (er war erst seit einem Monat in Indochina) auf Wunsch des Oberstleutnants Bacon noch einen weiteren Versuch, seine Leute ins Gefecht zu führen — umsonst.

An jeden Soldaten einzeln mochte der Leutnant schon gar nicht mehr appellieren — denn „sie halten alle zusammen".

Der erboste Bacon schickte zwei Beauftragte zur A-Kompanie, um durch herkömmliche Barras-Methoden („Zureden und Tritte") die Meuterer wieder auf den Kriegspfad zu lenken.

Doch zunächst mußten sich die Durchhalte-Propagandisten vor Ort Beschwerden der Meuterer anhören: Pausenlose Feuergefechte, kaum Schlaf, keine warme Verpflegung, all das und die Furcht, von den eingebunkerten, unsichtbaren Nordvietnamesen einer nach dem anderen „abgeknallt" zu werden, hatte die Truppe zermürbt.

Einer der Soldaten weinte. Ein anderer schrie den Bacon-Delegierten Okey Blankenship an: „Unsere Kompanie hat schon zuviel gelitten. Man darf sie nicht noch weiter treiben."

Daraufhin log der Sergeant Blankenship, eine andere Kompanie sei sogar auf 15 Mann dezimiert worden — trotzdem habe sie weitergekämpft. Denn sie sei vermutlich tapferer als die A-Einheit.

Wenig später nahmen die gescholtenen, müden Krieger („Wir sind keine Feiglinge") tatsächlich ihre Waffen wieder auf und griffen an. Die Vietnamesen hatten sich zurückgezogen. Am folgenden Tag versetzte Bataillonschef Bacon den Leutnant Shurtz auf einen Schreibstuben-Posten. Die Befehlsverweigerer gingen straffrei aus. Der Vorfall im Song-Chang-Tal — so spielte die Armee die Affäre herunter — sei nichts Ungewöhnliches. Bacon: „Ich habe so etwas schon früher erlebt."

Doch „Time" vermutete zu Recht, der Zwischenfall sei symptomatisch dafür, daß „Amerika des fortdauernden Blutvergießens müde ist". Ein GI begründete seine Befehlsverweigerung: „Wir spürten, daß alles so sinnlos ist."

JUGOSLAWIEN

OSTKURS

Wie zu Hause

Zum Empfang auf dem Belgrader Flughafen Surčin sparten sich die Gastgeber einen Dolmetscher: „Wir können hier alle Russisch." Gast Gromyko, Außenminister der UdSSR: „Um so besser."

Er kam nicht als gedemütigter Gegner wie im Mai 1955. Damals hatte er seinen Chef Chruschtschow nach Belgrad begleitet, um einzugestehen, daß Rußlands Feindschaft gegen Titos Jugoslawien ein Fehler gewesen sei. Jetzt bekannte sich Gromyko erneut zur Deklaration von 1955, die Jugoslawiens Unabhängigkeit gebilligt hatte — aber er lehnte Titos Vorschlag ab, auch die sowjetisch-jugoslawische Erklärung von 1956 zu erneuern, in der ein Jahr später auch allen anderen sozialistischen Staaten das Recht auf Eigenständigkeit eingeräumt wurde.

Dafür fand Gromyko jedoch vorletzte Woche bei dem Altkommunisten Tito — in Gesprächen auf dessen Ferieninsel Brioni — Verständnis: Tito, der in den letzten 14 Jahren elfmal die Sowjet-Union besuchte („Ich fühle mich da wie zu Hause"), hatte schon bald nach der sowjetischen Prag-Intervention angedeutet, daß ihm an Zank mit dem Kreml wenig liege.

Als dem leicht erregbaren Staats- und Parteichef während einer Sitzung seines ZK unbedacht ein Vergleich des Sowjet-Überfalls mit dem US-Krieg in Vietnam über die Lippen kam, ließ er sofort dafür sorgen, daß der Presse dieser Passus vorenthalten blieb.

Im Dezember, noch vor Verabschiedung eines Gesetzes über die allgemeine Volksverteidigung gegen eine sowjetische Intervention, veranstaltete die jugoslawische Volksarmee (höchster Offizier: Tito) im Moskauer Ar-



Jugoslawien-Besucher **Gromyko,** Gastgeber **Tito***: „Wir können alle Russisch"

* Mit Frau Tito und Frau Gromyko.

6 Richtige.

6 Zylinder. Klarer Fall.
Da geht was los. 120 PS. Wie er das macht?
Mit seinem Hubraum (2.5 Liter).
Wie lang er das macht?
Entschuldigung, das ist ein Opel-Motor!
Da wär' noch was:

Der Commodore GS.
6 Zylinder. 2.5 Ltr.-H-Motor.
Der bringt 130 PS auf die Straße.
Braucht 10 sec. von 0 auf 100 km/h.

Gehen Sie zum Opel-Händler.
Da geht was los.



mee-Museum eine Ausstellung, in der sie dankbar die von der Sowjet-Union gelieferten modernen Waffensysteme vorzeigte. In Belgrad wurde ein Handelsvertrag mit der UdSSR über 500 Millionen Dollar unterzeichnet.

Im April sprach der sowjetische Botschafter in Belgrad, ZK-Mitglied Benediktow, bei Tito vor, um wieder einmal gegen sowjetfeindliche Artikel in der jugoslawischen Presse zu protestieren. Tito sagte eine wohlwollende Prüfung der Angelegenheit zu und mahnte die Prag-freundlichen jugoslawischen Journalisten: „Unsere Presse sollte sich nicht mit Kleinigkeiten befassen und ständig gewisse Dinge dramatisieren. Sie legt sich keine Rechenschaft darüber ab, welchen Effekt solche Artikel in jenen Ländern haben, über die ich hier spreche."

Benediktow, durch Titos Pressekritik ermutigt, stieß nach: Er suchte den jugoslawischen Präsidenten, der in guter Laune gerade auf dem ehemals königlichen Gut Karadjordje jagte, ein weiteres Mal auf und bewog ihn zu einem Stillhalteabkommen in der gegenseitigen Presse-Polemik.



Getarnte Mig-Jäger, Flakstellungen in

Der sowjetischen Freundschafts-Offensive schlossen sich die Freunde Moskaus an:

▷ Bulgariens Botschafter in Belgrad, Georgi Petkoff, überreichte eine Note, in der alle Ansprüche Bulgariens auf jugoslawisches Territorium abgestritten wurden.

▷ Die Warschauer „Polityka", die Ende April noch die Jugoslawen einer geheimen Liaison mit den maoistischen Albanern geziehen hatte, veröffentlichte in einer einzigen Ausgabe gleich drei Nachrichten, die sich positiv mit der Entwicklung der Wirtschaft, der Industrie und des Schulwesens in Jugoslawien befaßten.

▷ In Budapest besuchte Parteichef Kádár demonstrativ einen jugoslawischen Ausstellungssalon — nach Sowjet-Muster: In Begleitung des sowjetischen Chefideologen Suslow hatte sich auch KPdSU-Chef Breschnew auf der Automatisierungs-Messe in Moskau für jugoslawische Apparaturen interessiert.

Auch Walter Ulbricht wollte nicht mehr zurückstehen. Obgleich er noch kurz zuvor seinen Untertanen jeden Urlaub in Jugoslawien verboten hatte, beauftragte er nun seinen neuen Bot-

schafter in Belgrad, Karl Kormes, Tito und Premier Ribičič zu einem Staatsbesuch in die DDR einzuladen.

Ohne Aufsicht, weil gerade Wochenende war, veröffentlichte der Chefredakteur der jugoslawischen Nachrichtenagentur „Tanjug“, Momčilo Pudar, einen selbstverfaßten 1100-Worte-Text, der am nächsten Tag Schlagzeilen machte: In der Form einer offiziellen Verlautbarung erläuterte Pudar den sowjetischen Genossen erneut, weshalb die Mehrheit der jugoslawischen Kommunisten sowjetischen Freundschaftsgesten mißtraut.

Tito tobte. „Tanjug“-Abteilungsleiter Dizdarevič: „Es hat der jugoslawischen Sache großen Schaden zugefügt.“ Das Exekutivkomitee der Partei unter persönlichem Vorsitz von Tito forderte die Bestrafung der Verantwortlichen. Pudar legte sein Amt nieder.

Er soll nicht das einzige Opfer des neuen Ostkurses bleiben. Vor den Gemeinderäten von Zadar kündigte Tito Ende August an: Die Partei müsse von allen Parteifeinden, antisozialistischen Kräften, Klassenfeinden und Anhängern verschiedener westlicher Theorien gesäubert werden, denn „jene, die ständig davon reden, Jugoslawien werde nach Westen abschwimmen, irren sich“. Eine Säuberung der Partei von allen antisowjetischen Elementen ist allerdings eine solche Sisyphusarbeit, daß selbst Tito nur „stufenweise, allmähliche Selektion“ anstrebt.



Zagreb: „Bei uns wird nicht demonstriert“

Den Sowjets kam er zunächst anders entgegen: In Budva zerstreute jugoslawische Miliz eine antisowjetische Demonstration tschechoslowakischer Touristen („Bei uns wird nicht demonstriert“); am Tage des Eintreffens von Gromyko in Belgrad wurde das serbische Literatenblatt „Knischevne novine“, das eine Kritik an der sowjetischen Präsenz in der ČSSR veröffentlicht hatte, verboten.

Und es fand sich auch ein jugoslawischer Betrieb („Štampa beogradski grafički zavod“), der auf Rechnung der sowjetischen Botschaft in serbokroatischer Sprache die Propagandazeitschrift „Semlja Sowjeta“ druckte.

Noch vor einem Jahr hatten Jugoslawiens graphische Arbeiter beschlossen, keinen Handschlag zu leisten für eine Rechtfertigung der „brutalen Okkupation, die mit schwarzen Lettern im Buch der Geschichte steht“.

IDEAL-STANDARD hilft Ihnen, das schlechte Wetter aus Ihrer Wohnung zu verbannen.

Warum nehmen Sie das Wetter wie es kommt? Machen Sie es doch selber!



Dunst, Abgase, schwüle Sommer, feucht-frostige Winter — das öffentliche Normal-Wetter wird bestimmt nicht besser.

Aber Sie sind ja auch nicht mehr darauf angewiesen. Denn mit einer Sanair®-Truhe von IDEAL-STANDARD können Sie sich Ihr privates Wetter machen.

Die Sanair®-Truhe ist ein hochwirksames, zuverlässiges Klimagerät. In Büros, Geschäften, Schulen wird sie immer öfter eingesetzt. Und es liegt doch eigentlich nahe, auch Wohnungen mit Sanair®-Truhen zu klimatisieren.

Sie haben dann immer frische, sauber gefilterte Luft. So temperiert, wie Sie es am angenehmsten finden, schön kühl im Sommer, mollig warm im Winter.

Die Fenster bleiben zu. Schmutz, Lärm und schlechtes Wetter bleiben draußen.

Wenn Ihnen diese Vorzüge ein paar Mark Mehrkosten pro Monat wert sind, sprechen Sie mal bei nächster Gelegenheit mit einem Klima-Fachmann über die Sanair®-Truhe von IDEAL-STANDARD.

IDEAL STANDARD

Amsterdam, Athen, Bonn, Brüssel, Dulliken, Istanbul, London, Mailand, Paris, Wien.

53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 114

NORWEGEN

WAHLEN

Der Thriller

Beim Frühstück am letzten Dienstag wurden Fröhliche traurig und Traurige fröhlich. Alle Norweger, die sich ein paar Stunden zuvor vom Bildschirm weg ins Bett begeben hatten, waren in falschem Glauben eingeschlafen.

Denn in der Nacht hieß es im Fernsehen, die Sozialdemokraten hätten die Parlamentswahlen gewonnen. Gegen Morgen aber zeigte die endgültige Sitzverteilung, daß die absolute Mehrheit wieder den vier bürgerlichen Regierungsparteien zugefallen war.

Am Montag war bis 21 Uhr gewählt worden. Schon die ersten Teilergebnisse lauteten: Verluste des Regierungsquartetts, Gewinne der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Hochrechner weissagten 76 der 150 Sitze an die Arbeiter, 74 an die Koalition (Konservative, agrarisches Zentrum, Christliche Volkspartei und Liberale).

Erst nach Mitternacht änderte sich die Prognose: 75 zu 75. Nach Sonnenaufgang präsentierten die Hochrechner schließlich dem Regierungsblock aufgrund eines Überraschungserfolgs in der Polarkreisgegend die dann endgültige Mini-Mehrheit: 76 zu 74.

Mit der spannenden Stimmenauszählung — „Der Wahl-Thriller des Jahrhunderts" („Dagbladet", Oslo) — fühlten sich die wach gebliebenen Wähler entschädigt: für den langweiligsten der meist langweiligen norwegischen Wahlkämpfe.

So hatten zur Wahlwerbung beispielsweise die beiden führenden Konkurrenten, der Arbeiterpartei-Vorsitzende Trygve Bratteli, 59, und der Regierungschef Per Borten, 56, sich in der Osloer Uni 1000 Studenten gemeinsam vorgestellt. Bratteli nannte das Turnier „außerordentlich gemütlich": Gemeinsam versuchten die Wahlgegner, ihr Publikum durch Darbietung von freundlichen Unverbindlichkeiten aufzumuntern.



Rivalen **Bratteli, Borten**
„Zirkus der Alten"

Die muntere Parteijugend von Rechts bis Links war unzufrieden. Jungkonservativen-Führer Helge Bergersen: „Was die Alten da machen, ist sinnloser Zirkus." Und: Sie debattierten nur über die Aufteilung des norwegischen Wohlstandskuchens und nicht über die drängenden politischen Probleme dieser Welt.

Seit einem Menschenalter ruht Norwegens Demokratie auf zwei gleichgewichtigen Säulen, die sich nur wenig voneinander unterscheiden: der Arbeiterpartei und den Bürgerlichen.

Die Sozialdemokraten haben nie die absolute Stimmenmehrheit, meist aber die Mehrheit der Parlamentssitze errungen. Sie hatten 30 Jahre lang regiert, als die Bürger-Union 1965 die Wahl gewann — mit 49,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, die ihr 80 Parlamentssitze brachten. Nun sank die Bürger-Mehrheit auf zwei Sitze ab — obwohl Premier Borten in seinen vier Regierungsjahren Norwegens Wohlstand kräftig gefördert hatte:

Sein Kabinett erreichte Vollbeschäftigung bei niedrigem Zinsfuß (Diskontsatz: 3,5 Prozent), Lohnsteigerungen, Verkürzung der Arbeitszeit (von 45 auf 42,5 Wochenstunden), Volkspension, ein Devisenpolster von 2,2 Milliarden Mark), das vorwiegend Norwegens Handelsflotte angefüllt hat: Sie profitierte von Ägyptens Suezkanal-Sperre.

Bürger-Premier Per Borten (Zentrumspartei) möchte auch mit der knappen Mehrheit, die er mit 48,5 Prozent Stimmenanteil erzielte, vier Jahre weiterregieren — „falls nicht eine der Regierungsparteien plötzlich ausbricht".

Ausbruchverdächtig ist die Liberale Partei („Venstre"), die letzte Woche zwar nur 0,8 Prozent Stimmenanteil verlor, jedoch — durch ein launisches Wahlrecht — fünf ihrer 18 Sitze. Eine starke Fraktion der Partei sieht ihre Befürchtung bestätigt, daß sich die Liberalen durch das Bündnis mit Konservativen und Christen kompromittieren.

Die Christliche Volkspartei ist der Hort pietistischer Eiferer, ihr Hauptexponent im Kabinett der Moralprediger und Kultusminister Kjell Bondevik. Sozialminister Egil Aarvik, sein Parteifreund, lehnte vor der Wahl eine Reform des Abtreibungsgesetzes mit der Begründung ab: „Unerwünschte Schwangerschaften beruhen auf Leichtsinn und entstehen oft in Trunkenheit."

Solche Sprüche brachten den Volkschristen einen Gewinn von fast 5000 Stimmen und einem Sitz, gefährden aber auch die parlamentarische Basis des Premiers Borten: Die Liberalen wollen in dieser Woche ihre Koalitionsbereitschaft überprüfen.

Verlassen sie den Bürger-Bund, dann zeichnet sich die Möglichkeit einer Minderheitsregierung der stärksten Parlamentspartei ab: der sozialdemokratischen Wahlverlierer.


AEG-
Aber
AEG

Schlagbohrer zeigen in Beton, was sie wirklich leisten. das ist noch lange nicht alles.

Zimmerdecken sind heute meistens aus eisenhartem Beton. Manchmal auch die Wände. Das merken Sie spätestens, wenn Sie mal die Lampe umhängen oder ein Wandregal montieren wollen.

Mit einer Nur-Bohrmaschine fällt da höchstens der Putz ab. Das Dübelloch bekommen Sie nicht mal mit Gewalt rein.

Dafür brauchen Sie den AEG-Schlagbohrer.

So arbeitet der AEG-Schlagbohrer.

Er dreht den Bohrer wie jede Bohrmaschine. Aber zusätzlich wird der Bohrer bei jeder Drehung ins Material gehämmert. Mit 36.000 Schlägen in der Minute.

So haben Sie schnell ein präzises, mühelos gebohrtes Dübelloch. Für Ihre Lampe. Oder Ihre Vorhangschienen. Oder was sonst an Wänden und Decken hängen soll.

Sie wollen natürlich auch in Holz, Kunststoff oder Metall bohren. Kein Problem. Nur ein Dreh, und das Schlagbohr-Getriebe ist ausgeschaltet.

Sicher wollen Sie nicht nur bohren.

Je mehr andere Arbeiten Sie mit dem AEG-Schlagbohrer anpacken, um so schneller macht er sich bezahlt.

Da er für Beton stark genug ist — das schwierigste Material, mit dem Sie es zu tun haben — liefert er auch den richtigen Dampf für den Antrieb von Zusatzgeräten.

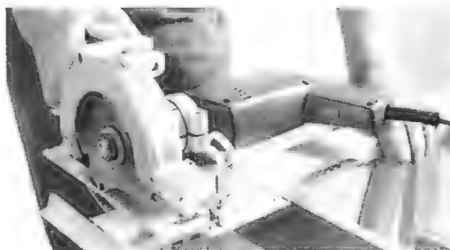
Zu jedem AEG-Schlagbohrer paßt das gesamte AEG-Zubehörprogramm. Mit der genormten Schnellkupplung sind die Zusatzgeräte in Sekunden montiert:

- Handkreissäge HK 707
- Hand- und Tischkreissäge HTK 707
- Stichsäge STS 707
- Hand- und Tischhobel HTH 707
- Schwingschleifer SS 707
- Schleifbock SB 707
- Winkelschleifvorsatz WSV 707
- Biegewellenausrüstung BW 707
- Schleif-Drechsel-Bohreinrichtung SDB 707
- Bohrständer BST 707
- Schraubstock SO 707
- Maschinenschraubstock MSO 707
- Winkelbohrvorsatz WB 707
- Heckenschere HES 707

Mit jedem AEG-Schlagbohrer bekommen Sie drei Maschinen in einer.

1. Einen echten Schlagbohrer zum Dübeln in Betondecken und -wänden, in Granitplatten, Klinkern, Kacheln und in anderen harten Brocken.
2. Eine robuste Nur-Bohrmaschine zum materialgerechten Arbeiten in Holz, Kunststoff oder Metall.
3. Eine universelle Antriebsmaschine, die auch bei Schwerarbeit kraftvoll durchzieht und bei Dauerbelastung nicht in die Knie geht.

Übrigens haben alle AEG-Schlagbohrer Schutzisolation nach VDE, die Gewähr für unbedingte elektrische Sicherheit. (Wußten Sie, daß eine Schutzisolation gar nicht so selbstverständlich ist?)





Der SB 2-350 mit der Hand- und Tischkreissäge, einem der vielen Zusatzgeräte aus dem AEG-Heimwerkersystem.

Sie können unter 5 Typen wählen.

Der meistgekaufte AEG-Schlagbohrer liegt im mittleren Leistungsbereich: Der Zweigang-Schlagbohrer SB 2-350. Er kostet etwa DM 162,– (unverbindlicher Richtpreis).

Daneben können Sie unter Eingang-, Zweigang- und Viergang-Schlagbohrern wählen. Die empfohlenen Richtpreise reichen von DM 132,– bis DM 327,– (alles einschließlich Mehrwertsteuer).

Fragen Sie im Fachhandel nach der kostenlosen AEG-Heimwerker-Fibel „Liebe auf den zweiten Blick — Heimwerken". Oder bestellen Sie sie — falls dort vergriffen — direkt bei
AEG-Elektrowerkzeuge
7057 Winnenden/Stuttgart, Postfach 430

AEG-Heimwerker-Maschinen haben Profi-Qualität.

Denn unsere Heimwerker-Maschinen sind grundsätzlich auch Profi-Maschinen. Da ist kein Unterschied. Sie kaufen also die gleichen Maschinen, die jahrelang im rauhen Handwerkeralltag strapaziert werden. Und sich dort bewähren.

AEG-Schlagbohrer haben einen hohen Wirkungsgrad. Also ein besonders günstiges Verhältnis zwischen Leistungsaufnahme und -abgabe. Sie fallen auch bei Höchstbelastung nicht in der Leistung ab. (Vergleichen Sie einmal die AEG-Daten mit anderen.)

Lieber gleich das Bessere

AEG

Elektrowerkzeuge von AEG-TELEFUNKEN

INDONESIEN

WIRTSCHAFT

LSD gegen Korruption

Indonesiens Nationalökonomen feiern, was ihre europäischen Kollegen entsetzen würde: eine jährliche Inflationsrate von 25 Prozent.

Denn noch im vergangenen Jahr waren die Preise indonesischer Waren um 85 Prozent gestiegen. Vor vier Jahren waren es sogar 635 Prozent und im letzten Jahr der Regierung Sukarnos (vom Juli 1965 bis zum Juni 1966) nahezu 1500 Prozent.

Indonesiens Staatsgründer Sukarno hatte einst jedem einen Kabinettsposten angeboten, der sich verpflichtete, innerhalb von drei Monaten die Inflation zu stoppen. Erfolglose Minister freilich sollten zur Strafe erschossen werden.

Niemand meldete sich für den Himmelfahrts-Job. Statt dessen vertrieben Indonesiens Militärs den Bankrotteur Sukarno; Sukarno-Nachfolger Suharto verordnete dem Land ein hartes Austerity-Programm. Mit Erfolg.

Die harte Deflationspolitik führte dazu, daß die Banken keine Kredite mehr geben, die Industrie-Produktion zurückgegangen und die Arbeitslosenquote gestiegen ist.

„Die Rupiah, einst der Astronaut der Welt-Währungen, ist zur Erde zurückgekehrt", freute sich die „New York Times". Indonesiens wichtigstes Nahrungsmittel — Reis — ist in diesem Jahr, sogar billiger als im vergangenen Jahr, nachdem der Preis von einem Kilo Reis allein zwischen 1960 und 1966 von sechs auf 4800 Rupiah gestiegen war.

Die Ursache für Indonesiens Währungs-Schwund war Verschwendung unter Sukarno gewesen. In den letzten vier Jahren seiner Regierungszeit hatte der prestigebesessene Präsident 3659,55 Milliarden Rupiah ausgegeben — teilweise für nie vollendete Renommierbauten und Luxuspaläste. Indonesiens Steuerbeamte hatten aber nur 1342,96 Milliarden Rupiah eingetrieben.

Noch katastrophaler war Indonesiens Auslandsverschuldung. Kurz vor Sukarnos Entmachtung — Anfang 1966 — stand das Land mit 9,432 Milliarden Mark in der Kreide, hatte aber nur Devisenreserven von etwa 30 Millionen Mark.

In zwei Konferenzen beschlossen Indonesiens westliche Gläubigerstaaten ein Moratorium. Danach muß das Land seine Schulden von 1971 an in wachsenden Raten zurückzahlen.

Bis dahin hofft Indonesiens Regierung, der sechs bekannte und zumeist in den Vereinigten Staaten geschulte Nationalökonomen angehören, die Wirtschaft des Landes wieder flottzumachen.

Eile ist geboten: Besonders die steigende Arbeitslosigkeit droht zu Aufständen zu führen, weil es in Indonesien keine Arbeitslosen-Versicherung gibt. Vier Millionen Arbeitslose vegetieren in den Städten — etwa 15 Millionen auf dem Land. Das Pro-Kopf-Einkommen ist mit 320 Mark pro Jahr eines der geringsten in Südostasien und wird vermutlich erst in diesem Jahr wieder den Stand von 1958 erreichen.



Reformer **Suharto** (M.), Militärs*: Geld für jede Unterschrift

Mit hohen Zinssätzen und Steuererleichterungen versuchen die Indonesier nun, ausländisches Kapital ins Land zu holen. Die Zentralbank zahlt beispielsweise jedem, der sein Geld auf ein Jahr festlegt, einen horrenden Zinssatz: 48 Prozent.

Im derzeitigen Fünfjahresplan Repelita — eine Abkürzung für Rentjana Pembangunan Lima Tahun — sollen etwa 70 Prozent der Gelder von fremden Regierungen aufgebracht werden — allein in diesem Jahr zwei Milliarden Mark.

Darüber hinaus sollen ausländische Firmen mehr investieren als bisher. Mit etwa 100 Unternehmen, zumeist aus den USA, den Niederlanden und Japan, hat Suhartos Regierung bereits Verträge geschlossen. Investitionssumme: mehr als 1,2 Milliarden Mark.

Der Fünfjahresplan will vor allem die Landwirtschaft entwickeln, von der fast drei Viertel der Bevölkerung leben und die 70 Prozent der Devisen erarbeitet. Zwischen 1953 und 1967 mußte das Reisland Indonesien für jährlich etwa 400 Millionen Mark Reis einführen. Ziel des Repelita-Plans: die Reisproduktion von derzeit etwa zehn Millionen auf 15,4 Millionen Tonnen zu erhöhen und das Land von Einfuhren unabhängig zu machen.

Der von Sukarno früher einseitig geförderte Aufbau der Industrie soll vorerst gestoppt werden. Dafür wollen Indonesiens Ökonomen die heruntergewirtschafteten Betriebe wieder flottmachen. Denn in den meisten von ihnen ist die Produktionskapazität zu weniger als 30 Prozent ausgelastet.

„Der Flaschenhals" der Wirtschaftsentwicklung freilich, gesteht der stellvertretende Planungs-Direktor Dr. Emil Salim, „ist die Verwaltung." Indonesiens Öffentlicher Dienst — in dem zehn Prozent (Bundesrepublik: fünf Prozent) aller Einwohner beschäftigt sind — ist „der größte, schlechtestbezahlte und vermutlich wirkungsloseste ganz Südostasiens" („Newsweek").

Korruption und aufgeblähte Verwaltungen gehören in vielen asiatischen Ländern zum System — in Indonesien sind sie geradezu grotesk. So klagt ein Indonesier: „Wir brauchen zum Heiraten sieben Unterschriften, zum Begräbnis fünf, für eine Importlizenz 24. Und jeder, der eine Unterschrift leistet, will bezahlt werden."

Schätzungsweise 20 Prozent des indonesischen Volksvermögens werden jährlich durch Korruption und Schiebung verschleudert. So konnte das indonesische Landwirtschaftsministerium im vergangenen Jahr nur 44 Prozent der bereitgestellten Landwirtschafts-Darlehen auszahlen, weil die Staatsbeamten nicht in der Lage waren, die Anleihe-Anträge prompt zu bearbeiten.

Gegen Mißwirtschaft und Korruption will Sozialminister Tambunan mit LSD vorgehen: So lautet die Abkürzung von „Lembaga Sosial Desa" (Dorfsozialkomitee).

Bereits in drei Vierteln aller 59 000 Dörfer Indonesiens hat Tambunan LSD-Zellen eingerichtet. Die genossenschaftlich organisierten Komitees kümmern sich um den Ausbau von Bewässerungsanlagen, die Einführung neuer Produktionsverfahren sowie den Bau von Häusern, Schulen und Hospitälern. Ausgebildet werden die LSD-Spezialisten auf besonderen Sozialuniversitäten. Oberster Grundsatz für die Dorfsozialkomitees: Je größer die eigene Leistung ist, desto größer sind die Staatszuschüsse.

In mühsamer Kleinarbeit versuchen Indonesiens Wirtschaftsführer unter Suharto, was Sukarno mit großen Gesten mißlang: das sechstgrößte Land der Erde aus kolonialer Rückständigkeit zu befreien. „Gebt uns fünf bis sieben Jahre Stabilität", sagt Suharto-Berater Mohammad Sadli, „und wir packen es."

* Unter einem Bild des entmachteten Staatsgründers Sukarno.

Was passiert, wenn in A Ihr stolzer Hals steckt, Sie bei B zufassen, an C und dann an D flott ziehen? Dann gehen Sie kräftig mit der Mode, denn Sie haben sich soeben einen striccy umgebunden.

A

B

An jedem striccy das goldene Kettchen als Krawattenhalter

striccy ist Freiheit um den Hals
striccy ist Eleganz zwischen den Revers
striccy ist Sportlichkeit auf der Brust
striccy ist eine Liebeserklärung rechts vom Herzen
striccy ist Erfolg am Adamsapfel
striccy ist Stolz unter dem Kinn
striccy ist endlich was anderes für die Augen

D

C

Das goldene Alpi-Wappen garantiert Ihnen exclusive Qualität und einmalige Bindeeigenschaften durch das flachgewirkte Halsteil (striccy trägt unter dem Kragen nicht auf) und den patentierten, feingestrickten Alpi-Unterknoten (immer wieder ein schlanker, glatter Knoten, der sitzt) und durch das glatte Endteil (problemloses Binden – striccy hat immer richtige Façon).

alpi
striccy®

ALPI
Krefeld, Postfach 104

9-045

AFRIKA

MILITÄRHILFE

Safari für Tschad

Wiederum kämpfen französische Soldaten in der Sahara gegen Nomaden-Krieger — diesmal nicht gegen ein rebellisches Kolonialvolk, sondern, um einen afrikanischen Staatschef an der Macht zu halten.

Zweitausend Fallschirmjäger und Infanteristen hat die Pariser Regierung in den zentralafrikanischen Wüstenstaat Tschad abkommandiert. Frankreichs Armee soll das autoritäre Regime des Tschad-Präsidenten François Tombalbaye, 51, gegen Rebellen aus dem Norden und Osten des Landes verteidigen.

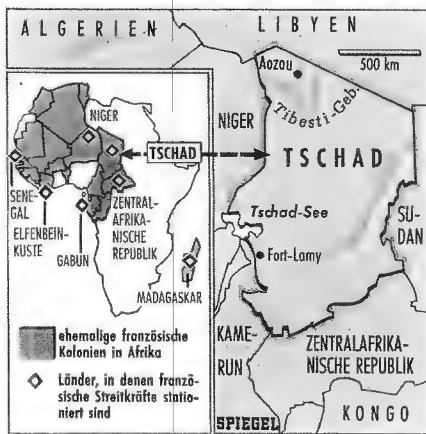
Die Tschad-Steppen könnten jedoch für Paris ein „Vietnam en miniature" („L'Express") werden. Obwohl die französischen Verbände seit August letzten Jahres die Tschad-Soldaten im Krieg gegen die Aufständischen unterstützen, verschlechtert sich die Situation ständig. Weite Gebiete des Landes werden schon von den Rebellen beherrscht, Überlandfahrten sind nur noch mit starker militärischer Eskorte möglich.

Der jüngste Bürgerkrieg Afrikas ist in einem der rückständigsten Gebiete des Schwarzen Kontinents entbrannt — in einem Land, das zwar fünfmal so groß ist wie die Bundesrepublik, in dem aber nur 3,8 Millionen Menschen leben.

Die Grenzen des Tschad sind, wie die vieler anderer Staaten Afrikas, Produkt kolonialer Willkür. Und wie in seinen Nachbarstaaten Sudan und Nigeria, wo seit fünf Jahren blutige Bürgerkriege toben, stehen sich auch im Tschad islamische, arabisierte Völker im Norden und Osten und negride, teilweise christianisierte Stämme im Süden gegenüber.



Staatschef **Tombalbaye**
Soldaten im Parlament



Staatschef Tombalbaye, der sich vor drei Monaten in einer Wahl ohne Gegenkandidaten wiederwählen ließ, stammt aus dem Süden, ebenso die meisten seiner Minister. Gegen diese Vorherrschaft der Süd-Stämme revoltieren die Muselmanen aus dem Norden und Osten.

Nach Massakern an Polizisten und Regierungsvertretern mußte Tombalbaye Ende 1967 ein Gebiet von rund 1000 Kilometern Länge und 250 Kilometern Breite östlich der Hauptstadt Fort-Lamy preisgeben.

Im Norden stürmten wenige Monate später Tibbus — ein Nomadenstamm aus dem Tibeste-Gebirge — Forts der Regierungssoldaten. Mit Mauser-Gewehren aus Restbeständen des deutschen Afrika-Korps jagten sie die Tombalbaye-Krieger in die Flucht.

„Banditen“ und „eine Koalition von Feudalen im Dienste des Auslands“ beschimpfte Tombalbaye die Aufständischen — dann setzte er selbst Ausländer ein, um ihre Revolte niederzuschlagen:

Als die Rebellen das Wüstenfort Aozou eroberten, sandte Tombalbaye einen Hilferuf nach Paris. Tombalbaye-Freund de Gaulle schickte — im September letzten Jahres — 800 Fallschirmjäger zur Verstärkung der etwa 3000 Tschad-Soldaten und der schon im Lande stationierten rund 1000 Franzosen.

Doch der Nachschub reichte nicht aus: Mitte April wurden weitere 260 Mann — 100 Fremdenlegionäre und 160 Marineinfanteristen — von Nizza nach Fort-Lamy geflogen. Und Mitte Juni verkündete der bedrängte Tschad-Präsident, die französischen Truppen würden „wenn nötig, qualitativ und quantitativ verstärkt“.

Im „La Tchadienne“, dem besten Hotel der Hauptstadt, bewohnen schon heute französische Offiziere 60 der 104 Zimmer. Die Unteroffiziere kampieren in dem weniger komfortablen „Hôtel du Parc“. Sogar im Parlamentsgebäude quartierten sich französische Militärs ein.

Die meisten sind nicht zum erstenmal in Afrika. Vor der Tschad-Intervention hatten französische Hiwis schon zweimal den Herrschern frühe-



Konsul S. bittet Geschäftsfreunde zu einer Besprechung in den Frankfurter Hauptbahnhof.

Pünktlich 13.26 Uhr: Einleitende Worte (Konsul S.).
13.40 Uhr: Dankesworte (Herr F.).
14.00 Uhr: Man beschließt, gemeinsam Essen zu gehen.
14.43 Uhr: Nach dem Nachtisch einen Blick auf Würzburg.
15.00 Uhr: Diskussion. 15.49 Uhr: Diskussion.
16.01 Uhr: Kurze Unterbrechung, da Anruf für Konsul S.
16.30 Uhr: Sekt wird serviert.
16.50 Uhr: Konsul S. erzählt den Witz vom Ritter und dem Pferd (niemand kennt ihn).
Pünktlich 17.24 Uhr: Ankunft München, Hauptbahnhof.
Konsul S. findet Spaß an solchen Konferenzen.
Er hat auch die Rückreise im »Rheinpfeil« gebucht.
Ab München 13.04 Uhr.
An Frankfurt 17.02 Uhr.



Der Mensch fährt Bahn. DB

rer Frankreich-Kolonien Beistand geleistet:

- 1964 zerschlugen sie einen Putsch gegen den Gabun-Präsidenten Léon Mba;
- 1967 bewahrten sie General Bokassa, Staatschef der Zentralafrikanischen Republik, vor einem befürchteten Coup.

Die militärischen Nothelfer kamen aufgrund von Beistandspakten, die Paris 1960 mit zwölf seiner ehemaligen Kolonien abgeschlossen hatte.

Danach können die afrikanischen Staatschefs die alten Kolonialherren bei äußerer Bedrohung und bei inneren Unruhen um Hilfe ersuchen, danach dürfen die Franzosen aber auch intervenieren, „um die Interessen Frankreichs ... in einem feindlichen Land oder in einem Land, das in die Anarchie gestürzt ist, zu schützen".

Die Beistandspakte bieten den Franzosen sogar die Möglichkeit, ihnen genehme Staatschefs auch bei Blitz-Coups zu retten: Sie dürfen ohne Hilferuf intervenieren, wenn die rechtmäßige Regierung kein Beistandsersuchen mehr nach Paris telegraphieren kann.

Für solche Ernstfälle stehen in Südfrankreich 25 000 Mann der 11. Leichten Eingreif-Division — zwei Luftlande-Brigaden und eine Brigade Marineinfanterie — bereit. Transporteinheiten der Luftwaffe, der Hubschrauber-Träger „Arromanches" und andere Marine-Einheiten gewährleisten im Notstandsfall schnellen Transport.

„Frankreich ist jederzeit in der Lage, ein Regiment Fallschirmjäger innerhalb von 24 Stunden an jeden beliebigen Punkt in Afrika zu bringen", rühmte Pierre Messmer, bis Ende Mai Frankreichs Verteidigungsminister, seine Afrika-Feuerwehr.

Überdies hat Paris Brandwachen über den gesamten afrikanischen Kontinent verteilt. Französische Soldaten bis zu Regiments-Stärke sind auf Madagaskar, im Senegal, in der Republik Niger, im Tschad, in der Zentralafrikanischen Republik, Gabun und an der Elfenbeinküste stationiert.

Rund 2500 französische Ausbilder drillen zudem in Afrika schwarze Soldaten — und kommandieren zum Teil de facto afrikanische Streitkräfte.

Auf den Ernstfall bereiten sich Frankreichs Afrika-Streitkräfte mit Afrika-Manövern vor:

- An der Elfenbeinküste erprobten 1967 Marineinfanteristen im Manöver „Alligator drei" eine amphibische Landung;
- im Niger beteiligten sich im vergangenen Jahr 700 Fremdenlegionäre des 2. Fallschirmjägerregiments aus Calvi auf Korsika an dem Manöver „Damergou".

Auch den Einsatz im Tschad trainierten die Fallschirmjäger der 11. Division in einem Manöver: In den Bergen Südfrankreichs absolvierten sie im März die Übung „Safari".

Manöver-Aufgabe: Aufspüren und Vernichten von Rebellenbanden, die sich nach gescheitertem Aufstand in die Berge zurückgezogen haben und dort eine Exil-Regierung schützen.

Die Trainingsaufgabe entsprach in einem entscheidenden Punkt nicht ganz der Wirklichkeit: Die Exil-Regierung der Rebellen logiert nicht in den Tibesti-Bergen, sondern wahrscheinlich beim Nachbarn Algerien.

KAMBODSCHA

PARTISANENKRIEG

Elefanten vom Feind

Nur 40 Kilometer vor der Hauptstadt von Kambodscha überfallen Feinde Siedlungen und ermorden regierungstreue Dorfälteste. Die Feinde vor Pnom Penh sind Kambodschaner: Kommunisten.

Etwa 3000 „Rote Khmers" sind zum offenen Kampf gegen das Regime des Prinzen Sihanouk angetreten. „Die Roten Khmers bekämpfen ihre Landesregierung, die in der ganzen Welt als Bewahrer der nationalen Unabhängigkeit gerühmt wird", klagte der Prinz und befahl seiner Armee den Gegenangriff.

Seit dem Frühjahr beschießen veraltete, von den Amerikanern erworbene T-28-Flugzeuge die Dschungelstützpunkte der Rebellen, erbeuten Sihanouk-Soldaten chinesische AK-47-Gewehre und B-40-Raketenwerfer sowie hin und wieder einen Elefanten der Feinde. 3000 Kambodschaner sind bisher gefallen.

Tonnenweise konnte die 37 000-Mann-Armee Propagandamaterial konfiszieren, in dem das Volk zum Aufstand gegen das „korrupte Regime des Prinzen" und zur „Befreiung von dem amerikanischen Joch" gerufen wird. Druckort der Flugblätter: Nordvietnams Hauptstadt Hanoi.

Denn kambodschanische Studenten und Intellektuelle, die Sihanouk 1967 wegen ihrer Chinesenfreundschaft in den Untergrund geschickt hatte, führen zwar die „Roten Khmer" — Bauernkrieger aus Kambodschas hungernden Randprovinzen und Rebellen der Loeu-Bergstämme. Aber das kommunistische Nordvietnam — das in Pnom Penh diplomatisch vertreten ist — liefert die Waffen. „Sogar noch ehe der Vietnam-Krieg zu Ende ist", empörte sich Sihanouk.

Er sucht die Schuld am Bürgerkrieg im Ausland. „Ein Übel dürfen wir nicht ignorieren", erklärte der Staatschef, „und das ist der Imperialismus asiatischer Kommunisten, die mangels eines Gegengewichts unser Gebiet überfluten wollen, sobald unser Widerstandswille untergraben ist."

Bis dahin hatte Sihanouk über Nordvietnams Unterstützung für auswärtige Rebellen anders geurteilt: „Die Vietcong bekämpfen den ausländischen Imperialismus *ohne Anweisungen einer fremden Macht* und können sich auf die Hilfe ihres Volkes stützen", hatte er versichert und die NLF („Nationale Befreiungsfront", die politische Organisation der Vietcong) als einzige Vertretung des südvietnamesischen Volkes anerkannt.



Kambodscha-Prinz **Sihanouk**, Untertanen: In die Arme der Amerikaner

Doch gegen Hanoi-Hilfe für rote Rebellen in Kambodscha wehrt sich Sihanouk: „Wenn die Nordvietnamesen ihre arglistige Aktivität steigern, treiben sie das unabhängige und neutrale Kambodscha nur in die Arme der Amerikaner."

1965 hatte Kambodscha die diplomatischen Beziehungen zu den USA abgebrochen — seit August residiert wieder ein Botschafter Washingtons in Pnom Penh. Der Prinz, der im Frühjahr noch demonstrativ die DDR anerkannt hatte, ließ die Amerikaner wissen, er sei sogar wieder an Dollar-Investitionen interessiert, „solange wir die Fäden in der Hand halten". Denn Sihanouks Staat steuert aus der wirtschaftlichen Dauerkrise in die

Katastrophe — und darauf warten die Rebellen. Dürre im Mekong-Tal wird zu einer Reis-Mißernte führen. In den letzten fünf Jahren hat sich das Sozialprodukt Kambodschas kaum erhöht; die Staatseinnahmen sinken jeden Monat um 1,3 Millionen Mark — bei einem Defizit von schon 80 Millionen Mark.

Sihanouk hat 15 Jahre lang sein Land als Autokrat regiert; jetzt räumte er erstmals einem Premier größere Entscheidungsfreiheit ein — und übertrug ihm die Verantwortung, die Versäumnisse von 15 Jahren rasch aufzuholen: Das Kabinett des Generals Lon Nol soll innerhalb von sechs Monaten „die Wirtschaft aus der Sackgasse führen, andernfalls wird ihm der Prozeß gemacht".

Von seinem Premier Lon Nol erwartet Sihanouk auch die Rettung vor „Vietcong, Vietminh (Nordvietnam) und ihren Khmer-Lakaien". Nach Geheimdienst-Informationen verfügen die Rebellen über Basislager in den Gebieten, die von der Neunten Division und anderen Vietcong-Truppen entlang der südvietnamesischen und laotischen Grenze auf kambodschanischem Territorium kontrolliert werden.

Hanois Kommunisten hofft der Prinz durch eine Teilnahme an den endgültigen Friedensverhandlungen über Vietnam in die Schranken zu verweisen — wie 1954 auf der Genfer Indochina-Konferenz, als Sihanouk Kambodschas Unabhängigkeit errang und sein Land von Vietnam-Kommunisten befreite.

„Wenn wir sie als Freunde ansehen, dürfen sie einfach nicht so weitermachen. Betrachten wir sie aber als Feinde, schlagen sie vielleicht noch stärker zu als jetzt", lamentierte Sihanouk über die Schützenhilfe der Nordvietnamesen für Kambodschas Kommunisten. „Vergeßt bitte nicht, daß diese vietnamesischen Roten sehr stark sind. Nicht einmal die Amerikaner können sie schlagen."

STAATSSTREICHE

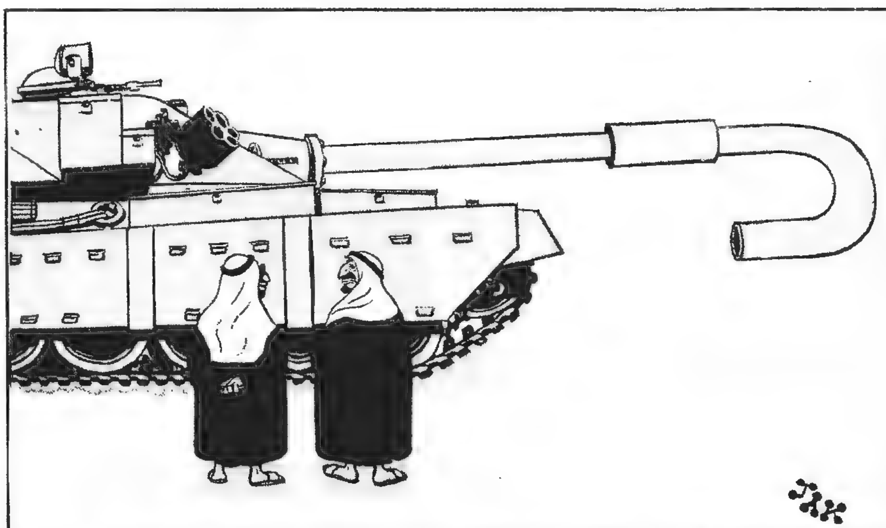
FICTION

Wie Bouillabaisse

Um Mitternacht okkupierten 4000 Paras in Gefechtsformation Londons menschenleere City. Drei Stunden später verhafteten Greifkommandos Englands Premier, den Verteidigungsminister und den Innenminister.

Ein Dutzend Obristen der Fallschirmjägerbrigade aus der 70 Kilometer entfernten Garnisonsstadt Aldershot hatten einen gewöhnlichen Übungs-Alarm zum Bilderbuch-Staatsstreich umfunktioniert.

Zwanzig Jahre Wirtschaftsmisere, sinnlose, aber teure militärische Befriedungsaktionen im abbröckelnden Empire, eine machtlose, von Gewerkschaftsfunktionären erpreßte Regierung und blutige Studentenunruhen machten den Staatsstreich für die Offiziere „zum Kinderspiel", urteilt der Publizist Edward Luttwak, 26.



Evening Standard, London

„Er ist speziell für Staatsstreiche konstruiert!"

Luttwak hat den Umsturz in England erfunden. In einer fiktiven „Sunday Times Magezin"-Story zur Einführung in sein Buch „Coup d'Etat" belehrte er die Briten: Staatsstreich ist auch in England möglich*.

Denn militärische Konspiration hat Zukunft, „solange die Zahl der Ärzte, Lehrer und Ingenieure in der Welt weitaus langsamer steigt als die der Offiziere" (Luttwak).

Seit Kriegsende sahen 46 Länder der Welt mehr als 70 illegale Machtübernahmen, ermittelte Luttwak. Die Hälfte aller derzeit amtierenden Regierungschefs kam gewaltsam an die Macht.

In afrikanischen und südamerikanischen Staaten mit ihren kleinen Füh-

* Edward Luttwak: „Wie inszeniert man einen Staatsstreich oder der Coup d'Etat", bei Rowohlt, Reinbek; 224 Seiten; 18,50 Mark.

Alkohol tut gut.

Ihnen, wenn Sie nicht fahren. Und Ihrem Motor, wenn Sie fahren. Deswegen fügen wir unserem Aral Super einen Schuß Alkohol zu.

Dieser Alkohol reinigt verstopfte Vergaser und hält sie sauber. Der Motor läuft rund, sparsam und bringt deshalb mehr Kilometer.

Alkohol verhindert die lästige Vergaservereisung, die bei naßkaltem Übergangswetter zu Schwierigkeiten führen kann.

Außerdem macht unser Alkohol die Feuchtigkeit unschädlich, die sich ständig im Tank und im gesamten Kraftstoffsystem niederschlägt.

Er schützt deshalb wirksam vor Korrosion.

Folge: Der Motor lebt länger. Und Sie fahren wirtschaftlicher.

Tanken Sie also Aral Super, wenn Sie Ihrem Wagen was Gutes tun wollen.

Er tut's dann besser.



rungsschichten ist ein Coup schon geglückt, wenn Rebellen einen Telephondraht kappen, LSD in die Trinkwasserreservoirs schütten und den Präsidentenpalast erfolgreich stürmen.

Zur Vertreibung eines englischen Premiers benötigt Luttwak neben günstigen äußeren Umständen die 5000 Soldaten einer englischen Brigade.

Zur Stunde Null schlagen die Putschisten in rücksichtslosem Einsatz gleichzeitig zu. „Sie müssen das organisatorische Herz des Staates treffen" (Luttwak). Das machen sie so:

▷ Blockade- und Einsatzzüge riegeln das Stadtzentrum von London durch Sperren auf allen Einfallstraßen ab. Die Flughäfen werden durch Blockieren der Landebahnen, die U-Bahn-Linien durch Tunnelsprengungen außer Betrieb gesetzt.

▷ Stoßtrupps besetzen Downing Street 10, die Rundfunkhäuser und Fernsehstudios der BBC und ITV, die Fernmeldeeinrichtungen, das Militärhauptquartier und Scotland Yard.

▷ Mobile Greifkommandos verhaften den Premier, den Verteidigungs- und den Innenminister sowie die wichtigsten Oppositionspolitiker und Gewerkschaftsführer.

▷ Ablenkungs- und Angriffsgruppen helfen, indem sie Wachen übertölpeln, Truppenbewegungen stören und die Hauptleitungen des Elektrizitätswerkes an der Themse sprengen.

Frühaufsteher werden vom Machtwechsel durch die ersten freundlichen Statements der neuen Herren im Radio erfahren. Auf Plakaten verkünden die neuen Machthaber ein vorsorglich verhängtes Versammlungsverbot.

Weniger phantasievollen Konspiranten bietet Luttwaks Buch gleich Ideenvorlagen für erste Kommuniqués, die in messianischer oder kraftmeiernder Diktion verkünden:

▷ „Die Bourgeoisie ist beseitigt, eine neue Ära der Gleichheit wurde eingeleitet" (Oberst Jean Bedel Bokassa, Zentralafrikanische Republik am 1. Januar 1966).

▷ „Plünderung, Brandstiftung, Homosexualität, Notzucht, Unterschlagung, Bestechung, Korruption, Sabotage und falscher Alarm werden mit dem Tode bestraft ..." (Major Nzegwu, Radio Kaduna, Nigeria, am 15. Januar 1966).

Damit die Konspiration „für alle, die demokratische Wahlen langweilig finden" („The Sunday Times"), nicht unrühmlich endet, empfiehlt Theoretiker Luttwak generalstabsmäßige Planung: „Der Staatsstreich braucht Vorbereitung, so wie man zur Bouillabaisse die richtigen Fische benötigt."

Der Konspirant nutzt die Kräfte des Gegners zu dessen Umsturz. Das ist möglich, „weil Beamte und Soldaten blind gehorchen, auch wenn ihre Vorgesetzten zu Verschwörern wurden".

Luttwaks Buch, prophezeite „Time", wird der Bestseller im Underground.

GRÖNLAND

MOTORISIERUNG

Buchstabe G

In Dänemarks Eismeerprovinz Grönland gibt es zu viele Autos, zu viele sind zu alt, und zu viele Grönländer fahren zu gern.

20 Jahre lang konnte man in Grönland zulassungs- und verkehrssteuerfrei umherkarriolen. Jetzt versuchen die Provinzialregierung in Godthåb und die Reichsregierung in Kopenhagen, die Zahl der Autos mittels Steuerzwang und Zwangsverschrottung zu vermindern.

Nur 2000 der 20 000 Erwachsenen auf der größten Insel der Welt fahren einen Wagen, aber es gibt dort (die US-Stützpunkte nicht gerechnet) nur 200 Kilometer Straßen.

Der Verkehr von Ort zu Ort ist nur per Hubschrauber, Schiff oder Hundeschlitten möglich. Mithin drängeln sich die 2000 Autos auf den jeweiligen Ortsstraßen, die allesamt Sackgassen sind. Godthåb, die Hauptstadt, hat das größte Ortsnetz: 25 Kilometer, aber auch die meisten Autos: 800 Stück.

Sie werden — ausgenommen Behörden- und Lastfahrzeuge — nur zum Vergnügen bewegt, und als Statussymbol. Was die Europäer tun, finden Grönländer — meist Mischlinge zwischen Europäern und Eskimos — schick. Sie trinken bereits dreimal soviel Schnaps und Bier wie die Bewohner des Mutterlandes. Und da die Dänen in Grönland Auto fuhren, wollten es die Einheimischen auch.

Im Kriegsjahr 1942 debütierte die Hauptstadt mit einem amerikanischen Lkw. Bis Kriegsende protzten auch die nächstgrößeren Orte, Julianehåb und Egedesminde, mit je einem Lastwagen. Dann ging die Hauptstadt mit einem Jeep wieder in Führung.

1962 lärmten auf der Insel bereits 400, fünf Jahre später sogar 1100



Parkplatz in Grönland (Godthåb)
Nach dem Schnaps die Autos


Teppichboden im Schlafzimmer.
Das ist eine praktische Sache, eine (fuß)warme Angelegenheit, etwas für Realisten, die wissen, daß Romantik nicht von allein kommt. Wir empfehlen Ihnen einen Teppichboden mit der Qualitätsmarke ENKALON. Der schmeichelt Ihren Füßen durch Weichheit und Elastizität, Ihrem Geldbeutel durch lange Lebensdauer und Ihrem Schönheitssinn mit vielen zärtlichen Farben. Wenn es sein muß, auch mit rosa.
ENKALON®
...Romantik für Realisten
Enkalon
CONTROLLED QUALITY
Achten Sie darauf: Nicht alles Nylon ist ENKALON. ENKALON ist eine Qualitätsmarke der AKU. Und diese Marke finden Sie auf dem Teppichetikett immer in Verbindung mit dem Namen eines Teppichbodenherstellers. Das heißt: doppelte Sicherheit.
Das neue ENKALON-Wohnbrevier gibt Ihnen 100 Tips für schöneres Wohnen. Bitte diesen Coupon auf eine Postkarte kleben, freimachen und an die Informationsstelle ENKALON, 6 Frankfurt/Main 1, Postfach 1, einsenden.
Sie erhalten dann (kostenlos) unser Wohnbrevier.
Name:
Ort:
Tel.:
Straße:
Wie lange soll Ihr Teppichboden halten? .... Jahre
Gratis!
100 Tips für schöneres Wohnen
DS 11

Autos, durchweg Gebrauchtwagen aus Dänemark und Schweden.

Allein der Antransport kostete je nach Gewicht 500 bis 800 Mark. Um so billiger mußte der Wagen sein. Was die Grönländer unbesehen per Postorder kauften, war in Dänemark oft nur umadressiert worden: Grönland statt Autofriedhof.

Die Provinzialregierung in Godthåb stellte 1967 fest, daß Grönland für den wachsenden Autoverkehr nicht reif sei, und verlangte vom Grönlandministerium in Kopenhagen eine Kfz-Steuer. Demnächst müssen Grönlands Motorfans für ein Auto rund 1100 Mark Steuern zahlen.

Im vorigen Sommer wurden Grönlands Kraftfahrzeuge erstmals polizeilich registriert und mit Nummernschildern (Kennbuchstabe: G) versehen.

In diesem Sommer wurden sie — bis zum Baujahr 1966 — erstmals amtlich inspiziert. Jüngere Jahrgänge, so unterstellte man, seien jedenfalls fahrtüchtig. Der Kopenhagener Ingenieur Spanggaard Jensen vermochte aber in sechswöchiger Rundreise vorerst nur 500 zerbeulte Veteranen zu überprüfen.

Bei 30 Wagen zog er die Nummernschilder ein, rund 100 beorderte er („In Dänemark wären sie ebenfalls kassiert worden") in sofortige Zwangsreparatur. Von den 325 Altwagen der Hauptstadt waren nur 15 völlig intakt.

Zuvor hatten über 50 Grönländer ihre Wracks freiwillig abgemeldet — aus Angst vor dem Prüfer.

FRANKREICH

NICHTSCHWIMMER

Unter die Dusche

Ein Beamter im Urlaub entdeckte Lebensgefahr für seine Landsleute: „Die Franzosen leiden an einer archaischen, seit Generationen ererbten Wasserscheu", bemerkte Michel Delaborde, Pressechef beim Staatssekretär für Jugend und Sport, nach Ferien an der normannischen Küste.

Die Franzosen lernen deshalb nur ungern schwimmen, und in jeder Badesaison des dreiseitig meerumschlungenen Frankreich ertrinken durchschnittlich 5200 Sommerfrischler — doppelt so viele wie in der Bundesrepublik.

Bei einem Schulausflug ertranken in der Loire 19 Jungen und Mädchen — keines der Kinder im Alter von elf bis 14 Jahren konnte schwimmen. Einen Monat später, am 18. August, versanken mit dem Motorboot „Fraidieu" im Genfer See 13 Schülerinnen aus Metz — sie konnten nicht knapp hundert Meter ans Ufer schwimmen.

Dabei ist Schwimmunterricht an Frankreichs Schulen nach einer in Vergessenheit geratenen Verordnung schon seit 1879 Pflichtfach. Nur die öffentlichen Badeanstalten dafür fehlen noch. Nach jahrzehntelangem Rückstand hat sich die Zahl der Schwimmbecken seit 1958 zwar verdreifacht (263 Hallen- und 1228 Freibäder) — doch das ist noch immer weniger als die Hälfte der bundesdeutschen Badeanstalten.

Frankreichs Staatssekretär für Jugend und Sport, Joseph Comiti, will nun nicht länger auf den Bau kostspieliger Betonbassins warten: „Wir brauchen keine Schwimmkathedralen." Er will Schulschwimmen mit Hilfe transportabler Becken forcieren. Seine Wunderwaffe taufte er „Bam", „bassin d'apprentissage mobile".

Bam — im Format von 12,5 mal 6 Meter und 90 Zentimeter Tiefe — soll mit Heizung und Filteranlage laut Ausschreibung nicht mehr als 50 000 Franc kosten. In rollendem Einsatz will Comiti die 50 demontierbaren Plastikkonstruktionen jeweils für ein Trimester in Dorfschulen und Tanzsälen installieren.

Mit den Plastik-Planschen sollen geschulte Sportpädagogen über Land



Bergung eines Badeopfers aus der Loire
Schwimmkurse im Tanzsaal

ziehen, um an Ort und Stelle Bam-Bademeister auszubilden — wenn sich genügend Freiwillige melden. Denn der Schulsport genießt bei Frankreichs Pädagogen geringes Prestige: Sie sind mehr um die Schulung des Geistes bemüht. Weil interessierte Lehrer fehlten, traten bisher nur 15 Prozent aller Volksschüler zu regelmäßigen Leibesübungen an.

„Man muß vor allem die Einstellung der Lehrkräfte reformieren", beschwerte sich ein „France-Soir"-Leser aus Noisy-le-Sec. Dort steckt eine Klassenlehrerin ihre elfjährigen Zöglinge lieber unter die Dusche, anstatt sie einmal wöchentlich ins Schwimmbad zu führen.

Sogar die Oberschüler meiden den Sprung ins Wasser. 1963 wollte der damalige Staatssekretär Maurice Herzog ein Schwimm-Examen für Abiturienten zur Pflicht machen. Er mußte den Versuch wieder abblasen, da jeder zweite Prüfling am 50-Meter-Test scheiterte.

Wenn Gürtelreifen, dann Cinturato. Bessere Beine Ihres Autos gibt es nicht.





Zuckerernte in Kuba: „Die Ernte war die Agonie des Landes"

Revolution aus der Hüfte

SPIEGEL-Report über Castros Kuba — Erwartungen und Enttäuschungen

1. Fortsetzung

In Havana gingen die Lichter aus. Die farbigen Glühbirnen, die Abend für Abend auf der Hauptstraße La Rampa den Text „Los 10 millones van" (etwa: Die zehn Millionen sind zu schaffen) ausgestrahlt hatten, verloschen mit einem Schlag. Für Kubas Volk und Regime war es ein böses Vorzeichen.

Das Verlöschen der Glühbirnen signalisierte, daß Kubas hoffnungsvollstes Wirtschaftsprojekt in Gefahr war. Denn: Zehn Millionen Tonnen Zucker, so will es der ehrgeizige Plan der Regierung, sollen als Ernteertrag des Jahres 1970 der Welt vorgewiesen werden und damit die Leistungskraft des sozialistischen Systems beweisen. Zehn Millionen Tonnen Zucker sollen den Durchbruch der Insel zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit symbolisieren.

Die Polit-Propagandisten beeilten sich denn auch, den Leuchtschrift-Kurzschluß des 27. Mai 1969 zu bagatellisieren: „Eine technische Panne." Die Bevölkerung wußte es besser.

Am Abend zuvor hatte der Premierminister der Revolutionsregierung, der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Kubas und Oberkommandierende der Armee, Comandante Dr. Fidel Castro Ruz, in einer dreistündigen Rede den Schlußstrich unter die Zuckerernte dieses Jahres gezogen; auch für 1969, das „Jahr der entscheidenden Anstrengung" (Castro), war eine Rekordernte befohlen worden — neun Millionen Zucker-Tonnen sollten eingebracht werden. Doch Castros Bilanz wies schließlich nur die Hälfte davon aus.

Im Spanischen Saal des 24stöckigen Hotel-Hochhauses „Habana libre", vom New Yorker Hotel-König Hilton einst als Millionärs-Herberge errichtet, gestand Kubas Chef-Revolutionär seinem Volk mit gewohnter Offenheit: „Die Ernte dieses Jahres war die Agonie des Landes."

Zürnte Fidel: „Die Bedeutung der Ernte 1969 ist unterschätzt und die Aufmerksamkeit vor allem auf das Ziel 1970 gerichtet worden." Die Parolen vom „Jahr der entscheidenden Anstrengung" sollten „nicht nur leere Worte sein, die man an die Wand pinselt". Schuld an dem Defizit trügen Himmel und Erde, aber auch die Unzulänglichkeit der von der Regierung verordneten Zuckerkampagne.

Castro zählte auf: „Der Regen kam zu früh und war zu stark. 41 200 Caballerías (rund 553 000 Hektar) Zuckerrohr sind in den letzten 15 Monaten erstmals bepflanzt worden. Wir hatten Schwierigkeiten mit den Maschinen, dem Transport und den Ersatzteilen. Seit 1930 sind keine neuen Zuckermühlen mehr gebaut worden."

In der Tat sind Mahlwerke, Kesselhäuser und Zentrifugen der Zuckermühlen teilweise hoffnungslos überaltert; so wird noch heute eine Anlage aus dem Jahre 1796 betrieben, und 63 der Mühlen Castros stammen aus dem vorigen Jahrhundert. Um dem geplanten Ansturm der zehn Millionen Tonnen gewachsen zu sein, muß die Kapazität der Mühlen dringend erhöht werden — denn Zuckerrohr läßt sich nur kurze Zeit lagern.

Auf den ausgefahrenen Schlammwegen von San Germán etwa stauen sich die mit Zuckerrohr beladenen Ochsenkarren, eine schier endlose Kette von Güterwaggons, auf denen sich die grünen Stengel türmen, verstopft das rostige Schienennetz vor dem Fabriktor.

Die „Urbano noris", Kubas Zuckerfabrik Nummer 152, steht schon wochenlang still, und das mitten in der Saison. Die 67 Jahre alten cuchillas (Messer) der Brechanlage waren gebrochen. Nun klopft eine Arbeiter-Kolonne im ölverschmierten Overall mit Vorschlaghämmern ebenso lustlos wie ratlos im toten Reißmaul des Zuckerfressers herum.

„Neue Zuckermühlen in benötigter Menge zu installieren (Hauptlieferant ist die DDR-Firma VEB Sangershausen), dafür fehlt es uns an Devisen", beklagte José, ein stämmiger Neger, das triste Bild. Nun versucht die Regierung das Problem nach einem Tauschsystem zu lösen: Wenn eine neue Maschine anstelle einer alten und unrentablen installiert wird, bringt man die alte in eine Mühle, die bislang eine noch ältere in Betrieb hatte.

Billiger wird damit der Zucker nicht. Die Produktions-Kapazität hat in überforderten Mühlen den Stand der Vor-Revolution noch nicht wieder erreicht, die Zahl der jetzt ganzjährig beschäftigten Arbeiter in der Zucker-

Industrie ist dagegen um gut ein Drittel gestiegen. Grob geschätzt, haben sich die Herstellungskosten des Zuckers seit der Revolution verdoppelt.

„Wir haben objektive Schwächen in unseren Mitteln, und wir haben subjektive Schwächen in Organisation, Kontrolle und Effektivität", kritisierte Kubas Máximo Líder, der oberste Führer der revolutionären Zuckerinsel.

Eine der Schlüsselfiguren der Zuckerschlacht mußte daraufhin Castro weichen: Comandante Faustino Pérez, Guerilla-Kämpfer der ersten Stunde, wurde als Leiter des staatlichen Instituts für Wasserwirtschaft abgelöst und auf das Versuchsgut Sancti Spíritus in der Provinz Camagüey versetzt. Die Leitung des 16 000-Mann-Instituts aber übernahm Fidel persönlich und vereinigte es mit der ihm ebenfalls unterstehenden Super-Behörde für die Entwicklung der Land- und Viehwirtschaft.



Premier **Castro:** „Jahr der entscheidenden Anstrengung"

Zugleich wurde angeordnet, die Zafra (Zuckerrohrernte) 1970 habe drei Monate früher als gewohnt zu beginnen; als „moralischer Ansporn" sollten Tag für Tag die Ernteergebnisse der Provinzen und Regionen veröffentlicht werden. Castro prophezeite: „Wenn es genug regnet, haben wir Zuckerrohr für mehr als zwölf Millionen Tonnen."

Millionen Kubaner folgten dem neuen Einsatzbefehl. Mitte Juli setzte sich eine ganze Nation in Bewegung: die Campesinos (Kleinbauern), Cortadores und Macheteros (Zuckerrohrschneider) genauso wie die Voluntarios (Freiwilligen) aus den städtischen Fabriken, Banken, Läden und Büros, die jedes dritte Wochenende auf den Zuckerrohrfeldern arbeiten.

Jahrhundertelang war der Zucker Symbol von Ausbeutung und Abhängigkeit — heute soll er zum Synonym kubanischer Selbständigkeit werden.

Fremde Eroberer und Protektoren hatten einst der Insel die Monokultur des Zuckers aufgezwungen, seither gibt es nahezu keine Misere, keine Fehlentwicklung der kubanischen Gesellschaft, die nicht auf die Diktatur des Zuckers zurückzuführen ist.

„Praktisch eine Sklaverei" nannte Castros Kampfgefährte und Chef-Ideologe Che Guevara die Zucker-Industrie des vorrevolutionären Kuba. Der kubanische Historiker Fernando Ortiz bestätigt: „Die Geschichte Kubas wurde von der Herrschaft bestimmt, die Fremde über den Zucker ausübten, und je größer unsere Produktion wurde, desto stärker war die Fremdherrschaft."

Spanische Kolonisten begründeten auf der 1492 von Kolumbus entdeckten Insel die Allmacht des Zuckerrohrs. Der extrem fruchtbare Boden und das feuchtheiße Klima der größten westindischen Insel, die knapp halb so groß ist wie die Bundesrepublik, eignete sich zum großflächigen Anbau von Zuckerrohr. Kuba wurde zu einem der größten Zuckerlieferanten der Welt.

Auf Kuba entstand eine Klasse selbstbewußter Landjunker, die immer weniger einsehen wollten, warum sie sich den von Madrid dekretierten Gesetzen beugen sollten. Als das spanische Mutterland von Kuba zusehends höhere Steuern verlangte, rüsteten die Landaristokraten der Insel zum Widerstand.

Im Oktober 1868 rief der kubanische Großgrundbesitzer Carlos Manuel de Céspedes in Yara die Revolution gegen die spanische Krone aus. Um Freiwillige für die Guerilla-Truppe zu werben, versprach er den aus Afrika importierten Negersklaven die Freiheit. Zehn Jahre lang dauerte der Bürgerkrieg, er endete mit einem trügerischen Burgfrieden. Die Idee eines freien, unabhängigen Kuba aber war nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Die Unabhängigkeitsbewegung fand schließlich in dem Dichter und Redner



Kubanischer Aufstand 1897: „Netter kleiner Krieg"

José Martí einen Führer, an dem sich Fidel Castro heute gerne mißt.

In den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurde Martí zum Apostel des kubanischen Nationalismus.

Auf Reisen durch Nordamerika gelang es ihm, Interesse für Kuba zu wecken, doch er machte sich kaum Illusionen darüber, daß diese Anteilnahme fast nur wirtschaftlich-strategische Gründe hatte. Er wußte, daß genug Gringos darauf warteten, die ganze Insel in eine amerikanische Zukkerfarm zu verwandeln. Vergebens warnte Martí seine Landsleute: „Ein Volk begeht Selbstmord an dem Tage, an dem es seine Existenz auf einem einzigen Produkt aufbaut."

Die Kubaner hörten nicht auf den Warner. Ein Landsmann verriet ihn: Am 19. Mai 1895 geriet Martí in einen Hinterhalt spanischer Soldaten und fiel im Kampf. Sein Vermächtnis aber lebte weiter: „Kuba muß frei sein — von Spanien und von den Vereinigten Staaten."

Frei von den Spaniern wurde Kuba 1898 — mit Hilfe der Vereinigten Staaten. Der US-Präsident William McKinley erklärte dem spanischen Hof den Krieg, nachdem auf der Reede von Havana das amerikanische Schlachtschiff „Maine" in die Luft geflogen war.

Gemeinsam mit einem kubanischen Freiwilligenheer schlug ein Armeekorps der Yankees die Spanier, die freilich längst von den einheimischen Guerrilleros demoralisiert worden waren. Der „nette kleine Krieg", so US-Außenminister John Hay, forderte auf amerikanischer Seite 2500 Tote, meist Opfer insularer Krankheiten.

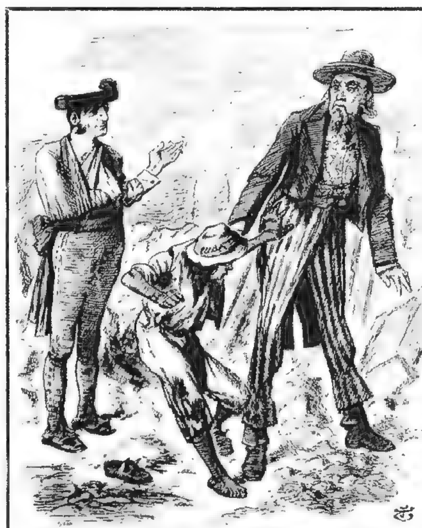
Die Kuba-Intervention Washingtons diente vor allem amerikanischen Interessen. Die reiche Insel fiel den Vereinigten Staaten zu, wie es US-Außenminister John Quincy Adams schon 1823 prophezeit hatte:

„Es gibt Gesetze der politischen und physikalischen Schwerkraft. Wie ein Apfel, der durch einen Sturm von seinem Ast getrennt wird, zu Boden fallen muß, so wird Kuba, gewaltsam getrennt von seiner unnatürlichen Verbindung mit Spanien und unfähig, sich selbst zu helfen, sich nur zur nordamerikanischen Union hinwenden können, die es wiederum, auf Grund derselben Gesetze der Natur, nicht von ihrem Herzen zurückweisen wird."

Washington war entschlossen, den abgefallenen Apfel zu behalten. Im Mai 1902 mußten zwar die Vereinigten Staaten ihre Besatzungsarmee zurückziehen und der Errichtung einer selbständigen Republik Kuba zustimmen, aber sie behielten die ökonomische Macht auf Kuba in ihren Händen. Che Guevara: „Kuba wurde eine Wirtschaftskolonie der USA und blieb es ein halbes Jahrhundert lang."

Die Vereinigten Staaten zwangen sogar die eben befreiten Kubaner, in ihre Verfassung eine Klausel aufzunehmen, in der Kuba den USA das Recht zugestand, jederzeit auf der Zuckerinsel zu intervenieren.

Bereits damals hatten amerikanische Geschäftsleute kubanischen Grundbesitz im Wert von 36 Millionen Mark aufgekauft, 21 Prozent der gesamten kubanischen Zuckerproduktion kamen 1905 aus amerikanischen Mühlen.



Punch, 1898

Spanien zu Onkel Sam: „Na schön, du wolltest ihn ja, hier hast du ihn — viel Vergnügen!"

US-Konzerne teilten die ertragreiche Provinz Oriente unter sich auf, die Zuckerrohrfelder der United Fruit Company und der Cuban American Sugar Company reichten von Kubas Nord- zur Südküste. Amerikanische Gesellschaften installierten moderne Großmühlen und zwangen die einheimische Konkurrenz zur Fusion oder zum Bankrott: 1914 waren 35 Prozent der kubanischen Zuckermühlen in amerikanischen Händen, 1926 waren es 63 Prozent.

Obst- und Gemüsekulturen, später sogar ertragreiche Tabakfelder und der spärliche Waldbestand kamen unter den Pflug, weil man neue Anbauflächen für Zuckerrohr schaffen wollte. Überdies ließen die US-Gesellschaften jahrelang mehrmals 400 000 Hektar Kulturland als Landreserve brach liegen.

Amerikanische Zuckerinteressen überschatteten Kubas Innen- und Außenpolitik. Sie entschieden über Sturz oder Stützung der Staatspräsidenten, sie bestimmten den Ausbau des Schienennetzes nach den Bedürfnissen der Großgrundbesitzer. Ein amerikanisch-kubanischer Vertrag über gegenseitige Zollerleichterung versorgte die US-Raffinerien mit dem billigsten Rohrzucker der Welt.

Die Macheteros auf den Zuckerrohrfeldern nahmen freilich an dem „Tanz der Millionen", wie man später die „goldene" Ernte von 1920 nannte, nicht teil. Sie erhielten selbst damals nur einen Tageslohn zwischen 25 und 60 Cent. Die meisten von ihnen mußten froh sein, in der Viermonats-Saison überhaupt einen Job zu finden — Arbeitsplätze außerhalb der Zuckerfelder gab es von Jahr zu Jahr weniger.

Von der kurzen Ernte-Saison lebten auch alle anderen Gewerbezweige. In dem „tiempo muerto", der toten Zeit zwischen den Ernten, gaben die dann arbeitslosen Zuckerarbeiter ihr Geld rasch aus und gerieten in die Schuldabhängigkeit von Dorfläden, die wiederum in der Mehrzahl den Latifundien- und Zuckermühlenbesitzern gehörten.

„Die Zukunft des Kubaners, seine Ernährung, Erziehung und Erholung wird in irgendeinem New Yorker Direktorenzimmer festgelegt", notierte 1928 der amerikanische Sozialwissenschaftler Leland H. Jenks. Wo immer kubanisches Schicksal entschieden wurde, setzten die USA ihre Interessen durch. Schlagzeile einer Zeitung in Havana im Juni 1922: „Der Haß gegen Nordamerika wird die Religion der Kubaner sein."

1946 war mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Kubas mit Zucker bebaut. Kuba, die fruchtbare Insel, mußte 30 Prozent seines Lebensmittelbedarfs importieren, oft wider alle wirtschaftliche Vernunft.

So kamen, wie ein Report der Weltbank aufdeckte, von den elf Millionen Kilogramm Tomaten, die Kuba jährlich exportierte, neun Millionen Kilogramm in Form von Tomatensaft und Ketchup wieder in das Land zurück. Kuba importierte aus den USA auch fast seinen gesamten Bedarf an Leder

Ein Hauch von Luxus



Eine Cigarette höchster Wertklasse.
Das Ergebnis exclusiver Tabakauswahl
und Perfektion der Herstellung.

Erste Sorte



Die Spitzenmarke von Reemtsma

Nikotinarm im Rauch

— auf den kubanischen Schlachthöfen aber wurden tierische Häute zum Abfall geworfen.

Amerikanische Konzerne und Banken machten die, einst von Spanien befreite Kolonie innerhalb weniger Jahrzehnte vom US-Dollar abhängig. Amerikanisches Kapital beherrschte über 90 Prozent der kubanischen Telephon- und Energieversorgung, 50 Prozent der Eisenbahnbetriebe und 40 Prozent der gesamten Rohrzucker-Produktion. Ein Viertel aller Geldeinlagen war auf amerikanischen Banken oder deren kubanischen Filialen deponiert.

Der 1959 an die Macht gekommene Fidel Castro und seine Bewegung aber waren entschlossen, die Abhängigkeit Kubas von den USA zu beseitigen. Die Unabhängigkeit von dem „Koloß aus dem Norden" gehörte zu den frühesten Programmpunkten des Fidelismus.



US-Ölraffinerie auf Kuba:

Schon das vorerst noch gemäßigte Reform-Programm der siegreichen Guerrilleros brachte sie in schärfsten Gegensatz zu den USA. Die Enteignung der Großgrundbesitzer in der ersten Landreform vom Mai 1959, die den privaten Landbesitz auf 400 Hektar beschränkte, mehr aber noch Fidels Kampf gegen das imperialistische Erbe der Zucker-Monokultur, machten Fidel zum Gegner amerikanischer Interessen. Der Konflikt mit den USA war eine schier unvermeidliche Konsequenz, mit Ideologie hatte das zunächst wenig zu tun.

Im Gegenteil: Noch im April 1959 war Castro bereit, mit den USA über ein Entwicklungsprogramm zu verhandeln, freilich unter einer Bedingung — Washington sollte Kubas Souveränität respektieren. Der von der US-Presse gefeierte Revolutionsheld aber konnte bei seinem Amerika-Besuch Präsident Eisenhower nicht für den Plan gewinnen; der Herr des

Weißen Hauses hatte es vorgezogen, am Tag des Castro-Besuchs zum Golfspielen zu gehen. Vizepräsident Nixon, der Kubas selbsternannten Premier empfing, beschränkte sich auf gute Ratschläge.

Fidels damaliges Wirtschaftskonzept kreiste noch um das Zauberwort aller Entwicklungsländer: Industrialisierung. Der rasche Aufbau einer heimischen Industrie sollte Kubas fast totale Abhängigkeit von Importen mildern und das Problem der 700 000 Arbeitslosen lösen.

Doch Castros ehrgeiziges Programm ließ sich nicht verwirklichen. Kubas Bevölkerung, im Gefühl der Ohnmacht gegen die ökonomischen Gewalten aufgewachsen, blieb skeptisch gegenüber den Parolen von „der eigenen Kraft“. Das Gift des „mañana“ (morgen) wirkte länger nach, als die Revolutionäre erwartet hatten. Den neuaufgebauten Fabriken fehlten die nötigen Fachkräfte; die alte Techniker-Generation wanderte aus, mit ihr das dringend nötige Know how.



Profite für den Koloß im Norden

„Man hat in Kuba“, so DDR-Ingenieur Rudi Baumann, der den Bau der Zementfabrik in Nuevitas leitet, zum SPIEGEL, „noch nicht ganz verstanden, daß auch und gerade eine sozialistische Wirtschaft rentabel arbeiten muß. Jede Woche holen sie uns einige Leute von dem ohnehin raren technischen Personal zu landwirtschaftlichen Einsätzen. Aber selbst neue ungelernte Kräfte sind auf dem Arbeitsmarkt nicht zu bekommen.“

Durch die oft monatelangen Ernteeinsätze der Belegschaft büßt die Industrie bis zu 25 Prozent ihrer Produktion ein. Andere Tributleistungen der Industrie an den Fidel-Sozialismus verschweigt die Statistik: Welchen Anteil die Betriebe für die Sozialleistungen des Staates, für kostenloses Essen und Wohnen der Betriebsange-



Jetzt gilt Omega-Zeit auch auf dem Mond

Am Handgelenk der Apollo-Astronauten ist der Omega Speedmaster Chronograph als offizielle Uhr auf dem Mond gelandet.

Mit der Uhr im Bild hat es eine ganz besondere Bewandtnis. Sie wird seit 1965 von allen amerikanischen Astronauten am Handgelenk getragen. Sie war auf dem ersten Weltraumspaziergang mit dabei. Und jetzt hat sie wieder Geschichte gemacht: als erste Uhr, die von Menschen auf dem Mond getragen wurde.

Diese Uhr ist ein Omega Speedmaster Chronograph, und sie allein wird von der NASA als «flight-qualified for all manned space missions» zugelassen.

Das wirklich Besondere an dieser Uhr: sie ist ein Serienmodell. Aus der normalen Speedmaster-Produktion. Nichts, aber auch gar nichts wurde daran «frisiert». Einzig das Armband musste speziell gemacht werden. Dabei war die Uhr überhaupt nicht für den Weltraum vorgesehen. Die NASA hat sich nach einer Reihe objektiver Tests für sie entschlossen. Weil sie genau den Anforderungen entsprach. Weil sie als einzige robust genug war für Weltraumstrapazen.

Die Speedmaster ist wirklich robust. Lange vor den NASA-Tests ging sie durch dick und dünn. Sie ist ja auch eine jener vielen Spezialuhren, die von Omega für das heisse, oft rauhe Geschehen des sportlichen Wettkampfes gebaut wurden. Tatsächlich hatte sich der Speedmaster-Chronograph schon in einer ganzen Reihe von Cockpits bewährt, bevor er mit Apollo XI auf die Reise ging.

In Sebring, Monza und Le Mans verlassen sich Rennwagen-Piloten auf die Speedmaster zum Messen ihrer Zeiten. (5 verschiedene Zifferblätter und 6 Zeiger registrieren die gefahrenen Zeiten in Sekunden, Minuten, Stunden.) Mit einem Sextanten und der Speedmaster ermitteln Navigatoren auf hoher See die Position ihres Schiffes. Betriebsingenieure kalkulieren damit die Kapazität ihrer Maschinen, TV-Produzenten überwachen die Dauer der Programme.

Alle Modelle der berühmten Seamaster-Kollektion – die ursprünglich für den Wassersport geschaffen wurden – besitzen ein Werk von der gleichen Zuverlässigkeit wie die Speedmaster der Apollo-Astronauten. Und jedes hat genau die Eigenschaften, die es zur Erfüllung seiner Aufgabe haben muss.

Ihr Omega Konzessionär wird Ihnen Uhren vorlegen, die punkto Präzision, Zuverlässigkeit, Robustheit und äussere Form zu den besten der Welt gehören.

Ω OMEGA

Abgebildetes Modell: OMEGA Speedmaster, Chronograph, Edelstahl, wasserdicht, Referenz 145012 145022 mit seewasserfestem Corfam® Spezialband DM 595

hörigen, für ärztliche Betreuung und Schulen aufzubringen haben, bleibt dunkel; die Frage nach der Rentabilität wird nicht gestellt.

Lohnprämien und materiellen Anreiz zur Mehrarbeit aber darf die Industrie auf Fidels Order nicht bieten, da der Máximo Líder darin bereits einen Einbruch in die Gleichheitsmaximen seiner Revolution wittert. Auf Akkordarbeit freilich wird nicht verzichtet.

Der Ehrgeiz des Regimes, keinen Kubaner geringer zu entlohnen als vor der Revolution, stellt die Tarife ohnehin auf den Kopf: Männer und Frauen erhalten zwar für die gleiche Arbeit das gleiche Geld, die jungen Führungskräfte aber bekommen für mehr Leistung und Wissen oft kaum die Hälfte der „klassischen Gehälter“ ergrauter Hilfsarbeiter.

An die Stelle der Prämie setzt Fidel den moralischen Anreiz: Wie in den sozialistischen Ländern Osteuropas kämpfen Betriebe und Brigaden um ehrenvolle Titel und bunte Wimpel. Die schwarzrote Leistungsfahne mit der Inschrift „Héroes del Moncada“ (Helden von Moncada) weht über Tabakfabriken, Bügelanstalten, Stahlwerken und der staatlichen Eisdiele Coppelia.

In einigen Betrieben wurden die Kontroll- und Steckuhren als „Instrumente kapitalistischer Unterdrückung“ abgeschafft; es galt nur noch die „Uhrzeit des Gewissens“. Aber die Arbeiter erkannten bald, daß dieser Wecker ihnen auch vorschrieb, früher zur Arbeit zu kommen und sie möglichst spät zu verlassen. Sie drohten mit Streik; seitdem steht das imaginäre Uhrwerk wieder still.

Dieser Vorfall offenbart, daß es Havanas neuer Führung schwerfällt, die Industrie-Arbeiter für selbstlose Opfer im revolutionären Kampf um eine sozialistische Zukunft zu begeistern. Viele Facharbeiter gehörten vor dem Revolutionssieg zu den privilegierten Schichten, die durch einen verhältnismäßig hohen Lebensstandard gegen Umsturz-Versuche immun gemacht werden sollten.

Den Industrie-Kubanern erscheint die Erfüllung ihrer Gegenwarts-Wünsche wichtiger als die Ausstellung ungedeckter Wechsel auf das kommunistische Paradies. Kühlschrank, Fernsehgerät, Auto, Auslandsreisen und ein üppiges Lebensmittel-Angebot nannten Fabrikarbeiter in Havana und Santiago de Cuba am häufigsten, wenn die Redakteure des SPIEGEL sie nach ihren Bedürfnissen fragten. Vom gerechten Lohn, von Sicherung des Arbeitsplatzes, sozialen Verbesserungen, Aufstiegs- und Ausbildungschancen oder gar von betrieblicher Mitbestimmung sprachen sie nur ganz am Rande.

Kubas total verstaatlichte Industrie blieb das Stiefkind der Nation. Ohne neue Investitionen, bei gestiegenen und willkürlich festgelegten Löhnen und einem ständig betriebsfremd beschäftigten Teil des Personals, dessen

STADT VON ÜBERMORGEN

Kubas Industriezentrum Nuevitas

Die Stadt von gestern sollte nach dem Willen Che Guevaras die Stadt von morgen werden. Nach den Plänen von Fidel Castro wird sie nun erst die Stadt von übermorgen: Nuevitas, an der kubanischen Nordküste.

Das Zentrum dieser urbanen Zukunft ist vorerst eine Ansammlung von baufälligen Holzhäusern und Schuppen. Tuffsteinernes Mauerwerk und verrostete Fenstergitter geben der verkommenen Siedlung einen Hauch von Patina.

Die spanischen Seefahrer legten einst die Stadt an einer Tiefwasser-Lagune an. Für sie war dieser Ort ein idealer Stapelplatz für Waren und Gold, bis karibische Piraten die ergiebige Pfründe entdeckten. Nach der dritten Plünderung gaben die Spanier auf, verlegten ihr Lager hundert Kilometer landeinwärts und nannten die verlassene Stadt „nue vitas“ (Kein Leben).



Industrieminister **Guevara**
Sprung nach vorn ins Leere

Für Leben auf ihre Art sorgten im Zuckerboom der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts käufliche Damen und Kneipenwirte, die den Matrosen und Händlern die Liegezeit versüßten.

Ausgerechnet diese abgelegene Halbwelt-Stadt wollte Industrialisierungs-Minister Che Guevara 1961 in eine Mustersiedlung der sozialistischen Industrie verwandeln: Che schätzte hintergründige Symbolik. Nuevitas wurde industrieller Schwerpunkt — zu einer Zeit, in der bereits abzusehen war, daß Kubas großer Sprung nach vorn statt ins technische Zeitalter vorerst ins Leere gehen mußte.

Vor den Photographen setzte sich Che hemdlos auf einen Bulldozer und ebnete ein Zuckerfeld ein, auf dem nun Fabriken wachsen sollten. Beim Bau der ersten Werkhalle half er mit, die Fundamente auszuheben. Dort sollte eine Drahtfabrik entstehen, mit Maschinen aus Japan und der DDR ausgerüstet — sie ist noch immer nicht fertig.

Dennoch wurde Nuevitas zu einem Industrie-Zentrum, dem einzigen in Kuba, das ausschließlich auf die Rechnung der Revolutionäre geht. Die von Che geplanten Fabriken werden gebaut, wenn auch mit gedrosseltem Tempo. Auf dem steinigen Weg zum wirtschaftlichen Fortschritt hat nach Fidels Befehl inzwischen die Landwirtschaft Vorfahrt.

Daß die sozialistischen Experimente mit Mensch und Maschine nicht völlig abgebrochen wurden, verdankt die aus dem Dämmerschlaf gerissene Siedlung vor allem der finanziellen und technischen Assistenz sozialistischer Bruderländer aus dem Ostblock.

Eine Zementfabrik aus der DDR soll ab Sommer 1970 jährlich 600 000 Tonnen produzieren, so viel wie ganz Kuba vor der Revolution herstellte. Ein Wärmekraftwerk aus der CSSR erzeugt schon jetzt mehr elektrischen Strom als die gesamte kubanische Elektrizitätsindustrie vor zehn Jahren.

Eine Kunstdünger-Fabrik aus der Sowjet-Union ist noch im Aufbau; mit 500 Tonnen täglich wird sie nach dem von den Briten gelieferten Werk in Cienfuegos die zweitgrößte des Landes sein. Unter kubanischer Regie entstand ein Werk für Fertighäuser, das pro Jahr die Platten für 250 Wohnungen gießt. Zwei kleine Werften bauen die Fangboote für die neugegründete Fischerei-Genossenschaft.

Ein Betrieb zum elektrischen Schweißen aus der DDR, eine japanische Fischkonserven-Fabrik, ein Südfruchtkai und eine Löschpier zum Entladen sowjetischer Öltanker stehen noch auf dem Papier. Produktion und Konzentration der Betriebe sind aufeinander abgestimmt und entsprechen der geographischen Lage. Die Infrastruktur dieser Stadt könnte sehr wohl ein Beispiel für sinnvolle Industrialisierung in einem Entwicklungsland sein.

Knapp 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung von Nuevitas arbeiten in der Industrie. Doch selbst hier hat sich kein industrielles Bewußtsein eingestellt: Ein Drittel der mit Mühe angelernten und umgeschulten Fachkräfte wird von Fidels Mobilisierungsbefehlen ständig zum Einsatz in der Landwirtschaft gerufen.





Der 80 PS-VW.

Allein die Tatsache, daß es jetzt einen VW mit satten 80 PS gibt, ist schon sehr interessant.

Viel interessanter aber ist es, daß diese Leistung erzielt wird, ohne daß der Motor sich dabei anstrengen muß.

Es gibt also keine überhöhten Drehzahlen. Keine Nockenwelle mit 316° Öffnungswinkel. Keine Spezialkolben, -Pleuel, -Kurbelwelle.

Nichts von alledem.

Statt dessen einen Computer mit 25 Transistoren und 35 Dioden. Meßfühler geben dem Computer ständig Informationen über die Motortemperatur, die Drehzahl, den Saugrohrdruck und die Drosselklappenöffnung.

Aus diesen Daten errechnet er exakt die Benzinmenge, die der Motor beim nächsten Hub braucht. Dann öffnet er exakt zum richtigen Zeitpunkt die Einspritzventile. Und schließt sie wieder, sobald die errechnete Benzinmenge in dem Zylinder ist.

Der Motor bekommt also wenig Sprit, wenn er wenig braucht. Und viel, wenn er viel braucht. Aber nie einen Tropfen zu wenig oder zu viel.

Ergebnis: Hervorragende Kaltstarteigenschaften. Ruhiger, runder Leerlauf. Hohe Beschleunigung im gesamten Drehzahlbereich. Elastisches Fahren im dichten Verkehr. Besonders sparsamer Verbrauch vor allem im Stadtverkehr. Hohe Dauergeschwindigkeit.

Nehmen Sie dazu noch die Schräglenker-Hinterachse, die Gürtelreifen, das Zweikreisbremssystem, die Bodenteppiche im ganzen Wagen, den vollverkleideten Innenraum, die Standheizung und viele andere Finessen.

Dann haben Sie alles, was Sie an einem Luxus-Tourenwagen finden können.

VW 411 E Außer einem Vergaser natürlich.

Das sind die technischen Daten des VW 411 E: 1679 Kubikzentimeter. 80 PS bei 4900 U/min. 155 km/h Höchst- und Dauergeschwindigkeit. Null auf 100 km/h in 15 Sekunden. 10 Liter auf 100 km (DIN 70 030).

Löhne in voller Höhe weitergezahlt werden müssen, kann die Industrie nicht, wie vom Regime geplant, das Sozialprodukt entscheidend steigern.

Dabei ist die kubanische Industrie trotz der vielen Handikaps besser als ihr Ruf. Sie erzeugte im Jahr 1966 (neuere Statistiken wurden nicht veröffentlicht) immerhin 43 Prozent des Brutto-Sozialprodukts, fast dreimal so viel wie die Landwirtschaft. 1962 waren es sogar 48,2 Prozent.

Dennoch kann das Regime die Industrieproduktion nicht genügend ausweiten — die Staatsmanager stoßen an eine Wand objektiver Hindernisse:

Kuba ist arm an Rohstoffen; Kohle ist nicht vorhanden, die Erdölvorkommen reichen bei weitem nicht aus. Für die Produkte gab es keine Marktchancen, selbst im eigenen Land waren Industrieerzeugnisse kaum abzusetzen. Noch heute verstauben in den Schaufenstern der Provinzstädte plumpe Zinktöpfe und lappige Baumwolltrikotagen dieser frühen „Made in Cuba"-Welle.

Der Ausbau der einzigen aussichtsreichen Industrie-Unternehmen — der Eisen- und Nickellager in den Bergen der Provinz Oriente — aber scheitert am Mangel an Investitionskapital. Mit der Nickelgewinnung hatten schon amerikanische Firmen begonnen, aber den Arbeitern, die nach dem Abzug der US-Ingenieure die Gruben in eigene Regie nahmen, fehlte die Erfahrung.

Fidel Castro mußte erkennen: Durch eine schnelle Industrialisierung ließ sich die Allmacht des Zuckers nicht brechen. Wie zum Hohn brachten die Zuckerschläger gerade in den Jahren der Abkehr vom Zucker Rekord-Ernten ein, von denen sie heute nur noch träumen: je 5,9 Millionen Tonnen in den Jahren 1959 und 1960, im Jahr darauf sogar 6,8 Millionen Tonnen — die größte Ernte in der Geschichte des sozialistischen Kuba.

Aber auch die parallel zur Industrialisierung weitergetriebenen Landreformen bereiteten ungeahnte Schwierigkeiten. 200 000 Campesinos waren zu selbständigen Produzenten geworden, Staats-Farmen und Kooperativen wurden erst gegründet. Der Staatsapparat, dem nun drei Fünftel des bebauten Bodens gehörten, war indes zu schwerfällig, um am richtigen Ort zur rechten Zeit mit Rat und Investitionen zu helfen.

Zudem ließen sich die Zuckerfelder nicht in einem Jahr in Mais- oder Zitruskulturen verwandeln: Ohne Fruchtfolge war das jedes Jahr neu aufsprießende Zuckerrohr auf demselben Feld geschlagen worden, seit sechs, manchmal sogar zwanzig Jahren, immer aus den gleichen Wurzelstöcken.

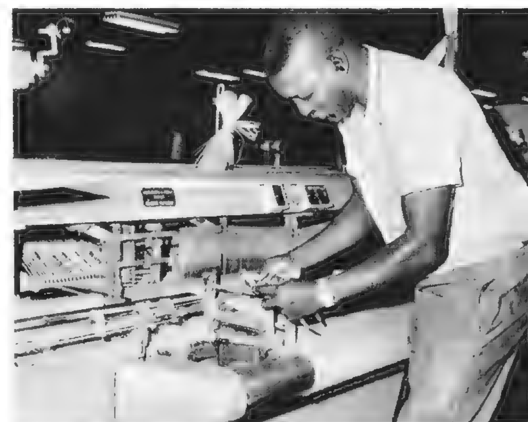
Kubas Wirtschaft torkelte 1962 in die Krise. Der üppige Konsum der ersten Revolutionsjahre, nicht zuletzt gefördert, um den Konsensus zwischen Bevölkerung und Revolutionären zu sichern, hatte die vorrevolutionäre Wirtschaftssubstanz erschöpft. Kubas Rinderherden waren durch sorglosen Fleischverbrauch gefährlich dezimiert, die Handelsbilanzen hatten sich jährlich um 250 Millionen Pesos (eine Milliarde Mark) verschlechtert.

Fidel mußte seinen Plan, Kuba nach dem Bruch mit den USA in kürzester Zeit in die Autarkie zu führen, wieder aufgeben. Ein interessierter Ausländer drängte ihn, rationaler zu wirtschaften: Moskaus KP-Chef und Landwirtschafts-Experte Nikita Chruschtschow.

Die Sowjets hatten sich Mitte 1960 bereit gefunden, die von den Yankees geräumte erste Stelle auf der kurz gewordenen Liste der kubanischen Handelspartner einzunehmen. Bald merkten sie freilich, daß Kubas Entwicklungskasse keinen Boden hat. Ab 1962 beschränkte die Sowjet-Union ihre Kuba-Kredite fast nur noch darauf, die negativen Handelsbilanzen der Insel auszugleichen.



Kubanische Industriearbeiterin
Die Helden der Arbeit ...



Kubanischer Industriearbeiter
... drohten mit Streik

Seither steht Havana in Moskau mit acht Milliarden Mark in der Kreide, die Schulden für die Ausrüstung der kubanischen Armee nicht mitgerechnet. Im vergangenen Jahr betrug der Kredit 1,7 Milliarden Mark: Mehr als 4,7 Millionen Mark täglich pumpte Moskau seinem westlichen Bruderstaat.

In einem langfristigen Handelsvertrag erklärte sich die Sowjet-Union im Jahr 1964 bereit, zum Festpreis von sechs Cent pro Pfund (höher als der Festpreis der USA und der heute um

ANKER 7-sicher im komfortablen Frankfurter Airport-Hotel

Warum sollten Sie zu Hause schlechter wohnen als in einem erstklassigen Hotel?



Ja, warum eigentlich? Sie haben die gleichen Möglichkeiten, Ihrer Wohnung Hygiene, Eleganz und Exclusivität zu verleihen, wie der Architekt dem komfortablen Frankfurter Airport-Hotel. Und er nutzte alle Möglichkeiten. Zum Beispiel bei der Wahl des geeigneten Teppichbodens.
Er entschied sich für ANKER 7-sicher mit EULAN-ASEPT.

ANKER-Teppichböden mit EULAN-ASEPT haben das entscheidende Plus an Hygiene und Sicherheit, das heute in Hotel- und Wohnräumen immer mehr gefragt ist. ANKER-Teppichböden bieten damit einen zuverlässigen Schutz gegen Mikroben. So erfüllt EULAN-ASEPT alle hygienischen Forderungen nach Vorbeugung und Desodorierung. Und schützt gründlich vor Infektion und Reinfektion.

Das bietet ANKER als erster deutscher Teppichbodenhersteller.

Wenn Sie sich für ANKER-Teppichböden entscheiden, entscheiden Sie sich gleichzeitig für fachgerechte Beratung. Denn ANKER-Teppichböden gibt es nur beim Fachhandel. Und der sagt Ihnen genau, welche Qualität sich für Ihre Wohnung am besten eignet.

ANKER 7-sicher gibt die Sicherheit für Hygiene, lange Lebensdauer, unverwüstliche Eleganz und Repräsentation.

Es gibt also keinen Grund, zu Hause schlechter zu wohnen als in einem erstklassigen Hotel!







ANKER 7-sicher/300 und 7-sicher/400 entsprechen dem DuPont-Qualitätsstandard „501"

Vollendung hoher Wohnkultur der echte



ANKER Teppichboden

ANKER-Teppich-Fabrik,
Gebrüder Schoeller, 516 Düren

2,1 Cent schwankende Weltmarktpreis) von Kuba jährlich steigende Quoten bis zu fünf Millionen Zuckertonnen abzunehmen, falls das Land keine anderen Märkte finden würde. In frei konvertierbaren Devisen wollte Moskau freilich nur ein Fünftel der Lieferungen bezahlen, der Rest sollte in Industriegütern und Konsumwaren beglichen werden.

Begeistert begrüßt haben die Kubaner ihre sowjetischen Helfer nicht. Ein kubanischer Wirtschaftsfunktionär zum SPIEGEL: „Wir lieben sie nicht, aber wir brauchen sie." In der Öffentlichkeit sind sie selten zu sehen, um so häufiger die Genossen aus Leipzig und Ost-Berlin.

Aus dem deutschen Arbeiter-und-Bauernstaat kommen die Maschinen für die Zuckermühlen und die Zementfabrik, kommen Dieselmotoren für Fischdampfer und Bewässerungsanlagen. Überdies berät Ost-Berlin die Kubaner in der Rinderzucht und beim Maisanbau, in der Metallurgie und in den Methoden des Mathematikunterrichts. „Made in Germany" hat in Kuba einen legendären Ruf — hinter dem Markenzeichen für deutsche Tüchtigkeit steht die DDR.

Havanas Revolutions-Regierung blieb keine andere Wahl, als die Hilfe aus dem sozialistischen Lager zu akzeptieren. Damit aber hing die Entwicklung der Insel wieder von den verhaßten Zuckerquoten ab, abermals bestimmte ein „Koloß" über die Zukunft Kubas.

Fidel hatte einst seiner Revolution das Ziel gewiesen, das Volk Kubas von der Abhängigkeit durch die Monokultur Zuckerrohr zu befreien; jetzt versprach er ihm Freiheit und Wohlstand durch Zuckeranbau. Castro: „Meiner Ansicht nach gibt es kein anderes Land auf der Erde, das so wie Kuba über die natürlichen Bedingungen für den Anbau von Zuckerrohr verfügt." Allein mit den Mitteln der Landwirtschaft lasse sich die „schnellstmögliche Befriedigung der fundamentalen Bedürfnisse des Volkes, Nahrung, Kleidung und Wohnung", erreichen.



Handelspartner **Castro, Chruschtschow**
„Viele kleine Fehler gemacht"

Über seine gescheiterten Industrialisierungspläne tröstete sich Castro mit schwacher Selbstkritik: „Wir haben Fehler gemacht, viele kleine Fehler, aber es sind uns keine ernsten Irrtümer unterlaufen, an deren Folgen wir lange tragen mußten."

Der Gutsherrn-Sohn Fidel sah sich in die Welt seiner Kindheit zurückversetzt: in die agrarische Heimat. Auf dem Lande aufgewachsen, in einer Agrarierfamilie erzogen, hat er die Stadt und deren Zivilisation nie gemocht: „Die Stadt ist mein Büro, doch die Berge sind mein Zuhause." Es war kein Zufall, daß auf dem Colegio Belén in Havana Agrarwissenschaft und



Sowjetischer Frachter in Kuba: „Wir lieben sie nicht, aber wir brauchen sie"



Bewiesenes Können
im Beherrschen von Stahl

Die neue Wilkinson läßt Sie noch häufiger das Besondere einer Wilkinson-Rasur erleben.



Es ist schon etwas Besonderes,
sich mit der neuen Wilkinson
zu rasieren – mit jeder Wilkinson
viele Tage zu erleben, was
wirklich sanftes Rasieren ist.

Die Wilkinson-Rasur – eine Sache persönlichen Anspruchs



5 Klingen im Spender DM 2,–
10 Klingen nur DM 3,75

WK 69/2a

Den letzten Männern gewidmet

RODEO
After shave

Jedes Jahr zum Rodeo, so sagt man in Amerika, treffen sich die letzten Männer. Es ist die romantische Welt des Wilden Westens, die beim Rodeo, diesem Fest der wilden Mutproben und der verwegenen Männer, noch einmal zum Leben erwacht.

Männern dieses Schlages – in jeder Ecke der Welt gibt es noch ein paar davon – haben wir unsere Herren-Serie Rodeo gewidmet.

Alle Produkte sind darauf abgestimmt. Gepflegte Männlichkeit im besten Sinn: herb und kühl, langhaftend und doch unaufdringlich im Duft.

Denn Duftwolken passen nicht in die Welt der richtigen Männer.

Rodeo

Duften Sie wie ein Mann. Nicht wie ein Parfüm.

AFTER SHAVE · RASIERCREME · RASIERSCHAUM
PRE SHAVE · EAU DE COLOGNE · DEODORANT-SPRAY
SEIFE · ERFRISCHUNGSTUCH · HAAR-TONIC
AUCH AUF DEM INTERNATIONALEN MARKT ERHÄLTLICH



Ro 3a/69

Wolff + Sohn

Geschichte zu seinen Lieblingsfächern gehörten.

Der Chef-Revolutionär machte sich auf, die Energien einer ganzen Nation auf das Land zu verlagern.

Wer den Fortschritts-Glauben des Máximo Líder skeptisch beurteilt, dem empfiehlt die Regierung Landluft. Regierungschef Fidel Castro riet im Gebäude des Zentralkomitees in Havana SPIEGEL-Redakteuren: „Sie müssen in die Dörfer fahren, dann wissen Sie, was wir wollen."

Zur Land-Partie gehören ein schwarz lackierter, vollautomatischer Cadillac, Baujahr 1958, ein Chauffeur und ein regierungsoffizieller Begleiter. So fährt man durch die Gemüseparzellen des Grüngürtels von Havana, der bis in die 120 Kilometer entfernte Badebucht von Varadero reicht.

An dem entlegenen Sandstrand hatten sich vor 20 Jahren amerikanische Snobs und ihre kubanischen Epigonen ein Dollar-Getto errichtet, geschützt durch Schlagbäume und eine eigene Polizei. Nach dem Revolutions-Sieg der Fidelisten zogen Schüler und Lehrlinge in die verlassenen Villen.

Hinter dem verlorenen Paradies der Reichen aber beginnt die Zukunft der Besitzlosen. Die wichtigsten Baustellen des kubanischen Sozialismus liegen zwischen Tabak- und Sisalfeldern, zwischen Rinderweiden und Zuckerkulturen. Dort zimmert Fidel Castro den neuen Staat, seinen Staat.

43 Prozent der kubanischen Bevölkerung leben und arbeiten auf dem Lande; in der Landwirtschaft sind doppelt so viele Menschen beschäftigt wie in der Industrie. Von den Städtern wurden die ländlichen Kubaner stets verachtet; man sah in ihnen ein primitives, ungebildetes Volk, das in Mangroven-Sümpfen oder im Urwald hauste. Wer sich in Kuba eine Zukunft sichern wollte, zog in die Stadt und vergaß schnell seine ländliche Herkunft.

Die Provinz, von den großen Haciendas und den Filialen der Frucht-Gesellschaften im neo-kolonialen System regiert, verblieb im Mittelalter, während sich die Metropole Havana am American way of life orientierte.



Moderne Landarbeitersiedlung (bei Havana): Fortschritt zu Lasten der Städter

1953 hatten nur 9,1 Prozent aller ländlichen Haushalte elektrisches Licht, 2,3 Prozent fließendes Wasser und 54,1 Prozent nicht einmal einen Abort. Dagegen verfügten 87 Prozent der Stadtbevölkerung über elektrisches Licht, 54,6 Prozent über fließendes Wasser im Haus — nur 5 Prozent fehlten ein eigenes WC.

Castro war entschlossen, den Entwicklungsrückstand der Landbevölkerung radikal zu korrigieren — ausdrücklich zu Lasten der Städter. Fidel begann, mit einer verblüffend unorthodoxen Methode das bis dahin von keinem sozialistischen System gelöste Stadt-Land-Problem aus der Welt zu schaffen: Er förderte die Dörfer und ließ die Städte verdorren.

Er brachte Telephon und elektrisches Licht in die Dörfer. Er ließ die Warenmagazine der Latifundienbesitzer schließen, in denen die Landarbeiter einst — meist zu überhöhten Preisen — gegen Schuldscheine einkaufen mußten. Er schuf 3000 „Tiendas del pueblo" (Kaufhäuser des Volkes), in denen der Staat Waren zu verbilligten, ausschließlich von ihm diktierten Preisen verkauft.

Unter den Räumbaggern verschwand das weglose Gewirr der Bohíos, jener windschiefen, aus den Blättern und Stämmen der Königspalme gebauten Hütten.

Jugend- und Armee-Brigaden bauten Siedlungen von mehrräumigen Bungalows mit Elektroküche und Wasserklosett. Weit mehr Mühe kostete es freilich, die traditionsbewußten Landarbeiter auch zum Umzug in die Neubauviertel zu bewegen.

Die Regierung ließ auf dem Lande Schulen und Polikliniken bauen, schickte Lehrer und Ärzte auf die Dörfer und versuchte, mit Sportplätzen, Büchereien, mobilen Kinos und Theatergastspielen die Landbevölkerung aus ihrer Apathie zu wecken und für den „Sieg aus eigener Anstrengung" zu mobilisieren.

Gleichzeitig gab Fidel Order, die einstige karibische Vergnügungsmetropole bewußt zugunsten der Provinz zu vernachlässigen. Der Wasserkopf Havana, in dem vor der Revolution ein Viertel der Insel-Bevölkerung lebte, sollte nach dem Willen Castros „aufhören, eine Last zu sein".



Gutsherrn-Sohn Fidel, Bauern: Rückkehr in die Welt der Kindheit

IM NÄCHSTEN HEFT

Castro läßt Havana zugunsten der Provinz verkommen — Professoren und Filmstars werden für die Feldarbeit mobilisiert — Kubas Kommunisten versagen auf dem Land



Nationalspieler **Seeler**: Knie und Knöchel geknackt, Nasenbein zertrümmert, Achillessehne gerissen

FUSSBALL

UWE SEELER

Wundes Wunder

Mitten im Wahlkampf kam es für Tage nicht mehr auf den Kanzler an. Ein Kandidat einte das Bundesvolk von Flensburg bis an den Bodensee, von Aachen bis an die Spree: Uwe Seeler, 32, spielt wieder für Deutschland.

„Uwe — Uwe — Uwe" jauchzte die „Bild"-Schlagzeile. „Die Fußballbombe des Jahres ist explodiert." Bayern Münchens Star Franz Beckenbauer kostete die Wirkung auf die schottischen Gegner im entscheidenden Qualifikationsspiel zur Weltmeisterschaft vor: „Seelers Name verbreitet Schrecken." Nationalspieler Siegfried Held wertete „Uwes Rückkehr" als ein „richtiges Doping".

Mit 17 Jahren hatte der Hafenarbeitersohn — schon sein Vater Erwin Seeler zählte zu den bekanntesten deutschen Spielern — der bundesdeutschen Jugendelf durch seine Tore ins Endspiel des Europa-Turniers verholfen. Nach den Schutzbestimmungen war er für Männermannschaften noch nicht spielmündig. Bundestrainer Josef Herberger und Seelers Klub, der Hamburger SV, schickten den Junior mit einer Sondergenehmigung an die Fußballfront.

Rasch dribbelte, köpfte, trickste und sprang Seeler in die Rolle des Torschützen der Nation. Seine Treffer führten den HSV in die Bundesliga, zur Deutschen Meisterschaft und zum Pokalsieg; einmal schoß er seinen Klub ins Endspiel um den Europacup. In bisher 59 Länderspielen erzielte er 38 Tore, mehr als jeder andere Deutsche. Dreimal nahm der gelernte Speditionskaufmann an Weltmeisterschaften teil. Er spielte in der Europamannschaft und in der Weltelf. Zweimal wurde er zum Fußballer des Jahres gewählt.

Italiens Manager trachteten den Rasen-Akrobaten 1961 durch ein Millionen-Angebot abzuwerben. Der Hamburger Theologie-Professor Helmut Thielicke riet ab und mahnte ihn, „der Jugend unseres Volkes ein Leitbild für die Lauterkeit der Gesinnung zu werden". Seeler blieb im Lande und übernahm eine Generalvertretung der größten Sportschuhfirma der Welt.

„Nehmt euch an Uwe Seeler ein Beispiel", hielt der Wiesbadener Oberamtsrichter Dr. Reinhold Brauser jugendlichen Automaten-Knackern vor. Brasiliens internationaler Star Pelé zählte Seeler noch jüngst zu den fünf besten Kickern der Welt.

Aber Erfolge und Ehren bezahlte Seeler mit immer ärgeren Verletzungen. Denn in der Regel versuchten zwei Rammböcke, meist die erfahrensten und härtesten Abwehrrecken, den Hamburger Stürmer abzublocken. Ein Verteidiger zertrümmerte Seelers Nasenbein, andere knackten seine Knie und Knöchel. „Er weicht keinem Zweikampf aus", bemängelte anfangs Herberger. „Darum gerät er zu oft in Verletzungsgefahr."

Häufiger als andere zog er den Ball im Fallen über den Kopf (Fachsprache: Fallrückzieher). Trotz einer Größe von nur 1,69 Meter sprang Seeler höher als seine Konkurrenten und stürzte deshalb tiefer. Als Folge stellten sich schmerzhafte Rückenverletzungen ein.

Nach etwa 45 000 Sprüngen von zusammen mindestens 50 Kilometer Höhe riß 1965 seine Achillessehne. Fachleute und Fans betrauerten das scheinbar unvermeidliche Ende seiner Länderspiel-Karriere. Doch noch im Krankenhaus kräftigte sich Seeler durch Muskelübungen. Mit dem Gipsbein vollführte er ein energisches Heimtraining. Ihm glückte, was selbst Ärzte kaum für möglich gehalten hatten:

Ein halbes Jahr nach dem Achillessehnen-Riß stemmte er durch ein entscheidendes Tor den Weg zur Weltmeisterschaft frei. Die Deutschen drangen ins Endspiel vor. Ehrgeiz, Klubanhänglichkeit und das „gute Heilfleisch der Seelers" (Seeler) trieben ihn noch im Stützkorsett und 18 Tage nach einer Blinddarmoperation aufs Fußballfeld.

Doch in der Saison 1967/68 höhlte dreifache Belastung seine Leistungskraft aus. In der Bundesliga, im Europapokal und in der Nationalelf mußte Seeler bis zu drei Kämpfe in acht Tagen bestehen. Die chronisch gewordenen Verletzungen an Rückgrat und Oberschenkel peinigten ihn so sehr, daß er zeitweise nicht mehr zu gehen vermochte. Unter der Wirkung betäubender Spritzen spielte er weiter.

Ein nichtiger Anlaß bewog das zermürbte und zerschlissene Idol des deutschen Fußballvolks, auf Länderspiele künftig zu verzichten: Bundestrainer Helmut Schön wollte den Mittelstürmer 1968 als Rechtsaußen einsetzen und in der Sturmmitte Platz für den jüngeren Münchner Gerd Müller schaffen. Statt gegen England zu stürmen, reiste Seeler für vier Wochen zur Kur nach Wildbad. Er schien endgültig im Abseits zu stehen.

Doch in der seelerlosen Nationalelf gelangen nur noch Müller Tore. Seeler pries ihn als seinen Nachfolger. Allein der pensionierte Herberger („Er ist noch immer einer der Besten") beschwor Seeler vor dem Ausscheidungsspiel im April gegen Schottland in Glasgow: „Uwe, fahren Sie mit." Seeler mochte nicht in den Ruf eines Umfallers geraten und zierte sich: „Das hätte mir der Bundestrainer selbst sagen müssen" (SPIEGEL 17/1969). Zudem vertraute der Gesundete Klubkameraden an, er wolle „die Zeit ohne Schmerzen genießen".

Seit er sich auf Vereinsspiele konzentrierte, blieb er von ernsthaften



Seeler-Fallrückzieher
Heimtraining mit Gipsbein

Es gibt Menschen, die sind den anderen ein Stück voraus – sie haben ein Schlafzimmer mit Resopal.

Zeitlos, klar, praktisch ist der Stil unserer Zeit. Wie Resopal! Schön und dekorativ. Wie Resopal! Sauber. Wie Resopal!

Mit der Küche fing sie an: die Zukunft von Resopal. Heute gibt es Millionen Küchen mit Resopal. Aber moderne Menschen gehen schon weiter. Ihre Schlafzimmer, Wohnzimmer, Kinderzimmer, Dielen mit Resopal beweisen es.



Resopal-Design

Es gibt nur ein Resopal.
Achten Sie auf dieses Zeichen! RESOPAL®

Resopal® – eingetragenes Warenzeichen des Alleinherstellers H. RÖMMLER GMBH, 6114 GROSS-UMSTADT

Verletzungen verschont. Wie eine Marika Rökk des deutschen Fußballs trat Seeler in gleichmäßig guter Form auf. Saison-Bilanz: 23 Treffer — nur Müller übertraf ihn (28 Tore).

Mit seinem Mercedes 250 SE Automatic reiste er pro Monat 4000 Kilometer zu seinen Kunden. Aber während der Fußballferien im Sommer kurte Seeler neuerdings, diesmal vorbeugend. Beruflich entlastete er sich zudem durch eine Angestellte, die ihm zusammen mit seiner Frau die Heimarbeit an Telephon und Schreibmaschine abnahm.

Die geflickten Sehnen strafften sich wie früher. An den ersten vier Tagen der diesjährigen Spielzeit bejubelten die Zuschauer Seeler-Tore; zwei beobachtete Bundestrainer Schön selbst. Herberger bedrängte das „Eiszeitidol" (Nationalspieler Karl-Heinz Schnellinger): „Uwe, Sie können nicht immer nein sagen."

Als Schön ihn zu zwei Spielen im September gegen Österreich und Bulgarien einlud, in denen sich Seeler für das Rückspiel gegen die Schotten am 22. Oktober in Hamburg auf die Nebenleute einstellen soll, gab er nach. Im Siegfalle und vorausgesetzt, daß ihn keine neuen oder alten Blessuren plagen, hofft Seeler sogar auf neue Weltmeisterschafts-Erfolge 1970 in Mexiko.

Seeler — nach Herberger „physisch ein kleines Wunder" — wäre als erster Deutscher zum viertenmal dabei. Von einem Rekord trennen das wunde Wunder freilich noch zehn Jahre. Der englische Star Stanley Matthews kickte sogar mit 42 Jahren in der Nationalelf.

BERGSTEIGEN

TOURISMUS

Klettern am Klotz

Langgezogene Hilferufe drangen nachts aus dem Watzmann-Massiv über den Königssee. Ein Salzburger Ehepaar war in Bergnot geraten. Die Verunglückten hatten Glück — sie hingen in der Echowand, aus der ihre Schreie gleichsam stereoverstärkt weithin hallten.

In der seit Jahren schwersten Bergungsaktion im Berchtesgadener Land seilte am letzten Montag die Bergwacht das ungenügend ausgerüstete Kletterpärchen über eine 300 Meter hohe Steilwand ab.

An jedem Wochenende zwischen Juni und Oktober rücken Retter bis zu hundertmal in Deutschlands Berge ein. Allein am zweiten August-Wochenende zählten bayrische und Schweizer Bergwächter 26 Todesopfer, darunter den deutschen Schwergewichtsmeister im Amateurboxen, Heinz-Dieter Renz, 26, aus Bottrop.

Zur gleichen Zeit schaffte Johann Orth, 88, binnen viereinhalb Stunden den Aufstieg zum 3800 Meter hohen Cevedale im Ortler-Gebiet. „Weil meine Beine stark sind und mein Herz noch jung ist", verkündete der rüstige Greis, „werde ich noch weitere Gipfel erreichen." Im Allgäu stürzte Herbert Faulhaber, 19, zu Tode. Er war mit Tennisschuhen in die brüchige Nordwand des Rubihorns eingestiegen.

Seit Ostern liegen an der Bordierhütte im Schweizer Wallis zwei deutsche Touristen — von einer Lawine verschüttet. Die Behörden in Sitten lehnten die Bergung ab, „weil sie gesetzlich dazu nicht verpflichtet sind".

Kletter-Triumph und -Tragik häuften sich an Sommer-Wochenenden, die nach Schätzungen des Deutschen Alpen-Vereins (DAV) „mindestens 100 000 Menschen höher als 1200 Meter" erlebten. Selbst unter Flachland-Bundesbürgern entwickelte sich das Kraxeln während der letzten Jahre zu einem bevorzugten Freizeitsport.

Seit Alpinisten 1786 erstmals Europas höchsten Berg, den Montblanc (4807 Meter), erstiegen hatten, waren es lange Zeit nur wenige Bergfexen gewesen, die in den Steilwänden Gipfelglück oder Selbstbestätigung suchten.



Übungsfels bei Nideggen in der Eifel
Schreie aus der Echowand

Daran änderte zunächst auch die Gründung des Deutschen Alpen-Vereins vor 100 Jahren nichts. Die inzwischen mit 231 000 Mitgliedern größte Bergsteiger-Vereinigung der Welt baute Straßen und Hütten in die Bergwelt.

Bis in die fünfziger Jahre galt das Bergsteigen als Privileg knorriger Gebirgsbewohner, die zufällig am Fuß der Berge geboren und mit Seil und Bergpickel großgezogen worden waren. Dann zerstörte der Massentourismus auch die Bergeinsamkeit — sogar weltweit: Wie Touristen Gesellschaftsreisen nach Grönland, zur Osterinsel oder in die Antarktis buchen können, befriedigen Spezialkataloge etwa der Münchner Firma Sport-Schuster die Kletterlust mit besonderen Exkursionen:

- ▷ 25 Tage zur Annapurna-Berggruppe im Himalaja mit Ersteigung des Mardi Himal (5435 Meter) für 3980 Mark.
- ▷ 25 Tage Mount Everest, mit Erklimmung zweier Vorgipfel (5545 und 6035 Meter) des höchsten Berges der Welt für 4200 Mark.
- ▷ 21 Tage ins Gebiet des Nanga Parbat im Himalaja bietet der DAV für 2990 Mark an.

Bereits für 1650 Mark lassen sich Elbrus und Kasbek im Kaukasus erstürmen. Gletschergipfel, an die sich vor wenigen Jahren nur Expeditionen nach zweijähriger Vorbereitung herantrauten, gehen heute Buchhalter und Friseure während des Tarifurlaubs mit angeschnallten Steigeisen an.

Bergschulen lehren das Klettern bis zum dritten Grad. Bergsteiger unterscheiden sechs Schwierigkeitsgrade; die beiden höchsten erfüllen nur international erprobte Alpinisten. Im Klettergarten am Stadtrand von München lernen allabendlich bis zu 200 Bergfans fachgerechtes Klettern. Als der Kletterpark den Ansturm der Bergschüler nicht mehr bewältigte, setzte Sport-Scheck einen Kletterklotz mitten in die Großstadt. Westdeutsche proben an einer Übungswand bei Nideggen in der Eifel.

Eine Bergsteiger-Grundausrüstung kostet etwa 250 Mark. Ehrgeizige Kletterer müssen 2000 bis 3000 Mark für Spezialgerät anlegen. Sport-Schuster erzielte 30 Prozent des Gesamtumsatzes aus seiner Berg-Abteilung, Sport-Scheck verdoppelte in 18 Monaten den Umsatz an Berggerät.

Halbschuh-Touristen, die für 1650 Mark eine Himalaja-Exkursion planen, warnt Veranstalter Sport-Schuster, versteckt zwischen seinen Prospekt-Sprüchen über krönenden Gipfelblick, mit der lapidaren Forderung nach einer „Westalpen-Ausrüstung"*. Schusters Bergabteilungs-Leiter Herrmann Köllensperger: „Wer das nicht weiß, ist nicht bergtüchtig."

Dennoch sind die Himalaja-Reisen bis 1970 ausgebucht. Am häufigsten verlangen die Kunden allerdings benachbarte Gebirge. „Einmal Watzmann-Ostwand", verlangte kürzlich ein Alpinist bei Schuster; er zahlte für die Kletterkarte 36 Mark.

Der steile Anstieg des Kletter-Tourismus erhöhte die Zahl der Bergunfälle. Allein in Bayern zählte die Bergwacht im letzten Jahr 56 Gebirgstote, im ersten Halbjahr 1969 schon 40.

Angesichts des gefährlichen Bergbooms forderte R. Slomann vom „Gemeinnützigen Schutzdienst für Volksgesundheit e. V." in einem Leserbrief an das DAV-Verbandsblatt:

„Wenn ich in der Regierung etwas zu sagen hätte, würden alle Bergsteiger bis zum 26. Jahr so lange Kletterverbot erhalten, bis sie drei Kinder nachweisen können."

* Bergstiefel, Wollstrümpfe, Bundhose, Rucksack, Sonnenbrille, Klettergürtel, zwei Reppschnüre, zwei Schnappkarabiner, zwei Felshaken, Kletterhammer, Steinschlaghelm, 40-Meter-Seil von zusammen 30 Kilo Gewicht.

Geschehen um 14.09 Uhr MEZ:

Frau Tojo läßt sich in Osaka eine Schale Reis schmecken.

Jim Malloy pflückt in Georgia Pfirsiche, die nach vielen Ländern verschickt werden.

Ein Hubschrauber des Roten Kreuzes bringt Blutplasma-Ersatz zu einer Unfallstelle an der Autobahn Köln.

Was ist daran bemerkenswert?

Die Begegnung von Menschen mit der BASF, aus ganz unterschiedlichen Anlässen auf verschiedenen Schauplätzen.

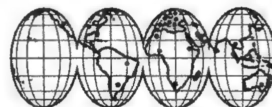
Die Begegnung ist diesen Menschen nicht bewußt. Sie kennen kaum unseren Namen. Aber wir arbeiten für sie.

Frau Tojo verdankt ihren täglichen Reis Düngemitteln, die in Japan wie überall auf der Welt nach den in der BASF entwickelten grundlegenden Verfahren erzeugt werden.

Jim Malloy geben wir für die empfindlichen Früchte schützendes Verpackungsmaterial in die Hand. Mit unserem Schaumstoff ®Styropor, den wir direkt in den USA herstellen.

Für den Verletzten auf der Kölner Autobahn verwendet der Unfallarzt Blutplasma-Ersatz aus Produkten, die wir in unserem Werk Ludwigshafen herstellen.

In vielen Ländern der Welt arbeiten unsere Forscher und Anwendungstechniker. Unsere Produktionsanlagen stehen in sechs Ländern Europas. Wir produzieren in den USA, in Mittel- und Südamerika, in Asien und Australien. Mit über 130 Ländern verbinden uns Handelsbeziehungen. Das weltweite Netz unserer Niederlassungen dient der Beratung unserer Kunden in allen Erdteilen. Wir sind ein Weltunternehmen der Chemie.



BASF

Im Dienste des Lebens

911-4





Sellner-Inszenierungen „La Traviata", „Atlantida": Alle tun, was ihnen paßt

OPER

SELLNER

Samt und Seide

Der Sommer ist vorbei, in der Deutschen Oper Berlin beginnt die Saison. Und beim neuen Boris-Blacher-Werk „200 000 Taler", das in Kürze bei den Berliner Festwochen Premiere hat, führt Generalintendant Gustav Rudolf Sellner, 64, aufs neue Regie — teure Regie.

Nun greift er wieder in volle Taschen, nun herrscht er wieder in Saus und Braus. Der höchste Theateretat Deutschlands (1969: 26 Millionen Mark) will verschlungen sein.

14 Millionen bekam 1968 die Staatsoper München, 16 die Hamburgische Staatsoper zugeschossen. Sellner aber erhält in diesem Jahr 20 624 400 Mark — einen Batzen, mit dem er spielend fertig wird.

Denn der einstige Chef des Darmstädter Landestheaters, das hat er in den acht Jahren seiner Berliner Herrschaft bewiesen, liebt nun einmal den Pomp der großen Ausstattung.

Mehr als eine halbe Million gab er für den Märchenzauber des „Dornröschen"-Balletts aus. Er präsentierte „Carmens" Chorsoldaten in echtem Leder und den Selim Bassa der „Entführung aus dem Serail" in veritablem Nerz. Er schwelgt, koste es, was es wolle, in Samt und Seide.

Als er 1962 Manuel de Fallas Nachlaß-Werk „Atlantida" herausbrachte, ließ er Türme konstruieren, die mit echten Kupferplatten bestückt waren. Die mißratene Inszenierung, nahezu eine dreiviertel Million Mark teuer, wurde nach wenigen Reprisen abgesetzt, die Kupferverkleidung eingeschmolzen.

Als er in den Jahren 1967/68 einen neuen Wagner-„Ring" inszenierte, stellte ihm der Wiener Bildhauer Fritz Wotruba einen kubischen Naturmythos auf die Bretter und kassierte für das viel verhöhnte Bühnenbild 160 000 Mark. Wieland Wagner dagegen wurde für seinen „Lohengrin" am selben Haus als Regisseur und Bühnenbauer mit 12 000 Mark honoriert.

Zum Flora-Boudoir seiner „Traviata" fiel ihm etwas besonders Apartes ein: Für über 100 000 Mark ließ er auf einem Lyoner Webstuhl gewaltige Portieren aus Gold-Seidenbrokat anfertigen, per Expreß nach Berlin befördern und schließlich, da er den erwünschten Demi-Monde-Effekt vermißte, kurzerhand überspritzen.

Aber Sellner hat's ja. Er kann walten, wie er will, als Intendant (Jahresgehalt 87 000 Mark) wie in seiner Stellung als Regisseur, die ihm dreimal jährlich mit 15 000 Mark pro Inszenierung extra honoriert wird. So braucht er auch nicht um Gastregie-Einladungen zu werben, die ihm selten zuteil werden.

Gustav Rudolf Sellner ist ganz für Berlin da. „Im personellen Verzeichnis der Deutschen Oper", so stand es kürzlich im Berliner „Telegraf", „existiert die Rubrik ‚Regisseure' nicht. Das Haus hat nur einen Regisseur, und das ist der Hausherr."

Hier, im Bau an der Charlottenburger Bismarckstraße, kann der Hausherr, dem das Musiklesen noch immer Mühe bereitet — bei den Proben zur Roger-Sessions-Oper „Montezuma" etwa hielt er die musikalische Tempo-Bezeichnung „Tranquillo" für eine Operngestalt —, denn auch sorglos seine Unkenntnis bekunden: Die dürftigen Bewegungsvariationen seiner Regiekunst — Arme hoch, Arme runter, links und rechts, vorn und hinten — sind mittlerweile so notorisch, daß eine Chordame ihn als „Meister in der Verschiebebahnhof-Technik" pries und die Sopranistin Erika Köth sich seufzend entschloß: „Na ja, dann do it yourself."

Sie alle, ob Sopran oder Baß, Alt oder Tenor, ob Fischer-Dieskau als Marquis Posa, der Engländer Charles Craig als Othello oder die Wienerin Hilde Güden als Violetta, sie alle tun, was ihnen paßt. Unbeeindruckt von den Kommentaren Sellners brachten beispielsweise die Sänger des „Rings" Wieland Wagners Bayreuth-Version nach Berlin und spielten mit dieser „Vermenschlichung des Wagnerschen Mythos" (Kritiker Stuckenschmidt) dem Chef hohen Ruhm ein.

Doch einige Berliner Kritiker rühmen weiterhin „Genie und Bedeutung" des „Meisterregisseurs" (Stuckenschmidt), seine „präzise Durchformung der Charaktere" und seine „konsequente Regie-Konzeption".

Und der Berliner Senat zahlt weiterhin höchste Subventionen, obwohl es dem Rechnungshof keineswegs entgeht, daß Sellner, assistiert vom Verwaltungsdirektor Heinz Kunze, damit Künstler entlohnt, die selten auftreten;



Intendant **Sellner**
Arme hoch, Arme runter

zwölf Monatsgagen erhält zum Beispiel Lorin Maazel, Generalmusikdirektor der Berliner Oper, der jeweils mindestens fünf Monate lang in anderen Städten und Erdteilen musiziert. Aber das alles schert weder Sellner noch Kunze noch den Berliner Senat. Sellner schöpft aus dem vollen. Große Schöpfungen entstehen dabei nicht.

FORSCHUNG

TIERPSYCHOLOGIE

Komm, kitzeln

Die Tiere reden nicht, weil sie nicht denken.

Jacob Grimm, 1851

Nach jeder Mahlzeit fährt sie mit dem Zeigefinger über ihre Schneidezähne. Das ist das Zeichen der amerikanischen Taubstummen-Sprache für „Zahnbürste" oder „Zähneputzen". Wenn sie es bellen hört, signalisiert sie: „Horch, ein Hund!" Mit den Händen formt sie die Zeichen für „gehen" und „süß", wenn sie zu den Himbeeren im Garten geführt werden will.

Sie ist jedoch weder taub noch stumm, sondern eine Schimpansin: Das Psychologen-Ehepaar Dr. Allen und Beatrice Gardner von der amerikanischen Nevada-Universität hat dem Tier das bisherige Vorrecht des Menschen eingeräumt, eine Sprache zu lernen.

Jung-Äffin „Washoe" beherrscht schon mehr als 60 Zeichensprache-Vokabeln — gut ein Viertel des Wortschatzes, den Populär-Politiker auf Wahltourneen aufzubieten pflegen. Und seitdem sie die Wörter „ich" und „du" gelernt hat, bildet sie kurze, vernünftige und wahrheitsgemäße Sätze.

In einem Bericht über die ersten 22 Studienmonate Washoes, den die Gardners in der letzten Ausgabe der amerikanischen Wissenschaftszeitschrift „Science" veröffentlichten, erklärten sie, der Lerneifer ihrer Sprachschülerin habe eher zugenommen. Die Aufnahmefähigkeit der Schimpansin für neue Vokabeln sei ständig gewachsen, das Lerntempo habe sich beschleunigt.

Washoe, ein Wildfang aus dem westafrikanischen Urwald, war im Juni 1966 im geschätzten Alter von acht bis 14 Monaten von den Psychologen erworben worden. Vier Zeichen („Komm, gib", „mehr", „hoch", „süß") lernte sie in den ersten sieben Monaten, neun im zweiten Sieben-Monats-Training. Zu den 34 Zeichen, die der Affe im März letzten Jahres fließend und treffend anwenden konnte, lernte er bis zum Jahresende weitere 30 hinzu.

Das Vorhaben der Gardners, bei Washoe „ein Verhalten zu entwickeln, das als Konversation gelten kann", ist der bislang erfolgreichste Versuch, mit einem Tier ins Gespräch zu kommen.

Gerade die Konversation war in dem Experiment gescheitert, das gleichfalls ein couragiertes amerikanisches Psychologen-Ehepaar unternommen hatte: Dr. Keith und Cathy Hayes nahmen ein Schimpansen-Baby gleichsam an Kindes Statt an und zogen es (von 1947 bis 1953) in dem anregenden Milieu einer menschlichen Behausung auf.

Die Hayes hatten versucht, ihre „Viki" Englisch zu lehren. Viki kam indes über die Halbbildung von nur vier undeutlich gemurmelten Wörtern — Mama, Papa, cup (Tasse) und up (hoch) — nicht hinaus. Denn offenbar fehlen den Menschenaffen der entsprechende stimmbildende Apparat im Kehlkopf, ein hochentwickeltes Sprachzentrum im Gehirn und der psychische Antrieb, um eine Menschensprache hinreichend nachäffen zu können. Auch in der Freiheit sind Schimpansen selbst im Hordenleben überwiegend stumm — aber sie gestikulieren viel.

Daß Schimpansen häufig und geschickt die Hände gebrauchen, ermutigte nun Allen und Beatrice Gardner, das Sprach-Experiment mit Hilfe von Handzeichen zu versuchen. Sie glaubten, dem Schimpansen-Verständnis am ehesten gerecht zu werden, wenn sie sich Washoe gegenüber verhielten „wie taube Eltern gegenüber ihrem taub geborenen Kind".



Dressierte Schimpansin*
Wortschatz eines Politikers?

Washoe lernte die Vokabeln auf verschiedene Weise. Sobald eine ihrer Gesten zufällig einem bestimmten Sinn-Zeichen ähnelte, korrigierten die Forscher zunächst das Zeichen und machten der Äffin die Bedeutung verständlich. Später gaben sie der Schimpansin erst dann einen erwünschten Gegenstand, wenn Washoe das zugehörige Zeichen gemacht hatte. Den besten Erfolg hatten sie zuletzt damit, daß sie — statt auf Nachahmung zu beharren — Washoes Arme und Hände in die für ein bestimmtes Zeichen typische Stellung brachten.

Vielfach hatte die Schimpansin die Bedeutung eines Symbols längst verstanden, ohne jedoch das Zeichen selber zu verwenden. So war ihr zu Beginn des Experiments beigebracht worden, daß nach jeder Mahlzeit die Zähne geputzt werden müssen. Aber sie signalisierte „Zähneputzen" erstmals, als sie im Hause der Gardners zu Besuch war und im Badezimmer die Becher und Bürsten sah. Diese Beobachtung werten die Forscher als „einen der eindeutigen Fälle, in denen das Tier allein zum Zweck der Kommunikation ein Objekt bei seinem Namen nannte".

Häufig verblüffte Washoe ihre Sprachlehrer mit gewitzten Kombinationen und Abstraktionen. Als das „Blumen"-Zeichen fest zu ihrem Wortschatz gehörte (und ihr mithin bewußt geworden war, daß Blumen duften), machte sie das Zeichen auch, wenn ihr Düfte anderer Art in die Nase stiegen, etwa der Kochdunst in der Küche oder der Geruch beim Öffnen einer Tabaksdose. Sogleich führten die Psychologen das Duft-Zeichen ein; fortan unterschied Washoe sorgfältig „Geruch" und „Blume".

An drei Türen des Labors hatte Washoe das Zeichen für „öffnen" gelernt. Alsbald übertrug sie es sinngemäß auf andere Türen, dann auf Behälter, den Kühlschrank, auf Schubladen, Aktentaschen und Schachteln und schließlich auch auf den Wasserhahn.

Für „Kühlschrank" hatten die Gardners die Zeichenkombination „kalt" und „Kasten" gelehrt. Washoe erfand eine andere Umschreibung; sie signalisierte die drei nicht minder sinngemäßen Wörter: „Öffnen", „essen", „trinken".

Mit wachsendem Repertoire erfand das Affenkind immer häufiger Kombinationen. Wurde ein Spiel abgebrochen, bettelte Washoe: „Bitte - kommen - schnell - mehr" oder „Komm, kitzeln!" — höchstes Vergnügen eines Jung-Schimpansen und Washoes einzige Belohnung für braves Lernen.

„Wir haben Grund zu der Annahme", resümieren die Gardners, „daß die Äffin Verständnis für ein großes Zeichen-Vokabular erreicht hat." Aber sie lassen vorerst offen, ob Washoe nun schon die Beherrschung einer Sprache zuerkannt werden könne.

Doch auch die Grenze bloßer äffischer Wortgewalt scheint Allen und Beatrice Gardner noch nicht erreicht. Sie wird nach dem Urteil der beiden Psychologen vermutlich bei einem Vokabelschatz von „hundert, zweihundert oder mehr" liegen. Und wahrscheinlich, so meinen die Forscher, war ihr erster Versuch, einen Affen die Zeichensprache zu lehren, in der Methode noch unzureichend.

Doch sie warnen andere Wissenschaftler: Langwierige Experimente mit Menschenaffen erforderten ein hohes Maß an Aufopferung und Geduld. Denn ungehemmt bleibe auch bei dem in einer menschlichen Zeichensprache redenden Schüler aus dem Tierreich die Neigung, mitunter wieder ins Grob-Animalische zu verfallen. „Wenn Washoe beim Lernen zu hart bedrängt wird", berichten die Psychologen, „kann es vorkommen, daß sie ihren Lehrer beißt."

* Schimpansin Judy aus der Fernsehserie „Daktari".

Hanomag-Henschel behauptet...

es gibt den Lkw, den Sie brauchen. Für Ihre Branche, für Ihren Betrieb, für Ihre Aufgaben. Der Computer von Hanomag-Henschel kennt ihn. Sind Sie Fuhrparkleiter, Finanzchef, Kfz.-Meister oder Fahrer? Dann fragen Sie unseren Computer ...



FILM

VENEDIG

Kannibalen am Lido

Der Glanz ist erloschen, der Ruhm dahin. Auf den Film-Festspielen von Venedig, der ältesten und einst schönsten Kino-Schau der Welt, wird nur noch herzhaft gegähnt.

Im letzten Jahr hatte wenigstens die Polizei mit wuchtigen Knüppelschlägen für Turbulenz gesorgt. In diesem Sommer, auf der „XXX Mostra Internazionale d'Arte Cinematografica", erhob sich lediglich ein neofaschistisches Fähnlein zu müdem Protest. Der Rest war Überdruß und Langeweile.



Fellini-Film **„Satyricon"**: Süßes Leben in Neros Rom

Vierzehn Tage lang quälten sich die Festivalisten unter verregnetem Lido-Himmel durch ein miserabel organisiertes Festival, durch noch einen Film und noch einen Film, und nicht einmal Pierpaolo Pasolinis „Porcile" (deutsch: Schweinestall), ein Werk über Kannibalismus und männliche Liebe zur Sau, vermochte sie da aufzurütteln.

Und doch hofften sie weiter. Sie hofften, daß wenigstens Federico Fellini, 49, etwas Spektakuläres zu Markte tragen werde.

Nie zuvor hatte der Regisseur von „La Strada" und „La Dolce Vita" die Biennale beschickt. Nun kam er zum erstenmal — mit großem Gefolge und seinem „Satyricon", an dem er so lange laboriert hatte.

Kurz vor Abschluß des Festivals erschien das Kinostück, das Fellini nach dem fragmentarischen Sittenroman des Römers Gaius Petronius Arbiter (gestorben 66 nach Christus) drehte (SPIEGEL 40/1968), im Palazzo del Cinema erstmals auf der Leinwand — ein Bilderbogen vom süßen Leben in Neros altem Rom, in dem Riesen und Zwerge, Huren und Lustknaben lästernd und lasterhaft durch Lupanare, Arenen und Ruinen torkeln.

Fellini bietet: eine Homo-Hochzeit, einen Cäsarenmord und die Apotheose eines fetten Hermaphroditen, er zeigt Unzucht und Völlerei beim „Gastmahl des Trimalchio" und gleichfalls ein bißchen Kannibalentum und gibt dabei auch deutliche Anspielungen auf die Gegenwart zum besten. Denn „im verfallenden Rom", so meint er, „ging es ähnlich zu wie in unserer heutigen Welt: die gleiche Lebensgier, die gleiche Gewalttätigkeit, der gleiche Mangel an moralischen Grundsätzen und Ideologien, die gleiche Verzweiflung und die gleiche Selbstgefälligkeit".

So hatte Fellini sich das gedacht. Doch das Fellinicon, das er schließlich am Lido präsentierte, war nicht viel mehr als ein Monumentalfilm à la „Bibel", „Quo vadis" und „Ben Hur", den jeder versierte Regisseur aus Hollywood oder Cinecittà hätte besser machen können.

Vorbei war es mit jener monströsen Bilderfülle von „8½" und „Julia und die Geister", die ihm vor Jahren noch schönstes Lob einbrachte, vorbei mit aller Phantasie. Das „Satyricon", als Höhepunkt der Festspiele gedacht, von den Kritikern als „Bacchanal der Kulturindustrie" verhöhnt, wirkte wie ein Abgesang — und nicht nur auf Fellinis Inszenierungskunst: Mit ihm, so schien es, betrauerte die ganze Biennale ihren Tod in Venedig.

... der Computer beweist!

Hanomag-Henschel hat den Lkw, den Sie brauchen. Gefüttert mit Expertenwissen von Fuhrparkleitern, Ingenieuren und Fahrern ermittelt der Computer aus rund 1000 Fahrzeugtypen den Lkw, der für Ihre Aufgaben am besten geeignet ist. Damit stellt Hanomag-Henschel die Elektronik in den Dienst der Kundenberatung.



Fragen Sie den Computer! Fordern Sie mit diesem Coupon einen Fragebogen an von Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke GmbH, 3 Hannover, Postfach.

Unser Computer errechnet Ihre Antwort auf der IAA. Besuchen Sie uns auf unserem Stand Nr. 53 - Halle 4 - oder lassen Sie sich die Antwort direkt zusenden.

HANOMAG HENSCHEL

Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke GmbH, Hannover



Schneider

Rolf Schneider über Peter Härtling: „Das Familienfest"

ENTTÄUSCHTE REVOLUTIONÄRE

Der Ost-Berliner Erzähler, Dramatiker, Hör- und Fernsehspielautor Rolf Schneider, 37, wurde auch in der Bundesrepublik bekannt – zuletzt durch die Aufführung seines „Prozeß in Nürnberg". 1970 erscheint sein neuer Roman „Der Tod des Nibelungen". – Peter Härtling, 36, Verlagsleiter bei S. Fischer, schrieb die Romane „Niembsch oder Der Stillstand" und „Janek – Porträt einer Erinnerung".

Westdeutschlands Literatur hat das Thema Revolution entdeckt, seit Peter Weiss einen Paranoiker in die Badewanne von Charenton treten ließ. Das war vor fünf Jahren. Westdeutschlands Wirklichkeit mochte dahinter nicht zurückstehen und entsandte Studenten auf Straßen, in Rektoratsbüros wieselbst in Produktionsstätten des Verlagshauses Axel Springer & Sohn. Inzwischen, so schnell geht das alles, ist Agitator Dutschke bedroht vom blanken Vergessenwerden. Der SDS ruiniert sich durch ideologische Zellteilung. Es ist die Zeit für Betrachtungen, wie denn die Revolutionäre sich in Zustände der Restauration schicken. Eben dies ist das Thema von Peter Härtlings jüngstem Buch.

Der Titel suggeriert eine Familien-Saga, die nicht geliefert wird. Im nachhinein entpuppt er sich dann als schriller Hohn, denn die Familie, deren intellektuelle Vertreter hier vorgestellt werden, begegnet sich vorzüglich mit Mief, Lüge und Seelen-Clinch. Heute wie damals. Das Damals trägt die Jahreszahl 1857. Georg Lauterbach, Ex-Revolutionär und Romanheld, kehrt aus französischem Exil in seine Heimat zurück.

Ein historischer Roman also. Das Genre ist längst verpönt und hält sich in der Sphäre gehobener Trivialität. Vor mehr als dreißig Jahren sah Georg Lukács im historischen Roman die Möglichkeit, der Epik den großen Gegenstand zurückzugewinnen. Härtlings Gegenstand hat weniger Größe denn Miserabilität. Lukács' Ausspruch bleibt für die deutsche Literatur Utopie. Die Schrecknisse erwähnter Trivialität vor Augen, mußte Härtling ein einsames ästhetisches Feld bestellen. So erklärt es sich wohl, daß ihm beim Schreiben stilistische Überlegungen vor die thematischen traten. Er bietet ein Geflecht von unentwegt wechselnden Gedächtnis-Monologen; das liest sich gut, wenn auch anstrengend; selten gleitet es sprachlich aus. Insgesamt ein nervöses und überaus melancholisches Prosa-Stück, dem niemand den ästhetischen Anspruch bestreiten wird. Sein (für mich) empfindlichster Mangel ist der an erzählter Wirklichkeit.

Das hat natürlich mit der einmal gewählten Erzählform zu tun, doch nicht nur. Härtling zeichnet die Entwicklung zweier Brüder nach: des erwähnten Georg Lauterbach und des älteren Immanuel. Der erste wird Geschichtsphilosoph aus der Schule des schwäbischen Idealismus, der zweite Pfarrer und Pietist. Der erste entwirft Revolutionsmodelle, gehört zu einem putschsüchtigen Intellektuellenkreis, erliegt dessenungeachtet den Attraktionen der Adelsgesellschaft, die ihn dafür in die Verbannung schickt. Der zweite reagiert vernunftfeindlich, betet Dämonen aus Krankenleibern und steht schließlich einer Gemeinde mit



Peter Härtling:
„Das Familienfest"
Goverts Verlag
Stuttgart
316 Seiten
20 Mark

urchristlichen Praktiken vor. Die Brüder befehden sich, um am Ende im jeweils anderen sich selbst und die eigene Vergeblichkeit zu erkennen. Frustration, Verzichte, Irrtümer. Inzestuöses spielt sinnfällig hinein.

Mit dieser Konstellation ist einiges auszurichten. Idealismus und Pietismus waren wichtige Formen bürgerlicher Selbstverwirklichung in Deutschland. Sie zielten auf Gesellschaftsänderung. Als die ausblieb, wurden sie gleichermaßen zu Fluchtorten für den aufgegebenen Anspruch. Akademische Spekulation und frömmelnde Idylle. Sofern sich das noch politisch vernehmen ließ und dann als deutscher Liberalismus auftrat, hielt es sich brav, bestenfalls räsonierend, im Troß der jeweiligen Restauration.

Dies alles zeichnet Härtling gewissenhaft nach, und es spricht für ihn, daß er das Heilmittel aller enttäuschten Revolutionäre gar nicht erst anbietet: die Hoffnung auf die mähliche Reform. Sein Fazit ist so trübe wie die tatsächlich geschehene Geschichte. Es spart nur, für mich unverständlich, den geschichtlichen Bezugspunkt fast völlig aus: die Revolution, die bürgerlich-deutsche von 1848.

Wäre sie ausführlicher rezipiert worden, hätte das die Tristesse nicht geringer gemacht. Aber es hätten sich Fakten und Argumente ergeben, zu denen sich Alternativen anbieten ließen, wie spekulativ so was immer kommen mag. Hier bleiben bloß Stimmungen. Einzelne Verhaltensweisen werden gezeigt. Romanheld Georg Lauterbach pendelt unentschlossen zwischen Jakobinerrunde und dem Bett einer reaktionären Gräfin. Doch nicht bloß parvenierender Opportunismus lähmte viele Achtundvierziger, sondern auch Furcht vor dem Plebejat und dem, was das Kommunistische Manifest sprachmächtig androhte. Davon spiegelt sich in Härtlings Roman beinahe nichts, außer, daß gelegentlich auf das Bauernelend in Württemberg hingewiesen wird.

Nun aber trägt einer aus der Lauterbach-Sippe den Namen Naphta. Das ist freilich ein sterbender Knabe, zärtlich geliebt vom alternden Romanhelden. Eine dem „Zauberberg"-Naphta in vielem ähnliche Figur trägt dafür beziehungsvoll den Nachnamen Deutsch und wird mit Lebensumständen des Dichters Schubart versehen. Derlei Vexierspiel ist gern geübter Literatenbrauch. Indessen beschwört es gefährliche Vergleiche. Mir wuchs der Verdacht, die Lauterbach-Geschichte sei insgeheim als Gegenstück zu den „Buddenbrooks" gedacht. Schwäbische Variante zur hanseatischen Verfallsgeschichte.

Der Einfall hätte viel für sich, denn, wenn überhaupt, waren es Württemberg und die Küstenstädte, wo den Deutschen ein bißchen republikanische Bürgerlichkeit heranwuchs. Aber der Vergleich sei lieber wieder fallengelassen. Über Chancen und Misere des bürgerlichen Geistes ist in Thomas Manns Romanen mehr zu erfahren. Auch über 1848, in den einschlägigen Szenen der „Buddenbrooks". Wiewohl Härtlings Geschichte vom Franzosentag sich fast schon wieder mit der Geschichte von der Lübecker Revolution messen kann.

Insgesamt mag man einwenden, daß eine belletristische Arbeit nicht Auskünfte liefern muß, die sich auch anderswo, nämlich in der Sachprosa finden lassen. Bei Karl Marx oder Golo Mann, je nach Geschmack. Umgekehrt aber ließe sich fragen, und ich neige dazu, ob denn ein Roman hinter Erkenntnisse zurücktreten muß, die mittlerweile als leidlich gesichert gelten. Den ernüchterten Mitgliedern Republikanischer Clubs jedenfalls wird es nur wenig Trost bereiten, daß ihre Misere ehrwürdige Vorläufer hat.

Ba 3/69

Brisk aktiv

Mit Fettfrei-Garantie

gibt Männerhaar unsichtbaren Halt

Zum Sprühen

Das ist kein Haarspray... denn es wird ins unfrisierte Haar gesprüht. Dann einfach kämmen. Das ist die modernste Art, Männerhaar unsichtbaren Halt zu geben. Mit Alkohol.

DM 2,95

Oder Flüssig

Das ist die erfrischendste Art, Männerhaar unsichtbaren Halt zu geben. Mit Alkohol.

DM 2,95

Oder als Gel

Das ist die natürlichste Art, Männerhaar unsichtbaren Halt zu geben. Mit Alkohol.

DM 1,95



MEDIZIN

PARKINSONSCHE KRANKHEIT

Störsender im Hirn

Eine Szene des Filmdokuments zeigt den von Schüttellähmung befallenen Kranken im Bett, hilflos und außerstande, sich umzudrehen. In der folgenden Einstellung hüpft derselbe Patient mit einem Hechtsprung ins Bett.

Seine wiedergewonnene Beweglichkeit verdankte der Kranke einem neuen Medikament: L-Dopa. Diese Droge konnte erstmals die schlimmste Auswirkung der Schüttellähmung (wissenschaftlicher Name: Morbus Parkinson) lindern — einer Krankheit,



Mediziner **Messeloff, Parkinson-Patientin**
„Ermutigende Ergebnisse"

an der zur Zeit fast eine Viertel Million Bundesbürger leiden.

Den Film von dem mobilisierten Parkinson-Patienten will der Wiener Neurologe Professor Walter Birkmayer auf dem Internationalen Neurologen-Kongreß zeigen, der am kommenden Sonntag in New York beginnt. Dort wird der US-Mediziner Dr. George Cotzias (Brookhaven National Laboratory) über ähnliche Erfolge gegen das Parkinson-Leiden mit L-Dopa berichten.

Der Österreicher möchte seinem US-Kollegen die Schau stehlen: Birkmayers Film soll beweisen, daß die Arbeit von Cotzias (die das „New England Journal of Medicine" unlängst als „wichtigsten Beitrag in der Behandlung einer Nervenkrankheit während der letzten 50 Jahre" bezeichnete) weder neuartig noch originell ist. Cotzias experimentiert seit zwei Jahren mit L-Dopa; Birkmayer drehte seinen Dokumentarfilm im Jahre 1961.

Gemeinsam mit dem Pharmakologen Professor Oleh Hornykiewicz gelang es damals dem Nervenarzt Birkmayer, das Wesen der Parkinsonschen Krankheit aufzuklären: Sie ist eine Stoffwechsel-Störung, ebenso wie etwa die Zuckerkrankheit — und folglich nach denselben Prinzipien zu behandeln. Der Organismus der Parkinson-Patienten ist unfähig, einen bestimmten Eiweißkörper herzustellen, ohne den das Gehirn nicht normal funktionieren kann: das Dihydroxyphenylalanin, abgekürzt Dopa.

Die Lähmungen bei Birkmayers Patienten bildeten sich zurück, sobald ihnen der Arzt ein chemisch ähnliches Medikament, das L-Dopa, als Ersatz regelmäßig injizierte. Unabhängig von den beiden Wienern war auch ein kanadisches Forscherteam unter der Leitung von A. Barbeau etwa zur selben Zeit zu denselben Resultaten gekommen.

Ganz hilflos waren die Ärzte gegen die Parkinsonsche Schüttellähmung (benannt nach dem Londoner Mediziner Parkinson, der das Leiden erstmals 1817 beschrieb) auch vorher nicht. Doch sie konnten nur die sogenannten Plus-Symptome des Leidens lindern: das charakteristische Zittern der Kranken und die krampfartige Muskelstarre. Gegen die schweren Ausfallerscheinungen oder „Minus-Symptome" — Bewegungsunfähigkeit und geistige Verödung — vermochten sie andererseits nicht auszurichten.

Die Quelle des Leidens sitzt, wie Chirurgen bereits vor über 20 Jahren fanden, in einem Schaltzentrum des Gehirns, dem Thalamus. Nervöse Störimpulse aus der für die Muskelbewegung zuständigen Thalamus-Region pflanzen sich durch den gesamten Körper fort; sie lassen die Glieder ständig zittern und machen die Muskeln zu koordinierter Arbeit unfähig.

Für diesen Zusammenhang fanden die Mediziner einen zweifachen Beweis:

▷ Fünf- bis achtmal pro Sekunde schüttelt der Parkinson-Kranke seine Glieder; und im gleichen Rhythmus sendet die geschädigte Thalamus-Region Störimpulse aus.

▷ Werden die Nerven zum erkrankten Thalamus-Bereich durchtrennt, dann hört das Gliederzittern (noch auf dem Operationstisch) schlagartig auf.

Derartige Hirnoperationen gehören deshalb zum Behandlungs-Repertoire gegen die Parkinson-Krankheit. Die Natur des Fehlers im Thalamus aber blieb im dunkeln. Zur Aufklärung führte schließlich die Beobachtung, daß eine andere Hirnregion, die Schwarze Substanz, bei Parkinson-Patienten stets bleich war.

Dort fehlte ein Farbstoff, der auch in der Haut, den Haaren und der Iris zu finden ist: das Melanin. Dieser Stoff entsteht im Gehirn aus dem Dopamin — dieses wiederum wird aus dem Dopa gebildet.

Folglich könnte, so mutmaßten Birkmayer in Österreich und Barbeau

in Kanada vor zehn Jahren, die Parkinson-Krankheit durch einen Dopa-Mangel im Gehirn ausgelöst sein. Dieser Verdacht bestätigte sich, als Birkmayer seinen Patienten die Droge L-Dopa verschrieb, die ihm die Pharma-Firma Hoffmann-La Roche zur klinischen Prüfung überlassen hatte. Die Lähmungen gingen zurück, die geistige Regsamkeit der Kranken kehrte wieder.

Gegen das verkrampfte Zittern blieb die Droge freilich wirkungslos: Nach wie vor können die Ärzte auf Hirnoperationen und bewährte Medikamente — um die störenden Zitterimpulse zu unterdrücken — nicht verzichten.

Die beiden Wiener Mediziner ergründeten auch, warum L-Dopa hilft. Dopa ist der Rohstoff für die Herstellung des Nervennahrungs-Stoffs Dopamin, der an den Kontaktstellen zwischen verschiedenen Nervenbahnen gebraucht wird. Ohne Dopamin können die erregungshemmenden Nervenkontakte nicht funktionieren, wodurch deren Gegenspieler, die erregungssteigernden Nervenkontakte, das Übergewicht erhalten. So kommt es zur nervösen Über-Erregung der zu den Muskeln führenden Nerven, mithin zur Zitter- und Krampflähmung.

Seit acht Jahren erprobt der Wiener Parkinson-Forscher Birkmayer das Medikament. Inzwischen sind auch vier deutsche Kliniken an der Prüfung von L-Dopa beteiligt; und in den USA haben mittlerweile über 200 Ärzteteams von der Arzneimittelbehörde FDA die Erlaubnis erhalten, das Medikament an Kranken zu testen.

Die jahrelange Prüfung ist notwendig, weil Parkinson-Kranke während ihres ganzen Lebens täglich L-Dopa schlucken müssen, um das fehlende Dopamin in ihrem Hirn zu ersetzen. Deshalb müssen die Ärzte ermitteln, welche Dauer-Dosis die Kranken ohne schwerwiegende Nebenwirkungen vertragen; und es werden noch einige Jahre vergehen, bis die Droge allen Kranken zur Verfügung steht. Frühestens Ende nächsten Jahres, so schätzt Dr. Wolfgang Kapp, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Firma Hoffmann-La Roche, wird in der Bundesrepublik die klinische Prüfung abgeschlossen sein.

Die bisherigen Erfahrungen scheinen gleichwohl „recht ermutigend" (so Dr. Gert Völler, Chef des größten europäischen Parkinson-Rehabilitationszentrums, der Königin-Elena-Klinik in Kassel, zum SPIEGEL). Bei etwa 75 Prozent der behandelten Patienten gingen die Lähmungen zurück. Mit sehr hohen L-Dopa-Dosen (die von europäischen Medizinern freilich als bedenklich angesehen werden) erreichten Ärzte am New Yorker Beth-Abraham-Krankenhaus, wie Chefarzt Dr. Charles Messeloff und Dr. Oliver Sacks letzten Monat mitteilten, bei fast 90 Prozent der Patienten eine „deutliche bis spektakuläre Besserung" der Lähmungen.

Einige der Kranken hatten schon über 40 Jahre im Hospital dahingedämmert und wurden nun aus ihrem „Mumien-Stadium" (Dr. Sacks) erlöst.

Keinen Respekt vor Napoleon

zeigten 82 Maler aus Europa und den USA, als es galt, das Bild des großen Mannes zeitgemäß zu bearbeiten. Mit Pinsel und Feder, mit Schere und Säge, in Gips, Holz und Plastik folgten sie der Einladung des Kunstkritikers und Museumsmannes Klaus Hoffmann (Nolde-Stiftung, Seebüll), eine Napoleon-Postkarte — 1798 gemalt „von Jacques-Louis Davids korrupter Meisterhand" (Golo Mann) — zu ergänzen und zu verändern. Daraus entstand — im Schloß Gottorf zu Schleswig — eine hintergründige Vernissage zum 200. Geburtstag des Franzosen-Kaisers: Parodie auf die gloriosen Ausstellungen überall in Frankreich und zugleich ein Potpourri zeitgenössischer und vergangener Kunststile. Der kubanische Alt-Surrealist Wifredo Lam malte dem jungen Helden einen rauschebärtigen Ritter aufs Panier, der Signal-Maler Winfred Gaul versah ihn mit einem Verkehrsschild: „Allgemeine Gefahrenstelle". Der in London lebende Informel-Veteran Hans Platschek entwarf eine riesenbrüstige Nonne, der italienische De-Collagist Mimmo Rotella malte Arabesken, und der New Yorker Pop-Artist Emmet Williams gipst den Heroen als Underground-Gespenst ein: „Kilroy was here." Der Verpackungs-Künstler Christo schließlich wickelte den Korsen in braunes Papier. Der Kinetiker Heinz Mack aus Düsseldorf aber spielte nicht mit. Er gratulierte nur zur „smarten Idee, eine fabelhafte Privat-Kollektion zu bekommen, ohne auch nur einen Dollar zu bezahlen". Doch Initiator Hoffmann gibt sich selbstlos: Er will die Sammlung — es sind noch Restkarten unterwegs — anreichern und später „geschlossen einem Kunstinstitut übergeben".



Napoleon-Original von David



Napoleon-Persiflage von Platschek



Napoleon-Gespenst von Williams



Napoleon-Arabesken von Rotella

BÜCHER

NEU IN DEUTSCHLAND

Zukunft mit Krisen

Michael Crichton: „Andromeda". Droemer; 352 Seiten; 20 Mark.

Auch für den Notfall ist vorgesorgt: Sollte ein amerikanischer Satellit aus dem Weltraum gefährliche überirdische Viren oder Bakterien auf die Erde schleppen, so wird (Direktive 7—12) der Landeplatz „kauterisiert" — die Armee wirft einfach eine Atombombe drauf, um so den Infektionsherd „auszubrennen wie eine Wunde".

Und auch die Folgen einer solchen Aktion sind längst vorherberechnet: In unbewohntem US-Gebiet geht das fast ohne Komplikationen; aus der Kauterisation etwa Chicagos ergeben sich (bei „zweitrangigen internationalen Konsequenzen") immerhin „schwerwiegende innenpolitische Folgen"; bei einem Bombardement in einem neutralen Land, bei Kauterisation Neu-Delhis etwa, führen von 17 möglichen Konsequenzen 12 direkt zum Atomkrieg; und falls so ein apokalyptischer Satellit die Sowjet-Union trifft, soll das möglichst geheimgehalten werden, weil „eine Seuche in Rußland zwischen zwei und fünf Millionen Menschenleben kosten würde, während die sowjetisch-amerikanischen Verluste bei einem nuklearen Schlagabtausch ... sich auf über zweihundertfünfzig Millionen Tote belaufen würden".

Derlei eiskalt erklügelte Denkspiele stammen von einem erst jüngst entdeckten literarischen Wunderjüngling in Amerika: Michael Crichton, 26, ein schlaksiger Medizinstudent in Harvard, hat termingerecht während der



Autor **Crichton**
Furchtbar gearbeitet

Quarantäne-Vorbereitungen für die Mondfahrer seinen Gefahr-aus-dem-All-Thriller auf Buchmarkt und Bestsellerlisten placiert.

Crichton, bei einem (wehrdienstbefreienden) Supergarde-Maß von 2,05 Meter eh schon einer der größten Dichter, wurde innerhalb weniger Wochen berühmt und Millionär — auch dem deutschen Verlag ist er teuer: Droemer kaufte die „Andromeda"-Rechte für üppige 200 000 Mark.

Schon vor seinem Bestseller verfaßte Crichton, der „fand, daß jeder Idiot einen Reißer schreiben kann", in seinen Ferien und „immer, wenn das Geld alle war" Bücher: Bei einem Tagespensum von 30 Druckseiten war sein Roman-Ausstoß bald so groß, daß er ihn unter mehreren Pseudonymen vertrieb: Einer wurde sogar als „Krimi des Jahres" prämiert — Crichton selbst findet die schnellen Werke

BESTSELLER

BELLETRISTIK		SACHBÜCHER	
1. **Habe: Das Netz.** Walter; 24 Mark.	(1)	1. **Büdeler: Projekt Apollo.** Bertelsmann; 24 Mark.	(2)
2. **Graß: Örtlich betäubt.** Luchterhand; 19,50 Mark.	(3)	2. **Haber: Unser Mond.** DVA; 16,80 Mark.	(1)
3. **Malpass: Fortinbras ist entwischt.** Rowohlt; 7,80 Mark.	(5)	3. **Lundberg: Die Reichen und die Superreichen.** Hoffmann und Campe; 28 Mark.	(3)
4. **Gerald Durrell: Eine Verwandte namens Rosy.** Rowohlt; 16,80 Mark.	(4)	4. **Der Flug zum Mond.** Burda; 15 Mark.	(4)
5. **Solschenizyn: Krebsstation II.** Luchterhand; 18 Mark.	(6)	5. **Taylor: Die biologische Zeitbombe.** G. B. Fischer; 20 Mark.	(7)
6. **Heinrich: Schmetterlinge weinen nicht.** Bertelsmann; 19,80 Mark.	(9)	6. **Watson: Die Doppel-Helix.** Rowohlt; 19,80 Mark.	(6)
7. **Sagan: Der Wächter des Herzens.** Ullstein; 12 Mark.	(7)	7. **Pichler: Die Mondlandung.** Molden; 25 Mark.	(5)
8. **de Belleroche: Geständnisse** Desch; 30 Mark.		8. **Sexualkunde-Atlas.** Leske; 4,75 Mark.	(8)
9. **Lawrence Durrell: Tunc.** Rowohlt; 22 Mark.		9. **Maegraith** (Herausgeber): **Mondlandung.** Belser; 7,50 Mark.	(9)
10. **Solschenizyn: Krebsstation I.** Luchterhand; 18 Mark.	(8)	10. **Djilas: Die unvollkommene Gesellschaft.** Molden; 16,80 Mark.	

Ausgeschieden, da nunmehr ein Jahr im Handel: Lenz: Deutschstunde.
Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Institut für Demoskopie Allensbach.

seiner Früh- und Freizeit heute alle „ziemlich schlecht".

Sein Roman über die bakteriologische Invasion aus dem Weltraum ist das erste, an dem er (eineinhalb Jahre lang) „furchtbar gearbeitet" hat. Es hat sich gelohnt: „Andromeda" bietet das perfekte Muster eines phantastischen Dokumentarstils, der durch Präzision auch Unerhörtes glaubhaft macht.

Mit den fachbuchüblichen Danksagungen im Vorwort und der (fiktiven) Bibliographie im Anhang, mit beigegebenen Computer-Outputs und Tonbandprotokollen verschärft diese „Chronik" ihren Realismusanspruch und multipliziert so zugleich ihre atemverschlagenden Thriller-Effekte.

Die von Crichton beschriebene „bedrohliche Fünf-Tage-Krise der amerikanischen Wissenschaft" geht noch einmal glimpflich aus. Doch für den Autor, der in den „Vorgängen um ‚Andromeda'... Augenblicke hervorragenden Scharfsinns ebenso wie Augenblicke unerklärlicher Verbohrtheit" diagnostiziert hatte, ist das kein Happy-End: „In naher Zukunft ist mit weiteren derartigen Krisen zu rechnen."

Rede vom Verhältnis

John Kenneth Galbraith: „Der Triumph". Droemer; 276 Seiten; 20 Mark.

Als im lateinamerikanischen Kleinstaat „Puerto Santos" Revolutionäre den korrupten Diktator Martínez stürzen, trägt im aufgestörten Washington auch die US-Luftwaffe ihren Plan zur Verhinderung eines zweiten Kuba vor: „Bombardierung ... mit nachdrücklichen Bemühungen um die verstandes- und gefühlsmäßige Zustimmung des Volkes gekoppelt".

An solchen Ironien ist im — ersten — Roman des amerikanischen Nationalökonomen, Ex-Indien-Botschafters, Harvard-Professors und erfolgreichen, weil lesbaren Wirtschaftsautors Galbraith („Die moderne Industriegesellschaft"), 60, kein Mangel. Seine Geschichte vom Umsturz in der Bananenrepublik und vom Pyrrhus-Triumph konservativer Krisen-Manager des State Department — der von ihnen an die Macht lancierte Sohn des Diktators entpuppt sich als konsequenterer Revolutionär —, diese Parabel ist eine Fortsetzung politischer Kritik mit belletristischen Mitteln.



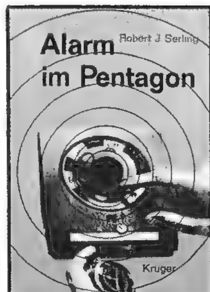
Autor **Galbraith**
Gefühlsmäßig gekoppelt

Mit unzulänglichen allerdings. So kennerisch-witzig der Liberale Galbraith das Funktionieren und Versagen amerikanischer Diplomatie glossiert — als Erzähler vermag er kaum zu fesseln. „In der Geschichte wie in der Literatur", so beispielsweise beginnt er ein Kapitel, „ist oft und viel die Rede vom Verhältnis zwischen Diplomatie und Sex." Und bei dieser Feststellung bleibt es dann.

Suche nach Nr. 1

Robert J. Serling: „Alarm im Pentagon". Krüger; 400 Seiten; 22 Mark.

Der Originaltitel des US-Bestsellers war origineller, wenn er auch ein Stück Spannung vorzeitig entschärfte: „The President's Plane is missing" (Das Flugzeug des Präsidenten ist überfällig). Doch der Roman vom Absturz der „Air Force Nummer eins" und vom mysteriösen Verschwinden des „siebenunddreißigsten Präsidenten der Vereinigten Staaten", diese mehr als siebenunddreißigste Polit-Utopie amerikanischer Unterhaltungsliteratur ist gerade noch spannend genug, um die stillose, klischeevolle Schreibe ihres Autors und dessen technische Imponier-Exkurse ertragbar zu machen.



Serling-Buch

Daß Serling, Flugsicherheitsexperte und erfolgreicher Fernsehspiel-Konfektionär, seine Story teilweise aus dem Blickwinkel einer Nachrichtenagentur entwikkelt, ist ein guter, zusätzlich dramatisierender Einfall.

Was er als Pointe bietet, enthüllt wohl auch einiges an aktueller amerikanischer Angst- und Wunschträumerei: Präsident Jeremy Haines, der sich versteckt hatte, um unbemerkt mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten einen den Weltfrieden rettenden Beistandspakt gegen China abzuschließen, taucht gerade noch rechtzeitig wieder auf, bevor sein hysterischer Vize den Dritten Weltkrieg auslösen kann.

Hem über Kämpfe

In deutscher Übersetzung sind jetzt erschienen:

▷ „49 Depeschen", das heißt Zeitungsberichte des Nobelpreis-Autors („49 Stories") und Journalisten Ernest Hemingway (Rowohlt; 400 Seiten; 25 Mark). Von „Hems" (in der Originalausgabe) 77 Reportagen über Kämpfe mit Stieren und deutschen Gastronomen, im spanischen Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg bietet Rowohlt (zu 40 gebündelte) 56 Beispiele — mehr als genug (SPIEGEL 37/1967).

„KY, KY, KIESINGER HEISST ER"

Das Bild des Bundeskanzlers in der westdeutschen Lyrik

Eigentlich wollte er, so hat er enthüllt, „ein deutscher Dichter werden" – nun ist er immerhin zu einem prominenten Bedichtungs-Objekt geworden: Kurt Georg Kiesinger, der 1924 etwa reimte: „Dies aber ist der Wallfahrt Schluß ... Ich weiß es: Ignorabimus", geistert durch zahlreiche Lyrik-Anthologien, Almanache und Gedichtbändchen der Saison*. Hauptmotive der (vorwiegend jüngeren, ausnahmslos linken) Autoren sind Kiesingers NS-Vergangenheit und die Ohrfeigen-Affäre mit Beate Klarsfeld, die darüber selbst zur Dichterin wurde.

DIE OHRFEIGE, DIE DEUTSCHLAND BRAUCHTE

... Es brauchte sie,
damit viele sich endlich die Wunderbrille
von Günter Graß aufsetzen
können, während
Kurt Georg Kiesinger wie ein
falscher Blinder
seine Augen mit der schwarzen
Brille verdeckt,
die so viele getragen haben,
um sich der Wirklichkeit zu verschließen.

Und es brauchte sie von der
Hand einer Frau,
denn man achtete nicht darauf,
ob es Frauen waren,
als man sie in die Verbrennungs-
anlagen trieb,
als sie unter den Bombenangriffen
starben,
als sie unter der Folter aufschrien ...

Das ist der Grund, der mich dazu
getrieben hat,
im Namen der 50 Millionen Toten
und der künftigen
Generationen in das abstoßende
Gesicht der
10 Millionen Nazis zu schlagen,
damit sie alle
die gleiche Scham empfinden
und sich die gleiche
Röte der Ohrfeige auf ihren Wangen
abzeichnet.

Beate Klarsfeld

POLITISCHE ÄSTHETIK

Eine Ohrfeige
für einen Bundeskanzler
mitten auf seinem Parteitag
in Westberlin
ist geschmacklos
so heißt es

so geschmacklos
wie die Gewalt
der Berliner Studenten
die dieser Bundeskanzler
kurz vor der Ohrfeige
unappetitlich nannte.

Daß aber ein Mann
der der Nazipartei angehörte
und in gehobener Stellung
in seinen Rundfunkprogrammen
Hitlers Gewalt
appetitlich zu machen suchte

Bundeskanzler wurde
gilt nicht als geschmacklos
obwohl zu bedenken wäre
daß das für viele Menschen
unappetitlich
und eine Ohrfeige ist.

Erich Fried

DIE VERGANGENHEIT DES KANZLERS

Für Beate Klarsfeld

Der Schlag ins Gesicht
trifft einen Kanzler, der längst
sein Gesicht
verloren hat. Der Skandal soll des
Kanzlers Vergangenheit
Deutschland gegenwärtig machen.
Schlagartig schwindet
des Kanzlers Gedächtnisschwund.
Seiner Vorkanzler-Vergangenheit
erinnert er sich in beschleunigten
Verfahren.
Um zu verhindern, daß wie in
der Vergangenheit
Gewalt zum Mittel der Auseinander-
setzung wird,
sorgt er für einen Gewaltspruch im
Stil seiner Vergangenheit.
Der Kanzler möchte durch ein
abschreckendes Urteil
der Gegenwart klarmachen, daß
seine Vergangenheit



Abendzeitung

in Deutschland noch Zukunft hat.
Zu den Folgen
schweigt der Kanzler, so
wie er in der Vergangenheit
schweigend alle Demütigungen seiner
Opfer ertragen hat.
Zu erkennen gibt der Kanzler
sein wahres Gesicht
erst nach dem Schlag ins Gesicht.

Peter Schütt

WOHIN?

Wenn
sagte Herr Kiesinger
wenn
die Nazis
gewonnen hätten
wäre
ich
emigriert.

Helmut Lamprecht

Ky, Ky,
Kiesinger heißt er
und dem Volk beweist er
nicht was es denkt
nein
33
ja
aber nichts aus Überzeugung
und nicht aus Opportunismus
für den Faschismus
Antisemitismus
Antikommunismus
lieber tot als rot
rot vom Blut der Toten
von denen er nichts gewußt
weiße Wäsche
Weste rein
hat von allem nichts gewußt
hat gemußt
hat gemußt
hörte zwar
doch glaubte kaum
hielts für einen bösen Traum ...

Agnes Hüfner

SAGTE DER KANZLER

Wir
sagte der Kanzler
haben es am wenigsten nötig
mit unserer Vergangenheit
den Amerikanern
Vorhaltungen zu machen
wegen des Krieges
in Vietnam.

Gut
sage ich
dann brauchen wir
andere Politiker die
wegen dieser Vergangenheit
ohne sich der eigenen
schämen zu müssen
gegen die gegenwärtige
für eine bessere Zukunft
kämpfen

Joachim Fuhrmann

DIE URSACHE

(Der Spiegel 19/1968, S.72)

Herr Kie lese ich da
Freund Goethes und Sohnreys
Verfasser einer kleinen Kindheit
warnt vor Radikaldemokratie
für den Fall ihrer Verwirklichung
kündigt er Auswanderung an
was mag ihn
1933 ff.
vom Kofferpacken abgehalten haben
sein Amtszimmer
mit freundlichen Tapeten und
schalldichten Wänden vielleicht
ein Spruch hinter Glas: bleibe
im Lande und
nähre dich redlich redlich redlich

Guntram Vesper

Heil Hitler
Hut ab
Kopf ab
Haut ab
Grüß Gott
Herr Kiesinger

Arnfrid Astel

---

* Die Texte auf dieser Seite sind folgenden Publikationen entnommen: „Agitprop. Lyrik, Thesen, Berichte". Quer-Verlag, Hamburg; 252 Seiten; 12,80 Mark (Klarsfeld, Schütt, Hüfner, Fuhrmann, Vesper). — „Tintenfisch 2. Jahrbuch für Literatur". Verlag Klaus Wagenbach, Berlin; 120 Seiten; 5,80 Mark (Lamprecht, Astel). — Erich Fried: „Die Beine der größeren Lügen". Verlag Klaus Wagenbach, Berlin; 72 Seiten; 5,80 Mark.



Beim Sparkassen-Computer-Service.

Jetzt mitmachen.
Noch ist es nicht zu spät. Ihre Sparkasse hält bis Ende Oktober Fragebogen bereit.
Lassen Sie sich - wie viele moderne Menschen - von unserem Computer beraten.
Er schreibt Ihnen, wie Sie Ihr Geld Geld verdienen lassen.
Wie Sie Ihr Geld energisch aufwecken können.
Also Partner, weck Dein Geld auf! Mach es gleich.

SPARKASSEN COMPUTER SERVICE

Fragebogen gibt's bis Ende Oktober bei der Sparkasse.



TV-Regisseur **Noever**
Aufgelauert wie Wegelagerer

FERNSEHEN

BECKETT

Körper abwesend

Er läßt sich weder filmen noch interviewen, und wenn er auf der Bühne oder im Fernsehstudio Regie führt, bleiben die Reporter ausgesperrt. Denn „Journalisten", sagt der Dramatiker Samuel Beckett, 63, „sind gefährlich. Sie stellen Fragen, die ich nicht beantworten will oder kann, und sie drehen mir das Wort im Munde um".

Er wollte oder konnte mal wieder nicht, als der Münchner Regisseur Hans Noever, 40, Anfang dieses Jahres beim Dichter um eine Audienz bat. Noever hatte den Auftrag, fürs Dritte Programm des Bayerischen Fernsehens eine „Hommage à Samuel Beckett" zu drehen. Der Reporter, der in Becketts Wohnung am Pariser Boulevard Saint-Jacques „sanft insistieren" wollte, wurde zwar empfangen, doch der Poet zitierte bloß Ringelnatz: „Bei Altona auf der Chaussee, da taten ihnen die Beine weh, und da verzichteten sie weise dann auf den letzten Teil der Reise." Zu weiteren Zugeständnissen war er nicht willens: „Ich kann nicht ja sagen; mein Körper und meine Stimme sind abwesend."

Deshalb bekam Noever auf seine Frage, ob Paris, wo der irische Dichter seit 1938 lebt, „für ihn Realität oder Fiktion ist", keine Antwort. Becketts Freunde und Hausgenossen, Clochards und Literaten, waren um so gesprächiger. „Die wahre Wirklichkeit ist, wenn man hat Weh; und dieses Weh ist in unseren Städten in unserer Zeit besonders schrecklich", sprach der Schriftsteller Arthur Adamov. Und die Kunstmäzenin Peggy Guggenheim erklärte: „Ich denke an Samuel Beckett nicht als Samuel Beckett, sondern als Oblomow."

Zu solchen Sprüchen läßt Noever in seinem Film — Titel: „Wie es war" — Beckett-Texte verlesen und zeigt Becketts Milieu: Hochhäuser, Plakat-

wände, Müll, Schaufensterpuppen, Sight-Seeing-Busse und eine durch Requisiten entstellte Natur.

Ein paar Schnappschüsse vom Schriftsteller wenigstens wollte der Beckett-Verehrer Noever nun doch in seinem Film haben. Er schickte den Kameramann auf das Dach des Nachbarhauses, von wo aus Beckett per Teleobjektiv in seiner Wohnung beim Aufkleben einer Briefmarke aufgenommen werden konnte. Aus einem fahrenden Deux Chevaux heraus wurde er dann auch noch beim Spaziergang photographiert.

„Sie haben mir aufgelauert wie Wegelagerer", zürnte Beckett und versuchte sogleich, die Verwendung der vom Bayerischen Fernsehen gedrehten Sequenzen — viereinhalb Minuten — zu verhindern. Der föderalistischen Struktur des Deutschen Fernsehens unkundig, intervenierte er in Stuttgart. Durch einen Mittelsmann ließ er beim Süddeutschen Rundfunk darum bitten, „daß die Aufnahmen, die von mir, meiner Frau und meinem Haus gemacht worden sind, vernichtet werden". Andernfalls, so drohte er, werde er ein dem Stuttgarter Sender versprochenes Fernsehspiel nicht schreiben.

SDR-Fernsehdirektor Horst Jaedicke, für den Beckett vor drei Jahren den Beckett-TV-Erstling „He Joe" inszeniert hatte, fühlte sich „durch unseren persönlichen Kontakt in eine Vermittlerrolle gedrängt". Er schlug den Kollegen in München vor, das umstrittene Filmmaterial „erst nach Becketts Tod zu verwenden".

So lange will Noever nicht warten: „Wir lassen uns nicht erpressen." Dafür haben die Stuttgarter (Intendant Bausch: „Ein echter Interessenkonflikt") wiederum kein Verständnis. Wenn die Aufnahmen gesendet werden, so Jaedicke zu Noever, „dann können Sie zwar in Ihre Memoiren schreiben: ‚Ich habe Beckett auf Film gekriegt'; aber gleichzeitig haben Sie einem Kollegen ein Stück weltgeschichtliche Literatur versaut".

Bis zum Sendetermin am 18. Dezember haben die Kollegen in München und Stuttgart noch drei Monate Zeit für ein Endspiel.

DIESE WOCHE



Das gemeinsame Zimmer. Polnischer Spielfilm von Wojciech Has. NDR Montag, 15. September, 23.10 Uhr.

Zuerst kommt die Gasse ins Bild, „deren Gemäuer ein Sarg ist", dann ist das Fin-de-siècle-Zimmer zu sehen, in dem sie für 45 Zloty Monatsmiete gemeinsam hausen: zwei Literaten, die noch nichts Rechtes veröffentlicht haben, ein Student, ein junger Kommunist und zwei einfache Mädchen.

„Wir sind doch nichts als Gewichte an den Füßen unseres Herrgotts", sprechen die Dichter; „Kaffee trinkt ihr, damit euch was einfällt, und ihr

haltet euch für Götter", spottet der Kommunist, und die Mädchen geben sich den gebrochenen Existenzen bisweilen mehr aus Mitleid hin.

Düsterer und beklemmender als in diesem Spielfilm des Polen Wojciech Has, 44, ist die Resignation einer kleinbürgerlichen Boheme wohl selten in makabren Gelagen, degoutanten Amouren und niederträchtigen Streitereien gezeigt worden:

Die jungen Leute haben keine Ideen, „aber daß wir es wissen, das ist schon was"; sie erheben ihr Versagen zum „Mythos" und enden fürchterlich: Einer der Poeten (Mieczyslaw Gadja, Photo, l.) stirbt — nach einem Blutsturz beim Sektbesäufnis — an der Schwindsucht, den Kommunisten holt die Polizei, und der Student erhängt sich nach dem mißglückten Examen.

Das naturalistische Modell mag den Neigungen des Regisseurs Has entsprechen, dessen „Handschrift von Saragossa" schon vom deutschen Fernsehen gezeigt worden ist, es läßt sich jedoch auch als verschlüsseltes Zustandsbild der polnischen Intellektuellen deuten. Dabei ist freilich das Entstehungsjahr des Films bedeutsam: Er wurde 1959 gedreht.



Rumpelstilz. Fernsehspiel von Adolf Muschg. Regie: Peter Beauvais. ZDF, Mittwoch, 17. September, 21.05 Uhr.

Nur einmal, als Jüngling, hat Viktor Leu den „Atem eines großen Ereignisses" verspürt, als er bei einem Streik Arbeiterführer aus dem Gefängnis befreien half. Jetzt schlurft der Gymnasialprofessor (Martin Held, Photo, l.) durch die Wohnung, tyrannisiert seine Tochter und quält seine Frau (Paula Wessely, Photo, r.).

Denn Leu ist besessen „von einem Kobold wie Rumpelstilz": Er wähnt sich von Krebs befallen und von den Ärzten oberflächlich behandelt, weil er „keine Beziehungen hat". Mit eingebildeten Symptomen erpreßt er seine Familie zu dauernder Rücksichtnahme, steht mitten in der Nacht auf, um sein Testament zu machen („Ein Gebot der Vernunft"), und malt dann doch nur Männchen aufs Papier. Die geplante Verlobung der Tochter (Cordula Trantow) platzt, weil der Alte ihren jungen Mediziner ständig mit hypochondrischen Fragen traktiert: „Was hat es zu bedeuten, wenn man plötzlich nicht mehr schlucken kann?"

Diese „Erpressungsmechanismen, Ambivalenzen, heimlichen Lustgewinne und bösen Schadenfreuden" (Autor Muschg) hat der Schweizer Romancier im letzten Jahr für die Bühne dramatisiert. In der Züricher Aufführung hatte der Muschg-Theatererstling keinen rechten Erfolg. Erst in der Fernsehfassung, die Regisseur Beauvais ohne naive Schnittgags, aufdringliche Naheinstellungen und grelle Lichteffekte hergestellt hat, wird nun aus der handlungsarmen Psycho-Studie das, was Muschg wollte: ein suggestives „kleinbürgerliches Trauerspiel".



Das Haus nebenan. Chronik einer französischen Stadt im Krieg. Zweiteilige Dokumentation von Marcel Ophüls. NDR. 1. Teil: Donnerstag, 18. September, 20.20 Uhr. 2. Teil: Sonntag, 21. September, 20.15 Uhr.

Aus Protest gegen die Massenentlassungen beim französischen Fernsehen nach den Pariser Mai-Unruhen im vergangenen Jahr verließ der TV-Regisseur Marcel Ophüls, 41, Sohn des „Reigen"-Cinéasten Max Ophüls, die ORTF. Jetzt berichtet er für den Norddeutschen Rundfunk in einem monumentalen zweiteiligen Dokumentarfilm über das Versagen des französischen Bürgertums im Zweiten Weltkrieg. Seine Hauptzeugen sind die Einwohner der Stadt Clermont-Ferrand, deren Erinnerungen an alte Heldentaten, Verirrungen und Vorurteile er kommentarlos aneinanderreiht.

„Für die Franzosen", sagt Ophüls (Photo), „wird unser Bericht ein Schock sein." Denn mit den Aussagen einstiger SS-Männer, Besatzungssoldaten, Partisanen und Kollaborateure, mit deutschen und französischen Wochenschauaufnahmen sowie Interviews mit Anthony Eden und Pierre Mendès-France kann er nachweisen, daß vorwiegend „Schizophrenie, Größenwahn, Schwachsinn ... vor allem viel Schwachsinn" (Ophüls) den raschen Zusammenbruch der Dritten Republik bewirkt haben.

Zwar fanden sich Pariser Damen bereit, die Maginot-Linie mit Rosenrabatten „ästhetisch zu verschönern", für den Kampf gegen die Okkupanten aber war die feine Gesellschaft nicht zu begeistern. „In der Bourgeoisie sagte man", so Mendès-France, „lieber Hitler als Léon Blum."

Während die Besatzer für die Franzosen — laut „Deutsche Wochenschau" — „schöne und gesunde Heimstätten" bauten und das Vichy-Regime antisemitische Gesetze erließ, vergnügten sich die Pariser beim Pferderennen in Auteuil und feierten auch dann noch „im verrückten Paris grandiose Nächte", als sich die Résistance schon formierte. „Je mehr wir uns in die Probleme dieser unglücklichen Zeit vertieften", erklärt der Autor, „desto mehr hatten wir das Gefühl, wir bewegten uns in einem Irrenhaus."



Mehr als ein Bildersturm. Bericht von Ingeborg Euler, ZDF, Freitag, 19. September, 21.35 (Frabe).

Die Reporterin Ingeborg Euler ist mit der jungen Kunst schon weit gekommen: Sie filmte experimentierende Schauspieler in Krakau, Maler in Zakopane, Underground-Künstler in Amsterdam, und jetzt filmt sie westdeutsche Kunststudenten, die gegen antiquierte Lehrmethoden und vermuffte Professoren revoltieren.

Denn noch immer wollen Kunsterzieher, wie der Bildhauer Bernhard Heiliger (Photo), „das Talent zum



swimming-pool

Dass Ihr swimming-pool trotz peitschendem Regen, 11°C und steifem Nordwest für Sie zum täglichen Kurort wird - auch dafür entwickelte Röhm & Haas schon 1932 ®plexiglas.

Eine der Pioniertaten, mit denen das Kunststoffzeitalter begann, war die Erfindung von *plexiglas* (dem ersten Acrylglas der Welt).
Einmalig die Leistung, einmalig der Name: *plexiglas*. Kein Allerweltsbegriff für glasklare Kunststoffe, sondern ein Warenzeichen. Seit 1933. Für einen Spitzenkunststoff ersten Ranges. Mit unverwechselbaren Eigenschaften.
Denn *plexiglas* ist unübertroffen lichtdurchlässig. Genau wie es gegen Altern immun ist. Vergilben? Selbst nach Jahrzehnten nicht.

Entscheidende Eigenschaften für Ihr künftiges Hallenbad. Ob Sie nun einen Kurort daraus machen oder einen Party-Knüller.
PS.: Sie kommen ins Träumen? Dann sollten Sie sofort den Gutschein einschicken. Denn die reich bebilderte Druckschrift verrät Ihnen noch mehr. Sie dürfen gespannt sein.

plexiglas
wird in Deutschland nur von Röhm & Haas hergestellt, dem größten Acrylglas-produzenten des Kontinents.

Coupon

Röhm & Haas GmbH
61 Darmstadt, Postfach 4166

Bitte senden Sie unverbindlich Ihre Druckschrift mit farbigen Bildbeispielen, weiteren Schwimmhallen-Informationen und Bezugsquellennachweis an

Name ______________________

Ort ( ) ______________________

Straße ______________________ H

Röhm & Haas

Klingen bringen" oder glauben, wie der Maler Mac Zimmermann, ihre Schüler „möchten nichts als Bilder malen".

Die Studenten aber halten wenig von subjektiver Bildkritik, von „Beseelung", „Tiefenwärme" oder „Glut". Statt dessen malen sie Kampfparolen an die Akademiemauern: „Die heilige Scheiße beginnt zu dampfen." Sie streiten mit ihren beamteten Kunstvermittlern, verbrennen Prüfungsarbeiten und fordern „wissenschaftliche Kriterien, für das, was Kunst ist". „Sie wollen", kommentiert Frau Euler, „nicht das Weltbild der Professoren, sondern Informationen über die neue Kunstrichtung."

Doch bis dahin, zeigt die Sendung, ist der Weg noch weit. Selbst an Hamburgs Kunsthochschule konnte die Autorin dieser dank Richtmikrophon und bewegter Kamera lebendigen Dokumentation „nur Ansätze" für eine Modernisierung des Studienprogramms erkennen. Ansonsten „liegt zwischen Lehrer und Schülern ein Bewußtseinsabstand von Jahrzehnten".



Der eiserne Henry. Fernsehspiel von Clive Exton. Regie: Rolf Busch. NDR. Freitag, 19. September, 23.00 Uhr.

Mit 14 entdeckt Henry Hutchins an seiner Hüfte eine Schwellung und hält sich für geschlechtskrank. Doch als die Beule immer größer und härter wird, diagnostizieren die Ärzte eine „metalloide Induration" — Henry wird langsam zu einer stählernen Statue.

30 Jahre später schildert der „eiserne Henry" — der Panzer reicht mittlerweile vom Gürtel bis zum Kragen — im Fernsehstudio sein hartes Los, angefangen von seiner Ehe, die nach zwei Nächten am Metalleib zerschellte, bis hin zum Plan des britischen Geheimdienstes, Hitler vom unverwundbaren Henry kidnappen zu lassen; eine Zeitlang diente der „Eisenmensch" auch als Schießbudenfigur, drei Wurf eine Mark.

Den Fernseh-Regisseuren ist diese Geschichte immer noch nicht bunt genug. Sie wollen Henrys Leben „verdeutlichen, transparent machen, zu Kunst machen"; deshalb fälschen sie skrupellos. Selbst Henrys Erstickungstod haben die Kameramänner schon vor dem Ende des eisernen Menschen in einer ergreifenden Sterbeszene gefilmt. Henry (Horst Bollmann, Photo, r.) ist entsetzt: „Beim Fernsehen ist niemand an der Wahrheit interessiert."

Die Satire, die der britische Fernseh-Autor, Ex-Kellner und ehemalige Hundekuchenhersteller Clive Exton, 39, auf die Sensationsgier und Geschmackmanipulation der sogenannten Massenmedien schrieb, ist für einen Fernsehsender eine harte Herausforderung. Im deutschen Fernsehen wird die TV-Groteske mit erfreulicher Selbstironie dargeboten.



Zu Fuß in das Himmelreich. Ungarischer Spielfilm von Imre Feher (Deutsche Erstaufführung). ZDF. Freitag, 19. September, 23.05 Uhr.

Als Impressionist und behutsamer Psychologe hat sich der Ungar Imre Feher, 43, schon in seinem Erstling aus dem Vorkriegs-Milieu vor 1914 (Titel: „Sonntagsromanze", 1957) als Regie-Talent bewährt: Von René Clair und Max Ophüls beeinflußt, berichtete der Absolvent der Budapester Filmhochschule von einem Kleinstadtjournalisten, der ein Dienstmädchen liebt und aus Dünkel dann doch die Tochter der reichen Herrschaft heiratet.

Im Film „Himmelreich" (1961) jedoch hat Feher, wie die ZDF-Ausstrahlung erweist, seinen Hang zu Romantik und sachter Ironie zu einer sozialistischen Pflichtübung stilisiert, und das ist dem Werk nicht bekommen. Ansehnlich wirkt das Private, die Geschichte von einem Jung-Chemiker, der sich dem sozialistischen Dienst in der Provinz entzieht, statt dessen eine ehrgeizige Nachwuchsschauspielerin heiratet und sie („Wir haben uns falsch geliebt") an eine Theatergruppe verliert.

Aber wenn dann der haltlos gewordene Ehemann (Zoltán Latinovits, Photo, l.) bei seinem alten Professor Trost sucht und sich als „tragisches Rindvieh" schließlich doch zu staatserhaltender Arbeit aufs Land delegieren läßt, kann von Geschlossenheit der Handlung nicht mehr die Rede sein: Fehers Lösung bleibt ohne Logik.

WEITERE SENDUNGEN

Report. Leitung: Dieter Göbel. SWF. Montag, 15. September, 20.20 Uhr. Die Sendung berichtet über die Gründe der wilden Streiks, das Verhalten der Polizei bei NPD-Wahlveranstaltungen, die vom SPIEGEL (37/1969) veröffentlichten US-Geheimpläne für den Partisanenkrieg sowie über Für und Wider der Tele-Universität.

Toni. ZDF. Montag, 15. September, 21.05 Uhr. Französischer Spielfilm (1934) von Jean Renoir.

Sind die Bauern noch zu retten? ZDF. Dienstag, 16. September, 20.20 Uhr (Farbe). Bericht von Felix Tolxdorff über die Zukunft der Landwirtschaft (SPIEGEL 33/1969), der am 12. August ausgefallen ist.

Die SED und der Wahlkampf. NDR. Mittwoch, 17. September, 20.20 Uhr. Dokumentation von Klaus Ellrodt und Hans-Ullrich Barth aus der Reihe „Deutschland vor der Wahl".

ZDF Magazin: Moderator: Gerhard Löwenthal. ZDF. Mittwoch, 17. September, 20.20 Uhr. Das Magazin zeigt Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt im Wahlkampf und veröffentlicht die neuesten Umfrageergebnisse über den mutmaßlichen Wahlausgang.

Bilanz. Moderator: Wolfgang Schröder. ZDF. Donnerstag, 18. September, 22.35 Uhr. Das Wirtschaftsmagazin fragt unter anderem, wie hoch nach der Wahl die Preise steigen werden.

Baff. Redaktion: Hans-Gerd Wiegand. WDR. Samstag, 20. September, 15.15 Uhr. Das politische Jugendmagazin glossiert unter anderem unglaubwürdige Wiedervereinigungs-Parolen und zeigt den Comic strip „Der Nazimann"

Die Verirrten. HR. Samstag, 20. September, 22.40 Uhr. Italienischer Spielfilm von Francesco Maselli. Deutsche Erstaufführung.

Bischöfe antworten Journalisten. ZDF. Sonntag, 21. September, 16.30 Uhr. Weihbischof Kampe (Limburg) und Bischof Tenhumberg (Münster) werden über das gestörte Verhältnis der Kirche zur Öffentlichkeit befragt.

VERLAGE

ROWOHLT

Blinder Moment

Fritz J. Raddatz, 38, unter den linken Literaten der Bundesrepublik gewiß der urbanste, fürchtet zu Recht Verdruß von links: „Ledig und ich werden eine schwierige Messe haben."

Der Vize des Reinbeker Verlegers Heinrich Maria Ledig-Rowohlt, Promoter anti-autoritärer Autoren (Dutschke, Cohn-Bendit, Rabehl) und Herausgeber der besonders roten rororos („Linksradikalismus", „Notstandsordnung", „Kriegsdienstverweigerung") sieht sich im Zentrum einer Affäre, die den renommierten Verlag seit drei Wochen erschüttert.

Das Haus mit dem gepflegten Links-Image, so stellte sich jetzt heraus, hat auch im Kalten Krieg gehandelt: Rowohlt belieferte das Bonner Verteidigungsministerium in den letzten zwei Jahren mit insgesamt 50 000 Sonderanfertigungen der antistalinistischen Memoiren von Jewgenija Ginsburg, „Marschroute eines Lebens" (SPIEGEL 40/1967). Auf das Format der Mao-Bibel verkleinert, in grünen Kunststoff gebunden und in Frischhaltebeuteln wasserdicht verpackt, wurden die Dünndrucksachen von Spezialisten der Bundeswehr in die DDR geschickt — mit Raketen und bei Westwind per Luftballons.

Anstelle des Rowohlt-Impressums enthielten die Konterbändchen gute Ratschläge für „Zuschriften aus der SBZ": DDR-Leser sollten sich mit fingiertem Absender und verstellter Handschrift („sicher ist sicher!") an eine private Deckadresse in Westdeutschland wenden.

Das windige Literaturgeschäft flog auf, als — vor drei Wochen — ausgerechnet Freunde des Raddatz-Assistenten Nicolaus Neumann, 33, in der DDR eine Flugschrift fanden und ihm nach Reinbek schickten. Neumann, früher Leiter der radikalroten „Edition Voltaire", identifizierte den Druck als Rowohlt-Fabrikat und stieß zudem auf ein zweites Kollaborations-Vorhaben von Verlag und Verteidigungsministerium: Auch das Rowohlt-Buch „Reformmodell ČSSR" sollte gen Osten fliegen.

Die Entdeckung des konsternierten Neumann enthüllte, was Verleger Ledig-Rowohlt heute einen „Betriebsfehler", einen „blinden Moment", einen „überaus beklagenswerten Fall von Kontaktlosigkeit in der Geschäftsführung" nennt.

Und außerdem will die Geschäftsführung es fast gar nicht gewesen sein:

Ledig wußte zwar, daß der Auftraggeber das Verteidigungsministerium war und der Buchversand in die DDR per Ballon erfolgte, er ahnte aber nichts, so sagt er, von dem subversiven Impressum und der Herstellung der Propaganda-rororos in seiner eigenen Druckerei: „In so einem großen Unternehmen kann das durchaus passieren."



Cheflektor **Raddatz, Ledig-Rowohlt**
Nach dem Geschäft mit Bonn ...

Raddatz wußte nur, so sagt er, daß „irgendeine Bonner Dienststelle" die Ginsburg-Memoiren „irgendwie" in die DDR schicken würde, jedoch nichts von Verteidigungsministerium, Spezialimpressum und Ballons. Das reichte ihm, um nichts dagegen zu haben: „Ich schicke ja auch privat Bücher in die DDR, und ich finde im übrigen, daß die Ginsburg in der DDR viel gelesen werden sollte."

Alles gewußt hat dagegen Herr Hintermeier. Und der Rowohlt-Vertriebsleiter und Geschäftsführer Karl Hans Hintermeier, 57, der den lohnenden Bonner Auftrag gern akzeptiert hatte, steht auch heute noch dazu: Der den linken und literarischen Wagestücken des Raddatz-Programms eher skeptisch begegnende Vertriebsmann findet die Bundeswehr-Aktion durchaus angebracht und meint auch, Ledig und Raddatz seinerzeit ausreichend über das Projekt informiert zu haben.



Rowohlt-Angestellter **Neumann**
... ein Schaden fürs linke Renommee

Als Neumann und zwei Lektoren-Kollegen öffentliche Distanzierung von derlei Interzonenhandel forderten und die Geschäftsführung in einem Protokoll bestätigte, „daß dieser Vorgang nicht im Sinne des Verlages" war und „sich auf keinen Fall wiederholen" dürfe, da mochte denn auch Hintermeier dies nicht unterschreiben. Er flog zur Erholung nach Zypern und geht anschließend, mit einem Sitz im Rowohlt-Verwaltungsrat honoriert, in Pension.

Die tagelangen Debatten und Konferenzen im Verlag, zu denen am vergangenen Mittwoch Geschäftsführer Raddatz für einen Tag aus dem Urlaub in Spanien herbeijettete, endeten mit einem weiteren Abschied — auch Neumann geht.

Der Raddatz-Assistent hatte bei der abendlichen Heimfahrt im Taxi mit Kollegen über Hintermeier gelästert: Die Affäre, meinte einer, werde wohl doch wieder ausgehen wie das Hornberger Schießen. Taxifahrer Bertinetti, der häufig Rowohlt-Leute befördert, verstand immer nur schießen und rapportierte anderntags im Verlag ein schlimmes Anti-Hintermeier-Komplott. Die angeblichen Verschwörer wurden von Ledig der Illoyalität beschuldigt und vorläufig beurlaubt. Obwohl der Verleger dann nachgab, wollte Neumann nicht länger bleiben und kündigte.

Raddatz, der seinem Mitarbeiter nachtrauert („jemand, wie ich ihn nie mehr wiederfinden werde"), sieht nun „allerhand Schaden" aufs eigene linke Renommee und den Rowohlt-Verlag zukommen: „Eine Reihe von Autoren werden mir abspringen. Das kann die rororo-aktuell-Reihe gefährden."

Und wenn er an die Frankfurter Buchmesse denkt, die in drei Wochen beginnt, und an die Genossen vom SDS, ahnt er Arges. Er will sich zwar „jeder Diskussion stellen", unkt aber: „Sie werden unseren Stand zusammenschlagen."

Vorbesprechungen zur Behandlung des Falles Rowohlt fanden in den SDS-Zentren von Berlin und Frankfurt bereits statt.

Auch Heinrich Maria Ledig-Rowohlt, der seinen Buchhändler-Kunden den Weggang („aus Gesundheitsgründen") des vom Sortiment hochgeschätzten Hintermeier per Rundbrief erläutern will, scheut nicht vor der „schwierigen Messe" zurück. Das am Bundeswehr-Geschäft verdiente Geld soll „voll und ganz für wohltätige Zwecke" abgestoßen werden — vielleicht an Amnesty International, vielleicht an den Rechtshilfe-Fonds der Apo. Und im übrigen bittet er um mildernde Umstände:

„Immerhin liegt diese Sache zwei Jahre zurück, das war noch vor unseren Apo-Büchern. Heute, wo man ja durch die ganzen Diskussionen wacher geworden ist, könnte ein solcher Fall von Betriebsblindheit sicher nicht vorkommen."

PHILIPS



Sie laden sich die Cowboys ein – wann immer Sie möchten.



Neu:
Philips Video-Recorder
LDL 1002 (Abb.) DM 1980,–*
LDL 1000 DM 1880,–*

* einschl. DM 30,– Urheberabgabe für private Überspielung von Fernseh-Sendungen.

Deutsche Philips GmbH PVR 911/2870

...fernsehen: unabhängig von Sendezeiten

Mit dem Philips Video-Recorder Fernsehbandgerät für Bild und Ton

Sie haben nicht immer die Zeit, am Bildschirm zu sitzen, wenn im Fernsehen die Sendungen laufen, die Sie interessieren: Zeitkritische Magazine, spannende Kriminalfilme, Sportübertragungen oder Aufzeichnungen brillanter Inszenierungen.
In Zukunft können Sie trotzdem jedes Programm sehen. Wenn Sie nicht da sind – einer in Ihrer Familie wird die gewünschte Sendung für Sie aufzeichnen. Mit dem Video-Recorder von Philips.
Wiedergeben können Sie zu jedem Zeitpunkt, der Ihnen paßt. So oft Sie möchten.
Sie können die Aufnahmen auch wieder löschen, indem Sie neu aufnehmen. So einfach ist das!

Übrigens: Ihr Philips Video-Recorder ist nicht größer als ein Tonbandgerät.
Und dies wird Sie auch noch interessieren:
Sie können sogar eigene Sendungen produzieren. Dazu brauchen Sie zum Video-Recorder eine kleine Fernsehkamera und ein Mikrofon – von Philips. (Muß man ja nicht gleich kaufen. Gibt's auch später noch.)
In diesem ersten Heim Video-Recorder unter 2000,– DM steckt die Erfahrung von Philips aus vielen Jahren der Entwicklung und Produktion. Bereits 1964 war der erste Philips Video-Recorder eine Preis-Sensation.

Senden Sie mir kostenlos und unverbindlich Informationsmaterial über den Philips Video-Recorder.
Ich möchte ihn hauptsächlich privat ☐ beruflich ☐
(Zutreffendes bitte ankreuzen) verwenden.
Ausschneiden und einsenden an die
Deutsche Philips GmbH
2 Hamburg 1, Postfach 1093

2 Sp

SCHALLPLATTEN

BEETHOVEN

Stolzes Werk

Neunzehnmal rühmen die Himmel „des Ewigen Ehre“; in 26 Versionen ist die Freude als „schöner Götterfunken“ verbreitet, in 35 verschiedenen Aufnahmen liegt die „Mondscheinsonate“ vor. Insgesamt verzeichnet der Beethoven-Katalog mehr als 1000 Einspielungen.

Und dennoch kennen die Plattenfirmen seit Monaten nur ein Ziel: noch mehr Beethoven-Platten auf den Markt zu bringen.

Bis zum 200. Geburtstag des Komponisten am 16. Dezember nächsten Jahres will die Deutsche Grammophon Gesellschaft „Beethovens gesammelte Werke“ herausbringen — 75 in zwölf Leinenkassetten abgepackte Langspielplatten, die im Abonnement 975 Mark kosten.

Nicht den ganzen Beethoven, doch einen repräsentativen Querschnitt offeriert auch die Konkurrenz:

Kammerensembles, Männerchöre, Symphoniker und Philharmoniker zwischen Los Angeles und Moskau, London und Prag werden auf billigen Einführungsplatten und teuren Einzelstücken, in Subskriptions-Kassetten, Enzyklopädien und Luxus-Editionen das Werk des tauben Meisters zum Klingen bringen.

Allein der US-Trust CBS bietet die neun Symphonien mit drei Dirigenten an (Leonard Bernstein, 118 Mark; George Szell, 78 Mark; Bruno Walter, 58 Mark). Für Phonogram dirigiert Eugen Jochum den Zyklus, für Teldec Hans Schmidt-Isserstedt.

Auch die Pianisten haben alle Hände voll zu tun. Christoph Eschenbach, Daniel Barenboim, Glenn Gould, Rudolf Serkin, Wilhelm Kempff, Wilhelm Backhaus, Leon Fleisher und Julius Katchen spielen die fünf Klavierkonzerte; Barenboim, Backhaus, Kempff,



Jubilar **Beethoven**
„Gold-Mocca-Fassung“

Claudio Arrau, Friedrich Gulda und Dieter Zechlin bringen die 32 Sonaten heraus.

Stolz blicken die Firmen auf dieses Werk. Ariola: „Die Welt wird Augen machen.“ Electrola: „Every day is Beethoven-day.“ CBS: „Bernstein ist unsere Gold-Mocca-Fassung.“ Deutsche Grammophon: „Das bedeutendste Projekt unserer Tage.“



Helga Dernesch, Thomas, Karajan bei „Siegfried“-Proben in Salzburg: „Aus ff ein fp“

Ganz stimmt das nicht. Der Ost-Berliner „VEB Deutsche Schallplatte“ publiziert auf seinem „Eterna“-Label alles und jedes aus Beethovens Œuvre. Damit füllt er 120 Platten, kassiert 1440 D-Mark Ost und ist bis zum Jahre 1975 mit dem Plattenpressen beschäftigt.

Doch dann, so „Eterna“-Produzent Worm, „haben wir etwas ganz Einzigartiges vorgelegt“.

NEU IN DEUTSCHLAND

Fromme Gewalt

Hector Berlioz: „Te Deum“. London Symphony Orchestra & Chorus; Wandsworth School Boys' Choir; Franco Tagliavini, Tenor; Nicolas Kynaston, Orgel. Dirigent: Colin Davis. Philips 839 790 LY; 25 Mark.

In seiner Jugend plante Hector Berlioz (1803 bis 1869) eine Oper über das Jüngste Gericht, eine Symphonie über die Napoleonische Armee und ein siebensätziges Werk zu Ehren von Frankreichs berühmten Toten. Die Entwürfe zu diesen romantischen Monster-Stücken verwandte Berlioz dann für sein bizarres Requiem (1837) und für das 1855 uraufgeführte Te Deum.

Beide Partituren fordern einen riesigen Schall- und Hallraum, in dem der Klang aus allen Richtungen kommt und den Hörer einkreist. Der rechte Ort für diese vorweggenommene Super-Stereophonie schien dem Komponisten der Petersdom, dort sollten im Te Deum Orgel und Orchester „wie Papst und Kaiser ein Zwiegespräch von den entgegengesetzten Enden des Kirchenschiffs halten“.

Diese dröhnende, gewalttätige Komposition des Ambrosianischen Lobgesangs — hie Majestät Gottes, dort Nichtigkeit des Irdischen — ist ein Aufguß der Masseneffekte des Requiems: dreifacher Chor, darunter ein Knabenchor, ekstatisches Tenorsolo, viele Pauken und Posaunen, Vorklänge der Atonalität. Denn zum Lobpreis des Schöpfers kamen dem Skeptiker Berlioz vorwiegend theatralische Einfälle. Erst am Ende des kosmischen Oratoriums, als die Wiederkunft des Weltenrichters besungen wird, übermannen ihn Visionen und Klangbilder, die neben den gruseligen Ungeheuerlichkeiten seines Requiems bestehen können.

Das außerhalb Frankreichs kaum bekannte Te Deum gab es bislang in keiner auch nur halbwegs zulänglichen Aufnahme. Der Londoner Berlioz-Spezialist Colin Davis dirigiert diese Großkundgebung des Katholizismus nun mit strategischem Geschick und hemmungsloser Inbrunst. Die Stereophonie verwirklicht, was sich der Ekstatiker Berlioz gewünscht hatte: den erdrückenden Raumklang, die Illusion eines ungeheuren Kirchenschiffs, die totale Attacke auf das Ohr. Die mit elektroakustischen Kniffen erstellte Aufnahme ist plastischer und unheimlicher, als es eine Aufführung im Konzertsaal jemals sein kann.

Einzelne Kehle

Richard Wagner: „Siegfried“. Jess Thomas (Siegfried), Gerhard Stolze (Mime), Thomas Stewart (Wanderer), Zoltan Kelemen (Alberich), Karl Ridderbusch (Fafner), Oralia Dominguez (Erda), Helga Dernesch (Brünnhilde), Catherine Gayer (Stimme des Waldvogels). Berliner Philharmoniker; Dirigent: Herbert von Karajan. Deutsche Grammophon 643 536/40; 98 Mark.

„Meine Herren, ich bitte, nehmen Sie das ff nicht zu ernst, und wo es steht, machen Sie ein fp daraus, und aus dem p ein pp. Denken Sie, daß Sie da unten so viele sind, und hier oben eine einzelne menschliche Kehle.“

Diese Anweisung, die Wagner den Orchestermusikanten der Berliner „Siegfried“-Erstaufführung gab, ist für den Opernkapellmeister Karajan das Evangelium und die Legitimation seines leisen, jedem heldisch-schweren Pathos feindlichen Wagner-Klangs.

Noch konsequenter als in der „Walküre“ und in „Rheingold“ gibt Karajan den „Siegfried“ als lyrische Piano-Oper ohne brünstige Ekstase. Und das gestattet Nuancierungen, wie man sie in dieser Präzision noch nicht gehört hat:

Auf Karajans „Siegfried“-Platten musiziert ein höchst wandlungsfähiges Orchester: eines, das direkt mitagiert, das kommentierend auf bedeutende

Nach einem Jahr bereits das meistgekaufte Kopiergerät Europas...
was muß das für ein Gerät sein!

Der 151* kopiert schnell, sauber, sparsam und vollkommen trocken. Und das Ergebnis: 1a Kopien – originalgetreu. Mit Unterschrift, Randnotizen, Stempeln und das sogar aus gebundenen Vorlagen. Jetzt endlich ist Kopieren rationell. Denn Abschreibarbeiten oder lange Wege zu einem zentral aufgestellten Kopiergerät (wegen einer Kopie) sind bei weitem zu teuer! Den 151 von 3M können Sie jedem Sachbearbeiter auf den Tisch stellen. Sein Preis erlaubt es Ihnen, er ist nach wie vor eine Sensation – weit unter der Abschreibungsgrenze! Rufen Sie Ihren Fachhändler an oder schicken Sie uns den ausgefüllten Coupon, wir leiten ihn weiter.



Wir bitten um Information über das 3M Trocken-Fotokopiergerät 151

Firma: ______________________

Name: ______________________

Anschrift: ______________________

______________________ Telefon: ______________

3M COMPANY

Abt. 8 Kopierprodukte j
4 Düsseldorf
Königsallee 106
Telefon 8 22 42 41



*Der 151 ist so selbstverständlich wie ein Telefon und so notwendig wie eine Schreibmaschine. (DM 595,– o. Mwst.)

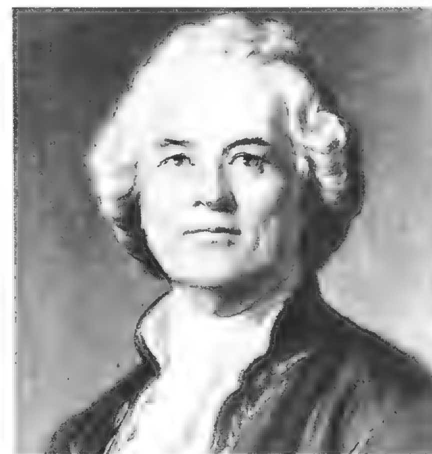
Handlungsmomente hinweist und das so zurückhaltend-kammermusikalisch begleitet, daß auch der schwächliche Siegfried (Jess Thomas), der laut Thomas Mann ein „Hanswurst, Lichtgott und anarchistischer Sozialrevolutionär auf einmal" zu sein hat, noch eine Chance bekommt.

Was bei den Salzburger Osterfestspielen dann so überdeutlich wurde, ist auf dieser lange vor dem Festival hergestellten und mit elektronischen Tricks verbesserten Platten-Version dennoch zu hören: Thomas ist kein Heldentenor von Siegfried-Format. Anders Helga Dernesch, Karajans Neuentdeckung, die — trotz Birgit Nilssons Konkurrenz — bald schon eine der besten Brünnhilden sein wird.

Regel verletzt

Christoph Willibald Gluck: „Don Juan". Academy of St. Martin-in-the-Fields; Dirigent: Neville Marriner. Decca SXL 6339; 25 Mark.

„Es gibt keine Regel, die ich nicht zugunsten der Wirkung opfern würde", polemisierte der pfälzische Förstersohn Christoph Willibald Gluck (1714 bis 1787) gegen die akademischen Harmonielehrer. So reformierte er die



Komponist **Gluck**
Geräuschvoll zum Teufel

Oper und, wie diese Schallplatte zeigt, auch das Ballett.

In seinen 31, hier mit Ausnahme einer Andante-Doublette (Nr. 29) erstmals komplett stereophonisch eingespielten Tanzsätzen erstellte der Klassiker aus Menuett, Fandango, Gavotte und drei großen dramatischen Szenen ein musikalisches Psychogramm des spanischen Draufgängers — und manchmal nahm er dabei Mozarts 26 Jahre jüngere Oper detailgetreu vorweg.

In spitzen Sforzati läßt er Don Juan mit dem Commendatore duellieren, in schrillem d-Moll und unter herben verminderten Septimakkorden — genau wie später bei Mozart — fährt der Frevler geräuschvoll zum Teufel.

Konzertmeister Neville Marriner führt sein dirigentenloses Ensemble „ohne Hilfe eines menschlichen Metronoms" (Marriner) mit freizügigen

Appoggiaturen, kleinen Instrumentationsretuschen und manchmal fast stilwidrig kurzatmiger Phrasierung durch die geistvolle Ballettpartitur.

Nur zweimal, bei Bauerntanz (Nr. 12) und Geistermusik (Nr. 16), stoppt er seinen Drive ohne dramatische Rechtfertigung: Da verletzt er die Regel und verpatzt die Wirkung.

BESTSELLER

E-MUSIK

1. **Hifi-Stereo-Festival I.** Berliner Philharmoniker; Karajan; Grammophon; 10 Mark. (1)
2. **Wilhelm Backhaus spielt Beethoven.** Decca; 10 Mark. (2)
3. **Artur Rubinstein spielt Chopin.** RCA Victor; 10 Mark. (4)
4. **Mozart: Eine kleine Nachtmusik.** Münchinger; Decca; 10 Mark. (3)
5. **Konzert für Millionen II.** Grammophon; 7,50 Mark. (6)
6. **Barock-Revolution.** W. Carlos spielt Bach an der Elektronen-Orgel. CBS; 19 Mark. (5)
7. **Bizet: Carmen.** Karajan; RCA Victor; 10 Mark. (7)
8. **Mozart: Die Zauberflöte.** Böhm; Decca; 10 Mark. (9)
9. **Laudate Dominum.** Geistliche Musik. Grammophon; 10 Mark. (8)
10. **Galakonzert für Millionen III.** Grammophon; 7,50 Mark.

U-MUSIK

1. **James Last: Non Stop Dancing 8.** Polydor; 19 Mark. (1)
2. **Alexandra: Sehnsucht.** Philips; 19 Mark. (6)
3. **Haare.** Deutsche Fassung. Polydor; 19 Mark. (3)
4. **Lieder unserer Welt in Licht und Schatten.** Philips; 10 Mark. (10)
5. **Hifi-Stereo-Festival II.** Polydor; 10 Mark. (5)
6. **The 5th Dimension: The Age of Aquarius.** Liberty; 19 Mark. (4)
7. **Blind Faith.** Polydor; 19 Mark.
8. **Udo Jürgens: Udo live.** Ariola; 20 Mark. (7)
9. **Blues News.** Polydor/Chess; 10 Mark.
10. **James Last: Käpt'n James bittet zum Tanz.** Polydor; 19 Mark.

Ausgeschieden, da nunmehr ein Jahr im Handel: Hair. Original-Broadway-Fassung; RCA Victor.

Im Auftrag des SPIEGEL vierzehntäglich ermittelt vom Institut für Demoskopie Allensbach.

GESELLSCHAFT

PETERS PRINZIP

Schicksal der Saurier

Der Menschheit ganzen Jammer veranschaulicht Dr. Laurence J. Peter gern wie ein Frosch, den Schönwetter in seinem Glas nach oben treibt. Der 1,96 Meter große Pädagoge hockt sich dazu auf die höchsten Sprossen einer Leiter, den Kopf unter die Zimmerdecke gezwängt.

Dort, in einer unbequemen Ecke, ist nach Peters Erkenntnis jedermann gefangen, der es nach landläufiger Ansicht zu etwas gebracht, der es geschafft hat: Wer die äußerst erreichbare Stufe seiner Karriere erklimmt, verliert den Boden unter den Füßen.

Der Kampf ums Dasein, fand der Lehrer, Schul-Psychologe, Gefangenen-Berater und Professor für Erziehungswissenschaft an der University of Southern California in Los Angeles, endet in der menschlichen Gesellschaft zwangsläufig in Sackgassen. Wer immer strebend sich bemüht, lautet „Peters Prinzip", wird so lange befördert, bis er überfordert ist.

Dieses neue satirisch-soziologische Fundamentalgesetz hat Dr. Peter, zusammen mit dem Stückeschreiber und „Punch"- und „Esquire"-Mitarbeiter Raymond Hull, nun unter die Leute gebracht. Bemerkenswert ist, daß gerade jenes Land, das die Laufbahn vom Tellerwäscher zum Millionär als Leitbild erfand und in dem armselige Aschenputtel mit nichts als einem prallen Pullover zu Film-Feen aufsteigen, den Mahner anhört.

Denn Peter klettert mit seinem Prinzip, in einem 180-Seiten-Buch formuliert und erklärt, selber auf der Erfolgsleiter höher. Das ironisch mit Pseudowissenschaftlichkeit getarnte Lebenshilfe-Werk hält seit Wochen den Spitzenplatz der amerikanischen Bestseller-Listen*. In einer Woche wurden von den Job-bewußten US-Bürgern 12 000 Exemplare gekauft. Und die amerikanische Illustrierte „Life" prophezeite, daß „Peters Prinzip" als Schlagwort — ähnlich wie „Parkinsons Gesetz" (die These vom wuchernden Eigenleben aller Bürokratien) — in den allgemeinen Sprachschatz eingehen werde.

„Warum immer alles schiefgeht" (so der Untertitel des Buches), das haben sich seit jeher der Mann auf der Straße wie auch überragende Geister gefragt. „Schuster, bleib bei deinen Leisten", derart versuchte etwa der Volksmund Antwort zu geben und vor dem Stress zu warnen, der notwendig zu Fehlern verleitet.

Karl Marx sah das Übel im Kapitalismus und entwarf eine Gesellschaftsordnung, in der jeder nach seinem Leistungsvermögen schaffen und jeder nach seinen Bedürfnissen versorgt werden sollte. Aber Dr. Peter

* Laurence J. Peter, Raymond Hull: „The Peter Principle". William Morrow & Company, Inc., New York; 180 Seiten; 4,95 Dollar.

entlarvt den Kommunismus als „unwissenschaftliche Utopie ... ein anderes Opium fürs Volk“ — wer nach Kräften sein Bestes leistet, rückt manchmal auch im Paradies der Werktätigen gemäß Peters Prinzip eins auf.

Sigmund Freud, „im Grunde seines Herzens ein Satiriker“ (Peter), erklärte Untüchtigkeit schon besser „damit, daß Frauen frustriert sind, weil sie keine Männer sein, Männer weil sie keine Kinder gebären können, und kleine Jungen, weil sie nicht ihre Mutter heiraten dürfen“. In Wahrheit, erläutert jetzt der amerikanische Professor, „folgt Frustration nicht aus dem unerfüllbaren Verlangen nach einer begehrenswert erscheinenden Stellung ... sondern gerade aus der Beförderung in eine derartige Stellung“.

Solche Einsicht kam Dr. Peter allerdings erst, als er die Unzulänglichkeiten dieser Welt aus dem Blickwinkel einer neuen, von ihm inaugurierten Wissenschaft zu untersuchen begann: „Hierarchologie“. Die Binsenweisheit,



Autoren **Peter** (r.), **Hull**
Fibel fürs Fußvolk

daß sich der Mensch bei allen seinen Betätigungen in Hierarchien einzuordnen hat, bot den Schlüssel für Peters revolutionäre Erkenntnis: „Jeder Beschäftigte steigt so weit auf, bis er seinen Grad der Inkompetenz erreicht hat.“

Der Automechaniker E. Tinker etwa (in Peters Sammlung allgemeingültiger Beispiele „Fall Nr. 3, Serie Dienstleistungs-Industrie“), der wie kein anderer fleißig und tüchtig sein Tagewerk verrichtet, wird eines Tages Werkstatt-Chef. Tinker aber „krempelt weiterhin die Ärmel auf und fummelt selber in zerlegten Motoren herum“ — die anderen Mechaniker drehen derweil Daumen, die Kunden warten auf ihre Wagen, der Laden läuft nicht mehr.

Peters Prinzip, so wird deutlich, hat fürchterliche Folgen: „Die Arbeit wird lediglich von den Beschäftigten getan,

Otto Köhler

MÄCHTIG STARK

Der elfjährige Matthias Rank in Hangelar kam zu seinem Vater und fragte: „Ist es wahr, daß die Leute in der Ostzone alle Kleider aus alten Zeitungen tragen? Ist es wahr, daß die Omnibusse in der Ostzone keinen Motor haben und die Fahrgäste das Fahrzeug mit Tretpedalen antreiben müssen?“

Ach, lieber Matthias, es ist wahr, unsere Landsleute haben nur Zeitungskleider und Tretbusse. Wahr ist auch, daß ihre Lebensmittel noch immer streng rationiert sind — Schweinefett etwa ist drüben eine unbekannte Köstlichkeit. Wahr ist, das DDR-Würstchen aus Hundefleisch gemacht werden. Und wahr ist auch, daß unsere armen Landsleute drüben von einem Marschall Ivan Sownjet geknutet werden, der laut verkündet: „Meine Leidenschaft ist der Krieg, Karaschow.“

Daran mußt Du, lieber Matthias, glauben, auch wenn es schwerfällt. Denn das alles und noch viel mehr ist wahr — so wie jede große Kunst wahr ist. Die Hefte, lieber Matthias, die diese Erkenntnisse verbreiten, sind eine „künstlerische Leistung“. Oder wie es ihr Verlag noch sagt: „Comic strips von Rolf Kauka zählen wegen ihrer hohen künstlerischen Qualität zu den besten eines neuen und immer beliebter werdenden Literaturzweiges.“

Und noch eins, Matthias: Rolf Kauka garantiert Dir „hohes Niveau“. Kaukas Comics „gehören zu den besten der Welt, denn der europäische Leser weiß Qualität zu schätzen. Er sieht den Unterschied zwischen Kitsch und künstlerischer Leistung“. Das ist bewiesen! „Einundzwanzig Millionen verkaufter Kauka-Comics im vergangen Jahr geben davon Zeugnis.“

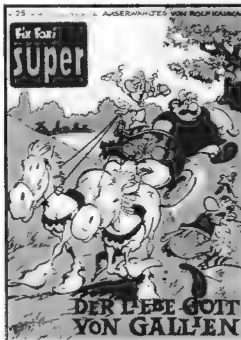
Kauka-Comics gibt es in immer neuen Serien und Reihen. Sie heißen etwa „Fix und Foxi Super“ oder „Fix und Foxi zum Lesen und Lachen“. Und das allerbeste wird in „FF-Extra“-Taschenbüchern am Kiosk angeboten. Doch die Grundwahrheiten, lieber Matthias, auf die Du in den verschiedenen Heften stößt, sind immer die gleichen.

Da ist etwa, Du wirst ihn rasch an der Nase erkennen, Matthias, in der Stein-Zeit der Fürst Goll von Gallenstein, der die hübsche Petra aus dem Stamm der Pichelsteiner gefügig machen will, aus dem „später das glorreiche Volk der Germanen hervorging“.

Später zur Germanenzeit hat er immer noch die Nase, die Petra nicht mag, aber er heißt jetzt General Charli V., läßt die Germanen ausbeuten und klagt: „Was ist dieses Germanien doch für eine langweilige Einöde! Keine Streiks, nicht mal eine kleine Revolution. Wenn ich da an meine Republik denke ... formidable.“

Auch die triefäugige, bärtige Alte wirst Du, Matthias, sicher schnell erkennen, denn sie wird „Queen“ genannt. Und sie will — das ist die Wahrheit über englische Herrschsucht —, daß „die Pichelsteiner auf ewig meine Untertanen sind“.

Da Du erst elf Jahre bist, Matthias, wird es Dir schwerer fallen, den rassisch nicht näher bezeichneten Mann mit der ganz besonders krummen Nase zu erkennen, der ein Nachtlokal („Blow up“) besitzt. Du merkst es schon an seiner Sprechweise, er ist böse und hinterlistig: „Und de Pichelsteiner wern wer auch gleich erlädigt haben, hähähä! Werd ich sie einladen zu aner Runde. Hab' ich schon ä wunderscheenes Gift vorbereitet.“



Kauka-Comic

Doch Kaukas Comic-Welt, Matthias, kennt nicht nur Teufel, sie kennt vor allem Helden, die urdeutschen Pichelsteiner eben, die einfach nur mal so („Rulps, Peng, Bum“) mit dem Kopf durch eine dicke Mauer laufen und eine Übermacht von Gallensteinern verdreschen. Und die von den Okeysteinern nur durch List überwältigt werden und einer „blinden“ Siegerjustiz ausgeliefert sind („Ihr habt einen gemeinen Angriffskrieg geplant“).

Später, im Jahre 69 zur Zeit der alten Römer, damals als „im Nahen Ost, in Palästina die Israeliten putschten“, sind die Helden Germanen und heißen Blitz-Siggi und Babarras. Sie besitzen alle Eigenschaften des grundanständig gebliebenen SS-Mannes, loben die Zeiten, „als wir am Dnjepr standen“ und singen „O du schöner We-hehesterwald“. Ihre Feinde ergreifen immer das Hasenpanier. Die Engländer stöhnen: „Der Feind war mächtig stark. Auf einen von denen kamen nur zehn von uns.“

So erfährst Du früh durch Rolf Kaukas Comic-Welt, daß wir wieder wer sind — und es schon immer waren. Doch, lieber Matthias, Dein Vater will Dir diese Hefte nicht mehr kaufen. Er finde sie „zum Kotzen“, schrieb er dem SPIEGEL. Das ist schade, Matthias, denn wer bereitet Dich jetzt so gut auf die Welt der Erwachsenen vor wie der deutsche Volkspädagoge Rolf Kauka?

die noch nicht jene Stellung erreicht haben, in der sie inkompetent sind.“

Scheinbare Ausnahmen bestätigen nur das unerbittliche Gesetz. Wenn Inkompetenz zu auffällig wird, erklärt Dr. Peter, pflegt die Hierarchie die ihr eigene Ordnung durch Pseudo-Beförderungen wiederherzustellen, so

▷ durch „perkussive Sublimation“ (etwa: Abschieben nach oben). Die — fiktive — Waverley Broadcasting Corporation, vorbildlich für viele Unternehmen, errichtet einen neuen Bürokomplex nur für Frühstücksdirektoren. Zweck: „Die Drohnen sind den Arbeitsbienen aus dem Weg geräumt“;

▷ durch „laterale Arabesken“ (etwa: Abfinden mit einem längeren Titel). R. Filewood, Peters ebenfalls fiktiver Musterfall, versagt als Bürochef. „Mit gleichem Gehalt ist er nun Koordinator für die Inter-Department-Kommunikation (er überwacht die Ablage der Hauspost-Durchschläge).“

Wahre Kompetenz in Spitzenstellungen, so eruierte der Prinzipien-Peter, „ist rar“. Albert Einstein beispielsweise leistete Mustergültiges, ohne daß er noch weiter hätte befördert werden können, gleich in zwei Hierarchien: in der Wissenschaft und in der herrenmodeschaffenden Industrie. „Seine Frisur und seine Art, sich zu kleiden“, erläutert Dr. Peter das zweite Arbeitsfeld des Relativitäts-Theoretikers, „haben einen Trend gesetzt, der noch heute auf junge Leute nachwirkt.“

Sonst ist die Hierarchien-Geschichte düster. „Macbeth“, urteilt Peter, „war ein erfolgreicher Heerführer, aber ein inkompetenter König.“ Und „A. Hitler, ein vollendeter Politiker, erreichte seinen Grad der Inkompetenz als Generalissimo“.

Wer noch im Fußvolk marschiert, hat jetzt aber die Chance, mit der Lektüre von Peters Prinzip-Fibel sein Lebensglück zu wahren: Er muß nur seine Beförderung auf die ihm allenfalls erreichbare Stufe der Hierarchie hintertreiben. Ein manchmal leicht schmuddeliger Anzug, ein nicht stets peinlich aufgeräumter Schreibtisch oder ein zu großer Wagen sind nach Dr. Peters Erfahrung schon geeignet, den verhängnisvollen Sturz die Treppe hinauf zu verhindern.

Nur wenn viele Menschen dem vermeintlichen Gipfel ihrer Karriere entsagen, meint der Pädagogik-Professor, könnte der Untergang der Menschheit aufgeschoben werden. Denn die Hierarchologie führt zu durchaus apokalyptischen Aspekten: Ahnungslos hat der Mensch sich selbst fortwährend befördert — „vom Baumhocker zum Höhlenbewohner, zum Feuermacher, Faustkeilschläger, Bronzeschmelzer und so immer weiter“.

Wenn sich die Strebsamen nicht besinnen und beizeiten Peters Prinzip durchbrechen, schließt Peter, wird der Homo sapiens „früher oder später seinen Grad der Lebens-Inkompetenz erreichen wie einst Dinosaurier, Säbelzahn-Tiger und Mammut“.

Die leichten Rechner von Toshiba rechnen leicht. Weil sie elektronisch mit 12 Stellen exakt rechnen.
Die leichten Rechner von Toshiba machen das Rechnen leicht. Durch Einbau von LSI-Elementen (Large, Scale, Integrated, Circuit). Die die Rechner kompakt (220x125x280 mm) machen und 2,8 kg leicht.
Deshalb sind sie leicht zu bedienen, zuverlässig, leicht zu transportieren.

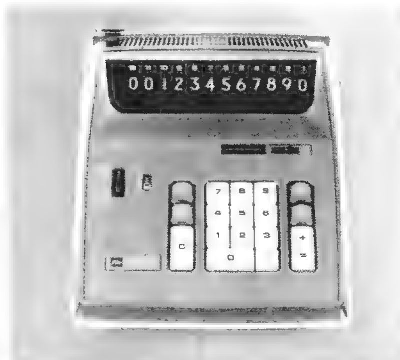


Die leichten Rechner

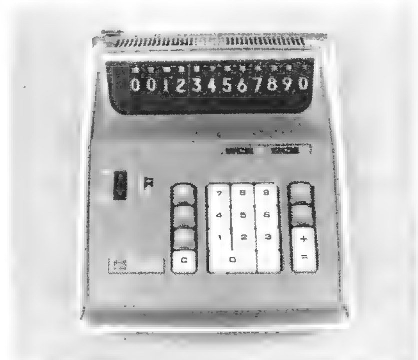
Die leichten Rechner von Toshiba sparen Zeit, Anstrengung, Geld.
Leicht is money.



Leicht-Rechner BC 1211 S
+ – × Konstante-Taste, Speicher
12-stellig



Leicht-Rechner BC 1202
+ – × : Konstante-Taste,
12-stellig



Leicht-Rechner BC 1212
+ – × : Konstante-Taste, Speicher
12-stellig

Coupon Die leichteste Art, die leichten Rechner noch besser kennenzulernen, ist, den Coupon auszufüllen und an unsere Toshiba-Vertretungen schicken.
Sie erhalten detailliertes Prospektmaterial oder wenn Sie möchten einen unverbindlichen Termin mit einem unserer Berater.

Name: ____________________

Adresse: ____________________

____

Deutschland: electronic B.V. GmbH, Hamburg, Beethovenstr. 60
Österreich: Hantor Büro-Organisation, Wien, Kirchengasse 3
Holland: Veenman Kantoormachines N.V., Rotterdam, Goudsesingel 108
Schweiz: Büro-Fürrer, Zürich, Hardturmstr. 76

TOSHIBA
Europa GmbH
4 Düsseldorf
Achenbachstr. 141



THEATER

SPENCER

Ungeheures Ding

Vielleicht gibt es wieder eine unbefleckte Empfängnis", vermutet Gary, dem „mit 25 plötzlich ein Fettwanst" gewachsen ist, aber sein Lebensgefährte Tom kennt sich da besser aus: „Es ist biologisch unmöglich." Dennoch schickt er Gary zum Gynäkologen.

Der Doktor — „Das ist doch unglaublich" — kann nur bestätigen, was wenig später auch die Kinderschwestern mit eigenen Augen vor sich sehen: Gary ist hochschwanger und bringt einen gut zehnpfündigen Andrew zur Welt — das erste ganz unter Männern zustande gekommene Baby.

Das freudige Ereignis, diesen „besten Theaterspaß des Jahres" („The Times"), hat sich der britische Dramatiker Colin Spencer, 36, ausgedacht. Sein Zweiakter „Wie ein Ei dem anderen", jetzt in Wuppertal erstmals auf deutsch gespielt, hat demnächst auch an Stadt- und Zimmertheatern in Hamburg, Bremen, Wien und Tübingen Premiere — als hintersinnige Sozial-Utopie.

Denn Autor Spencer, der schon zwei Romane über die „Tyrannei" und die „Anarchie" der Liebe veröffentlicht hat, treibt seinen komödiantischen Spaß nicht allein auf Kosten des unversehens fruchtbaren Homosexuellenpaares.

Wie die Amerikanerin Rochelle Owens, die in ihrem jüngst für Deutschland erstaufgeführten Schauspiel „Futz" (SPIEGEL 25/1969) am Beispiel eines Landarbeiters, der sein Hausschwein liebt, Umwelt-Brutalitäten enthüllte, bringt auch Spencer eine gegenüber der Minderheit pervers reagierende Gesellschaft auf die Bühne:

„Das ist ein Fall, den wir vollkommen verschweigen müssen", verlangt die Krankenhaus-Oberin; dann aber telephoniert die lesbische Matrone mit einer Freundin: „Ein ungeheures Ding. Schade, daß wir beide die Wechseljahre hinter uns haben, Liebling." Toms Mutter wünscht sich, ihr Sohn hätte lieber „ein Mädchen in Schwierigkeiten gebracht", und für einen Beamten des Innenministeriums war die Lage noch nie so ernst: „Man denke an die verlorene Manneskraft in der Industrie, wenn diese verdammten warmen Brüder dauernd weglaufen, um Mutter zu werden. Das führt zu totaler Anarchie."

Herzlich normal, aufgeregt und kleinbürgerlich läßt Spencer dagegen die maskulinen Eltern mit dem Familienglück fertig werden: Während Tom Geld verdient, füttert Gary Klein-Andrew mit Schnaps, Bier und Steakfleisch zu einem körperlich überentwickelten Genie heran. Nach wenigen Wochen schon, in denen sich die Eltern nach Art heterosexueller Ehepaare zanken („Und ich habe nicht mal eine Waschmaschine"), hat der Kleine „einen Wortschatz wie ein Lexikon",



Spencer-Stück **„Ei" in Wuppertal**
„Das ist ein Fall . . .

mit einem Jahr schleicht Andrew nachts ans Bett des schlummernden Premierministers — durch „Verbalsuggestion" macht er ihm klar: „Zieht alle im Ausland stationierten Streitkräfte zurück."

Der Briten-Premier gehorcht. Spencer, der in seinem Erstling „Die Ballade vom falschen Barmann" schon einen weiblichen Cocktailmixer in Männerkleidung gesteckt und einen anglikanischen Pastor mit lila Krinoline eingekleidet hatte, läßt am Schluß des „Ei"-Spiels seinem Hang zur Groteske allzu freien Lauf:

Homosexuellen-Geburten werden plötzlich aus ganz England gemeldet — 500 insgesamt. Und als die Regierung die unerwünschte Brut kasernieren läßt, machen die Erzeuger Klamauk: „Schwules Glück in unserem Bauch", so rufen sie, „ist so gut wie andres auch." Das Unterhaus legalisiert unter



Dramatiker **Spencer**
. . . den wir verschweigen müssen"

Was kostet ROST

Sie und Ihre Firma?

Senken Sie Ihre Instandhaltungskosten für Maschinen, Baustahl, Brücken, Tanks, Türme – verlangen Sie RUST-OLEUM® Schutzanstrich! Tragen Sie RUST-OLEUM 769 Grundierung auf das rostige Metall auf, nachdem Rostschuppen und loser Rost entfernt wurden. Verschönern Sie dann mit einer der dauerhaften RUST-OLEUM Deckfarben. – Prompte Lieferung durch Ihre nächste RUST-OLEUM Vertriebsgesellschaft.

Vertriebsfirmen:

1000 BERLIN 61
Friedrich Schulze
Zossenerstraße 55

2000 HAMBURG
Otto Markert & Sohn
Hammer Landstr. 204

2000 HAMBURG-LANGENHORN
R. H. Süss & Co.
Oehleckerring 10

2300 KIEL
Fritz Ivers K.G.
Rathausstraße 2

2800 BREMEN
Ad. Voigt & Co.
Am Wall 126

2970 EMDEN
Oscar Stephan
Hinter der Halle 6

3000 HANNOVER
Wilh. Herm. Müller & Co. K.G.
Post Kamp

3200 HILDESHEIM
Erich Hilgendorf & Co.
Lessingstraße 15

3300 BRAUNSCHWEIG
Technika GmbH
Pippelweg 4

4230 WESEL
De Haas & Brücker GmbH
Friedrichstr. 2-4

4300 ESSEN
Rhein-Ruhr Gummi GmbH
Postfach 1334
Norbertstr. 3-5

4630 BOCHUM
Grümer Technik
Hermannshöhe 30

5000 KÖLN
Carl Lemmen
Goerresstraße 1

5900 SIEGEN
W. Schneck, sen.
Sandstraße 24

6000 FRANKFURT/MAIN
Schulz & Souard
Mainzer Landstr. 257

6700 LUDWIGSHAFEN
Rausch + Lampert GmbH
Bismarckstr. 54-56

7000 STUTTGART
Daniel & Jäger
Rotebühlstr. 89/2

7500 KARLSRUHE-RÜPPURR
IBA
Fronstraße 16

7500 KARLSRUHE
Carl Roth
Herrenstraße 26/28

7900 ULM/DONAU
Sudhoff K.G.
Neutorstraße 16

8000 MÜNCHEN
Dr. Oscar Menzel Nachf.
Karlstraße 57

8500 NÜRNBERG
IBA
Kritzstr. 13



*Eingetragenes Warenzeichen

Sie und Ihr Heim?



Für anhaltenden Schutz und dauerhafte Schönheit verwenden Sie RUST-OLEUM Anstrichfarben für Fahrräder, Garagentüren, Balkongeländer etc.



RUST-OLEUM 769 Grundierung mit speziell verarbeitetem Fischöl durchdringt den Rost bis auf das blanke Metall.



RUST-OLEUM Deckfarben verleihen sodann dauerhafte Schönheit.

Erhältlich in Eisenwaren-, Farben- und Autozubehörgeschäften und in Kaufhäusern.



Vertrieb an Einzelhandel
durch: EMIL LUX
5678 Wermelskirchen

RUST-OLEUM CORPORATION, EVANSTON, Illinois, U.S.A., ROOSENDAAL, THE NETHERLANDS

Druck das biologische Wunder, und in der 30. (Schluß-)Szene wartet nunmehr Andrews Vater Tom von den Behörden unbehelligt auf Mutterfreuden.

Demnächst, übrigens, auch im Lichtspieltheater: Die US-Filmfirma Columbia hat die Verfilmungsrechte am Spencer-Spiel bereits erworben.

LANGE

Gefügiger Preuße

Der Stallbursche Leopold hat am Hause „sein Wasser abgeschlagen", und seine Dienstherren argwöhnen, „daß ein Mensch, der Derartiges tut, noch ganz andere Dinge zu tun imstande ist".

Wirklich: Der Kerl pißt nicht nur, wenn es ihn drückt, er schläft sogar, auf Befehl, mit seiner Herrin und wird schließlich, in Not, „der erste Knecht, der in Preußen auf seinen Herrn geschossen hat".

Der aufsässige Domestik, ein Ahnherr des Puntila-Knechtes Matti, zählt zum Personal der „Gräfin von Rathenow", einer Komödie des in West-Berlin ansässigen DDR-Emigranten Hartmut Lange, 32, die jetzt in Köln uraufgeführt wurde.

Lange, Verfasser einer Bergbau-Reportage („Senftenberger Erzählungen"), eines LPG-Stücks („Marski") und zweier, mit dem Berliner Gerhart-Hauptmann-Preis ausgezeichneter Einakter über Stalin, hat einen deutschen Klassiker-Stoff adaptiert: Kleists Novelle „Die Marquise von O ..."

Wie in der Vorlage, läßt auch Lange eine ohnmächtige, tugendhafte Witwe von einem Unbekannten schwängern; wie bei Kleist fahndet die werdende Mutter per Zeitungsanzeige nach dem Vater des so mysteriös empfangenen Kindes.

Doch, abweichend von Kleist, wird Langes Adlige, hier eine Preußin, auf andere, unerwartete Weise aktiv: Von den Eltern verstoßen, die fälschlich



Dramatiker **Lange**
„Böse Regie"



Langes „Gräfin" in Köln
„Linksrheinische Lebensart"

eine Liaison mit dem Stallknecht Leopold argwöhnen, macht sie das Absurde wahr: Sie zwingt den Verdächtigten wirklich in ihr Bett und läßt ihn 14 Tage lang nicht aus dem Zimmer.

Dieser großsprecherische, aber gefügige Leopold verdeutlicht mit seinem französischen Diener-Kollegen für Lange „den gesellschaftlichen Progreß beider Staaten": Der Preuße vermag nur auf Befehl gegen die Herrschaft zu wüten; der aufgeklärte Franzose dagegen ist sogar seinem Herrn an Einsicht voraus.

Aber diese „Überlegenheit der linksrheinischen Lebensart" (Lange) scheitert schließlich doch an der dumpfen Borniertheit der Preußen — im Stück wie schon zuvor in der Historie.

Wie die vergewaltigte Gräfin sich am Ende wieder zu ständischen Konventionen flüchtet — sie heiratet den Vater ihres Kindes, um das Verhältnis zu legalisieren und vernichtet ihn, indem sie ihn gleich wieder verläßt — so habe, meint der Autor, nach der mühelosen Vergewaltigung des ostelbischen Feudalstaates durch die Franzosen preußische Sturheit schließlich den Sieg über Napoleon ermöglicht.

Diese Mischung aus Geschichts-Symbolik, Anekdote und hintergründiger Klassenkampf-Aktualität hat Dramatiker Lange zu 15 bühnenwirksamen Szenen gefügt, und der Kölner Regisseur Hansgünther Heyme, sonst als ingeniöser Ekstatiker gefürchtet, inszenierte die „Gräfin von Rathenow" ganz im Sinne des Autors: Seine „böse Regie" (Lange) mied grelle Effekte und stilisierte Preußen wie Franzosen zu scharfkantigen Typen, ohne den Realismus der Spielvorlage anzutasten.

Doch selbst vor einer weniger kompakten Inszenierung ist dem Autor nicht bange: Sechs weitere Bühnen haben die Komödie angenommen — da gewinnt Lange, so glaubt er, genug Zeit und Tantiemen, um zu schreiben, was er eigentlich will: politische Denkspiele. Eine „Ermordung Trotzkis" ist schon in Arbeit.

KOSMETIK

HYGIENE

Cupidos Köcher

Mag sie den Schmuck abtun — wie schön bleibt doch ihr Hauch", so rühmte ein unbekannter Dichter aus Tausendundeiner Nacht den Liebreiz der chinesischen Prinzessin Budûr.

Jetzt, tausend Jahre danach, gelang einem amerikanischen Textilblatt — unfreiwillig zwar — die zeitgemäßsachliche Übersetzung des orientalischen Dichterworts. „Was könnte schöner sein", schrieb „Women's Wear Daily", „als eine lieblich duftende Vagina."

So wie einst in Bagdad und Damaskus Schwaden von Moschus, Aloë und Ambra die Nächte in Königs- und Kaufmannspalästen durchwaberten, soll jetzt auch Parfümierung den Intimbereich westlicher Zivilisation durchdringen. „Herb" und „frisch" (in der Bundesrepublik), „Champagner" und „Jasmin" (in den USA) heißen Duftnoten, die von der Körperpflegemittel-Industrie im Kampf um ihr jüngstes Angriffsziel — „die weiblichste Stelle Ihres Körpers" („Bidex"-Werbung) — eingesetzt werden.

Der Sprayhauch „zwischen Haut und Höschen" („Tasmin"-Werbung) erwies sich bereits als überaus erfolgreicher Hygiene-Tip. 35 Millionen Mark gaben deutsche Frauen im letzten Jahr für die ersten vier Intim-Präparate aus, die auf den Markt kamen. Inzwischen sind es mehr als ein halbes Dutzend. Und annähernd 50 Millionen Mark brachten die zehn verschiedenen „Vaginalspray"-Sorten der US-Kosmetikbranche im ersten Jahr ein.

Der neuartige Sprüh-Boom, so konstatierte „Women's Wear", versetze die US-Frauenschaft in den erfreulichen Zustand von „Instant-Weiblichkeit", denn die Pille allein „reicht eben nicht aus". Und daß auch deutsche Frauen zunehmend zu der handlichen Aerosoldose greifen, führt das „Handelsblatt" nicht zuletzt auf die „sog. Sexwelle" zurück, welche „die Werbung unproblematisch" mache.

Die Verkaufsansprache ist in der Tat unmißverständlich. „Immer dann, wenn Sie ganz Frau sein möchten", soll „Bidex" angewandt werden. Die Ultra-Kosmetik empfiehlt ihr „Tasmin", ob die Kundin nun „alles oder nichts" anhat. Und Werber für den amerikanischen Spray „Demure" (mit Pfefferminzkomponente) erkannten: „Sie schlafen jetzt nicht mehr mit Ihrem Teddy, Sie sind ein großes Mädchen mit all seinen Problemen."

Äußerlicher Sprühduft allein, so argwöhnen indessen Body-Kosmetiker in den USA, haben denselben Effekt wie „weiße Handschuhe an schmutzigen Fingern". Ihr Rat: zusätzliche „Vaginalduschen". Rechtzeitig kam denn auch ein neues Duschpräparat in Spritzenform auf den Hygienemarkt, das neben „Champagner" und „Jasmin" auch noch „Himbeere" und „Orangeblüte" zur Duft-Auswahl stellt. Der Markenname: „Cupidos Köcher".

Deutsche Intimpflege-Werbung
Ganz Frau sein

Amerikanische Intimpflege-Werbung: Pfefferminz für große Mädchen



S 2-8

Braun sixtant S in Deutschland Nr. 1 «meistgekauft»

Sein Rasiersystem machte ihn so erfolgreich.
Er vereint in vollendeter Weise
Tiefe der Rasur, Schnelligkeit und absolute
Schonung der Haut.

Braun sixtant S 97.-

PERSONALIEN



Ingrid Stenger, 22, Photomodell, warb als lebendes Bild für ein Bilder-Buch. Berlins Galerie-Besitzer Jule Hammer, der neuerschienene Bücher nicht mehr „nur den Lesern von Feuilleton-Seiten vorgestellt" sehen möchte, inszenierte für den Photoband „Youpi und die Mädchen" des Pariser Photographen Marcel Veronésè eine Buch-Vernissage in seinen Ausstellungsräumen. Bild-Darstellerin und Gelegenheitsfilmerin („Rat mal, wer heut bei uns schläft") Ingrid Stenger, der „die ganze Sache sehr viel Spaß" bereitete, zog auf Wunsch der Photographen sogar ihren Mini-Slip aus und bekannte: „Nackt sein macht mir nichts mehr aus. Beim Film kommt man ohne Ausziehen sowieso nicht weiter."

Willy Brandt, 55, Bundesaußenminister, will nicht mehr im „Bayernkurier" karikiert werden. Der SPD-Chef wirbt bei christsozialen Politikern um Beistand gegen das Blatt von Herausgeber Franz Josef Strauß und bittet Ministerkollegen, den Bayern zur Mäßigung zu bewegen. So schickte Brandt seinen AA-Staatssekretär Georg Ferdinand Duckwitz zu CSU-(Ernährungs-)Minister Höcherl und ließ anfragen, ob Straußens Parteifreund nichts gegen die — meist bösartigen — Brandt-Karikaturen im „Bayernkurier" unternehmen könne. Höcherl ließ den Unterhändler abblitzen: „Was soll ich da machen? Der ‚Bayernkurier' ist halt ein Kampfblatt, und außerdem kommt doch der Herr Außenminister so schlecht nicht weg."

Walter Scheel, 50, FDP-Vorsitzender, fühlt sich seinen Wahlkampf-Opponenten Brandt und Kiesinger stimmlich überlegen. Weil SPD-Chef Brandt nach jedem Rede-Auftritt inhalieren muß und Kanzler Kiesinger („Dem Brandt ist die Stimme weggeblieben, mir kann das nicht passieren") seine Stimmbänder durch Lutschen von Rheila-Perlen freihält, frotzelte Scheel: „Wenn es nach Stimme und Konstitution geht, müßte ich eigentlich die absolute Mehrheit kriegen."



Karl Schiller, 58, SPD-Wahllokomotive, traute sich wieder auf den Fußballplatz. Vor drei Monaten, als der Traditionsverein des Schiller-Wahlkreises Dortmund, „Borussia", noch gegen den Abstieg aus der Bundesliga ankickte, mied der Sozialdemokrat das Stadion. Grund: Der Wahlkämpfer befürchtete, eine „Borussia"-Niederlage werde „dem Karl Schiller angelastet". Nun jedoch, da die Dortmunder den Klassenerhalt erkämpft haben, warb Fußball-Fan Schiller auch wieder auf dem Fußball-Feld um Stimmen. Beim Spiel „Borussia Dortmund" gegen „Schalke 04" am vorletzten Sonnabend gab Schiller vor dem Anpfiff die Prognose: „Wenn Borussia gewinnt, gewinnt der Wahlkreis, und wenn Schalke gewinnt, dann gewinnt die Landesliste." Das Spiel im Dortmunder Stadion „Rote Erde" endete 1:1 unentschieden.



Mariano Morelli, 61, einziger Überlebender des Massakers in Filetto, überbrachte zusammen mit dem kommunistischen Abgeordneten Eude Cicerone und einem weiteren KP-Funktionär im Erzbischöflichen Ordinariat in München ein an Kardinal Döpfner adressiertes Memorandum zu den Vorfällen in dem Abruzzen-Dorf. Da sowohl Döpfner als auch Defregger nach wie vor in Urlaub sind, empfing Prälat Michael Höck die Delegation und versprach, den Brief weiterzuleiten. Der Aufforderung, Fragen zu den Vorkommnissen zu stellen, entzog sich der Prälat mit der Feststellung: „Defregger hat sein Bestes getan, und unser Gericht hat gesprochen." Daraufhin zog Morelli die Hosenbeine hoch, wies auf seine von deutschen MG-Garben zerschossenen Beine und rief: „Wir wollen keine Rache, aber wir wollen Gerechtigkeit." Prälat Höck: „Wir werden den Eindruck nicht los, daß es um politische Motive geht, wenn Sie die traurigen Ereignisse von Filetto ausgraben und sie so zur Schau stellen."

Conrad Ahlers, 46, stellvertretender Bundespressechef, pries in einem Interview mit der kanadischen Fernsehgesellschaft „Canadian Broadcasting Corporation" (CBC) die Vorzüge des betagten deutschen Kanzlers gegenüber denen des jugendlichen kanadischen Regierungschefs Trudeau. Von CBC-Reporter Hans Pohl auf das fortgeschrittene Alter der deutschen Politiker angesprochen, entgegnete der Pressesprecher: „Ein Mann wie Kiesinger zieht die Frauen stark an, ohne zugleich (wie Trudeau) die Männer zu verprellen." Denn — so Ahlers — „dafür ist er viel zu alt".

Werner Dollinger, 50, Bundespostminister, klagte vor Journalisten über die Schwierigkeiten der deutschen Rundfunksender im Mittelwellenbereich. Dollinger: „Wenn wir die Sendeleistung der Deutschen Welle verstärken, stören wir gleich zwei andere Sender: Radio Moskau und Radio Vatikan."

VICTOR

Herrenserie



COLOGNES · AFTERSHAVES · DEODORANTS · SHAVING CREAMS · BATH FOAM

VICTOR, WENN MAN MIT DEM HERBST ETWAS ANFANGEN KANN...

VICTOR
frischer
erfrischender
kühler
herber Herbst

VICTOR DI MILANO GmbH MÜNCHEN 50 Pelkovenstraße 2

REGISTER

BERUFLICHES

SEMON („BUNKIE") KNUDSEN, 56, Präsident der Ford Motor Company, gab vergangenen Donnerstag seine eigene fristlose Entlassung bekannt. Firmenchef und Ford-Großaktionär Henry Ford II. hatte Knudsen gefeuert, weil es zwischen dem Präsidenten und dem übrigen Management des zweitgrößten Automobilproduzenten der Welt zu Differenzen über Modellplanungen gekommen war. Hauptgegner Knudsens war Ford-Vizepräsident Lee Iacocca, 44, der das Ford-Erfolgsmodell Mustang lanciert hatte. Für ein Jahreseinkommen von rund 2,5 Millionen Mark war Knudsen vor 19 Monaten vom Posten eines Vizepräsidenten beim Auto-Giganten General Motors von Ford abgeworben worden. Knudsen über seinen Hinauswurf: „Ich kann das nicht verstehen, denn alles lief hervorragend, bis Mr. Ford morgens in mein Büro kam und ... bums. Hätte ich das vorher gewußt, wäre ich bei GM geblieben."

GESTORBEN

LUDWIG HEILMEYER, 70. Er war ein unorthodoxer Pontifex, urig lärmend, Weltmann aus dem Jugendstil-München, betriebsam und ein Boß — der deutsche Papst der Inneren Medizin. Im Trümmer-Deutschland, als andere Ordinarien Notbaracken bauten, ließ der Experte für Blut und Blutkrankheiten moderne Kliniken errichten und verschaffte der medizinischen Fakultät in Freiburg internationales Renommee. Als er im Pensionsalter zum Gründungsrektor der Ulmer Universität berufen wurde, machte sich der als Klinik-Chef alten Schlages gefürchtete Heilmeyer mit Vehemenz stark für Studienreform, Kollegialsystem und gegen die Pfründen-Wirtschaft. Burschikos noch als Präsident des Internistenkongresses, gab er — mit quicken Blicken durch eine knorrig schwarze Brille jedes Auditorium bezwingend — seine Losung aus: „Medizin wird Naturwissenschaft sein, oder sie wird nicht sein."

KONRAD PRINZ VON BAYERN, 85. Der Neffe des letzten bayerischen Königs Ludwig III. und Enkel der österreichischen Kaiserin Elisabeth („Sissy") zehrte vom Ruhm der Vorfahren und lebte von Mitteln aus dem „Wittelsbacher Ausgleichsfonds", den die königlich-bayerischen Republikaner 1923 für ihr Königshaus errichtet haben. Wie ein Zugvogel pendelte der gelernte Ornithologe zwischen seinem Palais in Florenz und seinem Allgäuer Jagdhaus. Im schwäbischen Hinterstein, wo er gern Zwanzigender erlegte, starb er vorletzte Woche an einem Herzschlag.

EVERETT („EV") MCKINLEY DIRKSEN, 73. „Ich bin ein Mann von Prinzipien", versicherte er, „und eines meiner ersten Prinzipien ist Flexibilität." Mit Schlauheit gepaarte Geschmeidigkeit kennzeichnete auch die langjährige politische Arbeit dieses einflußreichsten republikanischen US-Parlamentariers. Der Farmerssohn aus Illinois und studierte Rechtsanwalt zog 1932 in den Kongreß ein. In den folgenden 16 Jahren, so errechnete die „Chicago Sun-Times", änderte er seine Meinung zu außenpolitischen Fragen 62mal, zu Militärproblemen 31mal und zu Landwirtschafts-Themen 70mal. Auch als Senator von Illinois, als republikanischer „Einpeitscher" und schließlich seit 1959 als Fraktionschef im Senat erwies sich „Ev" Dirksen als Virtuose einer pragmatischen, mit Tauschgeschäften operierenden Politik: Obgleich Oppositionsführer, half er dem demokratischen Präsidenten Johnson, das wichtige Bürgerrechtsgesetz von 1964 durchzupauken. Zumeist freilich vertrat der „Riese in der Geschichte des Kongresses" (Nixon) konservative Ansichten. Wegen seines Witzes und seiner glänzenden Rhetorik war der Senator außerordentlich populär. Seine Stimme ist bereits verewigt: auf Dirksen-Schallplatten, die Dirksen mit patriotischen Texten und Weihnachtsgedichten besprochen hat.

JAMES ALBERT PIKE, 56. Er begann seine geistliche Laufbahn als katholischer Meßdiener und Student in einer Jesuiten-Universität, wurde später Bischof der Episkopal-Kirche von Kalifornien — und endete als geistergläubiger Sonderling. Der eigenwillige Liberale erlangte als Fernsehpfarrer nationale US-Berühmtheit; er attackierte den Kommunisten-Jäger Joseph McCarthy, focht für die Bürgerrechte, zeigte Verständnis für Hippies und verhöhnte die von Rom einzig erlaubte Methode der Empfängnisverhütung als „römisches Roulette". 1966 mußte der umstrittene Oberhirte, dessen Eifer bei der „Entmythologisierung" des Glaubens vielen Kirchenmännern ketzerisch vorkam, sein Bischofsamt aufgeben. Bald darauf begann er durch spiritistische Medien Gespräche mit seinem Sohn Jimmy, der 1966 Selbstmord begangen hatte. Pike starb in biblischer Landschaft: in der Wüste Judäa stürzte er von einer Felskante.

JOSH WHITE, 61. Siebenjährig verließ der Sohn eines farbigen Predigers in South Carolina das Elternhaus und geleitete blinde Bluessänger durch die USA. Mit 16 hatte er so viele Spirituals, Work Songs, Blues und Gefängnislieder auswendig gelernt, daß er nun selbst — alsbald auch in New York — unter dem Pseudonym „Kiefernwald-Tom" und „Der singende Christ" die Stimme erhob. Doch die vorwiegend sozialkritischen Folklore-Gesänge, die der Freund Roosevelts mit sanfter Stimme und stets offenem Hemdkragen zur Gitarre im Weißen Haus, in Konzerten, Colleges, Bars, Nachtklubs und auf US-Goodwill-Tourneen im Ausland vortrug, hatten mit dem harschen Stil seiner einstigen Vorbilder nur noch wenig gemein. Er hat viele Melodien erfunden und die Negerfolklore popularisiert — ein authentischer Bluesinterpret war er nicht.

Autor des STERN:
Jörg Andrees Elten

„Ich schnalle mich gern zum Start an."

Ich bin einer, der gern fliegt. Und mich interessieren Menschen in extremen Situationen – seien es die Studenten auf den Pariser Barrikaden oder die israelischen Soldaten auf dem Schlachtfeld der Sinai-Wüste. Wie verkauft Nasser dem Volk seine Niederlage? Wie steht Kanzler-Kandidat Willy Brandt einen Wahlkampf durch? Warum wird Englands Premierminister Harold Wilson mit den Gewerkschaften nicht fertig? Ich bin neugierig. Manchmal sagen Bekannte: „Sie haben ja einen hochinteressanten Beruf!" Kann man das einen Beruf nennen? Ich bin Beobachter aus Leidenschaft, aber an der Schreibmaschine werde ich das Opfer meines Hobbys. Mich quält der Ehrgeiz, so zu schreiben, daß Golo Mann mir interessiert folgt und meine Putzfrau mich verstehen kann.



stern
magazin

Jörg Andrees Elten – einst Nahost- und Afrika-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung" – nennt den STERN einen „dicken Flugzeugträger", auf dem er als Mehrzweckpilot seine Starts und Landungen macht. Er schreibt nicht nur politische Auslandsreportagen (6-Tage-Krieg, CSSR-Überfall), sondern auch Serien (Kripo-Krise, Jet Set).

HOHLSPIEGEL

Um den Wert seiner Wählerstimme „wie eine Aktie zu steigern“, gab der Hamburger Facharzt für Röntgenologie Martin Meier-Siem, 52, in der Wochenendausgabe von Springers „Hamburger Abendblatt“ eine dreizeilige Anzeige (Preis: 28,50 Mark) auf: „Ich wähle SPD, wenn Sie wissen wollen warum, rufen Sie mich gerne an. Tel. 603 81 81.“ Der Arzt und bisherige FDP-Wähler, der nach Erscheinen der Annonce innerhalb von sieben Tagen 223mal telephonisch befragt wurde und „etwa 65 Leute überzeugt“ zu haben glaubt, über den Sinn seiner privaten Wählerinitiative: „Meine Stimme ist um so mehr wert, je mehr Stimmen ich dazugewinne.“

▽



Plakat für die neue Spiel-Saison der „Bühnen der Landeshauptstadt Kiel“, in der unter anderem das Schiller-Drama „Wallenstein“ und die Strauss-Oper „Der Rosenkavalier“ auf dem Programm stehen.

▽

Kopfschütteln und Ärger“ notierte die „Kirchenzeitung für das Bistum Hildesheim“ bei „vielen Katholiken ... weil Domvikar Freter eine öffentliche Wahlempfehlung für die SPD mitunterzeichnet und sich für den SPD-Bundestagskandidaten Raffert ausgesprochen hat, der aus der Kirche ausgetreten ist“.

▽

Bundestagsabgeordneter sucht

Wahlhelfer(innen)

gegen schlechte Bezahlung, aber gute Behandlung.

Telefon 1 59 36

Aus den „Düsseldorfer Nachrichten“.

▽

Der „Gießener Wochen-Kurier“, ein Anzeigenblatt mit konservativem Redaktionsteil, fand eine neue Begründung für die Aufsässigkeit der Studenten: „Bei Untersuchungen im Zusammenhang mit den Studentenunruhen in europäischen und außereuropäischen Universitäten haben Ärzte mit erstaunlicher Einheitlichkeit festgestellt, daß die meisten Rebellen an Hyperpyrexia, einem übermäßigen Blutandrang zum Gehirn, leiden.“

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2 Hamburg 11, Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße, Tel. 3 00 71, Telex 2 162 477

Telegr. Spiegelverlag, Postscheck Hamburg 71 37

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Johannes K. Engel, Günter Gaus

GESCHÄFTSFÜHRENDE REDAKTEURE
Leo Brawand, Manfred W. Hentschel, Dr. Dieter Wild, Georg Wolff

LEITENDE REDAKTEURE
Rolf Becker (Literatur), Werner Harenberg (Kulturpolitik), Heinz Höhne (Serie), Dr. Alexander von Hoffmann (Bonn), Siegfried Kogelfranz, Heinz Lohfeldt und Fritjof Meyer (Ausland), Klaus Kröger (Wirtschaft), Hagen Graf Lambsdorff (Militärpolitik), Rolf S. Müller und Jürgen Petermann (Wissenschaft und Technik), Felix Schmidt (Kultur), Hans Joachim Schöps, Dr. Wolfgang Malanowski und Hermann Zolling (Innenpolitik und Zeitgeschichte), Dr. Heinz Pohle (Schlußredaktion), Hans-Joachim Schmoll (Illustration), Eberhard Wachsmuth (Graphische Gestaltung)

REDAKTION
Deutschland: Jürgen Bertram, Jochen Bölsche, Heidi Dürr, Ernst Elitz, Hermann L. Gremliza, Heinz Höfl, Axel Jeschke, Dietrich Lachmund, Dr. Joachim Reimann, Walter Schulz, Hans-Wolfgang Sternsdorff; Militär: Carl-Gideon von Claer, Horst G. Tolmein; Ausland: Lutz Bindernagel, Peter O. Ebel, Jutta Fischbeck, Wolfgang Gust, Peter Hays, Dr. Wolfgang Kaden, Johannes Matthiesen, Dr. Bernhard Müller-Hülsebusch, Hans-Georg Nachtweh, Karl Robert Pfeffer, Klaus Reinhardt, Johannes Graf von Saurma-Jeltsch, Wolfgang Stockklausner; Wirtschaft: Werner Detsch, Dieter P. Grimm, Hellmut Hartmann, Joachim Korthals, Karl Heinrich Rüßmann; Kultur: Dieter Brumm, Horst-Dieter Ebert, Manfred Eichel, Klaus Franke, Dr. Helmut Gumnior, Dr. Jürgen Hohmeyer, Karl-Heinz Krüger, Albrecht Kunkel, Dr. Hayo Matthiesen, Alfred Nemeczek, Gunar Ortlepp, Jörgen Pötschke, Dr. Rudolf Ringguth, Peter-Paul Roese, Siegfried Schmidt-Joos, Mareike Spiess-Hohnholz, Klaus Umbach, Monica Vogelgsang; Serie: Günter Löbering, Dr. Gerd Rockel; Sport: Walter Gloede, Hans-Joachim Nesslinger; Automobile: Rudolf Glismann; Panorama, Personalien, Briefe: Ariane Barth, Dr. Karl Poerschke, Gisela Schröder-Ernst, Dietrich Strasser; Bild und Graphik: Volker Fensky, Günther Gatermann, Manfred Igogeit, Ingeborg Molle, Jürgen Wulf; Schlußredaktion: Peter Jordan, Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Horst Engel, Wilfried Herz, Bernd Heyen, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Josef A. Klessinger, Hartwig Pepper, Wolfgang Polzin, Dieter Schaake, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Wolfgang Söltner

SPIEGEL-REPORTER
Kai Hermann, Ernst Hess, Gerhard Mauz, Dr. Fritz Rumler, Hermann Schreiber

REDAKTIONSVERTRETUNGEN INLAND
Berlin: Karlheinz Vater, Sophie von Behr, 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Tel. 13 13 70/79, Telex 1 84 704 · Bonn: Erich Böhme, Ernst Goyke, Otto Diepholz, Alfred Freudenhammer, Werner Funk, Horst Knape, Peter Koch, Manfred Kohnke, Alexander E. Lang, Hans Schmelz, Hans-Gerhard Stephani, Ralph-Dieter Wienrich, 53 Bonn, Dahlmannstraße 20, Tel. 22 40 31, 22 39 81, Telex 8 86 630 · Düsseldorf: Ferdinand Simoneit, Günter Rau, Hans-Otto Eglau, Wolfram Baentsch, 4 Düsseldorf 1, Kreuzstraße 20–22, Tel. 36 30 66/67/68, Telex 8 587 118 · Frankfurt a. M.: Peter Thelen, Dr. Gisela Oehlert, Horst Stübling, Wolfgang Bayer, 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. 72 55 59, Telex 4 13 009 · Wiesbaden: Hans Hermann Mans, 62 Wiesbaden, Postfach 2880, Tel. 52 02 56 · Hannover: Wolfgang Becker, Gerd Kröncke, 3 Hannover, Kurt-Schumacher-Straße 26–28, Tel. 2 69 39, Telex 9 22 320 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, 75 Karlsruhe 1, Amalienstraße 25, Tel. 2 06 06, Telex 07 825 471 · Kiel: Heinz Kohl, 23 Kiel, Niemannsweg 18, Tel. 5 12 66/67, Telex 299 859 · Mainz: Peter Adam, 65 Mainz, Große Langgasse 16, Tel. 2 61 61, Telex 4 187 507 · München: Otto von Loewenstern, Erich Milchgiesser, 8 München 15, Schwanthalerstraße 2–6, Tel. 59 47 24, Telex 5 22 501 · Stuttgart: Alexander Veil, 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 11 (Iduna-Hochhaus), Tel. 29 58 65/66, Telex 722 673

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Leoforos Wassileos Konstantinou 46, Tel. 72 96 37 · Belgrad: Hans Peter Rullmann, Ulica Ivo Lola Ribar 6/5, Belgrad, Tel. 33 19 71 · Brüssel: Rienk H. Kamer, 8–10, Pastorijstraat, Brüssel, Sint Pieters Leeuw, Tel. 77 22 27, Telex 22 207 · London: Dr. H. G. Alexander, 56, North End House, London W 14, Tel. 603 02 93 · New York: Kurt J. Bachrach-Baker, 315 Lexington Avenue, New York, N. Y. 100 16, Tel. MUrray Hill 9-7400 · Paris: Rolf Steinberg, 17, Avenue Matignon, Paris 8e, Tel. 256-12-11, Telex 65 086 · Rom: Dr. Günther Zacharias, Via Riccardo Zandonai 9/11, 00194 Roma, Tel. 32 02 11 · Tel Aviv: Henri Zoller, Tel. 86 66 61, POB 336 Bat. Yam. · Tokio: Dr. Peter W. Crome, 11–54, 3-chome, Minami Azabu, Minato-Ku, Tokio, Tel. 473-0039 · Washington: Helmut Sorge, National Press Building, 14th and F Street, N.W., Washington DC 20 004, Tel. 347-5222, Telex 89-2616 · Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, A-1190 Wien, Tel. 36 15 92 · Zürich: Ludwig A. Minelli, CH-8127 Forch-Zürich, Hans-Roelli-Straße 1508, Tel. 95 04 54, Telex 54 833

Verlagsleitung: Rolf Poppe
Büro des Herausgebers: Walter Busse
SPIEGEL - VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO.
VERLAGSDIREKTOR
Hans Detlev Becker

RÜCKSPIEGEL

ZITATE

Domvikar Adam Zirkel in einem Leserbrief im „Würzburger Katholischen Sonntagsblatt“:

Ob der SPIEGEL aus Hunger nach Gerechtigkeit oder — wie der Weihbischof im Fernsehinterview meinte — aus weniger ehrbaren Beweggründen die Vorgänge von Filetto veröffentlicht hat, ist gleichgültig für die Frage, um die es hier geht, nämlich für die Frage, ob es richtig ist, daß Weihbischof Defregger sein Amt weiterhin beibehält. Es befriedigt auch nicht recht, wenn der Weihbischof unter Berufung auf seine Ratgeber eine endgültige Entscheidung erst treffen will, wenn sich die Aufregung in der Presse gelegt hat. Die Aufregung war eigentlich stark genug, verbreitet genug und hat lange genug gedauert. Wenn der Weihbischof noch länger wartet, muß er auf den Vorwurf gefaßt sein, daß er auf das kurze Gedächtnis der Leute spekuliere und daß er in eine gefährliche Nähe des Opportunismus gerate.

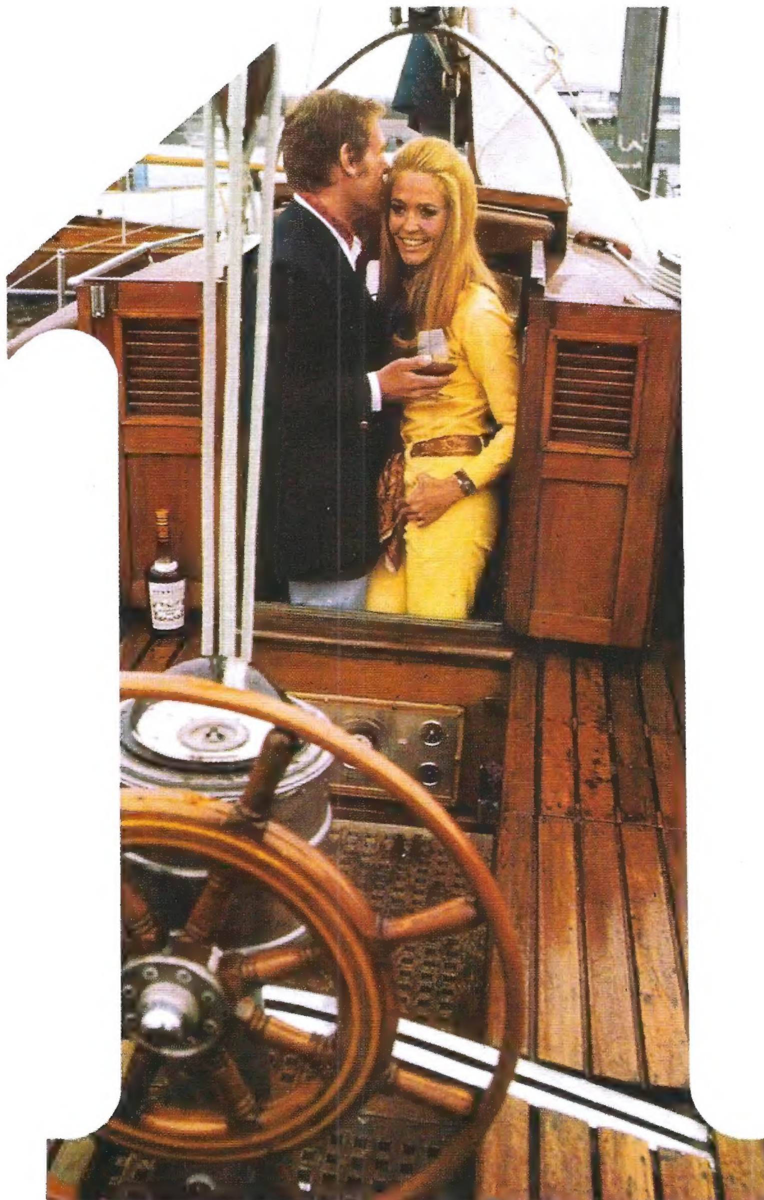
Fred Lembeck in der Fachzeitschrift „Archiv für Pharmakologie und experimentelle Pathologie“:

Welchen Weg wird die wissenschaftliche Sprache gehen? Allem literarisch Schönen abhold, soll sie schon lange ausschließlich als Kommunikationsmittel dienen. In der Schule lernt man wohl schreiben, aber nicht publizieren. Man darf nicht vergessen: Auch heute noch bleiben manche Publikationen für einen Fremdsprachigen leider unzugänglich, nicht weil, sondern wie sie in deutsch geschrieben wurden! Die Kommunikationstechnik der nächsten Jahre wird verlangen, daß wir entweder den international bequemsten englischen „Klartext“ oder ein leicht übersetzbares „Augstein-Deutsch“ verwenden.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 20/1969 FERNSEHEN — *PETERSBURG* über den Einspruch sowjetischer Zensoren gegen den Heinrich-Böll-Film „Dostojewski und Petersburg“, den der WDR nach dem Protest zunächst verschoben und dann in gekürzter Fassung ausgestrahlt hatte.

△ Nach einer neuerlichen sowjetischen Demarche und gegen die — bislang nur mündliche — Zusage „freier Berichterstattung in Moskau“ zog der Kölner Sender seinen Dokumentarfilm jetzt auch von der Anmeldung für den renommierten TV-Preis „Prix Italia“ und sämtlichen anderen Fernsehwettbewerben zurück. In einem vertraulichen Schreiben warf der verantwortliche Redakteur Klaus Simon dem WDR-Intendanten von Bismarck vor, die pro-sowjetische Entscheidung sei ohne Rücksprache mit ihm und den Ostexperten des Hauses getroffen worden, der Sender habe seine reellen Preischancen gegen „Esaus Linsengericht“ verkauft. Tatsächlich werden die vom WDR bezahlten ARD-Korrespondenten in Moskau weiter von den Sowjets boykottiert.





Genießen* Sie doch „Erster Klasse"

Cognac Hennessy

Bei Hennessy lagern die wertvollsten Cognac-Bestände der Welt.

*...wenn es heiß wird
Cognac Hennessy
über Eiswürfel (on the rocks)




TWA
StarStream
FLUGHAFEN FRANKFURT


Peter Stuyvesant
FILTER 21
1592 1672
RICH CHOICE TOBACCOS
KING SIZE